Landtag Rheinland-Pfalz **Plenarprotokoll 13/81**
13. Wahlperiode

81. Sitzung

Donnerstag, den 11. März 1999

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde 6183
- Drucksache 13/4080 -

Die Mündlichen Anfragen Nrn. 6 bis 23 werden wegen Ablaufs der Fragestunde gemäß § 95 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt.

AKTUELLE STUNDE

„Entwicklung des 100 000-Stellenprogramms in Rheinland-Pfalz" 6197
auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/4047 -

„Vorrang für die Abfallvermeidung - Haltung der Landesregierung zur Abfallvermeidung und Abfalltrennung vor dem Hintergrund des Interviews mit Staatsministerin Martini in der ‚Bild am Sonntag' am 28. Februar 1999" 6208
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4056 -

Die Aktuelle Stunde wird geteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 98 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Für eine Kultur des Miteinanders 6220
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/4029 -

Zusammenleben mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Rheinland-Pfalz 6220
Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P.
- Drucksache 13/4057 -

Gleichberechtigung, politische und gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten 6220
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4068 -

Die Drucksachen 13/4029/4057/4068 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Die Anträge - Drucksachen 13/4029/4057/4068 - werden an den Innenausschuss - federführend -, an den Rechtsausschuss und an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung überwiesen. 6244

Bericht der Landesregierung über die regionale Situation der Landwirtschaft und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz 1998 6244
(Beschluss des Landtags vom 12. Oktober 1989 zu Drucksache 11/3099, Plenarprotokoll 11/62, S. 4390)

dazu: Drucksache 13/3811 6244

Agrarpolitik der Agenda 2000 6244
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/3992 -

Die Drucksachen 11/3099, 13/3811/3992 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Der Bericht der Landesregierung - Drucksache 13/3811 - wird zur weiteren Besprechung an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau überwiesen. 6262

Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/3992 - wird mit Mehrheit abgelehnt. 6263

„Friedensakademie Rheinland-Pfalz" - Beitrag des Landes zum Aufbau einer Infrastruktur zur zivilen Konfliktbearbeitung 6263
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4062 -

Die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Ausschussüberweisung wird mit Mehrheit abgelehnt. 6269

Der Antrag - Drucksache 13/4062 - wird mit Mehrheit abgelehnt. 6270

Beschäftigung Schwerbehinderter - Behinderte dürfen nicht Verlierer auf dem Arbeitsmarkt sein 6270
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksachen 13/3584/3698 -

dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses 6270
- Drucksache 13/3950 -

Der Antrag - Drucksachen 13/3584/3698 - wird mit Mehrheit abgelehnt. 6270

Weiterentwicklung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Behinderte 6270
Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 13/3695 -

dazu: Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses 6270
- Drucksache 13/3951 -

Der Antrag - Drucksache 13/3695 - wird mit Mehrheit angenommen. 6270

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Peter Caesar, Florian Gerster, Frau Dr. Rose Götte, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Härtel.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Hannelore Klamm, Margot Nienkämper, Roland Lang, Heinz Leonhard, Dr. Dieter Schiffmann und Staatsministerin Klaudia Martini.

Rednerverzeichnis:

Präsident Grimm 6183, 6184, 6185, 6186, 6187, 6188, 6189, 6190, 6191, 6192, 6193, 6194, 6195, 6196, 6197, 6198, 6199, 6201, 6202, 6204, 6205, 6206, 6207, 6208, 6209, 6211, 6212, 6213, 6216, 6217, 6218, 6219, 6220, 6266, 6268, 6269

Vizepräsident Schuler 6242, 6243, 6244, 6247, 6250, 6252, 6254, 6256, 6257, 6258, 6259, 6261, 6262, 6265

Vizepräsident Heinz 6220, 6221, 6224, 6226, 6227, 6232, 6236, 6237, 6239, 6240, 6242

Altherr, Dr. (CDU) 6190
Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6190
Billen (CDU) 6247
Böhr (CDU) 6232
Braun, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6193, 6208, 6216, 6266
Bruch (SPD) 6236, 6243
Creutzmann (F.D.P.) 6189, 6194
Dahm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6200, 6205
Franzmann (SPD) 6257
Frey, Dr. (F.D.P.) 6254, 6259
Frisch (CDU) 6185, 6186
Gölter, Dr. (CDU) 6240, 6243
Grützmacher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6224, 6263
Hatzmann (F.D.P.) 6195, 6196, 6212, 6219
Hering (SPD) 6217
Jahns (SPD) 6185, 6250
Jullien (CDU) 6189, 6190
Kiltz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6192, 6193, 6252, 6258
Kramer (CDU) 6187, 6188
Kuhn (F.D.P.) 6239
Licht (CDU) 6183, 6184, 6185, 6191, 6192, 6193, 6194, 6195, 6196, 6211, 6218
Mertes J. (SPD) 6242
Mertin (F.D.P.) 6243, 6268
Morsblech (F.D.P.) 6201
Nagel (SPD) 6210
Pahler (F.D.P.) 6206, 6226
Pepper (SPD) 6186, 6190
Redmer (SPD) 6221
Rösch (SPD) 6197
Rosenbauer, Dr. (CDU) 6198, 6204, 6266
Schmidt, Dr. (SPD) 6265
Schmitt, D. (CDU) 6195, 6196, 6256, 6261
Schnabel (CDU) 6220
Schöneberg (CDU) 6189
Schwarz (SPD) 6204, 6208
Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 6237
Beck, Ministerpräsident 6227
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau 6191, 6207, 6244, 6259
Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit 6187, 6202
Götte, Dr., Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen 6185
Zöllner, Prof. Dr., Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung 6268
Härtel, Staatssekretär 6183, 6194, 6213

81. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 11. März 1999

Die Sitzung wird um 9.31 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 81. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu Schriftführern berufe ich die Abgeordneten Petra Elsner und Johannes Berg. Frau Elsner führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Hannelore Klamm, Margot Nienkämper, Roland Lang, Heinz Leonhard, Dr. Dieter Schiffmann und Staatsministerin Klaudia Martini. Herr Staatsminister Caesar und Ministerpräsident Kurt Beck werden etwas später kommen.

Wir beginnen mit **Punkt 1** der Tagesordnung:

Fragestunde
- Drucksache 13/4080 -

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Alexander Licht (CDU), Neuregelung der Fleischhygienegebühren in Rheinland-Pfalz** betreffend, auf.

Bitte, Herr Kollege Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern entstehen für die einschlägigen Betriebe durch die Neufestsetzung der Fleischbeschaugebühren höhere Kostenbelastungen als nach den bisher vorläufig erhobenen EG-Pauschalgebühren?

2. Von welcher Größenordnung der zusätzlichen Kostenbelastungen geht die Landesregierung aus?

3. Erwartet die Landesregierung Klagen gegen die jetzt erfolgte Neufestsetzung der Gebühren nach dem Landesgesetz zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften?

4. Aus welchen Gründen war im ursprünglichen Verordnungsentwurf auf eine Gebührenstaffelung nach Zahl der Tiere entgegen der entsprechenden Option des beschlossenen Landesgesetzes zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften verzichtet worden?

Präsident Grimm:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Roland Härtel.

Härtel, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die gestellten Fragen beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Wie Sie wissen, gibt es im Zusammenhang mit der Festsetzung von Gebühren ein gemeinschaftlich verankertes Kostendeckungsgebot und das EG-rechtlich verbindliche Subventionsverbot. Deshalb war das Land gehalten, den landesweit entstehenden und berücksichtigungsfähigen Kostenaufwand EG-konform umzulegen. Diese Umlegung hat entsprechend den landesweiten tierartspezifischen Schlachtzahlen auf die jeweils betroffenen Schlachtbetriebe zu erfolgen.

Aufgrund der tatsächlichen Verhältnisse in Rheinland-Pfalz - wie auch in den anderen Bundesländern - und des bundeseinheitlichen tarifvertraglichen Vergütungssystems für das Untersuchungspersonal liegt der Kostenaufwand für die Untersuchung von Rindern und Schweinen höher, als von den EG-Organen bei der Bemessung der diesbezüglichen Gemeinschaftsbeträge angenommen worden ist. Einfacher ausgedrückt: Das Lohnkostenniveau in Deutschland ist wesentlich höher als zum Beispiel in Griechenland oder Portugal, und die Durchschnittszahlen liegen deshalb unter denen, die für Deutschland erforderlich wären.

Im Übrigen kann es nicht auf die im Frühjahr 1997 im Verwaltungsweg getroffene Regelung ankommen, bis zum Erlass eines EG-konformen Gebührenverzeichnisses Untersuchungsgebühren lediglich in Höhe der Gemeinschaftsbeträge festzusetzen. Rechtsrelevant für einen Vergleich der Gebührenbelastungen vor dem In-Kraft-Treten des Gebührenverzeichnisses vom 17. Februar 1999 mit der Gebührenbelastung in der Zeit ab Frühjahr 1997 ist ausschließlich das nach Ansicht der Verwaltungsgerichte rechtsfehlerhaft erlassene Gebührenverzeichnis vom 26. November 1993, Dessen rechtlichen Mangel zu heilen, war oberstes Ziel des Landesgesetzes zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften vom 17. Dezember 1998.

Zu Frage 2: Die in Rede stehenden Gebühren werden für tatsächlich erbrachte Leistungen der Kreisverwaltungen erhoben. Sie kommen dem vorbeugenden Gesundheits- und Verbraucherschutz unserer Bürgerinnen und Bürger zugute.

Beschränkt auf die wirtschaftlich bedeutsame Schlachtung von Rindern und Schweinen und auf einen Vergleich der Gebührenansätze von 1993 mit denen des Gebührenverzeichnisses von 1999 ergibt sich bezüglich der Auswirkungen der Neugestaltung der Gebührensätze ein unterschiedliches Bild.

Für die Zeit vom 1. Januar 1997 bis 31. Juni 1997 hat sich die Untersuchungsgebühr pro ausgewachsenem Rind um weniger als 10 % erhöht. Pro Jungrind hat sie sich um ca. 40 % ermäßigt. Pro ausgewachsenem Schwein ist die Untersuchungsgebühr um 25 % gesunken. Die Gebühren für die Untersuchung auf Trichinen beim Schwein haben sich gegenüber der entsprechenden Zusatzgebühr nicht geändert.

Der erwähnte 31. Juni 1997 stellt innerhalb des neuen Gebührenverzeichnisses eine bedeutsame Zäsur dar. An diesem Tag lief die Geltungsdauer der Ratsrichtlinie 93/118 aus. Sie wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1997 durch die mit der Ratsrichtlinie 96/43 neu kodifizierten Ratsrichtlinie 85/73 abgelöst. Diese brachte unter anderem für die Gestaltung der Gebührentatbestände neue gemeinschaftsrechtliche Vorgaben, so auch für die Untersuchung von Schweinen. Diese Änderungen des EG-Rechts wurden in Teil 3 des Gebührenverzeichnisses vom 17. Februar 1999 berücksichtigt.

Das heißt, für die Zeit vom 1. Juli 1997 bis 31. Dezember 1998 hat sich die Untersuchungsgebühr pro ausgewachsenem Rind um ca. 15 % erhöht. Pro Jungrind hat sich die Gebühr wie in der ersten Jahreshälfte 1997 um 40 % ermäßigt. Pro ausgewachsenem Schwein ist die Gebühr ebenfalls um 40 % gesunken. Die Gebühren für die Untersuchung auf Trichinen sind wie in der Zeit vom 1. Januar 1997 bis 31. Juni 1997 im Vergleich mit dem Gebührenverzeichnis von 1993 unverändert geblieben.

Für das Jahr 1999 - nur für dieses - werden die Auswirkungen in der Neugestaltung der Gebührenansätze bei der Schlachtung von ausgewachsenen Rindern und ausgewachsenen Schweinen durch eine Gebührenstaffel spürbar gemildert. Sie basiert auf der Zahl der im jeweiligen Betrieb insgesamt pro Tag geschlachteten ausgewachsenen Rindern und Schweinen.

Zu Frage 3: Die Landesregierung kann, wie Sie wissen, nicht ausschließen, dass die betroffenen Schlachtbetriebe die auf der Grundlage des Gebührenverzeichnisses vom 17. Februar 1999 ergehenden Gebührenbescheide anfechten und unter Umständen einer gerichtlichen Überprüfung zuführen werden.

Zu Frage 4: Das Ministerium für Umwelt und Forsten hat unter anderem den betroffenen Wirtschaftsverbänden Gelegenheit gegeben, zu einem im Wesentlichen mit der späteren Landesverordnung vom 17. Februar 1999 übereinstimmenden Verordnungsentwurf Stellung zu nehmen. Dies ist teils schriftlich, teils im Rahmen einer mündlichen Erörterung geschehen. Die am 26. Februar dieses Jahres veröffentlichte Landesverordnung mit der in Teil 3 des neuen Gebührenverzeichnisses enthaltenen Gebührenstaffel für das Jahr 1999 berücksichtigt das Ergebnis des Anhörverfahrens.

Die Stufen in der geltenden Gebührenstaffel sind weitgehend der Vergütungsdegression für das Untersuchungspersonal nachgestaltet. Was die öffentliche Hand diesen Personen im Hinblick auf die Durchrationalisierung ihrer Arbeitsstätte und den damit verbundenen Arbeitserleichterungen nach Tarifrecht weniger an Vergütung zu zahlen hat, wird in vollem Umfang, das heißt verursachergerecht, an die betroffenen Schlachtbetriebe im Wege von Gebührennachlässen weitergegeben.

Herr Präsident, so weit die Antwort.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Licht.

Abg. Licht, CDU:

Trifft Ihre Antwort auf die Frage 2 vor dem Hintergrund einer pauschalen Betrachtung bzw. einer Durchschnittsbetrachtung zu? Wie ist sie hinsichtlich der in der Vergangenheit angewandten Staffelung zu sehen?

Härtel, Staatssekretär:

Meine Damen und Herren, Sie haben vielleicht gemerkt, dass dieser Sachverhalt ein etwas komplizierter ist. Der Vortrag der vielen Zahlen von mir war einfach erforderlich, um die Komplexität deutlich zu machen. Sie kennen das. Wir können durchaus diese Fragen im Ausschuss vertiefend erörtern. Ich bin auch bereit, Ihnen dort dann die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Licht.

Abg. Licht, CDU:

Es kann so einfach nicht sein, Herr Staatssekretär. Ich frage noch einmal ganz kurz zu Ihrer Antwort auf die Frage 2. Basiert diese Antwort auf Durchschnittszahlen, oder gründet sie auf der in der Vergangenheit angewandten Staffelung?

Härtel, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Licht, wenn ich Ihnen vorgetragen habe, dass sich für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juni 1997 die Untersuchungsgebühr pro ausgewachsenem Rind um weniger als 10 % erhöht, dann sind das natürlich Durchschnittszahlen. Sie sind nicht auf das einzelne Rind bezogen, was nachvollziehbar ist.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Licht.

Abg. Licht, CDU:

Kann es dann sein, dass es vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit angewandten Staffelung für viele Betriebe, die in der Vergangenheit durch die Pauschale einen wesentlich günstigeren Preis zu zahlen hatten, zu erheblichen Erhöhungen kommt?

Härtel, Staatssekretär:

Es ist nicht auszuschließen, dass es aufgrund dieses dargestellten Sachverhalts zu Nachzahlungen kommen wird. Aber daran haben wir nie einen Zweifel gelassen. Das ist nicht neu.

Abg. Licht, CDU:

Können Sie denn sagen - -

Präsident Grimm:

Herr Licht, Sie haben drei Fragen gestellt.

Gibt es weitere Fragen von Kolleginnen und Kollegen? - Eine Zusatzfrage der Kollegin Frau Jahns.

Abg. Frau Jahns, SPD:

Herr Staatssekretär, können Sie bestätigen, dass im Gesetz ausdrücklich festgelegt ist, dass es für die Betriebe rückwirkend zu keinen höheren Belastungen kommt, dies mit Ausnahme der Zeit, in der nur die EU-Pauschalgebühren erhoben wurden, bis die wieder auf die normale Gebühr angehoben wurden?

Härtel, Staatssekretär:

Das kann ich bestätigen.

Präsident Grimm:

Gibt es weitere Zusatzfragen? - Das ist offenbar nicht der Fall. Damit ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall bei der SPD)

Ich rufe nunmehr die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Lutz Frisch (CDU), Einstellung der Förderung neuer Kindergartengruppen durch die Landesregierung** betreffend, auf.

Bitte tragen Sie Ihre Mündliche Anfrage vor.

Abg. Frisch, CDU:

Das Thema der Mündlichen Anfrage ist die Einstellung der Förderung neuer Kindergartengruppen durch die Landesregierung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist die in einem aktuellen Schreiben des Ministeriums für Kultur, Jugend, Familie und Frauen enthaltene Information richtig, dass derzeit keine Fördermittel des Landes mehr für die Einrichtung neuer Kindergartengruppen zur Verfügung stehen?

2. Wie erklärt die Landesregierung diesen Sachverhalt?

3. Wie vereinbart die Landesregierung diesen Sachverhalt mit den wiederholten Ankündigungen und Zusagen, neue Kindergartengruppen pauschal mit 125 000 DM pro Gruppe zu fördern?

4. Wie viele in den örtlichen Bedarfsplänen vorgesehene bzw. bereits fertiggestellte neue Kindergartengruppen sind von diesem Sachverhalt betroffen?

Präsident Grimm:

Das Wort zur Beantwortung der Mündlichen Anfrage hat Staatsministerin Frau Dr. Rose Götte.

Frau Dr. Götte,
Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage, die wir gerade gehört haben, beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Information, die ich gegeben habe, ist korrekt. Derzeit hat mir der Landtag für neu gemeldete Gruppen noch keine weiteren Mittel zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 2: Der Bewilligungsrahmen des Jahres 1997 enthielt neben Haushaltsmitteln auch Verpflichtungsermächtigungen, die im Jahre 1999 auszahlbar waren. Der Bewilligungsrahmen des Jahres 1998 enthielt ebenfalls Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen, auszahlbar in den Jahren 2000 und 2001.

Die Summe, die mir der Landtag zur Verfügung gestellt hat, entsprach exakt dem Bedarf, den die Jugendämter 1997 für die kommenden Jahre angemeldet hatten.

Träger von Kindergartentagesstätten, die bis zur abschließenden Beratung des Doppelhaushalts 1998/1999 einen notwendigen Bedarf - dabei wird immer überprüft, ob es auch wirklich neue Gruppen sind - an Gruppen gemeldet hatten

und insofern in die Finanzplanung aufgenommen werden konnten, haben vom Ministerium einen positiven Bescheid erhalten. Für die Einbeziehung weiterer Vorhaben bestand keine Veranlassung, da bis dahin keine Konkretisierung erfolgt ist.

Die nunmehr betroffenen Vorgänge liegen erst seit Beginn des Jahres 1999 entscheidungsreif vor.

Zu Frage 3: Auf das Land hochgerechnet haben wir den Bedarf an Kindergartenplätzen längst erfüllt. Regional betrachtet verursacht der Wandel in der Bevölkerungsstruktur vor Ort manchmal auch Überkapazitäten auf der einen Seite und neuen Bedarf auf der anderen Seite. Kommunen, die nunmehr erst die Notwendigkeit neuer Gruppen feststellen, sollen im kommenden Doppelhaushalt 2000/2001 berücksichtigt werden. Eine verbindliche Finanzierungszusage kann in diesen Fällen selbstverständlich erst dann erfolgen, wenn das Parlament den neuen Haushalt beschlossen hat.

Zu Frage 4: Derzeit liegen dem Ministerium grundsätzlich bewilligungsreife Anträge für elf neue Gruppen vor, von denen noch keine fertiggestellt ist. In diesen Fällen wird entsprechend der jahrelang erfolgreich geübten Praxis die Genehmigung zum vorzeitigen Beginn der Maßnahme erteilt, dem Antragsteller aber korrekterweise mitgeteilt, dass die abschließende Bewilligung von den weiteren haushaltsrechtlichen Beschlüssen abhängig ist. Diese Einschränkung, die ich hier mache, erfolgt aus der gebotenen Achtung vor dem Haushaltsrecht des Parlaments

(Beifall bei der SPD)

und dürfte eigentlich gerade vonseiten der Abgeordneten kein Grund zur Kritik sein.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Frisch.

Abg. Frisch, CDU:

Frau Ministerin, ich weiß nicht, woher Sie den Eindruck haben, dass es sozusagen eine Kritik an Ihrem Verhalten gegenüber dem Parlament gewesen sein könnte. Für diese elf Gruppen, von denen Sie gesprochen haben, besteht doch für die Träger folgende Frage: Werden Sie als Ministerium im Haushaltsentwurf 2000/2001 eine Summe für diese Gruppen zur Verfügung stellen, also im Entwurf beantragen? Ich glaube nicht, dass es hier Meinungsverschiedenheiten im Parlament gibt, dass wir den Antrag ablehnen würden. Es besteht aber doch die Frage: Werden Sie überhaupt entsprechende Mittel im Entwurf des Ministeriums einplanen? Wenn ja, in welcher Höhe?

Frau Dr. Götte,
Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen:

Das habe ich vor. Das habe ich auch öffentlich erklärt.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann in dem Bewilligungsschreiben an die Antragsteller natürlich nicht von vornherein erklären, dass es auch so kommen wird.

Abg. Frisch, CDU:

Ich möchte noch einmal nachfragen. Werden Sie jeweils diese Mittel in voller Höhe, also für jede Gruppe 125 000 DM, im Haushaltsentwurf beantragen, oder ist es auch denkbar, nachdem eine solche Anmerkung in dem Schreiben erkennbar ist, dass die Träger nicht die volle Summe, sondern nur einen Teilbetrag bekommen?

Frau Dr. Götte,
Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen:

Ich habe vor, dem Landtag diesen Antrag zu übergeben. Ich würde es für richtig halten, allerdings vorausgesetzt, es handelt sich tatsächlich um neue und zusätzliche Plätze. Nicht finanzieren können wir den Ersatzbedarf.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Pepper.

Abg. Frau Pepper, SPD:

Frau Ministerin, die Anfrage hat eine für mich etwas schwierige Tendenz. Deshalb möchte ich nachfragen. Aufgrund der Vorsorgepolitik Ihres Hauses hätte ich von Ihnen gerne noch einmal die Zahl der Gruppen gehört, die aufgrund der Verpflichtungsermächtigungen im Jahre 1999 noch finanziert werden können.

Frau Dr. Götte,
Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen:

Die Zahl insgesamt habe ich jetzt nicht im Kopf. Es sind 20 Millionen DM, die wir zusätzlich zu den bereits verausgabten 200 Millionen DM ausgegeben haben. Die Gruppenzahlen müsste ich noch einmal nachschlagen.

Es ist jedenfalls so, dass wir in jedem Jahr eine stattliche Zahl neuer zusätzlicher Gruppen finanziert haben.

(Schweitzer, SPD: Wie viel hat die CDU früher gegeben?)

Die Gesamtsumme, die wir für die Einrichtung neuer Gruppen finanziert haben, ohne dass wir diese Verpflichtung in Rheinland-Pfalz hätten, beträgt seit dem Regierungswechsel inzwischen 220 Millionen DM im Vergleich zu den paar Hunderttausend, die in den Jahren davor, als die CDU noch regiert hat, ausgegeben wurden. Das waren, wenn ich es richtig im Kopf habe, 600 000 DM.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Präsident Grimm:

Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Beifall bei der SPD)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Manfred Kramer (CDU), Folgen der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse für Rheinland-Pfalz** betreffend, auf.

Herr Kollege Kramer, bitte schön.

Abg. Kramer, CDU:

Herr Präsident, vielen Dank.

Meine Damen und Herren, es geht um die Folgen der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse für Rheinland-Pfalz.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Zusatzbelastungen erwartet die Landesregierung aufgrund der vorgesehenen Neuregelung für rheinland-pfälzische Arbeitgeber durch Mehrkosten und bürokratischen Aufwand?

2. Welche Verschlechterungen erwartet die Landesregierung aufgrund der vorgesehenen Neuregelung für die Beschäftigten durch zusätzliche finanzielle Belastungen?

3. Wie beurteilt die Landesregierung den tatsächlichen Beitrag der vorgesehenen Neuregelung für die soziale Sicherung der Beschäftigten?

4. Wie beurteilt die Landesregierung den tatsächlichen Beitrag der vorgesehenen Neuregelung zur Missbrauchsbekämpfung?

Präsident Grimm:

Es antwortet Staatsminister Florian Gerster.

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage des Kollegen Kramer beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1: Die Neuregelung betrifft im Wesentlichen die Einführung von Sozialversicherungsbeiträgen für Renten- und Krankenversicherung bei geringfügig Beschäftigten und als Gegenstück die hierfür vorgesehene völlige Freistellung von der Steuerpflicht. Die Geringfügigkeitsgrenze wird auf 630 DM festgeschrieben. Künftig sollen Hauptbeschäftigungen mit geringfügigen Nebenbeschäftigungen bei einer Person zusammengerechnet werden.

Die durch die Einführung der Sozialversicherungspflicht entstehenden Kosten der Arbeitgeber können im Regelfall durch den Wegfall der Pauschalsteuer kompensiert werden. Dies gilt mindestens für die Höhe der Lohnnebenkosten, weil diese nahezu identisch sind.

Bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, die bereits bisher individuell versteuert wurden, zum Beispiel Studentenjobs, die durch den Lohnsteuerjahresausgleich in der Regel steuerfrei sind, entsteht eine Mehrbelastung des Arbeitgebers, weil er künftig die Pauschalsteuer nicht spart, sondern die Sozialbeiträge in voller Höhe leisten muss.

Ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand durch die Einführung der Sozialversicherungspflicht und der Meldepflicht ist zu erwarten, aber er hält sich in Grenzen. Ich erlaube mir die Anmerkung: Wer den Missbrauch durch Individualisierung der Beschäftigungsverhältnisse eindämmen will, also weg von pauschalen Lösungen, die zum Teil auch mit fingierten Namen gearbeitet haben, der muss eine maßvolle bürokratische Mehrbelastung in Kauf nehmen.

Zu Frage 2: Die Landesregierung erwartet keine Verschlechterungen und keine zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Beschäftigten. Im Gegenteil, durch die Neuregelung erhalten die geringfügig Beschäftigten einen, wenn auch geringen Rentenanspruch.

Im Steuerrecht allerdings gibt es eine zusätzliche Belastung dann, wenn eine Haupttätigkeit mit einer geringfügigen Nebentätigkeit zusammentrifft und damit die Geringfügigkeitsgrenze überschritten wird. Das ist eine Mehrbelastung, die vom Gesetzgeber gewollt ist.

Dies gilt nicht für Ehegatten, die keine eigenen Einkünfte haben. Die gemeinsame Veranlagung von Ehegatten führt nicht zur Überschreitung der Geringfügigkeitsgrenze, wenn die eine Person des Ehepaars keine weiteren Einkünfte hat.

Zu Frage 3: Herr Kollege Kramer, die soziale Sicherung der Beschäftigten wird durch die Neuregelung eindeutig verbessert, weil durch die Ersetzung der pauschalen Lohnsteuer, die für die Beschäftigten keinerlei Leistungen begründet hat,

nunmehr wenigstens ein geringfügiger Rentenanspruch erworben werden kann, der auch durch eigene Beitragsleistung verbessert werden kann.

Wichtiger als der relativ geringe Rentenanspruch im Falle des Rentenbezugs im Alter ist vermutlich die lückenlose Beitragszeit, wenn zwischen Phasen regulärer Beschäftigung Phasen von geringfügiger Beschäftigung liegen.

Zu Frage 4: Durch die Meldepflicht werden die Kontrollmöglichkeiten ohne Zweifel verbessert. Wir sehen schon an der Auseinandersetzung über die ungewisse Datenlage, ob es nun tatsächlich 5 Komma soundsoviel Millionen Beschäftigungsverhältnisse sind oder nicht, dass die bisherige statistische, steuerrechtliche und sozialrechtliche Erfassung sehr unbefriedigend war. Wir stocherten, um ehrlich zu sein, mit der Stange im Nebel. Dies wird künftig durch die Meldepflicht besser.

Es kann trotzdem nicht ausgeschlossen werden, dass auch die Neuregelung das Ausweichen in Schwarzarbeit völlig verhindert, vielleicht sogar an der einen oder anderen Stelle dadurch, dass zusätzlicher bürokratischer Aufwand entsteht, der dann auf diesem Weg umgangen wird. Aber es gilt für jede Art von regulärer Beschäftigung, dass Schwarzarbeit als Umgehungstatbestand nicht ausgeschlossen werden kann.

Die eigentlichen Vorteile der Neuregelung aus der Sicht der Bundesregierung, auch aus Sicht der Landesregierung, liegen in der Umfinanzierung zugunsten der Sozialkassen und in einer geringfügigen zusätzlichen Absicherung der Beschäftigten in der Rentenversicherung. Die gesamten Arbeitskosten der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse werden weiter unter den Kosten sogenannter normaler sozialversicherungspflichtiger Arbeit liegen. Damit wird es kaum zu erreichen sein, dass diese Beschäftigungsverhältnisse insgesamt deutlich heruntergefahren werden.

Sie wissen, dass es hierzu andere Vorschläge gibt, die vor allen Dingen auch das Lohnsegment zwischen 630 DM und 1 500 DM interessant machen sollen. Dies würde zusätzliche Beschäftigung auslösen können.

Die Landesregierung und auch ich als Arbeitsminister rechnen nicht damit, dass es durch die Neuregelung eine nennenswerte Eindämmung der geringfügigen Beschäftigung geben wird.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Kramer.

Abg. Kramer, CDU:

Herr Minister, würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse durch die rot-grüne Bundesregierung ist das Ergebnis geringfügiger inhaltlicher Beschäftigung mit diesem Thema?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Kollege Kramer, ich könnte jetzt die letzte Wahlperiode des Bundestags in Erinnerung rufen und auch in Erinnerung rufen, dass die alte Bundesregierung nicht in der Lage war, die Flucht in die geringfügige Beschäftigung als Massentatbestand zu verhindern.

Wenn das so ist - dies ist nicht zu bestreiten -, dann ist der holprige Versuch der Neuregelung vielleicht ein bisschen relativiert.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Kramer.

Abg. Kramer, CDU:

Herr Minister, habe ich Ihre Ausführung richtig verstanden, dass die Landesregierung über Monate hinweg nicht in der Lage war, sich eine konkrete einheitliche Meinung zu diesem Problem zu bilden, wenn ich Ihre Aussagen vom 4. März 1999 in der „Rheinpfalz" richtig lese?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Ich kann Ihnen nicht bestätigen, ob Sie einen Artikel in der „Rheinpfalz" richtig gelesen haben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich kann Ihnen nur bestätigen, dass in diesen Fragen, wie in anderen auch, in einer Koalitionsregierung das Ressortprinzip gilt, das heißt, bevor wir nicht durch die Bundesratsbefassung zu einer einheitlichen Willensbildung veranlasst sind, hat jeder Fachminister und jeder Teil der Koalition die Möglichkeit, an der Willensbildung teilzunehmen.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Kramer.

Abg. Kramer, CDU:

Bleibt der Landesregierung nach den Bedenken, die Sie vorgetragen haben, also auch nach den Bedenken des Sozialministers, eine andere Möglichkeit, als den Gesetzentwurf abzulehnen?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Kollege Kramer, im Bundesrat gibt es keine Ablehnung, es gibt nur Zustimmung oder Nichtteilnahme an der Abstimmung. Die Haltung der Landesregierung wird in der Kabinettsitzung vor der nächsten Bundesratssitzung festgelegt. Vermutungen dazu möchte ich weder äußern noch bestätigen, noch dementieren.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Staatsminister, Sie haben mehrfach öffentlich Ihre Bedenken und Ihre Kritik gegen diese gesetzliche Neuregelung ausgesprochen. Insbesondere auf ordnungspolitische und verfassungsrechtliche Bedenken haben Sie hingewiesen. Können Sie Ihre Bedenken konkret im Plenum darlegen?

(Bruch, SPD: Aber nicht in einer Antwort!)

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Jullien, das geht weit über den Inhalt der ursprünglichen Frage hinaus. Sie lesen - genauso wie ich - Zeitung und wissen, was ich geäußert habe und was zum Teil in indirekter Rede wiedergegeben worden ist. Ich sehe mich nicht veranlasst, das noch einmal zu wiederholen oder zu differenzieren.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Ich denke, dass es allgemein bekannt ist, was in den letzten Wochen und Monaten von verschiedenen Seiten dazu gesagt worden ist.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Staatsminister, bestehen diese Bedenken immer noch bei Ihnen oder sind sie zwischenzeitlich ausgeräumt?

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Jullien, in einem konkreten Punkt ist der Gesetzentwurf verbessert worden. Das sind - auch in dem Fall, in dem nicht ergänzend Rentenbeiträge geleistet werden - die geringfügige Verbesserung der Alterssicherung und der Beitrag zu einer lückenlosen Versicherungszeit in der einzelnen Erwerbsbiographie. Das ist eine Verbesserung. Insofern trifft der sehr weitgehende Kritikpunkt, dass mit den Sozialbeiträgen keinerlei Gegenleistungen verbunden sind, nicht mehr in dem Maße zu.

Trotzdem gelten die Aussagen zu anderen Gegenständen der Neuregelung weiter, zum Beispiel zu der Frage der unterschiedlichen steuerlichen Behandlung von Ehepaaren und einzelnen Arbeitnehmern. Wir werden sehen, wie das in den nächsten Monaten und Jahren - auch unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten - beurteilt wird.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schöneberg.

Abg. Schöneberg, CDU:

Sind Sie mit mir der Auffassung, dass die zusätzliche Besteuerung der 630-DM-Jobs, die in vielen Fällen der Verbesserung des Familieneinkommens dienen, einen Weg in die Schwarzarbeit ebnet?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Kollege Schöneberg, die 630-DM-Jobs werden nur zusätzlich besteuert, wenn eine steuerpflichtige Hauptbeschäftigung vorliegt. Sie erinnern sich an Debatten, die wir in den letzten Jahren über den Tatbestand geführt haben. Niemand kann damit einverstanden sein, dass ein Arbeitnehmer, der 5 000 DM versteuert und 630 DM dazuverdient, anders behandelt wird als ein Arbeitnehmer, der 5 630 DM versteuert. Dieser unbefriedigende Sachverhalt wird zumindest an diesem Punkt verändert.

Allerdings halte ich die steuerliche Behandlung von Ehepaaren, wenn es weiterhin eine gemeinsame Veranlagung gibt, was auch der Fall ist, für problematisch.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Creutzmann.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Minister, wie sehen Sie die Auswirkungen auf die Sportvereine, in denen sehr viele Übungsleiter neben ihrem Hauptberuf jetzt diese 630-DM-Jobs zu versteuern haben?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Kollege Creutzmann, es gibt natürlich Beispiele, bei denen eine Neuregelung mit der sozialen Wirklichkeit kollidiert. Das ist richtig. Die soziale Wirklichkeit ist aber auch dadurch geprägt, dass in den letzten Jahren sowohl auf Arbeitnehmerseite als auch auf Arbeitgeberseite eine Massenflucht in die geringfügige Beschäftigung stattgefunden hat, die unser System von Arbeit, Beschäftigung, Sozialabgaben und Steuern auf das Äußerste belastet hat. Eine Neuregelung war also dringend erforderlich.

Ich räume aber ein, dass in den von Ihnen beschriebenen Fällen diese Mehrbelastungen für Übungsleiter - vielleicht auch in einigen Fällen für Zeitungsausträger - tatsächlich problematisch sind. Ich hoffe, dass man durch ergänzende Regelungen - auch oberhalb von 630 DM, also oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze - Anreize für Einfachtätigkeiten schafft, damit die sich lohnen. Arbeit muss sich lohnen, auch für Kleinverdiener.

(Beifall bei der F.D.P. und
vereinzelt bei der CDU)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Pepper.

Abg. Frau Pepper, SPD:

Herr Minister, sind Sie mit mir der Meinung, dass es eine sozial gerechte Chance ist, wenn gerade Frauen eine lückenlose Anwartschaft auf einen Rentenanspruch ermöglicht wird?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Kollegin Pepper, ich bin der Meinung, dass die Nachbesserung bei den Rentenansprüchen bzw. bei den Leistungen, die mit der Beitragszahlung durch den Arbeitgeber verbunden sind, eine echte Verbesserung gerade im Hinblick auf die Frauen, deren Erwerbsbiographien in der Regel unvollständig sind, darstellt.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Jullien.

Abg. Jullien, CDU:

Herr Staatsminister, Sie haben die Umfinanzierung zugunsten der Rentenversicherung durch den Wegfall der pauschalen Besteuerung angesprochen. Dies bedeutet einen bundesweiten Steuerausfall - einschließlich der Kirchensteuer - von rund 4 Milliarden DM, der auch Konsequenzen für Rheinland-Pfalz nach sich ziehen wird. Sehen Sie eine Möglichkeit, wie diese Steuerausfälle für das Land Rheinland-Pfalz in einer Größenordnung von 150 Millionen DM kompensiert werden können?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Die Länder haben ganz eindeutig durch ihre Finanzminister und Ministerpräsidenten vom Bund die Kompensation dieser Steuerausfälle verlangt. Der ursprüngliche Vorschlag, die alte Geringfügigkeitsgrenze auf 300 DM abzusenken, hätte die Steuerausfälle begrenzt. Die Haltung des Landes Rheinland-Pfalz, dass die Steuerausfälle kompensiert werden müssen, ist unverändert.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Altherr.

Abg. Dr. Altherr, CDU:

Herr Minister, Sie haben ausgeführt, dass Sie hoffen, dass die steuerliche Behandlung verbessert wird. Die Hoffnung allein ist nicht ausreichend. Sind Sie bereit, willens und in der Lage, durch den Bundesrat in Ihrer Eigenschaft als Staatsminister in Rheinland-Pfalz auf eine diesbezügliche Verbesserung hinzuwirken?

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Kollege Altherr, im Rahmen der Bündnisgespräche wird in einer Arbeitsgruppe konkret über die Begünstigung bzw. Erleichterung von geringfügigen Tätigkeiten oberhalb der 630-DM-Grenze gesprochen. Es gibt auch aus Rheinland-Pfalz Vorschläge dazu. Ich bin zuversichtlich - ich weiß es auch vom Bundesarbeitsminister -, dass sich in dieser Frage tatsächlich etwas bewegen wird, weil wir echte zusätzliche Beschäftigung schaffen können, die zurzeit praktisch nicht stattfindet, da ab 630 DM die komplette Belastung mit Steuern und Abgaben schlagartig eintritt. Diese Hürde muss überwunden werden, weil wir sonst keine zusätzliche reguläre Beschäftigung in nennenswertem Umfang werden schaffen können.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Bill.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, Sie haben geäußert, dass Sie die steuerliche Behandlung von Ehefrauen, die im Rahmen eines geringfügi-

gen Beschäftigungsverhältnisses arbeiten, für problematisch halten. Inwiefern können Sie sich eine Kompensierung durch andere Maßnahmen vorstellen? Welche Perspektiven sehen Sie, dass sich etwas verändert? Das ist wirklich eine schreiende Ungerechtigkeit und den Frauen auch nicht zuträglich.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Kollegin Bill, im Rahmen der Umsetzung der Verfassungsgerichtsaufträge an den Bundesgesetzgeber, die Familienleistungen zu verändern, werden sicherlich das gesamte Steuerrecht, das Kindergeld und die ergänzenden Sozialleistungen für Familien auf den Prüfstand gestellt werden. Ich rechne damit, dass es vermutlich nicht überall einen Systemwechsel geben wird. Keine der derzeit wirksamen Familienentlastungen und direkten Zuwendungen des Staates werden dann völlig unverändert aus diesem Prozess hervorgehen.

Auch die Besteuerung von Ehepaaren wird sicherlich ein Teil der Neuregelung sein. Insofern vermute ich - ich gehe davon aus, dass Sie dasselbe als Ausgangspunkt Ihrer Frage meinen -, dass das Verhältnis der Ehepaarbesteuerung und auch der Einkünfte, die innerhalb einer Ehe erzielt werden, und ihre differenzierte und gemeinsame Behandlung mit Sicherheit noch in den nächsten Monaten Veränderungen erfahren werden.

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich räume ein, dass man noch viele Fragen zu diesem Thema stellen könnte. Im Interesse der noch anstehenden Mündlichen Anfragen müssen wir aber jetzt eine Zäsur vornehmen. Vielen Dank, Herr Minister.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Alexander Licht (CDU), Aufgabe der Umweltberatung durch die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz** betreffend, auf.

Bevor die Fragen gestellt und beantwortet werden, begrüße ich Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschule Mainz-Bretzenheim sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Landtagsseminar für Auszubildende der Berufsbildenden Schulen aus Koblenz, Trier und Ludwigshafen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall des Hauses)

Herr Licht, bitte stellen Sie Ihre Fragen.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, die Umweltberatung ist geschlossen worden. Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den Stellenwert der Umweltberatung durch die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz?

2. Welche Folgen ergeben sich durch die Einstellung der Umweltberatung seitens der Verbraucherzentrale für das Umweltberatungsangebot in Rheinland-Pfalz?

3. Inwieweit war die Einstellung aufgrund der gekürzten Landesmittel zu erwarten?

4. Welches Konzept hat die Landesregierung für die künftige Sicherstellung des Umweltberatungsangebotes?

Präsident Grimm:

Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage antwortet.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Licht beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Das Land hat seine Zuschüsse zur institutionellen Förderung der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz von 860 000 DM im Jahre 1988 auf über 2,2 Millionen DM im Haushaltsplan 1999 aufgestockt. Dies entspricht einer Ausweitung der Förderung um fast 160 %. Demgegenüber hat sich der Bund seit 1992 schrittweise aus der institutionellen Förderung der Verbraucherzentralen zurückgezogen.

Im Wirtschaftsplan 1999 sind die Bundeszuschüsse nur noch mit rund 213 000 DM veranschlagt gegenüber 738 000 DM im Wirtschaftsplan 1998. Ich bitte, die Relation zwischen 1998 und 1999 zu beachten.

Soweit die Verbraucherzentrale wegen fehlender Mittel bestimmte Beratungsleistungen einschränken musste, ist dies demnach ganz überwiegend auf die reduzierten Bundeszuschüsse zurückzuführen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen im Einzelnen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landesregierung misst einer Umweltberatung auch durch die Verbraucherzentrale weiterhin einen ho-

hen Stellenwert bei und hat dies auch durch eine angemessene Mittelausstattung der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt.

Zu den Fragen 2 und 4: Umweltrelevante Informationen werden auch in Rheinland-Pfalz weiterhin von einer Vielzahl von privaten und öffentlichen Stellen angeboten. Dies geschieht durch Presseinformationen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie zahlreiche Veranstaltungen von Verbraucher- und Umweltorganisationen auf Bundes- und Landesebene.

Neben den Medien verweise ich insbesondere auf die Stiftung Warentest, die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, Öko-Institute sowie die Landeszentrale für Umweltaufklärung in Rheinland-Pfalz. Auch die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz kann weiterhin Informationen über Umweltfragen im Bereich der allgemeinen Verbraucherberatung sowie der Energie- und Ernährungsberatung, die wie bisher von Bund und Land gefördert werden, vermitteln.

Damit ist eine umfassende Beratung und Information in Fragen des Umweltschutzes in Rheinland-Pfalz auch künftig sichergestellt.

Zu Frage 3: Aufgrund der insgesamt um lediglich 15 000 DM gekürzten Landeszuschüsse zur Förderung der Verbraucherunterrichtung war eine Einstellung der Umweltberatung nicht unbedingt zwingend. Die Verbraucherzentrale hat sich jedoch für eine Reduzierung ihrer Aktivitäten in diesem Bereich entschlossen, weil ihr dies im Vergleich zu anderen Informations- und Beratungsbereichen am ehesten vertretbar erschien. Diese Frage liegt ausschließlich im Entscheidungsbereich der Verbraucherzentrale.

So weit die Beantwortung der Fragen.

Präsident Grimm:

Gibt es Zusatzfragen? - Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, welches Konzept haben Sie denn für die Verbraucherberatung insgesamt? Sie haben eben gesagt, dass Sie der Verbraucherberatung einen hohen Stellenwert beimessen. Dennoch wurden Haushaltsmittel gekürzt, aufgrund dessen schon zwei Beratungsstellen gerade im ländlichen Raum geschlossen werden mussten. Mich würde interessieren, in welche Richtung Sie in diesem Bereich marschieren wollen?

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Das ist eine gute Frage. Ich halte viel davon, dass die Verbraucherberatung, bei der es sich um einen eingetragenen Verein handelt, ihre Konzepte vorlegt und wir dann eine Förderung vornehmen. Ich halte nicht viel davon, dass der Staat vorschreibt, wann sie wo wie berät.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, damit Sie die Frage richtig verstehen: Ich frage nach dem Konzept der Landesregierung. - Es ist uns bekannt, dass die Verbraucherberatung ein Konzept hat. Wie passt das aber in das Konzept und in die Förderlandschaft der Landesregierung?

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Ich habe zuvor umfassend ausgeführt, dass sich der Bund aus der Förderung zurückgezogen hat. Das Land hat 15 000 DM aufgrund der institutionellen Förderung, die im Grunde genommen die richtige ist, weniger gefördert. Wir bleiben dabei, die Förderung auf hohem Niveau fortzuführen.

Darüber hinaus gibt es neben der Verbraucherzentrale als eingetragenem Verein andere Förderinstrumente des Landes, beispielsweise die Landeszentrale für Umweltaufklärung, die im Hause der Umweltministerin ressortiert. Sie wird über ein Konzept verfügen. Konzeptionell ist die Frage die, dass die Verbraucherzentrale zu uns kommt und ihr Konzept vorlegt, das wir vernünftig fördern und mit Mitteln ausstatten.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Minister, Sie haben wiederholt die Zahl von 15 000 DM genannt, um die der Zuschuss gekürzt worden sei. Die Verbraucherzentrale spricht von 45 000 DM. Ich frage nur nach, welcher Betrag richtig ist.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Das kann man im Haushaltsplan sehr leicht nachlesen. Ehrlich, ich bin davon ausgegangen, dass Sie das getan haben. Ich sage es Ihnen aber jetzt so, wie es ist.

(Dr. Weiland, CDU: Na, na!)

Es ist nachzulesen, dass die institutionelle Förderung von 2,243 Millionen DM auf 2,228 Millionen DM reduziert worden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

- Herr Kollege Dr. Weiland, die unveränderten Ansätze für die Ernährungsberatung in Höhe von 170 000 DM, für die Energieberatung in Höhe von 100 000 DM sowie für die Infotheken der Landwirtschaftsberatung in Höhe von 10 000 DM müssen aber hinzugezählt werden. Damit kann die Verbraucherberatung im Jahre 1999 über insgesamt 2,508 Millionen DM verfügen.

(Dr. Weiland, CDU: Kann der Minister einmal so vorlesen, dass man es versteht?)

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Minister, in diesen Tagen war zu erfahren, dass die Öko-Auditförderung ebenso auslaufen soll. Gibt es darüber hinaus von Ihnen Pläne, dass insgesamt beim Themenkomplex Förderung der Umweltberatung (Öko-Audit usw.) weitere Kürzungen zu erwarten sind?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Wir werden darüber im Zusammenhang mit dem nächsten Doppelhaushalt reden, der in Kürze aufgestellt wird. Ich werde Ihnen dann meine Prioritäten früh genug mitteilen.

Präsident Grimm:

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Kiltz.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, halten Sie es für genauso wichtig, dass Anlaufstellen einer Verbraucherberatung im ländlichen Raum ebenso wie in städtischen Gebieten vorhanden sind? Falls Sie das für wichtig halten, frage ich: Wie bewerten Sie, dass die Verbraucherberatung zwei Beratungsstellen schließen musste? Haben Sie ein Konzept, wie man das wieder fördern kann?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Mein Konzept kann nur eine anständige Mittelausstattung sein. Ich sage es noch einmal: Wenn man wegen 15 000 DM eine Beratungsstelle schließt und weiß, dass die Kommunen nicht bereit sind, sich daran auch ein Stück weit zu beteiligen, dann ist das die eine Sache. Die andere Sache ist, dass ich auch viel von mündigen Bürgerinnen und Bürgern halte, die sehr wohl selbst in der Lage sind, sich zu informieren und dann selbst zu entscheiden.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Das ist auch ein wichtiger Faktor. Es kann nicht sein, dass wir in allen Fragen jeden beraten. Herr Dr. Weiland, eine staatliche Beratung in dieser Form kann doch nicht ihre Sache sein.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister, Sie haben mehrfach erwähnt, dass Sie eine angemessene Mittelausstattung für den Teil für angebracht halten, den die Landesregierung leisten kann. Die Verbraucherzentrale hatte im Vorfeld, bevor die Stelle gekürzt wurde, mehrfach auch im Ministerium darauf hingewiesen, dass dann, wenn eine Kürzung stattfinde, die Stelle wegfallen müsse. Werden Sie sich auch für eine angemessene Mittelzuwendung einsetzen?

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Dr. Braun, es bleibt bei dem Begriff „angemessen". Ich habe heute keine Haushaltsberatungen. Ich habe nur ein Problem. Wenn 2,5 Millionen DM wenig sind, dann muss man das sagen. Wenn Sie mir vom Parlament statt 2,5 Millionen DM 3 Millionen DM zur Verfügung stellen, sage ich nicht Nein. Ob ich diese Mittel so einsetze, wie Sie sich das vorstellen, ist die zweite Frage.

Ich halte viel davon. Gerade bei der Energieberatung gibt es unterschiedliche Beratungsinstitutionen. Die Innungen und die Fachverbände beraten ganz hervorragend und kostenlos.

Meine Damen und Herren, das muss man bei der Beratung mit einbeziehen. Ich halte viel von den mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die selbst entscheiden können, wie sie etwas wann und wo tun.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Creutzmann.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Minister, können Sie sich vorstellen, dass über moderne Kommunikationsmöglichkeiten und -techniken auch Verbraucherberatung stattfinden kann, ohne dass in jeder Gemeinde eine institutionelle Einrichtung vorhanden sein muss?

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Abgeordneter Creutzmann, das kann ich mir sehr gut vorstellen. Ich glaube auch, dass das in Zukunft so sein wird. Bevor ich zu einer Beratungsstelle hinfahren muss, bediene ich mich des Internets.

Präsident Grimm:

Weitere Zusatzfragen sehe ich nicht. Die Mündliche Anfrage ist beantwortet.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ich rufe nun die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Alexander Licht (CDU), Anmeldungen des Landes Rheinland-Pfalz nach der FFH-Richtlinie betreffend,** auf.

Herr Kollege Licht bittet um Ihre Aufmerksamkeit.

Abg. Licht, CDU:

Ich frage die Landesregierung:

1. Nach welchem Zeitplan müssen im Hinblick auf den demnächst anstehenden Fristablauf die Anmeldungen der einzelnen Projekte aus Rheinland-Pfalz erfolgen?

2. Welche einzelnen Projekte und in welchem Ausmaß werden von der Landesregierung für die Anmeldung vorbereitet?

3. Welche Form von Beteiligung wurde in der Erarbeitung der Vorschläge, die zur Anmeldung nunmehr vorgesehen sind, berücksichtigt?

4. Welche Auswirkungen hat eine mögliche Anerkennung der Vorschläge für die innerhalb des anerkannten Gebietes gelegenen Grundstücke bzw. deren Nutzung?

Präsident Grimm:

Es antwortet Staatssekretär Roland Härtel.

Härtel, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fragen des Herrn Abgeordneten Licht möchte ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1: Die in Rede stehende Richtlinie datiert vom 21. Mai 1992. Erst am 9. Mai 1998 ist das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes in Kraft getreten, mit dem diese Richtlinie in nationales deutsches Recht umgesetzt worden ist. Die damalige Bundesregierung hat dafür etwa sechs Jahre gebraucht.

Die Landesregierung beabsichtigt aber dennoch, ihren Vorschlag für den Aufbau des Schutzgebietsnetzes Natura 2000 trotz der verzögerten Umsetzung in deutsches Recht rechtzeitig bis zu der seitens des Bundes genannten Frist am 10. Mai dieses Jahres vorzulegen. Rheinland-Pfalz ist somit bestrebt, keinen Anlass für eine begründete Klage durch die Kommission zu liefern. Die Klage ist wegen Vertragsverletzung bereits angedroht.

Zu Frage 2: Es handelt sich bei dem jetzt bevorstehenden Schritt um kein konkretes Naturschutzprojekt. Es ist vielmehr der Vorschlag von geeigneten Gebieten für die spätere Auswahl auf Gemeinschaftsebene gemäß den Vorgaben der Habitatrichtlinie.

Die anstehende zweite Gebietsmeldung betrifft etwa 4 % der Landesfläche, sodass zusammen mit der bereits vorgenommenen ersten Meldung von etwa 1 % der Landesfläche insgesamt etwa 5 % der Landesfläche nach den Kriterien der FFH-Richtlinie ermittelt und der Bundesrepublik zur Meldung an die Kommission mitgeteilt werden.

Zu Frage 3: Die Habitatrichtlinie regelt, dass die in Rede stehenden Vorschläge ausschließlich aufgrund naturschutzfachlicher Kriterien erarbeitet werden. Dies ist in Rheinland-Pfalz erfolgt. In den nächsten Tagen wird eine Karte nebst Gebietsliste mit Erläuterungen den berührten Ressorts sowie der Landwirtschaftskammer als berührter öffentlich-rechtlicher Körperschaft zugeleitet. Vor einer Weiterleitung der Vorschläge an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit entscheidet wie auch bei der ersten Meldung der Ministerrat unseres Landes.

Allerdings soll das Gesamtkonzept auch der insgesamt interessierten Öffentlichkeit über eine Informationsschrift bekannt gemacht werden.

Zu Frage 4: Aus einer möglichen Anerkennung der Gebietsvorschläge ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen auf die derzeitige Nutzung einzelner Grundstücke. Ob und inwieweit es in den FFH-Gebieten zukünftig zu Einschränkungen der Nutzung entweder landwirtschaftlicher, forstlicher oder baulicher Art kommt oder kommen kann, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantworten, da unter anderem die Entwicklung des Naturschutzrechts auf europäischer Ebene nicht vorhergesehen werden kann.

Vorhaben und Maßnahmen, die einer behördlichen Entscheidung oder der Anzeige an eine Behörde bedürfen oder von einer Behörde selbst durchgeführt werden, erfordern allerdings eine Verträglichkeitsprüfung im Sinne der FFH-Richtlinie. Wie aber die bekannte und viel diskutierte Entscheidung zur A 20 zeigt, fordert sogar die nationale Rechtsprechung schon jetzt ohne ausdrückliche Benennung diese Verträglichkeitsprüfung. Die erforderliche Verträglichkeitsprüfung unterbindet keine sinnvollen Gesamtentwicklungen.

Herr Präsident, so weit die Antwort.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Staatssekretär, in welcher Form waren die Regionalplanungen beteiligt bzw. wie sind sie zu beteiligen?

Härtel, Staatssekretär:

Ich habe dargestellt, dass die Auswahl der Gebiete, die wir an den Bund melden, wie in der FFH-Richtlinie vorgesehen und verlangt, nach reinen naturschutzfachlichen Kriterien erfolgt. Dies haben wir gemacht. Dazu haben wir unsere Fachleute herangezogen.

Abg. Licht, CDU:

Das ist nicht die Antwort auf die Frage.

Härtel, Staatssekretär:

Ja, doch.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Staatssekretär, wenn diese Karte bereits vorliegt - der 10. Mai ist nicht mehr weit entfernt - und die Verbände angehört wurden, können Sie dann dem Plenum heute mitteilen, um welche regionalen Flächen es sich handelt? Zu welchem Zeitpunkt wird das Plenum bzw. werden die Ausschüsse des Landtags darüber informiert?

Härtel, Staatssekretär:

Sie unterstellen, dass die Verbände inzwischen informiert wurden.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Die Landwirtschaftskammer ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. Die Verbände sind bis dato nicht informiert.

Präsident Grimm:

Herr Staatssekretär, die Frage war, wann der Landtag - Plenum oder Ausschuss - mit einer Information rechnen kann.

Härtel, Staatssekretär:

Eine Information erfolgt nach der Entscheidung des Ministerrats.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Hatzmann.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Herr Staatssekretär, inwieweit und wann werden die Eigentümer der Flächen benachrichtigt? Gibt es eine Mitwirkungsmöglichkeit der Eigentümer?

Ich habe noch eine Zusatzfrage. Gibt es nach der Habitatrichtlinie so etwas wie ein Verschlechterungsverbot für die Fläche, was die ökologische Leistungsfähigkeit der Flächen betrifft? Es macht nur Sinn, solche Flächen in ein Naturschutznetz einzubringen, wenn sie eine gewisse Bedeutung für das Gesamtkonzept Naturschutz Europa haben. Gibt es ein Verschlechterungsverbot für diese Flächen? Das ist auch bei der Raumordnungsplanung diskutiert worden. Sehen Sie unter dem Aspekt des Verschlechterungsverbots Nutzungsbeschränkungen?

Härtel, Staatssekretär:

Frau Abgeordnete Hatzmann, wir können die Eigentümer, selbst wenn wir das wollten, gegenwärtig noch nicht infor-

mieren, weil die Auswahl der Flächen nicht durch das Land Rheinland-Pfalz erfolgt. Wir melden - so ist das Verfahren auch bei der ersten Meldung gewesen - die vorgesehenen Flächen dem Bund. Dieser meldet sie weiter an die Kommission. Dort wird die Entscheidung getroffen.

Ob dann im Einzelnen die Eigentümer der Flächen benachrichtigt werden, werden wir dann, wenn uns die Entscheidung der Kommission vorliegt, zu prüfen und zu entscheiden haben.

Ich gehe davon aus, dass, was den zweiten Teil Ihrer Frage angeht, auch dieses Verschlechterungsverbot beachtet wird. Wir werden insoweit keine Schritte unternehmen, die uns diesen Vorwürfen aussetzen werden.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Herr Staatssekretär, Sie haben einen Teil der Frage nicht beantwortet, und zwar inwieweit die Beteiligung der Eigentümer, die an anderen Verfahren öffentlich-rechtlicher Art beteiligt werden, bei einer solchen Ausweisung vorgesehen ist?

Härtel, Staatssekretär:

Die Beteiligung der Eigentümer ist jetzt nicht vorgesehen. In diesem Verfahren, jetzt bei der zweiten Meldung, gehen wir genauso vor wie bei der ersten Meldung. Dabei ist es auch nicht vorgesehen und wurde auch so nicht durchgeführt.

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Staatssekretär, wenn schon eine Beteiligung der Eigentümer nicht vorgesehen ist, was ich für schlimm halte, ist denn zumindest die Liste, die Sie nach Bonn weiterleiten, eine Prioritätenliste, die von Ihnen akzeptiert ist, oder leiten Sie einfach weiter, was Ihnen auf den Tisch kommt? Es handelt sich um die Priorität der Landesregierung, die Sie nach Bonn weiterleiten. Ich möchte nicht über verschiedene Verantwortungen reden.

Härtel, Staatssekretär:

Selbstverständlich ist das die Liste der Landesregierung, die auch im Ministerrat so entschieden wird.

(Schmitt, CDU: Sie haben vorher gesagt: Wir leiten es nur weiter!)

Präsident Grimm:

Eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Staatssekretär, ich muss Sie noch einmal nach den Beteiligungen fragen. Sind die regionalen Planungsgemeinschaften - das war die konkrete Frage - zu beteiligen, ja oder nein?

Härtel, Staatssekretär:

Sie sind nicht zu beteiligen, und sie sind bisher auch nicht beteiligt worden, Herr Abgeordneter Licht.

Präsident Grimm:

Im Blick auf die Uhr lasse ich noch eine Zusatzfrage des Fragestellers, des Herrn Abgeordneten Licht, zu.

Abg. Licht, CDU:

Ich bedauere, dass das hier sehr unbefriedigend läuft.

Ich frage: Haben Sie vor, diese zu beteiligen? Die Ministerin - diese Brücke will ich Ihnen dann bauen - hat im Ausschuss mitgeteilt, dass die regionalen Planungsgemeinschaften beteiligt werden.

Härtel, Staatssekretär:

Ich bedanke mich sehr dafür, dass Sie mir eine Brücke bauen wollten. Herr Abgeordneter Licht, ich sehe allerdings nicht, dass dies notwendig ist.

Wir werden die Öffentlichkeit - das habe ich ausgeführt - informieren. Zunächst muss der Ministerrat entscheiden. Zunächst muss die Bundesregierung entscheiden, dann wird die Kommission entscheiden. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, zu dem all die Stellen, die auch Sie jetzt angesprochen haben, in die Information einzubeziehen sind.

Herr Abgeordneter Licht, Sie wissen doch so gut wie ich, dass es im gegenwärtigen Stand des Verfahrens, bei dem noch völlig ungeklärt ist, welche Flächen letztendlich ausgewählt werden, kein Beitrag zu einer sachlichen, vernünftigen Diskussion wäre, all diejenigen in die Diskussion einzubeziehen, die möglicherweise überhaupt nicht berührt sind. In diesem Verfahrensstand sind wir gegenwärtig. Wir halten das Verfahren, wie wir es gewählt haben, nicht nur für sinnvoll, sondern auch in voller Übereinstimmung mit den Vorgaben der entsprechenden FFH-Richtlinie.

(Licht, CDU: Völlig falsch!)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, die Fragestunde ist abgelaufen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich rufe nun **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

a) „Entwicklung des 100 000-Stellenprogramms in Rheinland-Pfalz"
auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 13/4047 -

b) „Vorrang für die Abfallvermeidung - Haltung der Landesregierung zur Abfallvermeidung und Abfalltrennung vor dem Hintergrund des Interviews mit Staatsministerin Martini in der ‚Bild am Sonntag' am 28. Februar 1999"
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4056 -

Zu dem ersten Thema spricht für die antragstellende Fraktion Herr Abgeordneter Günter Rösch.

Abg. Rösch, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn des Jahres 1999 waren in Rheinland-Pfalz 18 000 junge Menschen ohne Arbeit oder ohne Ausbildungsplatz. Angesichts dieser Zahl wird deutlich, dass wir gemeinsam unsere bisherigen erfolgreichen Anstrengungen auch unabhängig von dem Sofortprogramm fortsetzen und intensivieren müssen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für Jugendliche, die für eine reguläre Ausbildung nicht in Frage kommen, oder für Jugendliche, für die die Stellenangebote trotz einer mittelstandsorientierten und ausbildungsfreundlichen Politik dieser Landesregierung nicht ausreichen, ist dieses 2-Milliarden-Programm des Bundes dringend notwendig. Sicher stimmen Sie mir zu, wenn ich sage: Wer tatenlos zusieht oder alles zerredet, der macht sich mitschuldig, wenn sich junge Menschen von der Gesellschaft abwenden.

Meine Damen und Herren, dieses Sonderprogramm - das kann man heute schon sagen - hilft mit, dass der Start für viele junge Menschen in das Berufsleben nicht zu einem Fehlstart wird.

Wie sehen heute die Fakten aus? Schon acht Wochen nach dem Start profitieren bereits 1 650 Jugendliche unseres Landes von den Angeboten dieses Programms. Ich denke, das ist eine großartige Leistung aller, die daran beteiligt sind. Ich möchte diese Aktuelle Stunde nutzen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Arbeitsämter zu danken, weil sie engagiert, phantasievoll und unbürokratisch dieses Programm konsequent und rasch umsetzen und zu einem beispiellosen Erfolgsprogramm machen.

Diese 1 650 Jugendliche nehmen entweder an berufsorientierten Trainingsmaßnahmen teil, haben einen außerbetrieblichen Arbeitsplatz oder sind Teilnehmer an beruflichen Ausbildungsmaßnahmen. Ich appelliere auch von dieser Stelle an die jungen Menschen. Wer wirklich Hilfe will, der kommt auch zum Zug. Das notwendige Geld steht bereit. Die Angebote sind vielfältig. So kann zum Beispiel auch der Hauptschulabschluss nachgeholt werden. Es kann eine Zusatzausbildung für einen besseren Berufseinstieg erworben werden oder, um ein weiteres Beispiel zu nennen, Arbeitgeber können für die Einstellung von Jugendlichen Lohnkostenzuschüsse erhalten.

(Zurufe von der CDU -
Schwarz, SPD, zur CDU gewandt:
Du Armleuchter!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor wenigen Wochen haben Sozialpolitiker der SPD-Landtagsfraktion beim Landesarbeitsamt Saarbrücken - - -

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, es ist nicht zulässig, einen Kollegen „Armleuchter" zu schimpfen. Ich erwarte eine entsprechende Entschuldigung bei dem Kollegen.

Zweitens müssen wir uns alle beim Herrn Kollegen Rösch wegen des hohen Geräuschpegels entschuldigen.

Hören Sie bitte dem Kollegen fünf Minuten zu. Das muss doch zumutbar sein.

Abg. Rösch, SPD:

- Vielen Dank.

Was den „Armleuchter" betrifft, das geht an den Kollegen Franz Schwarz.

(Heiterkeit bei der CDU)

Die Entschuldigung macht daher der Kollege Franz Schwarz.

Meine Damen und Herren, vor wenigen Wochen haben Sozialpolitiker der SPD-Landtagsfraktion beim Landesarbeitsamt Saarbrücken das Programm mit Frau Strobel, der Präsidentin des Landesarbeitsamtes, eingehend diskutiert. Dabei haben wir nicht nur erfahren, dass das Interesse der Jugendlichen an diesem Programm groß ist, dass mehr als 15 000 jun-

ge Leute angesprochen wurden und dass bis Ende Februar 9 229 jungen Menschen Angebote unterbreitet wurden. Wir haben auch erfahren, dass nur 635 Jugendliche eine Teilnahme abgelehnt und - ich denke, das ist mehr als beachtlich - lediglich 19 Jugendliche eine Sperrzeit erhalten haben. Angesichts dieser Zahlen sollten einige von Ihnen künftig vorsichtig sein, so ohne weiteres Betroffene zu Schuldigen zu machen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Erlauben Sie mir, dass ich in diesem Zusammenhang die Präsidentin des Landesarbeitsamtes wörtlich zitiere: „Die öffentliche Diskussion über mangelnde Bereitschaft der Jugendlichen zur Mitarbeit ist zumindest aus rheinland-pfälzischer Sicht kaum zu verstehen."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schon heute ist sicher, diese 67 Millionen DM für Rheinland-Pfalz sind gut angelegtes Geld. Dieses Programm ist nicht, wie Sie, Herr Kollege Dr. Rosenbauer, in der letzten Aktuellen Stunde meinten, reizvoll für die Politik, sondern dieses Programm ist für die Betroffenen reizvoll. So wird ein Schuh daraus.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Verehrter Herr Kollege Dr. Rosenbauer, angesichts der Erfolge mit diesem Programm sollten Sie Ihre Behauptungen, die SPD wecke mit diesem Programm Hoffnungen, stelle Blenden auf und betreibe Augenwischerei, spätestens heute revidieren. Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, dann gilt für Sie das Wort Ihres Kollegen Dr. Gölter: Es lebe das kleine Karo.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Herr Abgeordneter Dr. Rosenbauer.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wie war das doch gestern so schön in der Aktuellen Stunde zum Thema Steuerreform? Keine bundespolitischen Themen hier im Landtag.

(Beifall der CDU)

Das 100 000-Job-Programm ist natürlich etwas völlig anderes. Es ist ein rein landespolitisches Thema. Wahrlich.

(Zurufe von der CDU: Jawohl! -
Hammer, SPD: Nicht so aufgeregt! -
Weitere Zurufe von der SPD)

Gehen wir also in die dritte Runde des Abfeierns der Maßnahme. Gibt es überhaupt etwas zum Jubilieren? Fangen wir doch einmal bei dem Namen an. Dies ist der Prospekt, der Name lautet: 100 000 Jobs für Junge. - Der Slogan suggeriert, wir schaffen 100 000 neue Stellen für Jugendliche. Falsch.

(Zurufe von der SPD)

Dies ist ein typischer Schröder-Blendeffekt.

(Beifall der CDU)

Schaut man nämlich in das Programm, so wird man schnell eines Besseren belehrt. Es ist eine Riesen-Rosstäuscherei. Zahlen, Daten und Fakten belegen dies, meine Damen und Herren. Deshalb Angaben des Landesarbeitsamtes - Stand Ende Februar -, erhalten am 9. März 1999:

(Pörksen, SPD: Sie sollten
sich schämen!)

15 002 Jugendliche wurden angeschrieben. 9 229 erhielten ein Angebot, 635 lehnten ab. 1 647 Teilnehmer vermittelt, lautet diese Meldung.

(Pörksen, SPD: Ausbildung!)

Wenn ich die Ablehnungen plus die Vermittelten zusammenzähle, dann komme ich auf etwa 2 500. Ich frage mich dann, wo die anderen 7 000 bleiben. Haben diese sich gar nicht gemeldet

(Pörksen, SPD: Erkundigen
Sie sich einmal!)

oder wo sind sie? Darüber gibt es keine Aussage.

(Beifall bei der CDU -
Schöneberg, CDU: Fehlanzeige!)

Man muss doch einmal die Frage stellen, wohin diese Menschen vermittelt wurden. Ich kann es Ihnen genau sagen. 799 Jugendliche nehmen jetzt an einer Trainingsmaßnahme nach Artikel 3 teil. Die Artikel sind in der Zeitung beschrieben; das kann man nachlesen. 25 Personen wollen den Hauptschulabschluss nach Artikel 5 nachholen. 78 Personen machen eine berufliche Nach- und Zusatzqualifikation nach Artikel 7. 172 Personen machen eine Maßnahme an sozialer Betreuung nach Artikel 11.

(Pörksen, SPD: Das ist unglaublich!)

Zwei Menschen nehmen an einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme mit Zusatzqualifikation teil. 40 nehmen an einer außerbetrieblichen Ausbildung teil. Zwölf Personen erhalten einen Lohnkostenzuschuss. Null Leute machen einen Arbeits- und Qualifizierungslehrgang. Null Leute erhalten eine beschäftigungsbegleitende Hilfe.

Meine Damen und Herren, nur dass wir uns richtig verstehen.

(Pörksen, SPD: Sie Rosstäuscher!)

Ich habe das beim letzten Mal schon gesagt: Alle Maßnahmen, die Jugendlichen helfen, einen Ausbildungsplatz zu finden, sind zu begrüßen und zu befürworten.

(Beifall bei der CDU -
Pörksen, SPD: Ha, ha, ha!)

Aber das Programm geht nicht an die Wurzeln des Problems. Auch das haben wir beim letzten Mal schon ausgeführt.

(Beifall bei der CDU -
Zurufe von der SPD)

100 000 Jobs für Junge, so steht es hier.

(Pörksen, SPD: Sie sollten
sich schämen!)

Dieser Slogan weckt Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können.

(Beifall bei der CDU)

Was hat das Arbeitsprogramm denn auf dem Arbeitsmarkt wirklich bewirkt? Die Bilanz ist nämlich viel ernüchternder. Lediglich 40 neue außerbetriebliche Ausbildungsplätze sind geschaffen worden.

(Pörksen, SPD: Allein in
Bad Kreuznach 120!)

Es ist kein Ausbildungsplatz in der freien Wirtschaft geschaffen worden, kein zusätzlicher Ausbildungsplatz in der freien Wirtschaft.

(Beifall der CDU -
Rösch, SPD: Der Mann hat
keine Ahnung!)

- Herr Rösch, das alles vor dem Hintergrund, dass die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen mittlerweile von 18 000 auf über 20 000 angestiegen ist.

(Rösch, SPD: Ahnungslos
ist dieser Mann!)

Also kommen wir zur Beurteilung dieses Programms. Es gibt also überhaupt keinen Anlass, in Jubelstürme hier loszubrechen. Es gibt überhaupt keinen Anlass, das Programm schon nach acht Wochen in den Himmel zu heben.

(Unruhe im Hause)

Es gibt überhaupt keinen Anlass - - -

Herr Präsident, gilt das Gleiche auch für mich? Ich bitte, auch hier tätig zu werden.

(Zurufe aus dem Hause)

Es gibt überhaupt keinen Anlass, die Glocken in Mainz läuten zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt überhaupt keinen Anlass, hier ständig Feierstunden abzuhalten.

(Beifall bei der CDU)

Das Ganze bekommt dann noch einen besonderen Geschmack, wenn man die Zeitungsberichte der SPD liest, wo der Ministerpräsident in diesem Zusammenhang auch noch bringt, dass 1998 landesweit 5,3 % mehr Ausbildungsplätze in Rheinland-Pfalz geschaffen worden sind. Herr Ministerpräsident - er ist leider nicht anwesend -, es stimmt, aber die hat er nicht geschaffen, sondern die haben die Betriebe geschaffen, die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern.

(Beifall der CDU -
Zurufe von der SPD)

Genau diese Betriebe wollen Sie jetzt mit der sogenannten ökologischen Steuerreform bestrafen und ruinieren.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU -
Widerspruch von der SPD und
dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, das, was ich gelegentlich der Rede des Herrn Kollegen Rösch gesagt habe, gilt natürlich für alle anderen Kollegen auch, ebenso wie für den Kollegen Dr. Rosenbauer. Alle haben Anspruch darauf, dass ihnen zugehört wird.

(Zurufe von der SPD und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wirklich entschieden zu laut. Dann dürfen Sie sich nicht wundern, dass er mit entsprechender Lautstärke reagiert. Wie dem auch sei, ich denke, Sie sind alle irgendwann auch einmal davon betroffen.

Die Kollegin Frau Klamm stellt die Frage, warum ihre Zwischenfrage nicht registriert worden ist. Dies ist deshalb nicht geschehen, weil bei der Aktuellen Stunde eine Zwischenfrage nach unserer Geschäftsordnung nicht möglich ist.

Ich erteile nun Herrn Abgeordneten Dahm das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsnotstand sind nicht nur bundesweit, sondern auch hier in Rheinland-Pfalz ein noch immer ungelöstes Problem. Wir haben es deshalb begrüßt, dass die neue Bundesregierung unverzüglich deutlich gemacht hat, mit welcher Vordringlichkeit sie der Jugenderwerbslosigkeit und der Ausbildungskrise begegnen will. Das Sofortprogramm für 100 000 Jugendliche ist ein erstes und ein wichtiges Projekt. Das will ich hier noch einmal betonen, Herr Dr. Rosenbauer.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Einzig und allein auf Versprechen der Wirtschaft zu setzen, wie es die alte Bundesregierung gemacht hat, hat gezeigt, dass die Krise nur verschärft wurde.

(Widerspruch von der CDU)

Herr Dr. Rosenbauer, eines dürfen wir uns nicht vormachen. Auch das Sofortprogramm ist letztendlich, wie Sie das gesagt haben, keine Lösung der Probleme; denn Jugendliche erkennen sehr schnell in den politischen Aussagen, die auch heute wieder gemacht wurden, ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn man allzu leichtfertig über die persönlichen Schicksale hinweghuscht.

Als wir uns im Dezember des letzten Jahres das letzte Mal mit dem Sofortprogramm für arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren beschäftigt haben, haben wir die Zahl 18 106 Jugendliche verkünden müssen, Herr Rösch. Das war damals im Dezember. Doch heute, im März 1999, sprechen wir nicht mehr von 18 000 wie Sie, sondern von 20 338 Jugendlichen ohne Arbeit.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das ist die neueste Statistik. Das sind 2 300 junge Menschen in Rheinland-Pfalz mehr als noch vor drei Monaten, die arbeitslos sind.

Das Landesarbeitsamt - das ist bereits gesagt worden - hat mit dem Sofortprogramm ganze 1 650 Jugendliche erreicht, ihnen also eine Perspektive geboten. Das ist richtig; das ist ein Erfolg.

(Pörksen, SPD: Das ist doch
Quatsch, was Sie erzählen!)

Trotzdem wächst die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen seit Dezember ständig an. Das Problem ist damit also nicht gelöst worden.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine Damen und Herren, nicht besser sieht es auf dem Ausbildungsmarkt aus. Eine neue Statistik für das Jahr 1999 gibt es noch nicht. Deshalb möchte ich noch einmal die Jahresabschlusszahlen nennen. Unsere Anfrage an die Landesregierung zu der Ausbildungsstatistik 1998 hat sehr interessante Angaben zu Tage gebracht. Die Landesregierung hat ihr Ziel, jedem Jugendlichen, der ausgebildet werden möchte, einen Ausbildungsplatz zu bieten, auch im letzten Jahr bei weitem verfehlt.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage stellen Sie zwar zu Recht heraus, dass 5,2 % oder umgerechnet 1 500 neue Verträge mehr als im Jahr zuvor abgeschlossen wurden, aber Sie müssen auch zugeben, dass 11 400 Jugendliche keine Lehrstelle gefunden haben und in schulische Bildungsgänge, in berufsvorbereitende Maßnahmen und in außerbetriebliche Programme des Arbeitsamtes vermittelt wurden.

Die Unternehmen haben 1 500 Stellen mehr angeboten. Das ist lobenswert. Aber über 11 000 Jugendliche haben in Rheinland-Pfalz keine Ausbildungsstelle in der Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst gefunden. Das ist das wahre Ausmaß unserer Krise.

Ich will die Erfolge des Sofortprogramms in keiner Weise in Frage stellen. Aber wenn ganz offensichtlich in diesem Augenblick 20 000 Jugendliche ohne Arbeit sind - die Tendenz ist steigend - und 11 000 Jugendliche ohne Ausbildungsstelle sind - die Tendenz ist ebenfalls steigend -, dann relativieren sich die Erfolge des Sofortprogramms sehr deutlich.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eine andere Rechnung aufmachen. Die Bundesregierung investiert in das Sofortprogramm 2 Milliarden DM. Wir sind uns aber darüber einig, dass für die betriebliche Ausbildung nach dem dualen System die Unternehmen und der öffentliche Dienst zuständig sind. Mit anderen Worten, die Investitionen von 2 Milliarden DM der öffentlichen Hand sind gleichzeitig auch 2 Milliarden DM Kostenentlastung der Wirtschaft für die berufliche Ausbildung. Ich meine, dies muss der Wirtschaft und ihren Verbänden noch einmal ganz deutlich ins Stammbuch geschrieben werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren der Landesregierung, auch in Ihren Gesprächen über das Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Rheinland-Pfalz müssen Sie endlich zu verbindlichen Vorgaben für die Wirtschaft kommen, bevor es Ende des Jahres 1999 wieder heißt: Das Ziel wurde erneut nicht erreicht.

(Glocke des Präsidenten)

Wiederum fehlen Tausende von Ausbildungsplätzen in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen letzten Satz anfügen. Es wäre besser, Herr Beck würde heute nicht in

Bonn über das Mainzer Modell der doppelten Staatsbürgerschaft verhandeln.

(Pörksen, SPD: Ach ja!)

Herr Beck und Herr Gerster, es wäre besser, Sie würden heute in Bonn über den Mainzer Weg eines Kammermodells verhandeln. Das wäre jedenfalls im Interesse unserer Jugendlichen.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Präsident Grimm:

Damit sich ein Irrtum nicht verfestigt, der Ministerpräsident ist in Mainz und wird auch bald hier sein.

(Zuruf von der F.D.P.: Das spürt
man doch! -
Kramer, CDU: Der Koalitionspartner
spürt das!)

Es spricht nun die Abgeordnete Frau Nicole Morsblech.

Abg. Frau Morsblech, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist richtig, heute über die Entwicklung des 100 000-Stellen-Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit der Bundesregierung vor dem Hintergrund der vor zwei Tagen veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen zu diskutieren. Aber ich sehe in diesem Zusammenhang wieder einmal andere Zahlen als Herr Dahm. Im Februar dieses Jahres ging in Rheinland-Pfalz die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Vergleich zum Februar des Vorjahres um 5,1 % zurück.

(Kuhn, F.D.P.: So ist das!)

Das ist auch darauf zurückzuführen, dass es Initiativen der alten Bundesregierung für bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft gab,

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P.
und CDU)

und auch darauf, dass diese Landesregierung sehr positive Initiativen zur Schaffung betrieblicher Ausbildungsplätze ergriffen hat.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Itzek, SPD: Das ist richtig!)

Die Zahl stieg im Vergleich zum Januar dieses Jahres wieder leicht an, und ich denke, daran sieht man auch, dass wir im Moment über etwas diskutieren, was noch nicht ganz entwickelt ist. Seit Dezember steht die Summe von ungefähr 70 Millionen DM zur Verfügung, die in die Maßnahmen des Sofortprogramms in Rheinland-Pfalz investiert werden können. Das schlägt sich jedoch in der Statistik jetzt noch nicht nieder, da wir zu diesem Zeitpunkt die Auswirkungen des Programms noch nicht richtig beurteilen können.

(Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aha!)

Deshalb möchte ich diese Aktuelle Stunde zum Anlass nehmen, eine Bestandsaufnahme bezüglich der Resonanz auf dieses Programm zu machen und mir bei den eingeleiteten Maßnahmen genauer anzuschauen, was derzeit eingeleitet wurde und wo es möglicherweise durch Vernetzung von Maßnahmen und Maßnahmenträgern mehr Synergieeffekte zu nutzen gibt, und noch einmal konstruktive Vorschläge zur sinnvollen Nutzung der Möglichkeiten des Programms zu machen, die in Rheinland-Pfalz noch nicht ganz ausgeschöpft sind.

(Pörksen, SPD: Das stimmt!)

Wir haben die Zahlen vorhin bereits gehört. Wenn man sich anschaut, an welchen Maßnahmen die derzeit 1 647 Jugendlichen in Rheinland-Pfalz teilnehmen, so befinden sich 800 Teilnehmer ohne Ausbildung in Trainingsmaßnahmen, 520 im Training für arbeitslose Jugendliche, also für solche, die zwar eine Ausbildung haben, aber derzeit arbeitslos sind. 78 befinden sich in Qualifizierungsmaßnahmen, 40 Jugendliche in einer außerbetrieblichen Ausbildung und 25 machen ihren Hauptschulabschluss nach.

An diesen Zahlen sieht man, dass ein Großteil der derzeit teilnehmenden Jugendlichen in Trainingsmaßnahmen von eher kürzerer Dauer untergebracht ist. Inwieweit diese Trainingsmaßnahmen den Jugendlichen tatsächlich eine Perspektive schaffen und ihnen zu einem Ausbildungsplatz verhelfen, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht erkennbar.

Wichtig wäre auch, den Zeitraum der Trainingsmaßnahmen verstärkt dafür zu nutzen, die jungen Menschen anschließend in Betriebe zu vermitteln. Ich denke, dieser Hinweis ist an dieser Stelle sinnvoll.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Schwarz, SPD: Das ist der Sinn
der Trainingsmaßnahmen!)

- Gut. Ich weise nur darauf hin.

Meiner Ansicht nach könnten die Mittel in Rheinland-Pfalz noch effektiver in Maßnahmen nach Artikel 2 des Programms investiert werden, die der Förderung von lokalen und regionalen Projekten zur Ausschöpfung und Erhöhung des betrieblichen Lehrstellenangebots dienen. Hierzu gehört beispielsweise die Vermittlung von jungen Frauen und Mädchen

in zukunfts- und technikorientierte Ausbildungsberufe, die Förderung von Projekten, die neue Ausbildungsbetriebe für die Ausbildung gewinnen können, vor allem aber solche Betriebe, die in Bereichen ausbilden können, in denen es bisher eher wenige Ausbildungsplätze gibt.

Hierzu gehört aber auch die Förderung von Ausbildungsverbünden, die pauschal mit 3 000 DM bezuschusst werden können. Ich denke, gerade dieser Spielraum des Programms müsste vor allem deshalb stärker ausgeschöpft werden, weil wirkliche Zukunftsperspektiven durch eine duale Ausbildung im Betrieb geschaffen würden.

(Beifall der F.D.P.)

Das Land Rheinland-Pfalz hat in dieser Richtung bereits im Vorfeld verschiedene Programme aufgelegt, die im vergangenen Jahr schon zu einem Zuwachs an Lehrstellenangeboten in Betrieben beigetragen haben. Ich gehe auch davon aus, dass der zuständige Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau gemeinsam mit den Kammern noch weitere Anstrengungen unternehmen wird, um gemeinsam mit den Betrieben noch weitere Ausbildungsplätze zu schaffen.

Meine Damen und Herren, das 100 000-Stellen-Sofortprogramm soll auch benachteiligten Jugendlichen eine neue Chance und Perspektive am Arbeitsmarkt bieten. Diese ist meiner Ansicht nach allerdings nur dann gegeben, wenn diese Jugendlichen zunächst nicht nur an Trainingsmaßnahmen teilnehmen, sondern wenn sich für diese jungen Menschen auch tatsächlich eine Ausbildungsstelle findet und sich in der Ausbildung auch etwas tut.

Wir haben an unzähligen Beispielen immer wieder diskutiert, dass viele handwerkliche Ausbildungsberufe mittlerweile so theorieüberfrachtet sind, dass eher praxisbegabte junge Menschen häufig keinen Zugang mehr zu diesen Berufen haben, obwohl sie diese handwerklich hervorragend bewältigen könnten. Deshalb ist es meiner Ansicht nach parallel dazu erforderlich, praxisorientierte Ausbildungsgänge mit weniger Theorieanteilen zu entwickeln und durchzuführen.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn die Politik dies nicht gemeinsam mit den Beteiligten erreichen kann, können wir den benachteiligten jungen Menschen trotz der Trainingsmaßnahmen dauerhaft nicht helfen.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich freue mich, weitere Gäste im Landtag begrüßen zu dürfen, und zwar Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schule in Kusel sowie Landfrauen aus Rhodt. Seien Sie alle herzlich begrüßt!

(Beifall im Hause)

Es spricht nun Staatsminister Florian Gerster.

Gerster, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat vor einigen Wochen dem Kollegen Dr. Gölter Beifall geklatscht, als er so etwas achselzuckend gesagt hat: Was soll man schon gegen ein solches Programm haben? - Sie hat heute nach der bizarren Rede des Kollegen Dr. Rosenbauer genauso engagiert geklatscht,

(Beifall des Abg. Böhr, CDU)

der kritisiert hat, dass wir etwas für Jugendliche tun, die ohne fördernde Maßnahmen keine Chance haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Rosenbauer, sind Sie Sozialpolitiker, oder was sind Sie?

(Pörksen, SPD: Er ist ein Schwätzer!)

Wir machen kein Programm für Überflieger und Modellathleten. Wir machen ein Programm für junge Menschen, die aus verschiedenen Gründen, die meistens gar nicht in ihrer Person liegen, sondern in der Umwelt, in der Sozialisation, in der Familie und in der bisherigen schulischen und beruflichen Laufbahn, alleine keine Chance auf dem Ausbildungs- und dem Arbeitsmarkt haben. Für diese Menschen wird eine Menge getan.

(Beifall bei der SPD)

Es wird gerne kritisiert, keiner von uns kritisiert nicht mit, manchmal auch an die eigene Adresse in Bonn. Wenn der Bundesarbeitsminister, Herr Walter Riester, seit er das Amt übernommen hat, nichts anderes dort gemacht hätte, als dieses Sonderprogramm aufzulegen, wäre das schon allein eine Großtat.

(Beifall bei der SPD -
Heiterkeit bei der CDU)

Was haben wir denn den 20 000 jungen Leuten bis 25 Jahre anzubieten, die keinen Ausbildungsplatz haben? Was haben wir ihnen anzubieten? Marktwirtschaft pur? Die Schnellbahn für den Leistungsfähigen, damit er überholen kann? Müssen wir nicht zum Beispiel bei jungen Leuten ohne Hauptschulabschluss da ansetzen, damit sie wenigstens nicht ein Leben lang ein Stigma mit sich herumtragen, das sie nie mehr loswerden?

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Es ist dann die Frage gestellt worden, was das mit Rheinland-Pfalz zu tun hat. In Rheinland-Pfalz sind bereits über 9 000 junge Leute konkret durch Beratungsgespräche angesprochen worden.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Die Frage habe ich nicht gestellt!)

Über 9 000 jungen Leuten sind Angebote gemacht worden. Über 1 600 junge Leute sind bereits in Maßnahmen. Im Laufe des Jahres werden es fast 5 000 junge Leute sein, die in Maßnahmen der Ausbildungsplatz- und Arbeitsmarktpolitik kommen, eine Qualifizierung, Trainingsmaßnahmen und anderes mehr. Es sind fast 5 000 junge Menschen. Das sind so viele Menschen, wie in Rheinland-Pfalz zwischen 15 und 20 Jahren arbeitslos sind. So viele werden von dem Programm profitieren können.

Nun sollten wir darüber reden - dies hat dann viel mit Rheinland-Pfalz zu tun -, wie wir es schaffen, dass nach diesem enormen Startschuss - es sind 2 Milliarden bundesweit, 70 Millionen in Rheinland-Pfalz - die Sache nicht nach einem Jahr versickert, dass junge Leute, die eine überbetriebliche Ausbildung begonnen haben, sie nach Möglichkeit betrieblich abschließen: Wie schaffen wir es also, aus einem politischen Sonderprogramm einen gesellschaftlichen Aufbruch zu machen, damit sich alle daran beteiligen, die diesen jungen Menschen etwas bieten können? Das war das Thema für den ovalen Tisch.

Vor zwei Wochen haben wir mit den Kammern, den Gewerkschaften und der Arbeitsverwaltung darüber gesprochen, dass wir möglichst vielen jungen Menschen, die jetzt in überbetrieblichen Maßnahmen und Trainingsmaßnahmen sind, eine betriebliche Anschlussausbildung ermöglichen, damit sie schließlich einen Gesellenbrief von einem Betrieb auf dem ersten Arbeitsmarkt vorweisen können, weil das ohne Zweifel der Königsweg ist und die anderen Maßnahmen ergänzenden Charakter haben. Das sind die Fragen, über die wir wirklich intensiv sprechen sollten, wo wir auf Menschen und Institutionen einwirken sollten, auf die wir Einfluss haben.

Natürlich geht es auch darum, die soziale Wirklichkeit so zu beschreiben, wie sie ist. Sie ist aber manchmal anders, als dies täglich kolportiert wird. Es wird zum Beispiel täglich kolportiert, dass die jungen Leute eigentlich gar nicht wollen, dass sie eigentlich selbst schuld sind. Von denen, die bisher konkrete Angebote nicht angenommen haben, waren 69 aus Rheinland-Pfalz, die den zuständigen Sozialämtern gemeldet worden sind. Ich habe zu Beginn gesagt, es waren über 9 000 Beratungsgespräche. 69 junge Leute haben ganz offensichtlich realistische Angebote ohne plausible Gründe ausgeschlagen. Dort werden Konsequenzen ergriffen werden, die zum Beispiel die Kürzung von Sozialleistungen bedeuten. Das ist richtig. Es sind aber 69 von über 9 000 in den Beratungsgesprächen.

(Beifall der SPD und F.D.P.)

Das ist auch soziale Wirklichkeit.

Das Sonderprogramm macht manches, was in die Nähe der Programme kommt, die der Herr Kollege Bauckhage, der Herr Kollege Zöllner und ich auch gemeinsam für junge Leute machen, die keinen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt gefunden haben. Wir machen eine Menge. Wir müssen natürlich dafür sorgen, dass das zusätzliche Sonderprogramm dies nicht behindert und dass wir nicht Doppelförderungen vornehmen. Das machen wir sehr sorgfältig abgestimmt. Es gibt einen interministeriellen Arbeitskreis, in dem die Ressorts vertreten sind. Wir haben eine hervorragende Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt. Ich möchte Frau Strobel, der Präsidentin, ausdrücklich danken, wie sehr sie sich dort einbringt. Wir sollten auch der Bundesregierung dafür danken, dass sie als einen Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung den Arbeitsämtern einen großen Freiraum lässt. Sie nützen ihn, sie machen etwas daraus.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich noch folgendes feststellen: Soziale Wirklichkeit heißt, es ist nicht so dramatisch, wie manche es meinen. Es ist aber auch nicht so harmlos, wie andere es wieder wollen. Wir haben 20 000 junge Leute zwischen 15 und 25 Jahren, darunter 5 000 unter 20 Jahren, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben. Die Zahl derjenigen, die im letzten Ausbildungsjahr unversorgt geblieben sind, liegt allerdings, wenn man saldiert, knapp über 1 000. Die Zahl liegt nicht in der Größenordnung, wie sie vorhin beschrieben worden ist.

Wenn wir uns im europäischen Verbund mit Spanien, Frankreich und anderen Mitgliedsländern vergleichen, ist die Jugendarbeitslosigkeit und auch die Zahl der jungen Menschen, die vielleicht ein Leben lang ohne Ausbildung bleiben werden, im internationalen Vergleich glimpflich. Das ist auch immer noch ein enorm positives Merkmal des Modells Deutschland, das in einigen Punkten, zum Beispiel in der dualen Ausbildung, immer noch Vorbildcharakter hat. Wir sollten nicht alles schlechtreden, manches ist doch gar nicht schlecht.

Wir müssen aber dieses System wetterfest machen. Damit möchte ich schließen. Wir wissen nicht, wie es mit der Konjunktur weitergeht. Es sieht ganz danach aus, dass die Wachstumsraten in den nächsten Jahren unter 2 % liegen werden, das heißt, wir müssen junge Leute qualifizieren, damit sie dann, wenn ein echter Arbeitskräftebedarf wieder unabweisbar vorhanden sein wird, was in fünf bis zehn Jahren in bestimmten Branchen ganz eindeutig der Fall sein wird, eine Chance haben.

In Zukunftsbranchen spüren wir heute schon, dass zum Beispiel bei modernen Technologien die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, die neu angeboten werden, gar nicht befriedigt werden kann. Wir müssen die jungen Leute fit machen, damit wir vorübergehende Engpässe überwinden und dann in zehn oder 15 Jahren, wenn wir eine völlig andere Situation auf dem Arbeitsmarkt haben, diese jungen Leute keinen Nachteil für das Leben haben.

Für diese Menschen, die sich ohne Politik allein nicht erfolgreich durchschlagen können, ist das Sonderprogramm eine Großtat. Die Bundesregierung hat dafür Dank verdient.

(Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Das Wort hat der Abgeordnete Schwarz.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Meinung, die Herr Dr. Rosenbauer vorgetragen hat, auch die Meinung der CDU-Fraktion in diesem Hause ist, dann haben Sie sich heute Vormittag davon verabschiedet, gemeinsam alles zu unternehmen, um Jugendlichen, besonders benachteiligten Jugendlichen, zu helfen und sie in Ausbildung und Arbeit zu bekommen.

(Beifall der SPD)

Das ist umso bedauerlicher, als wir feststellen müssen, dass es vor Ort eine ganze Menge Gemeinsamkeit in der Politik gibt. Wir werden nur mit dieser Gemeinsamkeit das massive Problem lösen.

Ich bin Herrn Minister Gerster sehr dankbar dafür, dass er deutlich gemacht hat, dass die Landesregierung nicht mit dem nachlassen wird, was sie bereits auf den Weg gebracht hat. Dieses Sonderprogramm hat im Grunde genommen einen ganz wichtigen Grund, worauf Herr Gerster hingewiesen hat. Wir wollen denen, die jetzt in der Warteschleife hängen, zunächst einmal helfen, dass sie überhaupt Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Da geht es eben auch um Trainingsmaßnahmen.

Ich mache es jetzt einfach. Ich bin Mitglied des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamts in Neuwied. Wir bemühen uns sehr darum. Ich halte es für schwierig, wenn junge Politiker von diesem Pult aus mit Schaum vor dem Mund versuchen, eine wichtige Einrichtung kaputtzureden.

(Beifall der SPD -
Widerspruch von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, wie schwierig es ist - ich rede aus persönlicher Erfahrung -, wenn man erleben muss, dass andere Dinge, wenn sie plötzlich auftauchen, erfolgreich sind, und dieses Programm ist erfolgreich.

(Beifall der SPD -
Zurufe von der CDU)

Fragen Sie Ihren Parteifreund Jagoda. Er wird Ihnen bestätigen, wie hilfreich und erfolgreich dieses Programm ist. Reden Sie doch bitte einmal mit den Direktoren der Arbeitsämter vor Ort. Herr Dr. Rosenbauer hätte es leicht gehabt, Zugang zu haben. Seine Parteifreunde sitzen auch in diesem Verwaltungsausschuss. Er hätte es leicht gehabt, zu erfahren, wie viele Möglichkeiten uns dieses Programm bietet, gerade mit denen zu arbeiten, die derzeit am Arbeitsmarkt keine Chance haben und erst einmal fit gemacht werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird uns nicht gelingen, wenn wir versuchen, dieses Thema so zu diskutieren. Herr Dr. Gölter sagt, man kann gegen das Programm nichts haben. Auf der anderen Seite ist es wichtig, Unterstützung zu bekommen; denn wir brauchen die Wirtschaft. Da hat Herr Dr. Rosenbauer Recht. Wir brauchen die Ausbildungsplätze in der Wirtschaft und in der Verwaltung, das heißt, Sie sollten nicht hierherkommen und das Programm herunterreden, sondern sich auf den Weg machen, dass wir auch bei uns in der Region mehr Ausbildungsplätze für besonders benachteiligte und schwache Jugendliche bekommen. Das wäre Ihre Aufgabe und nicht, hier „herumzumotzen".

(Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist immer wieder das gleiche Spiel. Ich wäre den Kollegen und auch dem Minister einmal dankbar, wenn Sie zuhörten, wenn jemand spricht.

(Beifall der CDU)

Das Problem ist, es gibt immer diese vorgefertigten Reden, die dann oft nicht passen und trotzdem gehalten werden.

(Beifall der CDU)

Punkt 1: Ich habe kein Wort gegen das Programm gesagt.

(Pörksen, SPD: Wie?)

- Ich habe kein Wort gegen das Programm gesagt.

Punkt 2: Ich habe nur etwas gegen die Jubelstimmen gesagt, die hier lospreschen und von denen keiner etwas weiß.

(Beifall der CDU)

Sie lassen in Mainz die Glocken für Dinge läuten, die noch gar nicht so weit gediehen sind, dass Sie sie läuten lassen können. Darum geht es.

Punkt 3: Herr Schwarz und Herr Minister, Sie wecken Hoffnungen bei jungen Menschen.

(Zuruf von der SPD: Richtig! -
Unruhe im Hause)

- Es ist auch korrekt.

Die Fragen von Frau Morsblech sind durchaus berechtigt, dass nämlich die Programme zum Teil drei Monate laufen. Was passiert nach den drei Monaten?

(Beifall bei der CDU)

Was ist mit den Jugendlichen, die nach drei Monaten keinen Arbeitsplatz finden? - Um diese Problematik geht es.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

Die Problematik ist, wie wir dies behandeln.

Sie haben diese Aktuelle Stunde für heute nur beantragt, um Jubelstimmen „loszureißen". Das machen wir nicht mit, weil es der Sache nicht angemessen ist.

Herr Dahm hat gesagt, die Zahl ist wieder über 20 000 angestiegen. Das ist die harte Realität. Damit müssen wir uns beschäftigen.

(Beifall der CDU)

Es wird immer so getan, als wenn die Dinge alle neu wären. So viel Neues steht doch gar nicht drin.

(Lewentz, SPD: Das hat doch
gar keiner gesagt!)

- Doch. Es ist eben mehrmals gesagt worden, dass so viele Dinge neu sind.

(Zurufe von der SPD)

Dann wird so getan, als wenn die jugendlichen Menschen aus einer Warteschleife herausgenommen werden und eine Zukunftsperspektive erhalten.

(Zuruf von der SPD: 2 Milliarden DM!)

Das, was Sie zum größten Teil machen, und dort, wo sich die meisten jungen Menschen befinden, handelt es sich um weitere Warteschleifen. Diese werden nur länger. Das sind keine echten Perspektiven.

(Beifall der CDU -
Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Darum geht es doch.

Herr Schwarz, lesen Sie doch einmal die Rede vom letzten Mal nach.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

Die Frage ist doch, warum Schüler, die die Schule verlassen und einen Abschluss haben, noch einmal einen Kurs belegen müssen, damit sie sich bewähren können. Darüber sollten wir uns einmal unterhalten. Die Leute müssen doch nach dem Schulabschluss fähig sein, in die Lehre zu gehen, und nicht noch Nachbildung bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Darüber müssen wir reden. Die Schulpolitik und die Abschlüsse sind gefragt.

(Beifall der CDU)

Die Fragen von Frau Morsblech sind mehr als berechtigt. Wir können dies als CDU nur unterstreichen. Es gibt eine Menge offener Fragen, und darauf haben wir aufmerksam gemacht. Diese müssen wir klären.

(Pörksen, SPD: Sie sollen keine Fragen
stellen, sondern Antworten geben!)

Nur, die Vorstellung, die Sie heute hier wieder geliefert haben,

(Glocke des Präsidenten)

ist - dies ist nicht das erste Mal -, Sie verfallen immer wieder in die Selbstgefälligkeit und sagen, bei uns ist alles gut, bei uns ist alles toll, was wir machen, ist sowieso gut. Das geht mit uns nicht.

(Beifall der CDU -
Zurufe von der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dahm das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal aus der Drucksache 14/335 des Deutschen Bundestags ein Zitat anbringen: „Das Programm der Bundesregierung wird seinem eigenen Ziel, tatsächlich 100 000 Jugendlichen Arbeit zu bringen, nicht gerecht. Es erweist sich bei näherer Betrachtung als Augenwischerei, da mehr als 400 000 Jugendliche ohne Ausbildung und Beschäftigung bleiben werden. Selbst der kleine Teil der Ausbildungsplatzsuchenden, den das Programm erfasst, wird nicht in Arbeit und Ausbildung gebracht, sondern hauptsächlich auf die lange Versorgungsbank geschoben."

Meine Damen und Herren, das ist kein Zitat von der CDU, sondern von Rainer Brüderle und der F.D.P.-Fraktion. Ich meine, das ist ein vernichtendes Urteil des ehemaligen Wirtschaftsministers für diese Landesregierung.

Frau Morsblech, Sie sollten hier nicht eine solche heiße Nummer abziehen, sondern solche Dinge richtig stellen.

(Heiterkeit bei der F.D.P. -
Zurufe aus dem Hause)

Meine Damen und Herren, mir liegen noch drei Punkte am Herzen.

1. Der Erfolg des Sofortprogramms, der sich heute schon abzeichnet und den wir auch sehen, macht es auch erforderlich, dass wir heute schon daran denken und Vorkehrungen treffen, dass diese Mittel, die einmalig gegeben worden sind, kontinuierlich für eine Fortsetzung des Sofortprogramms auch in den folgenden Jahren eingesetzt oder in den Haushalt der Arbeitsverwaltung direkt übernommen werden.

Das ist mir wichtig. Das muss heute schon gemacht werden.

2. Gezeigt haben die Gespräche mit den Arbeitsämtern, dass es Probleme gibt.

(Pörksen, SPD: Ach nee!)

Probleme gibt es beispielsweise in der Kooperation zwischen der Arbeitsverwaltung und den berufsbildenden Schulen. Also auch hier ist es erforderlich, dass sich die Landesregierung mehr als bisher anstrengt, diese Lernortkooperation zwischen den Unternehmen, den berufsbildenden Schulen und der Arbeitsverwaltung zu verbessern. Dies sind alte Forderungen, die wir schon seit Jahren erhoben haben, die aber jetzt angepackt werden müssen.

3. Verbundausbildung: Sie waren es doch, die im Landtag diesen Antrag gestellt haben.

(Pörksen, SPD: Ich?)

Heute erfahren wir in unseren Anfragen, dass es überhaupt keine Statistik gibt, die uns sagt, wie viele junge Menschen letztendlich in Verbundausbildungen gekommen sind.

Aber nicht nur die Förderung zwischen Unternehmen in der Verbundausbildung, sondern auch die Förderung von öffentlichen Trägern, gemeinnützigen Trägern, Kommunen, Berufsschulen und der Arbeitsverwaltung müssen Sie anpacken. Hier hat das Wirtschaftsministerium in der Tat einen Auftrag, dies endlich einmal zu machen. Das wird jedenfalls nach unserer Erkenntnis bisher nicht angepackt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Glocke des Präsidenten)

- Einen letzten Satz.

Meine Damen und Herren, auch für 1999 wird es auf dem Ausbildungsmarkt sehr schwer werden. Es gibt nicht nur die Bugwelle, sondern auch die erhöhten Bewerberzahlen. Alles zusammen erfordert große Anstrengungen, sich jetzt dieser Verantwortung zu stellen, damit es nicht noch einmal Ende dieses Jahres heißt: Ziel verfehlt.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Pahler das Wort.

Abg. Frau Pahler, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, wir sollten diesem Thema ein bisschen mehr Ruhe und vielleicht auch ein bisschen mehr Sachlichkeit entgegenbringen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD -
Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Geben wir doch alle einmal ehrlich zu, dass viele unserer Jugendlichen auf die derzeitigen rasanten wirtschaftlichen Veränderungen - auch auf dem Ausbildungsmarkt - nicht vorbereitet sind. Es gibt immer mehr junge Leute, die nicht Schritt halten können. Weil wir im Moment noch keine Antwort darauf wissen, aber die jungen Leute wenigstens ein Stück weit eine Chance brauchen, ist ein solches Programm richtig, aber wir müssen wissen, dass das nicht der Endpunkt ist.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Wir müssen wissen, dass dieses Programm im Moment vielleicht dem einen oder anderen zumindest eine Möglichkeit gibt, sich noch einmal auf Veränderungen vorzubereiten. Das ist es, aber nicht mehr. Es gilt für uns alle meiner Meinung nach gemeinsam: Wir haben noch verdammt viel vor uns, um wirklich eine perspektivische Ausbildungsmöglichkeit für junge Menschen bieten zu können.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Ich sage Ihnen auch ehrlich aus meiner Erfahrung aus der Schule heraus: Ich würde Herrn Zöllner wünschen, dass er das Geld, das wir in all die Maßnahmen hineinstecken, in die Hand bekommt, damit er für die Zeit der Schulausbildung mehr in der Hand hat, um in diesem Bereich etwas zu tun.

Danke.

(Beifall der F.D.P. und der SPD
sowie vereinzelt bei der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Staatsminister Hans-Artur Bauckhage.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle mir gerade vor, wie es auf Jugendliche wirkt, wenn wir polemisch über ein solch wichtiges Thema diskutieren, wie Sie es getan haben, Herr Dr. Rosenbauer.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Zurufe von der CDU)

Herr Dr. Rosenbauer, bei allen unterschiedlichen Auffassungen, die man haben kann, muss man immer wissen, dass wir über das Schicksal von Jugendlichen reden, und zwar über das Schicksal derjenigen, die das Entree für einen Ausbildungsplatz nicht haben.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Über das Schicksal dieser jungen Menschen reden wir. Wenn man darüber redet, sollte man es zumindest so tun, dass wir bei den Jugendlichen insgesamt ein Stück Glaubwürdigkeit behalten und sie nicht noch weiter stigmatisieren.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Zuruf des Abg. Dr. Rosenbauer, CDU)

- Herr Dr. Rosenbauer, auch Ihre jetzige Haltung ist dem Thema nicht angemessen.

(Keller, CDU: Ach Gott! -
Dr. Weiland, CDU: Oberlehrer!)

Man kann darüber lange streiten.

(Keller, CDU: Jetzt sagen Sie
einmal etwas zur Sache! -
Dr. Weiland, CDU: Sagen Sie einmal
etwas zur Sache aus Ihrer Sicht
als Wirtschaftsminister!)

- Ich will gerade etwas zur Sache sagen. Man kann natürlich nicht davon ausgehen, dass man seine Fragen beantwortet bekommt, wenn man sich vorher wie der Elefant im Porzellanladen benimmt.

(Beifall der SPD -
Pörksen, SPD: Also, ein Elefant
ist er nicht!)

Herr Dahm, insbesondere an Sie gerichtet, möchte ich einmal ein paar Zahlen nennen, damit wir sehen, wie stark das Engagement der Wirtschaft ist, die über die Maßen hinaus ausbildet. Ausbildungsplatzträger Nummer 1 ist das Handwerk. Insgesamt befinden sich derzeit 78 000 junge Menschen in einer gewerblichen Ausbildung. Es hat über 30 000, fast 31 000, neue Abschlüsse gegeben. Am 30. September 1998 gab es in Rheinland-Pfalz 1 539 unbesetzte Ausbildungsplatzstellen. Zu diesem Zeitpunkt gab es 1 653 unversorgte Bewerber. Ich bitte, auf die Differenz zu achten.

Meine Damen und Herren, die Bilanz am 31. Dezember 1998 war die - Herr Kollege Gerster hat das bereits erwähnt -, dass es unter 1 000 unversorgte junge Menschen gab. Ich sage das deshalb, damit wir wissen, worüber wir überhaupt reden. Ich will das jetzt nicht in das Programm hineinsetzen. Zunächst einmal will ich das Engagement der Wirtschaft loben und sagen, dass dieses duale Ausbildungssystem in dieser Form trägt und die adäquate Antwort auf die Situation und die wirtschaftliche Lage ist.

(Beifall des Abg. Pörksen, SPD)

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, klar festzuhalten, dass die wirtschaftliche Entwicklung sicherlich auch etwas mit den Ausbildungsplätzen und den Arbeitsplätzen zu tun hat. Das ist gar keine Frage. Es ist aber auch wichtig, was man nun für diejenigen tut, die - aus welchen Gründen auch immer - an den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen nicht so teilnehmen können, wie andere daran teilnehmen. Ich sage: Da brauchen wir mehr Flexibilität und ein flexibles Programm. Mit diesem flexiblen Programm ist auch ein Stück Flexibilität gegeben worden, was richtig ist.

Die spannende Frage ist, was danach kommt. Da muss man jetzt abwarten. Es ist aber die falsche Botschaft, sich hinzustellen und so zu tun, als ob nichts geschehen wäre und als ob alles falsch sei.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Mir liegt auch sehr am Herzen, wie wir es hinbekommen, in unserem Staat ein Klima für bestimmte Berufsbilder herzustellen. Vor Ihnen steht jemand aus dem Nahrungsmittelgewerbe. Ich kann Ihnen sagen, dass das Angebot an Ausbildungsplätzen groß, aber die Nachfrage gering ist. Dort gibt es nach wie vor unbesetzte Ausbildungsplätze. Wenn man flexibel mit dem Programm umgeht, dann bin ich zuversichtlich, dass viele Jugendliche in einen solchen Ausbildungsberuf hineingehen können.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Man weiß auch, dass es wichtig sein wird, gemeinsam schon in der Schule darauf zu achten, dass diese Berufe eine Perspektive haben. Es wäre falsch, zu sagen, Nahrungsmittelberufe hätten keine Perspektive. Natürlich haben sie eine Perspektive.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, mir liegt auch sehr die Situation der Betriebe am Herzen, die gerne ausbilden würden. Ich meine damit ausländische Betriebe, die sich in diesem Staat befinden. Es ist eine Frage des Klimas, wie wir es hinbekommen, dass sie ausbilden können und ausbilden dürfen. Auch in diesem Fall ist eine Stück Flexibilität geboten; denn ich weiß, dass diese Betriebe gern ausbilden würden. Wir müssen also auch sehen, ob die Überregulierungen nicht zu groß sind, dies immer vor dem Hintergrund, dass wir über junge Menschen reden. Ich sage es nun zum wiederholten Mal: Es ist nichts so schlimm, als nach der Schulentlassung in die Arbeitslosigkeit entlassen zu werden. - Das muss unser Problem sein.

(Beifall der F.D.P. und der SPD
sowie vereinzelt bei der CDU)

Das kann man sicherlich in diesem Hause streitig austragen. Im Ergebnis kommt es aber auf den Stil und darauf an, dass die jungen Menschen eine Perspektive im Leben bekommen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schwarz für eine persönliche Erklärung das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Verlauf der Debatte und vor dem Hintergrund meiner Betroffenheit habe ich von meinem Platz aus Herrn Billen einen Armleuchter genannt.

(Heiterkeit im Hause)

Herr Billen, ich habe ganz einfach vor dem Hintergrund, dass wir beide uns so gut kennen,

(Heiterkeit im Hause)

den Versuch unternommen, etwas derber darauf hinzuweisen, dass das, was Sie zwischengerufen haben, nach meiner Meinung nicht in Ordnung ist. Ich bin nicht davon ausgegangen, dass Sie so zart besaitet sind. Wenn der Armleuchter aber Ihr Seelchen so sehr getroffen hat, nehme ich mit Bedauern zur Kenntnis, dass dieser Armleuchter bei Ihnen nicht angemessen ist.

(Unruhe im Hause)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich rufe das zweite Thema der AKTUELLEN STUNDE auf:

„Vorrang für die Abfallvermeidung - Haltung der Landesregierung zur Abfallvermeidung und Abfalltrennung vor dem Hintergrund des Interviews mit Staatsministerin Martini in der ‚Bild am Sonntag' am 28. Februar 1999"
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4056 -

Für die antragstellende Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

- Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meiner Meinung nach ist auch noch ein bisschen etwas anderes zu klären. Ich weiß nicht, ob das eine Entschuldigung war. Es liegt nicht in meiner Verantwortung, das zu beurteilen, aber parlamentarisch sollte man meiner Meinung nach ein wenig anders miteinander umgehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, am Sonntag, dem 28. Februar 1999, konnte man in der „Bild"-Zeitung lesen, dass die Abfalltrennung aufgegeben werden soll. Die Überschrift des Artikels lautete: „SPD-Ministerin: Abfalltrennung hilft der Umwelt nicht und ist zu teuer."

Wir sind von Ministerin Frau Martini, die nicht anwesend ist, einiges gewohnt. Nach ihrem ruhmreichen Vorstoß, eine landesweite Müll AG zu gründen, habe ich gedacht, sie kommt zur politischen Vernunft. Aber nein, ihr Amoklauf geht weiter. Sie setzt einen drauf und fordert nun, bundespolitisch einwandfrei verbreitet durch die „Bild"-Zeitung, die Abfalltrennung abzuschaffen, und verunsichert damit alle Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Bundesrepublik, die bisher umweltbewusst gehandelt haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Ziel ist nicht das, was sie vorgibt, nämlich rational zu diskutieren, was in der Abfallpolitik sinnvoll sei. Ihr Ziel ist leider ein anderes. Ihr Ziel ist, Futter für die Müllverbrennungsanlagen zu bekommen, die in Rheinland-Pfalz stehen und nicht ausgelastet sind

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

und die mit Gebührengeldern gebaut und bezahlt werden sollen. Das sind Gelder der Bürgerinnen und Bürger. Diese

Gelder sollen verschwendet werden. Wir sprechen uns dagegen aus.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Martini hat mit ihrem bundesweiten Vorstoß ein Echo bei den SPD-Ministern und Umweltministerinnen und -ministern von SPD-geführten Ländern ausgelöst, die sich alle dagegen verwahrt haben, diese Diskussion, die Frau Martini angefangen hat, weiterzuführen. Sie wussten alle, dass es der Sache der Umwelt schadet, wie Frau Martini mit dem Thema umgeht.

Sie hat von CDU-Ministern Beifall geerntet. Ich frage mich, in welchem Laden Frau Martini ihre politische Heimat hat und wie die SPD-Fraktion und der Ministerpräsident zu solchen Vorstößen stehen.

(Pörksen, SPD: Bleib doch mal auf dem Teppich!)

Frau Martinis Behauptung ist falsch, die Verwertung des DSD-Kunststoffes koste über 1 000 DM pro Tonne.

Meine Damen und Herren, die aktuellen Zahlen - Frau Martini hat jetzt noch einmal falsche Zahlen nachgelegt - liegen bei der Verwertung von Plastikabfall bei knapp 550 DM pro Tonne.

Noch vor wenigen Monaten hat Frau Martini behaupten lassen, Abfallverwertung kostet 3 000 DM pro Tonne. Hier wird mit falschen Zahlen jongliert. Mit falschen Zahlen soll überzeugt werden.

(Pörksen, SPD: Das können Sie besonders gut, mit falschen Zahlen jonglieren!)

Falsch ist außerdem die Behauptung von Frau Martini, dass die Wiederverwertung von Kunststoff ökologisch sinnlos ist. Zur Herstellung von Kunststoff braucht man doppelt so viel Energie, wie man bei seiner Verbrennung wiedergewinnen kann. Jeder Fachmann und jeder, den man fragt, kann klar sagen, dass Kunststoffverwertung ökologisch der sinnvollere Weg vor der Kunststoffverbrennung ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu der Verwertung, Sammlung bis zur Aufbereitung etc. braucht man 3 % bis 5 % der Energie dessen, die man in den Kunststoff hineingesteckt hat, und 3 % der Energie, die man durch Verbrennung gewinnen würde. Bei PP und PE, den modernen Kunststoffen, ist inzwischen ein mehrfaches Recycling möglich. Diese Verwertung bringt energetisch etwas. Das sagen nicht nur wir, das sagen nicht nur Umweltministerinnen und Umweltminister, das sagt auch das Umweltgutachten des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen - Drucksache 13/10195 - des Bundestags, damals noch unter CDU-Führung.

Falsch ist auch die Behauptung von Ministerin Martini, dass Müllverbrennungsanlagen heutiger Bauart diesen Plastikmüll aufnehmen können. Richtig ist vielmehr - das hat der Leiter der Müllverbrennungsanlage Pirmasens gesagt -, dass, wenn man Plastikmüll in größerer Menge in die heutige Müllverbrennung mit hineingibt, die Müllverbrennungen in die Knie gehen würden. Er hat wörtlich gesagt - ich zitiere -: „Das ist genauso, wie wenn Sie ein Mofa mit Flugbenzin betanken." Genauso reagiert auch eine Müllverbrennungsanlage. Man kann sie nicht mehr kontrollieren, und es entstehen nicht abschätzbare Schäden.

(Pörksen, SPD: Geschwätz!)

Diese Sachargumente müssen im Umweltministerium doch irgendwann auch einmal ankommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, richtig ist, dass Frau Martini in Rheinland-Pfalz das Duale System, das sie jetzt bekämpft, gegen den Willen der GRÜNEN mit installiert hat, weil wir das Duale System schon immer hinterfragt haben. Frau Martini hat das damals mit der CDU-Bundesregierung gemeinsam durchgeboxt. Heute stellt sie sich hin und sagt: Wir müssen jetzt ein anderes System schaffen.

(Glocke des Präsidenten)

Richtig ist auch, dass in das Duale System für Kunststoffrecycling von der Wirtschaft in den letzten Jahren 1,5 Milliarden DM investiert wurden, die jetzt, würde man den Vorschlägen von Frau Martini folgen, ins Leere laufen würden.

Präsident Grimm:

Herr Dr. Braun!

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, Frau Martini hat schon viele falsche Vorschläge in der Abfallpolitik gemacht. Ich bitte Sie, denken Sie, wenn Sie vor Ort entscheiden, darüber nach, wie die zukünftige Abfallpolitik aussehen soll, damit Sie den Bürgerinnen und Bürgern solche Verunsicherungen, die von Frau Martini und aus dem Umweltministerium kommen, nicht mehr zumuten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Clemens Nagel das Wort.

Abg. Nagel, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Redebeitrag des Kollegen Braun und auch die Tatsache, dass diese Aktuelle Stunde so beantragt wurde, zeigt mir, dass sich viele bei den GRÜNEN von ihren zwei Urfehlern, die es bei den GRÜNEN seit ihrem Bestehen gibt, immer noch nicht entfernt haben.

Urfehler Nummer 1: Viele GRÜNE glauben immer noch, dass ein Sachverhalt, der falsch ist, dadurch richtiger würde, wenn man ihn mehrfach wiederholt;

(Beifall des Abg. Pörksen, SPD)

denn exakt zum gleichen Thema hatten wir vor nicht einmal zehn Wochen eine Aktuelle Stunde, ebenfalls von den GRÜNEN beantragt. Entweder man hat damals nicht zugehört, was gesagt wurde, oder man hat es nicht zur Kenntnis genommen.

(Pörksen, SPD: Beides!)

Schlimmer noch ist der Urfehler Nummer 2 der GRÜNEN; denn viele glauben - nicht mehr alle, aber leider immer noch viele -, dass die Welt ausschließlich aus Schwarz und Weiß bestünde.

Herr Kollege Braun, Tatsache ist, dass es zwischen tief Schwarz und blühendem Weiß auch noch Grau gibt. Die Wirklichkeit spielt sich im Wesentlichen in diesem Bereich ab. Dies sollte man endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

Herr Kollege Braun, ich will noch ein Drittes anmerken. Ich habe mir angewöhnt, nicht mehr alles so zu glauben, wie ich es in den Gazetten lesen kann. Wenn irgendwie möglich, versuche ich, an das Original heranzukommen und mich sachkundig zu machen. Das Original heißt in dem Fall Umweltministerin Martini, mit der ich vorletzte Woche genau über diese Thematik ein sehr intensives Gespräch mit meinem Arbeitskreis geführt habe.

Herr Kollege Braun, hören Sie bitte genau zu, damit Sie künftig nicht wieder solche Dinge von sich geben, wie Sie es eben getan haben.

1. An der Priorität, wie sie in unserem Abfallwirtschaftsgesetz niedergeschrieben ist, die heißt, vermeiden, verwerten und dann erst beseitigen, wird festgehalten.

(Beifall der SPD)

2. Dies gilt insbesondere auch für die Kriterien Reparaturfreundlichkeit von Produkten und Wiederverwertung von Produkten.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sagen Sie doch einmal etwas zur Sache!)

- Ich bin bei der Sache.

3. Abfälle, wie Glas, Papier, Pappe, Metalle, Bauschutt und kompostierbare Abfälle, werden nach wie vor und sollen nach wie vor sortenrein erfasst werden und in die stoffliche Verwertung gehen.

Wir sind an einem entscheidenden Punkt, nämlich bei den Kunststoffen. Bei den Kunststoffen sollte man inzwischen ein bisschen dazugelernt haben. Der Betrag von 3 000 DM, den Kunststoffe kosten, ist richtig.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein!)

Ich will Ihnen das einmal sagen. Das sind Zahlen, die vom Fraunhofer-Institut stammen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aus welchem Jahr?)

- Aus dem Jahr 1997.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das sind die jüngsten Zahlen, die mir vorliegen. Danach kostet die Tonne, zunächst einmal Sammeln und Sortieren, zwischen 1 100 DM und 1 200 DM. Dann muss ich die Kosten für die Entsorgung der Sortierreste hinzufügen. Dann bin ich schon bei 1 500 DM bis 2 000 DM. Dann muss ich den Verwertungspreis für die Tonne Kunststoffe hinzufügen. Dieser liegt bei 835 DM pro Tonne.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege Braun, Sie können das anzweifeln. Ich habe diese Zahlen nicht errechnet, sondern Leute, die mehr davon verstehen als wir beide. Das ist die Realität.

Diese Realitäten werden von den Bürgerinnen und Bürgern tagtäglich bezahlt. Das muss man auch einmal sagen. Dann reden wir nicht mehr von 400 DM oder 450 DM für die energetische Verwertung, sondern wir reden von nahezu 3 000 DM für die Tonne. Dann ist es doch zulässig, zu überlegen, ob wir nicht ein System finden, dass die Kunststoffe möglichst so sortenrein erfasst werden, dass man sie ökologisch und ökonomisch auf eine Art und Weise verwerten kann, dass es noch Sinn macht. Für uns heißt das oberste Kriterium immer noch, Herr Kollege Braun, die Gesamtökobilanz zählt.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Das heißt im Klartext, es darf nicht so sein, dass wir mehr Energie für Transport, für das Waschen, für das Granulieren, für Verpressen verbrauchen, als wirklich Energie in diesem Material steckt. An dieser Gesamtökobilanz wird sich unser künftiges Verhalten in dieser Frage orientieren. Bitte neh-

men Sie das einmal zur Kenntnis, weil wir denken, es ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch der sinnvollste Weg. In diese Richtung werden wir weiter denken und handeln.

Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis und beantragen Sie nicht solche Aktuellen Stunden, wie Sie sie heute wieder beantragt haben, die wir vor zehn Wochen gehabt haben. Damals habe ich Ihnen das Gleiche gesagt, Sie haben aber anscheinend nicht zugehört.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Alexander Licht.

(Kramer, CDU: Jetzt kommt die Wahrheit!)

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Das, was sich vor zehn Wochen hier abgespielt hat, hat deswegen eine gewisse Aktualität, weil sich im Kern der Kritik, die auch ich damals geäußert habe, nichts verbessert oder verändert hat. Es geht nicht darum, dass man Gutes nicht noch verbessern oder Systeme weiterentwickeln kann, sondern es geht darum, was von manchen Wortmeldungen an Botschaft ausgeht. Wir beide haben uns beim letzten Mal schon zu einer Sprachregelung durchringen können. Ich zitiere noch einmal die Presseerklärung des Herrn Kollegen Nagel von damals zu diesem Komplex: „Nachdem allseits die Müllseparierung propagiert wurde, dürfe nun nicht der Eindruck entstehen, dass getrennt erfasste Wertstoffe zusammen mit dem Restmüll auf direktem Weg in die nächste Verbrennungsanlage wandern. Dies würde alle Bemühungen der letzten Jahre zunichte machen."

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

Darum geht es. Die Schlagzeilen heißen: Pauschale Kritik des Grünen Punktes. Der Grüne Punkt sei ökologisch unsinnig und zu teuer. - Solche Schlagzeilen lösen natürlich eine Gemengelage und bei dem Bürger eine Haltung aus, die da heißt: Warum mache ich das überhaupt? Was haben die mir die letzten Jahre alles erzählt? Warum haben wir Trennung oder dies und jenes? So ein Unsinn. - Das geht von dieser Botschaft aus.

Herr Kollege Braun, wenn Sie schon die Ministerin zitieren, auch die CDU-Minister, ich habe nicht alles nachgelesen, was es in den letzten Wochen in diesem Punkt an Verkündigungen gab. Wenn dies dort auch von CDU-Seite so pauschal geäußert worden ist, dann heiße ich das auch nicht gut. So, wie ich das gelesen habe, sagt der baden-württembergische Minister Ulrich Müller, er fordere die Optimierung des Grünen Punktes unter ökologischen Gesichtspunkten.

Wenn wir uns mit diesem Thema so beschäftigen, Herr Kollege Nagel, was Kunststoffe angeht, wo wir uns in der Tat entwickelt haben, wo wir überlegen mussten, was in der Gesamtbilanz noch richtig sein kann, dann halte ich es eher damit, eher vorsichtig zu sein mit der Berechnung von Bilanzen, weil sie sowohl als auch aufgestellt werden und weil ich das Pro und Kontra - das sage ich ganz offen - im Moment noch nicht abwägen kann. Deswegen warne ich vor diesen pauschalen Dingen.

Der Herr Kollege Braun hat vorgetragen, dass es heute Morgen in der Zeitung gestanden hat - ich habe es nachgelesen -, dass das gar nicht so einfach ist. Wenn Fachleute sagen, das kann man gar nicht so einfach machen, dann vermisse ich in der Debatte wirklich die konkreten Vorschläge. Das heißt, wenn ich keine Alternativen aufzeigen kann, wenn ich nicht in der Lage bin, zu sagen, Grüner Punkt, Kritik dort, und ich würde es in diesem Punkt anders, verbessert machen oder wie könnte ein neues System aussehen, dann halte ich lieber den Mund. Das ist die Kritik, die nach meiner Meinung gerechtfertigt ist.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn in diesen Pressemeldungen mit Zahlen operiert wird, dann wird teilweise suggeriert, der Grüne Punkt kostet 4,3 Milliarden DM, 49 DM pro Verbraucher pro Jahr. Dann wird der Eindruck erweckt, wenn ich, Ministerin, das morgen abschaffe, dann entstehen diese 4,3 Milliarden DM nicht mehr. Du Bürger wirst nur mit 49 DM entlastet. Das ist doch falsch. Das wissen wir alle. Dieser Eindruck entsteht draußen und lässt die Fragen immer weiter offen, was wirklich gemeint ist.

Wir haben Kommentare zu diesem Punkt mehrfach lesen können. Ich will nicht nur meine eigene Meinung sagen. Ich teile nur die Meinung der „Allgemeinen Zeitung", in der Herr Nentwig schreibt: „Die Mainzer Umweltministerin hat bei ihrer Rechnung vermutlich nur die finanzielle Sanierung der teueren, aber unausgelasteten Müllverbrennungsanlagen der Kommunen im Blick. - Meine Damen und Herren, dieser Eindruck entsteht durch diese Debatte, auch wie sie von der Ministerin geführt wurde. Das ist nicht die Wiedergabe meiner Meinung, sondern einer Meinung der Presse, dann ist das der falsche Weg, den wir hier gehen.

Das, was jetzt noch einmal vom Kollegen Nagel beschrieben wurde, wie das Kreislaufwirtschaftsgesetz aufgebaut wurde, das Vermeiden, das Verwerten, das Entsorgen, ist infrage zu stellen. Wo liegt denn dann bei Ihnen die Grauzone, Clemens Nagel, wenn alles nicht mit Schwarz und Weiß zu bezeichnen ist? Solange ich nicht weiß und von Ihnen höre, von der Mi-

nisterin höre, was wirklich an Alternativen gewollt ist, sollten wir mit falschen Botschaften gerade im Sinne der Ökologie wesentlich vorsichtiger umgehen.

(Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich der Kollegin Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Geschätzter Herr Kollege Dr. Braun, Überschriften der „Bild"-Zeitung dienen normalerweise in der 9. oder 10. Klasse zu Textanalysen, wie manipulativ Text zusammengefügt wird. Dass Sie jetzt den Sprung aus dem Klassenzimmer zur Textanalyse im Landtag geschafft haben, halte ich für bemerkenswert, aber genauso manipulativ sind Sie geblieben. An der Qualität hat sich nichts geändert. Man muss immer dahinter schauen, was der eigentliche Autor gemeint hat. Das sollten wir hier heute tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Gut, das ist auch eine gute Debatte.

Herr Dr. Braun, über die Veränderung auf dem Abfallmarkt haben wir hier schon öfter diskutiert. Dramatisch zurückgehende Abfallmengen zwingen uns immer wieder, neu zu prüfen, ob wir mit unserer Politik richtig liegen und richtig kalkulieren. Wir können uns einmal anschauen, worauf die dramatischen Veränderungen auf dem Abfallmarkt zurückzuführen sind. Sicher ist die Verwertung von Abfällen einer der wesentlichen Faktoren, insbesondere wenn ich an Bauschutt denke oder aber an die Fraktion, die über das DSD aus der kommunalen Abfallentsorgung herausgenommen wurde. Aber das reicht bei weitem nicht aus, um den Schwund der Abfallmengen zu erklären. Das reicht auch statistisch nicht aus.

Ein weiterer großer Teil ist vermieden worden. Sie werden sich sicher alle noch an die Diskussionen erinnern, die im Rahmen der Verpackungsverordnung erfolgt sind, wo Verpackungen herunterdesignt worden sind, Pakete dichter gepackt wurden. Also aus der Fünf-Liter-Flasche Lenor wurde eine Ein-Liter-Flasche. All dies war im Zuge der Verpackungsverordnung geschehen.

Es hat eine bestimmte Form von Effizienz im Rahmen der Verpackung stattgefunden. Das sind vermiedene Abfälle. Eine Abfallvermeidung ist sicher auch heute noch etwas, was wir alle wollen. Dagegen hat sich auch Ministerin Frau Martini in noch keiner Pressemeldung ausgesprochen. Ich habe das nirgendwo gelesen. Auch in ihren Diskussionen konnte ich hierauf keinen Hinweis finden. Es wäre auch Unsinn.

Alle Designer und alle Statiker, die damit zu tun haben, werden Ihnen erzählen, dass selbstverständlich ein Restmaß an Abfall bleibt. Irgendwie müssen die Sachen verpackt werden, wenn sie von A nach B getragen werden müssen. Aus statischen und aus hygienischen Gründen wird es ein Restmaß immer geben.

Nun stellt sich die Frage, was wir mit diesem Restmaß an Verpackung machen. Wir haben gesagt, wir werden dieses Restmaß an Verpackung möglichst sortenrein trennen - das ist auch der richtige Weg -, um sie dann einer bestimmten Verwertung zuzuführen. Erster Schritt vermeiden, zweiter Schritt verwerten. Auch dies haben wir getan. Aber die Verwertung ist genauso wenig wie die Vermeidung ein Dogma, sondern es unterliegt natürlich rationalen Kriterien, bis wohin man solche Schritte tun kann. Dieses Dogma muss man in der Diskussion aufbrechen, ob die Kriterien effizient für die Ökologie und effizient für die Ökonomie sind. Diese beiden müssen in irgendeinem Verhältnis einigermaßen bestehen, ansonsten muss man diesen Abfall entsorgen. Über dieses Verhältnis wird im Moment diskutiert. Es ist die alleinige Debatte, die wir führen, ob die Ansätze der Verhältnismäßigkeit in der ökologischen Effizienz und in Fragen der Ökonomie noch stimmen. Das ist die alleinige Diskussion.

(Beifall des Abg. Kuhn, F.D.P., und des Abg. Schweitzer, SPD)

Es ist nichts Neues, dass in Zeiten, in denen Diskussionen geführt werden, die ursprüngliche Ideen auf den Kopf stellen, also Umstrukturierungs- und Umdenkungsprozesse notwendig sind, bestimmte ideologisch geführte Diskussionen aufbrechen. Das war die Debatte mit der Wegwerfgesellschaft. Ich kann mich daran noch gut erinnern. Heute hört man nichts mehr zu dieser Debatte, die damals geführt wurde. Genau eine solche Debatte sehe ich im Moment vor uns. Herr Kollege Nagel, deshalb bin ich eigentlich für diese Aktuelle Stunde sehr dankbar, weil wir in einem solchen Umstrukturierungs- und Umdenkungsprozess nicht oft genug miteinander diskutieren können, wie die Zukunft eigentlich richtig ist.

Herr Kollege Licht, ich gebe Ihnen Recht, in diese Diskussion muss selbstverständlich der Bürger mit eingebunden werden. Er muss wissen, warum wir diese Diskussion und mit welchem Ziel wir sie führen. Wir führen sie mit dem Ziel, ökonomisch besser und ökologisch besser zu werden. Das ist das Ziel der heutigen Debatte. Dann muss man mit Dogmen aufräumen.

(Beifall des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Das ist richtig und wichtig und deshalb diese Debatte.

(Licht, CDU: Das ist der Weg zurück!)

Ca. 4,1 Milliarden DM oder 4,3 Milliarden DM - diese Zahlen sind heute schon genannt worden - setzt das Duale System

Deutschland um. Herr Dr. Braun hat kritisiert, dass die Ministerin permanent mit falschen Zahlen operiert. In Teilen hat es bereits mein Kollege Nagel richtig gestellt.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein, er hat die falschen Zahlen
wiederholt!)

Sie haben schlicht und ergreifend die Transportkosten nicht dazugerechnet. Meine Damen und Herren, diese 4,1 Milliarden DM oder diese 4,3 Milliarden DM sind sozusagen die Spitze des Eisbergs; denn vor zwei Jahren hatten wir noch etwas über 7 Milliarden DM. Wie ist die Kostenreduktion im Dualen System denn ermöglicht worden?

(Glocke des Präsidenten)

Hierzu kann ich aus dem Gutachten des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen zitieren, aus dem Sie auch schon zitiert haben, dass nämlich diese Reduktion der Kosten dadurch entstanden ist, dass große Teile dieses getrennt gesammelten Gutes heute verbrannt werden.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Verbrennen ist doch teurer!)

Es ist ökologisch und ideologisch fadenscheinig, das nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Danke.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Staatssekretär Roland Härtel das Wort.

Härtel, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einige Vorbemerkungen machen.

Erste Vorbemerkung: Es gibt keinen Paradigmenwechsel in der rheinland-pfälzischen Abfallwirtschaftspolitik,

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das sieht nur so aus!)

das heißt, die Hauptgrundsätze der Abfallpolitik gelten nach wie vor, nämlich

1. Müll vermeiden,
2. Müll verwerten und
3. Müll umweltverträglich und ökologisch vernünftig beseitigen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Worte hör' ich wohl, allein
mir fehlt der Glaube!)

Zweite Vorbemerkung: Dank der Initiative von Ministerin Frau Martini gibt es inzwischen eine bundesweite Diskussion über die Sinnhaftigkeit der Verpackungsverordnung und des Grünen Punktes. An dieser Diskussion beteiligen sich in der gleichen Zielrichtung Ministerinnen und Minister, die der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder die der CDU angehören. Das zeigt, dass auch in anderen Bundesländern von anderen Fachministern die Problematik in ähnlicher Weise gesehen wird und dass der Zeitpunkt gekommen ist, an dem wir darüber nachdenken müssen, ob wir auf den eingefahrenen Gleisen der Verwertungs- und Beseitigungspolitik so weiterfahren können wie bisher, ob wir die Bürgerinnen und Bürger mit zig Milliarden Kosten wie bisher auch in Zukunft weiter belasten können und dies auch verantworten können. Ministerin Frau Martini hat in ihrem Interview, das zitiert wurde, nicht mehr und nicht weniger gesagt, dass der Zeitpunkt gekommen sei, nicht nur darüber nachzudenken, sondern auch die Weichen neu zu stellen.

Dritte Vorbemerkung: Herr Abgeordneter Dr. Braun, Sie haben unter anderem gesagt, einziges Ziel des Vorstoßes der Ministerin sei es, die Verbrennungsanlagen auszulasten.

(Pörksen, SPD: So ein Quatsch!)

Dieser Vorwurf ist sachlich und logisch nicht zu halten. Ich will dazu eine Zahl nennen. Die Initiative von Ministerin Frau Martini, Kleinstkunststoffverpackungen nicht mehr einzusammeln und auf einem ökonomisch teuren Weg einer Verwertung zuzuführen, hätte die Konsequenz, dass jährlich aus dem ZAS-Gebiet 2 600 Tonnen zusätzlich in die Müllverbrennungsanlage Pirmasens geliefert würden. Sie kennen die Kapazität. Sie beträgt 180 000 Tonnen pro Jahr. Sie beherrschen die Prozentrechnung. Dieser Vorwurf ist sachlich unsinnig. Entschuldigung, dass ich das in dieser Deutlichkeit sagen muss.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben zum Zweiten einen Mitarbeiter der Müllverbrennungsanlage Pirmasens zitiert, der gestern gesagt hat, es könne gar nicht mehr Kunststoff in dieser Verbrennungsanlage thermisch verwertet werden. Ich habe hier eine Meldung des zuständigen Leiters von SOTEC. SOTEC ist Betreiber dieser Müllverbrennungsanlage. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten möchte ich einen Satz aus dieser Meldung zitieren: „Zur Klarstellung der „dpa"-Meldung über den vertretbaren Kunststoffanteil im Müllheizkraftwerk Pirmasens teilen wir Ihnen mit, dass wir einen Kunststoffanteil im Müll von bis 10 % der Jahresmenge als völlig unproblematisch ansehen. Insofern muss „dpa" die Aussage unseres Werkleiters missverstanden haben."

Ich will das gar nicht vertiefen. Weil Sie aber diesen konkreten Vorwurf erhoben haben, denke ich, dass es notwendig ist, dieses Missverständnis richtig zu stellen.

Meine Damen und Herren, im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Anberaumung dieser Aktuellen Stunde heißt es unter anderem „Vorrang für die Abfallvermeidung". Hier liegt schon der erste Irrtum der GRÜNEN im Zusammenhang mit der Abfallwirtschaft. Die Frage, ob man bestimmte Abfälle getrennt sammelt oder zusammen mit anderen Abfällen verbrennt, hat mit Abfallvermeidung nichts zu tun;

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh, oh!)

denn ab dann, wenn man Stoffe in den Gelben Sack wirft, sind sie als Abfall existent und deshalb nicht mehr zu vermeiden.

Die Frage der Abfallvermeidung, somit auch der Vermeidung von Verpackungsabfällen, hat also nichts mit der Frage der Getrenntsammlung zu tun, sondern wird im Vorfeld durch die Vermeidung von Verpackungen bzw. durch den Einsatz von Verpackungen beantwortet, die möglichst wenig Abfall erzeugen.

Wie viel Verpackung man vermeiden kann, ist allerdings grundsätzlich mit der Schutzfunktion abzuwägen, die die Verpackungen für Waren haben, insbesondere von verderblichen Waren. Das wissen Sie auch. Deshalb wäre eine generell verpackungsfeindliche Tendenz volkswirtschaftlich unsinnig.

Dass möglichst das gesamte Verpackungsaufkommen verwertet werden soll, steht für die Landesregierung außer Frage. Aber die Verwertung kann auf verschiedene Weise sichergestellt werden. Die Frage, was man dabei getrennt sammelt oder nicht, was man stofflich verwertet oder als Energieträger nutzt, hat schlicht und einfach damit etwas zu tun, was ökologisch effizient ist, was ökonomisch effizient ist. Das allein muss der Maßstab unseres Handelns sein. Keine ideologischen Vorurteile und keine fundamentalistischen Positionen helfen hier weiter.

Hinzu kommt - ich denke, das ist ein ganz zentraler Inhalt des Vorstoßes von Ministerin Frau Martini -, es ist unser aller Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit zu sagen, auch die Wahrheit über den Grünen Punkt, seine Kosten und seine unsinnigen Wege. Genau dies ist das Anliegen der Landesregierung, und genau das ist der Kern der Botschaft in dem bereits zitierten Zeitungsinterview.

Worum geht es? - Jahr für Jahr werden 4 Milliarden DM für ein Duales System zur Verwertung von Verpackungen ausgegeben. Die Bürgerinnen und Bürger müssen dies im Geschäft über die Preise der Waren, die sie kaufen, bezahlen, ohne dass ihnen der enorme finanzielle Aufwand bewusst ist. Allein 2 Milliarden DM werden für die Getrenntsammlung und Verwertung von Kunststoffverpackungen ausgegeben, die im Hausmüll gerade einmal einen Anteil von wenigen Prozent haben. Darüber reden wir.

Die über den Gelben Sack getrennt gesammelten Kunststoffe machten 1997 in Rheinland-Pfalz 3 % dessen aus, was insgesamt in den privaten Haushalten mit dem Ziel der stofflichen Verwertung getrennt gesammelt wurde. Von den getrennt eingesammelten sogenannten Leichtverpackungen, hauptsächlich Kunststoffe, wird ein beachtlicher Teil nach der Getrenntsammlung als sogenannter Sortierrest entsorgt. Er wird irgendwo in der Bundesrepublik verbrannt oder deponiert. Das Ausmaß dieser Sortierreste ist von kommunaler Gebietskörperschaft zu kommunaler Gebietskörperschaft außerordentlich unterschiedlich.

Herr Dr. Braun, weil Sie dieses Thema angesprochen haben, möchte ich eine Zahl nennen. In einem Landkreis, in dem eine MBA-Anlage für mehr als 20 Millionen DM Investitionskosten betrieben wird, haben wir einen Sortierrest - die Zahl ist aus dem DSD-Mengenstromnachweis von 1997 - von 64 %. Im Schnitt haben wir in Rheinland-Pfalz Sortierreste in der Größenordnung von 34 %.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was kommt denn noch an?)

- Von 34 %!

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte darum, dass Sie Ihren Sachverstand einmal konzentriert auf diese MBA-Anlage Linkenbach lenken.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist genau das, was ich Ihnen
vorwerfe, mit Zahlen zu tricksen! -
Pörksen, SPD: Zahlentrickserei,
das haben Sie besonders gut
drauf, Herr Dr. Braun!)

Meine Damen und Herren, wie aus diesem Mengenstromnachweis von DSD hervorgeht, liegen eben die Sortierreste im Schnitt bei 34 % und in anderen Gebietskörperschaften - so auch in der von mir zitierten - bei über 60 %.

(Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Ausgangsmenge ist
viel entscheidender!)

Das deckt sich im Übrigen mit den Feststellungen, die dieser Tage die nordrhein-westfälische Umweltministerin, Ihre Parteifreundin Frau Höhn, in einem Schreiben mitteilte. Sie stellte fest, dass die tatsächlich verwerteten Leichtverpackungsmengen sehr niedrig sind. Das ist nicht unsere Feststellung, aber sie ist sachlich absolut richtig und gilt bundesweit.

Diejenigen Abfälle, die von dem DSD zur weiteren Verwertung übernommen werden, wandern also schon jetzt in beachtlichem Umfang nicht nur in die stoffliche Verwertung.

Nach den Bekundungen von DSD sollen sie sogar zunehmend in thermische Prozesse gehen, um die exorbitanten Kosten in den Griff zu bekommen.

Immerhin lagen diese Kosten jahrelang bei bis zu 3 000 DM pro Tonne Kunststoffabfall. Allein die Zuzahlung von der Deutschen Gesellschaft für Kunststoffverwertung zum eigentlichen Verwertungsvorgang liegt bei 700 DM pro Tonne. Hinzu kommen die enormen Kosten der Getrenntsammlung, der Sortierung und der Aufbereitung.

Wir wissen doch alle, wenn heute Kunststoffe eingesammelt werden, wird von den Fahrzeugen im Grunde genommen verpackte Luft transportiert. Es wird mehr Energie für die Transportkosten verschwendet, als in den transportierten Kunststoffen enthalten ist.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch auch nicht!
Das ist doch auch falsch!)

Meine Damen und Herren, welcher Landrat, welche Landrätin wollte solche Entsorgungskosten vor dem Kreistag vertreten?

Meine Damen und Herren von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie melden sich schon kritisch zu Wort, wenn Abfälle, statt sie auf Deponien der Kreislaufwirtschaft zu entziehen, für 300 bis 400 DM verbrannt werden und aus der freiwerdenden Energie Fernwärme erzeugt wird. Hier wird in einem beachtlichen Umfang eine Geldvernichtungsmaschinerie unterhalten, ohne dass damit ein ökologischer oder ökonomischer Nutzen verbunden wäre.

Die Herstellung von Recyclingprodukten aus Altkunststoffen kostet das Dreifache dessen, was der Einkauf der Neuware kosten würde. Welchen Sinn macht es, wenn in Deutschland nur 1,5 % des Erdöls zur Herstellung von Kunststoffverpackungen verwendet werden, aber rund 95 % in thermische Prozesse wandern? - Meine Damen und Herren, darüber müssten wir eigentlich die Diskussion führen und nicht über diese verschwindend geringe Menge.

(Beifall der SPD -
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Frau Ministerin führt die Diskussion
über dieses eine Prozent!)

Da läge es im volkswirtschaftlichen und im ökologischen Interesse doch viel näher, das stoffliche Recycling auf solche Kunststoffe zu beschränken, die dafür besonders geeignet sind, und diese gezielt zu erfassen.

Demgegenüber bietet es sich an, das Gemisch an kleinen und kleinsten Kunststoffverpackungen unterschiedlichster Art als Brennstoff einzusetzen, damit Primärenergieträger ersetzt werden. Dies wäre umweltneutral und insoweit volkswirtschaftlich sinnvoll und volkswirtschaftlich ein Gewinn. Diese Fakten kann niemand übersehen.

Mit anderen Worten, wir brauchen einen Mix von stofflicher und energetischer Verwertung. Das haben wir in der Verpackungsverordnung festgelegt. Dies steht in vollem Einklang mit der Verpackungsrichtlinie der Europäischen Union.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung bejaht die Getrenntsammlung von verwertbaren Stoffen überall dort, wo sie Sinn macht. Sinn macht die Getrenntsammlung von Bioabfällen, von Papier und Glas sowie die stoffliche Verwertung von Metall und zum Teil von Holz.

Was die Kunststoffe anbelangt, ist von der Landesregierung im Übrigen nie gesagt worden, dass diese vollständig verbrannt werden sollen. Dies ist nie festgestellt worden. Die Getrenntsammlung soll sich auf solche Kunststoffe konzentrieren, die sich mit vertretbarem Aufwand werkstofflich recyceln lassen. Das betrifft vor allem die Kunststoffflaschen, sonstige größere Hohlkörper und größere Folien.

Auch viele Gewerbeabfälle aus Kunststoff lassen sich sinnvoll recyceln. Aber dies geschieht zum Teil nicht mehr dort, wo die Kräfte des Marktes durch den Subventionsmoloch DSD außer Kraft gesetzt sind. Es kommt also wie so oft auf eine differenzierte Betrachtung an. Dazu lade ich Sie auch herzlich ein. Es gibt - im Licht einer ökobilanziellen Bewertung betrachtet - Abfälle, die man besser stofflich verwertet, es gibt aber auch solche, die sich eindeutig besser als Ersatzbrennstoff verwerten lassen. Wer sich über diese Wahrheit aufregt, muss wissen, dass auf Deponien mindestens genauso viele Kunststoffabfälle dauerhaft dem Wertstoffkreislauf entzogen werden als überhaupt im Gelben Sack landen. Leider ist dies so. Zu diesem Umstand habe ich im Übrigen von Ihnen kein Wort der Kritik gehört.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich habe halt nur fünf Minuten,
und Sie reden eine halbe Stunde!)

Diese Kunststoffabfälle steigern den Heizwert der Restabfälle, die in Rheinland-Pfalz zum größten Teil immer noch deponiert werden. In Zahlen ausgedrückt: Allein aus den privaten Haushalten im Land wandern über 600 000 Tonnen Abfälle mit Braunkohlequalität auf Deponien.

Bei den Kunststoffabfällen, deren Getrenntsammlung durch das Duale System von Ministerin Frau Martini teilweise in Frage gestellt wurde, reden wir über ganze 30 000 Tonnen. Aber allein dafür zahlt ein Vier-Personen-Haushalt pro Jahr rund 100 DM.

Meine Damen und Herren, für uns endet die Abfallwirtschaft nicht an der Deponie. Vielmehr kommt es darauf an, alle Kunststoffabfälle einer Verwertung zuzuführen, und zwar, soweit es sinnvoll ist, einer stofflichen Verwertung und, so-

weit es nicht sinnvoll ist, einer thermischen. Soweit es Sinn macht, Kunststoffabfälle thermisch zu verwerten, muss man sich fragen, welchen Sinn es dann haben soll, sie getrennt einzusammeln.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Aber es muss doch bezahlbar bleiben. Es muss ökonomisch sinnvoll sein. Darüber reden wir doch.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wenn sich bei uns allen das ökologische Denken in dieser Frage durchsetzen würde, könnten wir übereinstimmen, wenn wir ökonomisch denken. Es geht darum, mehr Vernunft in die Abfallwirtschaft in unserem Lande zu bringen. Das allein war die Kernbotschaft dessen, was Ministerin Frau Martini gesagt hat. Ich denke, diese Vernunft wird sich ausbreiten, und ihr wird sich auch eines Tages die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mehr entziehen können.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Sie haben noch fünf Minuten Redezeit.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wäre schön, wenn wir in einen vernünftigen Dialog kommen würden, bei dem wir am Schluss eine Winner-Winner-Situation haben.

(Pörksen, SPD: Das ist mit Ihnen tatsächlich etwas schwierig!)

Herr Professor Nagel mit Ihrer neuen Farbenlehre, es wäre schön, wenn Sie nicht nur sagen würden, es gibt nicht nur weiß und schwarz, sondern auch grau - das ist die SPD -, sondern wenn Sie sagen würden, jetzt lassen Sie uns in einen Dialog eintreten und versuchen, vernünftige Ergebnisse zu erzielen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich nehme das Angebot gern an, in einen solchen vernünftigen Dialog einzutreten.

Meine Damen und Herren, es ist doch richtig, dass die Ministerin noch vor einigen Jahren hier in Rheinland-Pfalz eine 300 000-Tonnen-Hydrierungsanlage bei der BASF befürwortet hat. Sie war in Ludwigshafen auf Werbeveranstaltungen der BASF. Die Hydrierung ist ökologisch und ökonomisch die allerunsinnigste Art und Weise, mit Kunststoffmüll umzugehen. Diese Pläne sind nicht durch die Umweltministerin und durch das Umweltministerium gekippt worden, sondern deshalb, weil die Kunststoffindustrie selbst gesagt hat, dass es zu teuer ist, dass sie das nicht mehr mitmacht. Die Kunststoffindustrie war vernünftiger als die Politik. Auch deshalb muss man mit den Leuten reden und nachfragen, was sich denn auf dem Markt entwickelt.

Zurzeit entwickelt sich eine ganz neue Preissituation. Ich habe hier ein Schreiben der Deutschen Gesellschaft für Kunststoffrecycling vom 8. März 1999, in dem klargemacht wird, dass die Kosten bei 380 DM plus Endverwertung 175 DM liegen und dass die Kosten für die gesamte Verwertung von Kunststoffmüll 5 DM pro Jahr und Einwohner betragen. Darüber kann man sich doch unterhalten. 5 DM pro Jahr sind eine zumutbare Belastung für Bürgerinnen und Bürger,

(Nagel, SPD: Wo sind denn die Sammel- und Sortierkosten?)

wenn sie sagen, dass sie beim Umweltschutz mitmachen und sammeln. Es ist sinnvoll, getrennt Kunststoffmüll zu sammeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

83,5 % aller Jugendlichen und Kinder sagen, dass das Wichtigste, was sie an Umweltpolitik selbst machen können, ist, Abfall getrennt zu sammeln. Diese 83,5 % wurden in einer langen Diskussion und in langen Lernprozessen mühsam aufgebaut. Es ist in den Köpfen aller Menschen in Deutschland, dass es Umweltpolitik ist, wenn man Müll getrennt sammelt. Umso unverantwortlicher ist dann die Art und Weise, wie eine Ministerin in Rheinland-Pfalz mit diesem Umweltbewusstsein umgeht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir hier die Aktuelle Stunde beantragt, nicht deswegen, um uns hier in fünf Minuten darüber streiten zu können, ob Plastikmüll getrennt gesammelt werden muss.

(Franzmann, SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Die neueste Schlagzeile von Frau Martini heißt: „Nicht Energie verbuddeln!" Natürlich kann die Ministerin nicht steuern, was dann hinterher gedruckt wird. Wer sich aber in Gefahr begibt, kommt darin um. Wenn ich mit der „Bild am Sonntag" ein großes Interview mache, dann weiß ich doch, mit wem ich rede. Das weiß sogar Frau Martini, auch wenn sie sich da immer sehr naiv gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Sie verunsichert die Bevölkerung und führt eine Scheindiskussion. Sie führt die Scheindiskussion, irgendjemand im Lande wolle Energie verbuddeln. Das will doch niemand. Jeder von uns will möglichst viel der Energie zurückgewinnen, die im Abfall steckt. Wir haben vielleicht verschiedene Wege, aber keiner will Energie auf Deponien endlagern, sondern wir wollen sie rohstofflich verwerten. Die Ministerin will sie verbrennen.

Das Gefährliche am Weg des Umweltministeriums ist, dass dann, wenn wir die Trennung von Kunststoffen aufgeben, der gesamte Restmüll nicht mehr zu gebrauchen ist, dass der gesamte Restmüll also verbrannt werden muss. Es geht doch nicht um das eine Prozent. Sie haben das zu Recht gesagt, Herr Staatssekretär. Es geht nicht um das eine Prozent. Darüber würde sich wahrscheinlich nicht einmal die Ministerin Gedanken machen. Es geht aber um den gesamten Restmüll. Was mache ich damit? Wenn ich den Kunststoff drinlasse, dann kann ich den gesamten Restmüll nicht mehr deponieren. Genau das ist die Strategie, die gefahren wird. Man verunreinigt sozusagen den gesamten Restmüll, um ihn dann verbrennen zu müssen. Das ist eine Strategie, die das Umweltbewusstsein der Bevölkerung unterhöhlt, die ökologisch und ökonomisch unsinnig ist.

Man muss sich dann noch einmal anschauen, welches hirnrissige Projekt in Mainz beschlossen wurde. Ich sage das ganz bewusst. Von der Stadt Mainz wird alleine eine neue Müllverbrennungsanlage gebaut und getragen. Alle anderen sind abgesprungen. Der Kreis ist abgesprungen, Wiesbaden ist abgesprungen, weil dort ökonomisch vernünftige Menschen sitzen.

(Schweitzer, SPD: Sind die alle dumm, Herr Dr. Braun? Ist die ganze Welt dümmer als Sie?)

Die Stadt Mainz begibt sich in die Gefahr, über 100 000 Tonnen Müll irgendwo herholen zu müssen, um ihn dann verbrennen zu können.

(Glocke des Präsidenten)

Diesen Abfall gibt es nicht. Solche unsinnigen Projekte werden mit der Diskussion, die die Ministerin jetzt eröffnet hat, unterstützt. Genau das ist unser Petitum hier: Trennen Sie sich von einer solchen ideologischen Debatte. Sagen Sie der Ministerin klar, dass man vernünftig über Abfall diskutieren kann und keine reine Ideologie verbreiten soll.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Nagel, SPD: Sie haben alles durcheinander geschmissen, was man durcheinander schmeißen kann!)

Präsident Grimm:

Es spricht der Abgeordnete Hering.

Abg. Hering, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die GRÜNEN hier im Hause erweisen sich immer mehr als die Strukturkonservativen. Es darf doch nicht sein, dass es dann, wenn man vor zehn Jahren in Bezug auf die Verwertung zu Lösungen gekommen ist, verboten sei, nach zehn Jahren diesen Lösungsansatz kritisch zu hinterfragen und die Frage zu stellen, ob es ökologisch und ökonomisch sinnvollere Arten gibt als es der Lösungsansatz, der vor zehn Jahren gefunden wurde.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon bezeichnend, wenn die „Bild"-Zeitung hier als Kronzeuge der GRÜNEN herhalten muss, um eine Aktuelle Stunde zu begründen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist unredlich, was Sie hier machen!)

- Herr Dr. Braun, dann gehört es zur Redlichkeit, darzustellen, worum es der rheinland-pfälzischen Umweltministerin Martini ging. Es geht nicht darum, Abfälle bzw. Stoffe, die sich aus ökologischen und ökonomischen Gründen für eine stoffliche Verwertung eignen, also Glas, Baustoffe, Metalle und Holzteile, auch einer solchen Verwertung zuzuführen. Klaudia Martini hat deutlich ausgeführt, dass es nach wie vor sinnvoll ist, sortenreine Kunststofffraktionen getrennt zu sammeln und einer stofflichen Verwertung zuzuführen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Im Ergebnis geht es hier darum, den ökologischen und ökonomischen Unsinn zu hinterfragen, dass Mischkunststoffe, die derzeit auch zu 40 % als Sortierreste auf der Deponie oder in Müllverbrennungsanlagen landen, nach wie vor mit einem hohen Kostenaufwand für die Bürgerinnen und Bürger gesammelt werden, um sie später dann doch zu verbuddeln oder einer thermischen Verwertung zuzuführen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Herr Dr. Braun, die Preise, die Sie hier eben genannt haben, sind die Preise, die bei sortenreinen Kunststoffen für eine Verwertung entstehen. Dann kommen 500 bis 600 DM zustande. Bezüglich der Mischkunststofffraktionen haben wir Preise von bis zu 3 000 DM. Das ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch unvertretbar.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch Käse von gestern!)

Die Einsammlung der Mischkunststofffraktionen, die zu 60 % leichter als 10 Gramm sind, weil es sich um Bonbonpapier, Joghurtbecher und andere Kleinstmengen handelt, erfordert einen unvertretbaren Aufwand, sie einzusammeln, zu reinigen und zu sortieren. Wenn Sie die Gutachten des Bundesumweltamtes gelesen hätten, hätten Sie dort auch erfahren, dass es öko-toxologisch höchst bedenklich ist, Mischkunststoffe weiter stofflich zu verwerten, weil hiervon erhebliche Gefahren für Wasser und Umwelt bei dem Prozess der stofflichen Verwertung der Mischkunststofffraktionen ausgehen.

Wir können den Bürgerinnen und Bürgern, wenn wir zu der Erkenntnis gekommen sind, dass es ökologisch und ökonomisch unsinnig ist, die Mischkunststofffraktionen weiterhin über das Duale System zu sammeln, diese Wahrheit nicht vorenthalten. Es wäre schlimm, wenn der Bürger weiter in Bezug auf seine Sammelbemühungen getäuscht würde, dies nur deshalb, weil Politik nicht den Mut hat, den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit zu sagen. Das, was Klaudia Martini gemacht hat, ist nichts anderes, als einen Diskussionsprozess, der seit Jahren in der Wissenschaft und in der Wirtschaft im Gange ist, aufzugreifen, ihn mit dem Versuch zu transportieren, hier eine sinnvolle Lösung und Änderung der Verpackungsverordnung und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu erreichen, was wir benötigen.

Wir gehen davon aus, dass den Bürgerinnen und Bürgern eher ein Gefallen damit getan ist, indem wir ihnen die Wahrheit sagen, was sinnvoll ist, weiterhin zu sortieren und zu verwerten, und was nicht sinnvoll ist und nur scheinbar der Umwelt und der Ökologie dient. Diesen Mut, das den Bürgerinnen und Bürgern offen und ehrlich zu sagen, haben wir.

(Beifall des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Von diesem Prozess werden Sie uns nicht abhalten. Wir sind in der Lage, Diskussionsprozesse der Wissenschaft aufzugreifen und in praktische Politik umzusetzen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Hering, es wird spannend sein, wie weit dieser Mut Sie trägt; denn was Sie vorgeschlagen haben, ist nichts anderes als die Aufgabe der jetzigen gesetzlichen Grundlagen.

(Frau Hatzmann, F.D.P.: Nein!
Das ist nicht wahr!)

- Ja.

(Zurufe aus dem Hause)

- Okay, gut.

Wenn Sie das so sehen, müssen Sie das nur deutlicher erklären; denn selbst der neue Bundesumweltminister Trittin ist dieser Auffassung und widerspricht Staatsministerin Frau Martini, indem er sagt, dass dies gesetzlich so nicht in Einklang zu bringen ist.

Nun will ich dies einmal völlig unkommentiert mit meiner Meinung versehen.

(Pörksen, SPD: Was ist das denn?)

- Völlig unkommentiert stehen lassen.

Meine Damen und Herren, man muss erkennen, dass es de facto an das „Eingemachte" geht, wenn ich diesen Weg beschreiten will. Wenn ich noch nicht weiß, wie dieser Weg aussieht, dann muss ich erkennen, mit welchen Botschaften ich draußen Debatten auslöse, ohne diese beeinflussen zu können.

Herr Hering, Sie haben deutlich gemacht, dass es im Grunde morgen - so ist die Auffassung - das Sortieren in den normalen Haushalten nicht mehr geben soll. Ist das richtig so, oder habe ich das völlig falsch verstanden?

(Widerspruch von der SPD)

- Ja, gut. Wenn das nicht so ist, dann müssen Sie das hier so sagen. Ist das die Botschaft?

(Zurufe von der SPD)

Sie haben deutlich gemacht, dass ein Teil des Plastikmülls, der sortenrein gesammelt werden kann - - - Das ist bei der Industrie durchaus möglich. Das wissen wir.

(Zuruf von der SPD)

Das ist durchaus möglich, mitunter einfach zu machen. Dies wird heute mitunter einfach gemacht. Bei den Haushalten, wo viele Stoffe zusammenkommen, ist das nicht der Fall. Dort machen wir das in Zukunft nicht mehr, oder sammeln wir doch und gehen hinterher hin und schicken die gesammelten Dinge auf getrennte Wege? Ist es das, was Sie predigen?

(Pörksen, SPD: Jetzt sagen
Sie Ihre Meinung!)

Es ist relativ unklar, wie der Weg sein soll.

Meine Damen und Herren, er ist unausgegoren. Ich hoffe, dass wir in den Stunden, in denen wir diskutieren können - Herr Härtel, Sie haben dies angeboten -, versuchen, uns in diesen Punkten anzunähern und auf einen Weg zu kommen,

der für alle vernünftig ist und keinen Rückschritt bedeutet, wie dies offensichtlich bei manchen Punkten zumindest für mich erkennbar ist. Das wäre der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Kollege Licht, die äußerst eigenwillige Auffassung von Recht, Gesetz und Verträgen des Umweltministers Trittin war schon einmal Gegenstand in diesem Hause. Ich würde mich ungern auf so unsicheres Gelände hinauswagen. Von daher möchte ich diese Rechtsauffassung nicht weiter kommentieren.

Richtig ist aber, dass wir uns mit der Wahrheit beschäftigen müssen.

Herr Dr. Braun, wenn Sie mir hier die Kinder Deutschlands vorführen und sagen, bloß weil wir ihnen etwas beigebracht haben, dürfen wir uns mit der Wahrheit nicht beschäftigen, dann muss ich Ihnen dagegenhalten, das kann nicht sein; denn wir diskutieren in die Zukunft und nicht rückwärts gewandt.

(Pörksen, SPD: Das merken die Kinder auch!)

Auch Kinder sind lernfähig. Wenn wir ihnen erklären, warum bestimmte Systeme umgestellt werden müssen, dann sind sie durchaus in der Lage, in der Regel schneller als wir - wie wir gesehen haben -, sich umzustellen und entsprechende Systeme mitzutragen.

Herr Dr. Braun, zur Wahrheit des DSD gehört auch, dass die Verpackungen gemischt gesammelt werden, und zwar als leichte Fraktion, das heißt, wir dürfen sie nicht verdichten. Mit den Säcken, die ganz leicht sind, die in Lkw transportiert werden, entstehen durch diesen Transport Schadstoffausstöße. Die Berechnungen des Umweltrates und des Umweltbundesamtes gehen davon aus, dass nach sieben Kilometern, die ein solcher Lkw fährt, mehr Schadstoffe in der Luft sind, als wenn der ganze Kram in einer modernen Müllverbrennungsanlage verbrannt worden wäre.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Dr. Braun, das ist die Wahrheit.

Das ist die Wahrheit zum Thema „DSD".

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweite Wahrheit zum Thema „DSD" ist, dass es dann, wenn dies in den Sortieranlagen angekommen und dort gelagert ist, häufig zu Selbstentzündungen kommt. Wir haben unkontrollierte Brände. In drei Jahren ca. 130 Großbrände. Dazu kommen noch 3 000 Kleinbrände. Bei diesen Bränden werden 40 000 Tonnen Kunststoffe unkontrolliert, also offen wie am Lagerfeuer, verbrannt. Die Dioxinbelastung, die an solchen Brandherden in einer Entfernung von 1 000 Metern entsteht, ist zehnmillionenfach mehr als das, was bei der gleichen Menge aus einer Müllverbrennungsanlage herauskommen würde. Das ist eine zehnmillionenfach höhere Belastung. Das macht übrigens 8 Millionen Säcke aus, die in drei Jahren unkontrolliert verbrannt sind.

Wir haben ein System aufgebaut, bei dem wir nicht bereit sind, die Wahrheit zu sehen, hinzuschauen und zu fragen, was passiert denn da. Herr Dr. Braun, das ist Dogmatismus. Lassen Sie uns doch bitte einmal hinschauen.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Weil Sie es nicht glauben, wenn ich es sage, darf ich aus einer Schrift des Umweltrates, dem Umweltgutachten 1998, zitieren. Das ist zitierfähig. Sie haben es heute selbst schon zitiert. Darin steht unter anderem: „Wenn aber mit ökologisch fragwürdigen Verfahren auch noch ungewöhnlich hohe Kostenbelastungen einhergehen sollten, besteht dringender Handlungsbedarf. Der Umweltrat hält es deshalb für angebracht, Aufwand und Umweltentlastung des Systems Grüner Punkt sorgfältig zu prüfen."

Charmanter kann man es kaum noch formulieren, ohne zu sagen, wir brauchen es nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Braun, es sind bereits vorliegende Ergebnisse aus der Kosten-Nutzen-Betrachtung zu bewerten und zu berücksichtigen, wenn über die Fortführung und Weiterentwicklung nachgedacht werden muss. Hier steht ein Muss. Jetzt können wir uns lange darüber unterhalten, was dieses Muss an dieser Stelle bedeutet.

Es gibt übrigens noch ein weiteres schönes Zitat aus der gleichen Schrift: „So ist schließlich zu bedenken, dass auch im System Grüner Punkt erhebliche Mengen an Abfällen, insbesondere auch konfektionierte Sortierware, energetisch verwertet werden." Um noch dies weiter fertigzumachen und die Sache abzurunden, steht im folgenden Satz: „Soweit Bedenken gegen das Konzept wegen der Mitverbrennung des Trockenstabilats in Produktionsanlagen geäußert werden, hält der Umweltrat diese für wenig stichhaltig."

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache und lade Sie ein, nach einer Mittagspause bis 13.30 Uhr wieder hier zu erscheinen und die Debatten fortzusetzen.

Unterbrechung der Sitzung: 12.28 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 13.31 Uhr.

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, ich eröffne nach der Mittagspause die Plenarsitzung und begrüße Sie alle recht herzlich. Insbesondere begrüße ich die Herren Bürgermeister mit ihren Ehefrauen aus der Verbandsgemeinde Cochem-Land als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag. Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, ich rufe die Punkte 12, 13 und 14 der Tagesordnung auf:

Für eine Kultur des Miteinanders
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/4029 -

Zusammenleben mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P.
- Drucksache 13/4057 -

Gleichberechtigung, politische und gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4068 -

Die Fraktionen haben zu den drei Tagesordnungspunkten eine Redezeit von bis zu 15 Minuten je Fraktion vereinbart.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schnabel das Wort.

Abg. Schnabel, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Bundesrepublik Deutschland leben bekanntlich 7,2 Millionen Ausländer, 300 000 davon in Rheinland-Pfalz. Wir wissen alle, dass diese Situation nicht problemlos ist und Sprengstoff enthält. Beispiele brauche ich nicht zu nennen und nicht aufzuzählen, weil sie hinreichend bekannt sind. In Ballungszentren sind die Probleme natürlich noch um ein Vielfaches größer als im ländlichen Bereich.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund gibt es nur einen erfolgreichen Lösungsweg, der heißt: Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Beifall der CDU)

Das bedeutet für uns nicht Totalintegration oder Assimilation. Eine glaubhaftere und realistischere Alternative als die Einbeziehung und Eingliederung von Ausländern in unsere Gesellschaft bietet sich nicht an. Nur dadurch ist ein dauerhaftes friedliches Nebeneinander garantiert.

Fast 10 % unserer Bevölkerung sind Ausländer. In den alten Bundesländern liegt der Prozentsatz noch um einiges höher. Teilweise grenzt er in den Städten und in verschiedenen Stadtteilen an 50 % und geht darüber hinaus. Dabei dürfen wir nicht die dichte Besiedlung in der Bundesrepublik Deutschland verkennen, wodurch die Probleme noch verstärkt werden.

Meine Damen und Herren, bei der Integration von Ausländern gibt es zahlreiche Defizite. Ich will einräumen, dass wir davor vielleicht alle die Augen ein Stück weit verschlossen haben. Bund, Länder und Kommunen stehen gemeinsam vor einem riesigen Berg ungelöster Fragen. Die Schuld an den Defiziten und an ihrer fehlenden Beseitigung trug und trägt nicht nur der Bund, wie es die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dem vorliegenden Antrag behauptet.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Länder und Kommunen sind auch zuständig. Da wir uns in Rheinland-Pfalz und in einem Landesparlament befinden, erstreckt sich unser Antrag auch auf die Situation, wie in unserem Bundesland Verbesserungen erreicht werden können.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ein wichtiges Merkmal für die Integration ist zweifelsohne die Beherrschung der deutschen Sprache. Ohne diese Voraussetzung wird eine Eingliederung nicht funktionieren. Sowohl in der Schule als auch bei der Ausbildung und im Beruf werden fehlende Sprachkenntnisse zu entscheidenden Hinderungsgründen und Hemmnissen führen. Aus ganz praktischen Gründen heraus muss nachgebessert werden.

Bereits in den Kindergärten müssen erste Angebote unterbreitet und in den Schulen weiter fortgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Haushaltsberatungen hatten wir ein Sonderprogramm „Hauptschulen in sozialen Brennpunkten" in Höhe von 5 Millionen DM vorgeschlagen, mit dem die pädagogischen Rahmenbedingungen verbessert und damit die Attraktivität der Hauptschulen gesteigert werden sollten. Dieses Sonderprogramm wurde leider

von den Koalitionsfraktionen abgelehnt und damit auch nicht realisiert. Gerade mit einer solchen Initiative wäre den ausländischen Schülerinnen und Schülern geholfen worden.

Im Bereich der Kriminalprävention gibt es ebenfalls zahlreiche Möglichkeiten. Neben der Polizei können auch die Kommunen dabei mitwirken. Da komme keiner und behaupte, hierfür seien zusätzliche Mittel erforderlich. Eine zielgerichtete Verlagerung von Arbeitsschwerpunkten und ein funktionaler Einsatz von Personal und Finanzmitteln müssen nicht immer teurer sein. Das muss nicht immer teurer sein; das können Sie sich merken, Herr Kollege Kuhn.

(Kuhn, F.D.P.: Ja, ich habe genau hingehört!)

Meine Damen und Herren, es kommt in erster Linie darauf an, dass wir alle daran mitwirken, dass in der Bevölkerung ein Umdenken erfolgt und die Toleranz gegenüber Menschen anderer Herkunft im Vordergrund steht.

(Staatsministerin Frau Dr. Götte: Ha,ha, ha! - Zuruf der Abg. Frau Jahns, SPD)

Eine wichtige Aufgabe nehmen dabei die Vereine und Hilfsorganisationen wahr, die bereits jetzt vorbildlich an der Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mitwirken.

(Beifall der CDU)

Die Kommunen müssen die Vereine dabei noch weiter und manchmal vielleicht noch intensiver unterstützen.

Meine Damen und Herren, die Schaffung - das ist ein weiteres zentrales Thema für uns in diesem Antrag - der Voraussetzungen für einen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache an öffentlichen Schulen, der natürlich einer Schulaufsicht unterliegt, ist eine weitere wesentliche Forderung in unserem Antrag.

(Creutzmann, F.D.P.: Der falsche Weg!)

Wir dürfen nicht zulassen, dass ein Teil der mehr als 2 Millionen türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in fundamentalistischen Koranschulen negativ beeinflusst wird.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern macht uns seit zehn Jahren vor, wie man Islamunterricht in der Schule organisiert. Machen Sie es doch bitte in Rheinland-Pfalz nach!

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte allen in diesem Hause den guten Willen bei der Integration von Ausländern unterstellen.

(Kuhn, F.D.P.: Das ist aber nett! - Unruhe bei der SPD)

Wir sind sicher, dass wir mit unserem Antrag auf dem richtigen Weg sind. Deshalb lade ich Sie alle zur Mitarbeit an dieser wichtigen Aufgabe ein; denn zur Integration gibt es keine Alternative.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Redmer das Wort.

Abg. Redmer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war schon eine originelle Variante des Herrn Kollegen Schnabel: Wer zuletzt kommt, lädt die anderen ein. - So kann es nicht sein. Ihr Antrag und Ihre öffentliche Präsentation, die Sie vor 14 Tagen dargeboten haben, waren eine einzige Unverfrorenheit.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Jahrelang haben Sie sich als das Integrationshindernis in deutschen Parlamenten erwiesen. Bei allen möglichen Dingen, egal, ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, haben Sie alles niedergestimmt, was zur Integration von anderen vorgetragen wurde. Gnadenlos.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Herr Kollege Schnabel hat gefordert, die Kommunen könnten in diesem Bereich etliches tun. Bei den letzten Haushaltsberatungen im Kreis Birkenfeld sagte Ihr Fraktionsvorsitzender, die Ausländer seien mit schuld an unserem Haushaltsdefizit im Kreis. Das müsse sich ändern. Das war sein Beitrag zur Integration.

(Beifall der SPD - Zurufe von der CDU)

Als vor einem Jahr in Mainz gefordert wurde, man solle für Kindergärten mit hohem Ausländeranteil eine Sprachförderung und andere Fördermaßnahmen durchführen und gezielt Personal einstellen, hat das niemand anderes als die CDU abgelehnt. Das war ihr Beitrag auf kommunaler Ebene.

(Beifall der SPD - Mertes, SPD: So war das!)

Wie war das im Bund gewesen? Jahrelang haben Sie Aussiedler hierhergeholt, weil sie für Sie willkommenes Stimmvieh waren. Nicht mehr und nicht weniger.

(Bischel, CDU: Und Sie sind Jurist! -
Unruhe bei der CDU)

Was haben Sie dann 1993 auf dem Höhepunkt der ausländerfeindlichen Ausschreitungen gemacht? Sie haben den Sprachunterricht für diese Menschen gekürzt. Das war Ihr Beitrag zur Integration. So etwas ist doch keine Integration.

(Beifall der SPD -
Anhaltend Unruhe bei der CDU)

Ihr Kurs in diesem Feld ist wie Kraut und Rüben. Vor zwei Jahren unterschrieben die Herren Böhr & Co., dass sie für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht seien. Als wir den Vorschlag, der in diesen Tagen bundesweite Bedeutung hat, in dieses Parlament eingebracht haben, haben Sie dagegen gestimmt. Sie haben dafür unterschrieben, aber dagegen gestimmt.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen in den letzten Jahren haben Sie immer wieder Dinge abgelehnt. Herr Kollege Schnabel, Sie stellen sich hierhin und loben das Ehrenamt, die Ausländer und die Vereinsarbeit. Als wir dafür aber die Mittel erhöhen wollten, haben Sie das in diesem Hause abgelehnt. Das war Ihr Beitrag.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Unruhe bei der CDU)

Während wir in diesem Hause über das Thema Integration diskutieren, lassen Sie auf Schulhöfen, in Fußgängerzonen, in Betrieben und an Wohnungstüren Unterschriften gegen Ausländer sammeln. Das ist Ihr Beitrag zur Integration.

(Unruhe bei der CDU)

Es kommen Menschen an die Info-Stände und fragen: Wo kann ich gegen Ausländer unterschreiben? - Dann lassen Sie sie unterschreiben und sagen nicht, dass es gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft und nicht gegen Ausländer geht.

(Kramer, CDU: Sie wissen das,
weil Sie nicht dabei waren!)

Sie lassen sie mit diesem Willen unterschreiben.

Sie plakatieren seit 14 Tagen in Mainz für die Integration. Wenn ich durch meinen Wahlkreis fahre, sehe ich davon kein einziges Plakat. Wenn ich durch den Hunsrück fahre, sehe ich kein einziges Plakat. Wenn ich durch die Pfalz fahre, sehe ich ebenfalls kein Plakat. Was ist der Hintergrund dafür? Der Hintergrund ist das, was Ihre Kollegen in Frankfurt ganz ungeniert in der Zeitung schreiben: Es steht die Europawahl vor der Tür. Da muss man jetzt etwas in Sachen Integration tun, da man zumindest die Stimmen der EU-Ausländer für die Europawahl mobilisieren muss. - In Mainz haben Sie einen hohen Ausländeranteil. Da wollen Sie mobilisieren. Nichts anderes ist der Hintergrund für Ihre Aktion.

(Beifall der SPD)

Ihre Heuchelei beim Thema Integration geht doch sogar so weit, dass Sie in Polen und Tschechien für die deutschen Minderheiten die doppelte Staatsbürgerschaft fordern, die Sie in Deutschland verweigern. Glaubwürdig ist das auf jeden Fall nicht, und zur Integration trägt das ebenfalls nicht bei.

Dagegen hat diese Landesregierung, die Sie in Faltblättern auffordern, sie möge etwas für die Integration tun, etliches in Sachen Integration getan. Wir haben eine systematische Förderung in Kindergärten und Schulen für ausländische Kinder geschaffen.

(Bischel, CDU: Ja, die ist ausgeblieben!)

Als Sie an der Regierung waren, haben Sie sie abgeschafft. Lassen Sie sich das einmal genauer von Ihren Leuten in den Ministerien vortragen. Sie können nicht leugnen, dass das, was wir in diesem Bereich gemacht haben, auch Erfolg gehabt hat. Ich muss nicht nur Überschriften nennen. Beispielsweise gab es 1991 über 25 % Ausländerkinder ohne Hauptschulabschluss. Die Zahl ist bis 1997 unter 23 % gesunken. Es gab 1991 17,9 % Ausländerkinder mit dem Sekundarabschluss I. Die Zahl ist bis 1997 auf 20,3 % gestiegen. 1991 gab es 3,7 % Ausländerkinder mit Hochschulabschluss. Die Zahl ist bis 1997 auf 5,3 % gestiegen. Unsere Integrationsbemühungen haben also einen zählbaren Erfolg erzielt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Dies bedeutet, dass wir keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Integration brauchen. Wir sind die Integrationspartei, aber nicht Sie.

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der F.D.P. -
Unruhe bei der CDU)

Wir haben die Fördermittel in den letzten Jahren erhöht, obwohl der Zuzug zurückgegangen ist, und das bei knappen Kassen. Das muss zunächst einmal ein anderer schaffen. Das war eine besondere Leistung.

(Schnabel, CDU: Warum ist
er zurückgegangen?)

- Warum ist er zurückgegangen? Da gibt es ein ganzes Bündel von Gründen. Das hat etwas mit Bürgerkriegsflüchtlingen, mit der Asylgesetzgebung und etwas mit dem Rückgang bei den Aussiedlernachzügen zu tun. Viele weitere Gründe könnte ich nennen.

Diese Landesregierung hat die Ausländerbeiräte geschaffen und hat die Ausstattung der Ausländerbeauftragten wesentlich verbessert. Sie hat beispielsweise im letzten Haushalt die Mittel für den Initiativausschuss für Migration und für die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte erhöht. Beide Gruppen - der Initiativausschuss und die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte - könnten entweder gar nicht mehr oder zumindest nicht mehr so wie jetzt weiterarbeiten, wenn es diese Mittelerhöhung nicht gegeben hätte. Das ist durch die beiden Regierungsfraktionen SPD und F.D.P. in diesem Hause geschehen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir haben vor zwei Tagen mit den Vertretern dieser Gruppen gesprochen. Sie reden mit uns. Sie sind aber in diesem Bereich überhaupt nicht mehr tariffähig. Wenn Herr Bischel einlädt, kommt niemand mehr. Sie wissen auch, weshalb niemand mehr hingeht. Sie lassen sich nicht verschaukeln.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Wir haben darüber hinaus Mittel für freie Träger zur Verfügung gestellt, die im außerschulischen Bereich etliches zur Aufklärung leisten. Ministerien, egal, ob das von Frau Dr. Götte, von Herrn Zuber oder Herrn Professor Dr. Zöllner, leisten Aufklärungsarbeit in der Fläche in diesem Land, um zur Integration beizutragen. Von der Landeszentrale für politische Bildung wird diese Arbeit ebenfalls geleistet. Dann kommen Sie und fordern seit einigen Tagen die Integration - -

(Mertes, SPD: Das schlechte
Gewissen pur!)

- Aber wirklich.

- - und wollen dabei unter anderem, dass die Existenzgründung für Ausländer erleichtert wird. Es ist etwas ganz Neues, die Existenzgründung für Ausländer zu erleichtern. Ist Ihnen dabei schon einmal aufgefallen, dass eine erleichterte Einbürgerung viele, viele Existenzgründungen von Ausländern ermöglichen könnte?

(Bischel, CDU: Das ist der größte Unsinn, was
Sie da erzählen! Wenn ich eine Existenz
gründen will, muss ich keine deutsche
Staatsangehörigkeit haben!)

Das ist oft genug die Voraussetzung, damit sie eine Existenz gründen können. Machen Sie doch da einmal mit.

Jetzt haben Sie bei Ihrer übereilten Kampagne, die im Übrigen pur abgeschrieben ist, noch etwas ganz Neues entdeckt. Sie haben zwei Drittel von der F.D.P. und ein Drittel von Herrn Rüttgers abgeschrieben. Eigene rheinland-pfälzische Gedanken, jedenfalls eigene CDU-Gedanken, sind in Ihren Antrag nicht eingeflossen.

(Mertes, SPD: Sie vergessen das Datum!
Das ist Ihnen eingefallen!)

- Ja, das stimmt. Datum stammt von Ihnen. Das muss ich einräumen.

Jetzt sind Sie aber mit einem ganz neuen Punkt gekommen, nämlich Islamunterricht an deutschen Schulen. Da habe ich mich gewundert und mich gefragt: Islamunterricht, wie geht denn das? - In Rheinland-Pfalz leben über 27 000 moslemische Schülerinnen und Schüler. Welchen Islamunterricht brauchen die?

(Kramer, CDU: Das sehen
Sie in Bayern!)

Sie gehören zur Glaubensrichtung der Sunna, der Schia, des Sophismus, der Aleviten, der Ahmadijas, der Bahais und anderer Glaubensrichtungen. Welche meinen Sie denn jetzt? Sie können christlichen Unterricht an Schulen geben, aber das kann für die Zeugen Jehovas sein oder das kann Griechisch-Orthodox sein. Was wäre Ihnen denn als christlicher Unterricht genehm?

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Was wäre Ihnen als Islamunterricht genehm? Nennen Sie doch bitte einmal eine Richtung. Nennen Sie ein einziges Bundesland - die CDU-Bundesländer eingeschlossen -, in dem es bisher gelungen ist, über den Islamunterricht eine Vereinbarung zu treffen. Sie finden nämlich keinen Verhandlungspartner, mit dem Sie das abklären könnten.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Wenn Sie ihn finden, empfehle ich Ihnen einen Blick in die Landesverfassung. Nach Artikel 34 ist all das, was Sie im Religionsunterricht organisieren wollen, im Einvernehmen mit den Vertretern der jeweiligen Religion durchzuführen, egal, ob Lehrplan, ob Qualifikation der Lehrer usw. Das muss im Einvernehmen geschehen.

(Schnabel, CDU: Das wissen
wir doch alles!)

Ich warte darauf, dass Sie das Einvernehmen mit Muslimen über Islamunterricht an rheinland-pfälzischen Schulen herbeiführen. Das ist unausgegoren. Wir sind sehr dafür, dass man sich diesem Thema stellt. Das ist gar keine Frage. So unausgegoren, wie Sie damit auf den Markt gehen, wird das aber nichts werden.

Ich stelle als Fazit fest: Wir haben uns bei diesem Thema über Jahre hinweg mit einer maßvollen, auf Dauer angelegten

und beständigen Integrationspolitik darum bemüht, Gräben in dieser Gesellschaft zuzuschütten. Sie haben uns dabei oft genug alleine gelassen. Wenn Sie jetzt nicht nur aus wahltaktischen Gründen, sondern auch auf Dauer angelegt zu einer Integrationspolitik kämen, würden wir uns allerdings freuen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Grützmacher das Wort.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Diese Tage zeigen die Schärfe der Diskussionen in unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft um das neue Staatsbürgerschaftsrecht, von dem die CDU-Kampagne nur die Spitze des Eisbergs ist. Diese Diskussion und die Schärfe dieser Diskussion zeigen, dass die Jahrzehnte der Vernachlässigung und die Leugnung der Zuwanderinnen und Zuwanderer auf beiden Seiten tiefe Spuren hinterlassen hat.

Bei den Zuwanderern legen die meisten großen Wert darauf, möglichst nicht aufzufallen und gesehen zu werden, und zwar nicht nur aus Angst vor rassistischen Sprüchen und Schlimmerem, sondern auch aus einer subjektiven Rechtsunsicherheit heraus, weil sie nie wissen, ob für sie nicht wieder andere Rechte als für Deutsche gelten. Darum tun sich auch viele junge Leute zusammen. Sie glauben nicht mehr an die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie schotten sich ab. Sie fühlen sich von unserer Gesellschaft alleine gelassen.

Meine Damen und Herren von der CDU, viele Probleme, die sich heute auf dem Feld der Ausländerpolitik stellen und die Sie, Herr Schnabel, auch beschrieben haben, hätten wir gar nicht, wenn wir diesen Menschen, die längst integraler Bestandteil unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft sind, den Schritt zur Einbürgerung leicht gemacht hätten. Das ist ein langes Thema. Das wird seit 10, 15 Jahren immer wieder diskutiert. Das ist genau einer der Punkte, warum Ihr Antrag zur Integration so heuchlerisch ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Leugnung der Zuwanderung durch die alte Bundesregierung hat natürlich auch bei den Inländerinnen und Inländern tiefe Spuren hinterlassen. Wir haben die Fremden immer wieder als Fremde gesehen. Wir haben sie manchmal gar nicht wahrgenommen. Wir haben neben ihnen hergelebt und uns eigentlich damit zufrieden gegeben, wenn es nicht zu gewalttätigen Konflikten kam. Selbst die Migrantinnen und Migranten, die schon 20 Jahre hier wohnen, sind uns darum fremd geblieben.

Meine Damen und Herren, Fremdes ruft auch Ängste hervor. Auf diesen Ängsten baut die Unterschriftenaktion der CDU auf.

(Mertes, SPD: So ist das! Sehr zutreffend!)

Meine Damen und Herren von der CDU, gerade weil so viele Menschen bei Ihnen unterschreiben, ist das ein Beweis für die verfehlte Integrationspolitik Ihrer Regierung in den letzten 20 Jahren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Durch Ihre Politik und Ihre Leugnung, dass die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland sein kann, wurden die Fremden über Generationen zu Ausländerinnen und Ausländern abgestempelt, selbst wenn sie hier geboren sind.

Herr Redmer, ich muss auch noch ein bisschen Wein in die Integrationsbemühungen im Land schütten.

(Zurufe aus dem Hause)

- Wasser in den Wein, na ja. Ich muss etwas Wasser in den Wein schütten wegen der Integrationsbemühungen im Lande.

Auch Sie haben das sicher gelesen: Wir leben in Rheinland-Pfalz - ausländische Bevölkerung 1998. - Da steht sehr deutlich: Deutlich schlechter schneiden die ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus Rheinland-Pfalz im Vergleich der alten Bundesländer ab. Die Tatsache, dass in Rheinland-Pfalz fast drei Viertel aller ausländischen Schülerinnen und Schüler die Hauptschule besuchen, platziert Rheinland-Pfalz an die drittletzte Stelle der Länderliste.

Hier gibt es auch noch viel zu tun. Es muss ein ganzer Paradigmenwechsel in der jetzigen Integrationspolitik stattfinden. Ein Weitermachen der bisherigen Ausländerpolitik, angereichert mit Integrationsmaßnahmen, wie sie die CDU im Moment will, ist in der jetzigen Situation eine ungenügende Antwort auf die Herausforderungen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, durch die geplante Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts durch die rot-grüne Bundesregierung ist damit eine längst überfällige Debatte endlich auch in der Mitte der Gesellschaft gelandet. Alle von Ihnen und von uns, die in den letzten Tagen in Podiumsdiskussionen mit Schülerinnen und Schülern über das neue Staatsbürgerschaftsrecht Debatten geführt haben, haben gemerkt, wie groß die Kluft der Ignoranz und der Unkenntnis auf beiden Seiten ist.

Ich bin immer wieder beeindruckt von den sehr guten und tiefsinnigen Debattenbeiträgen, die dann immer von den jungen Ausländerinnen und Ausländern, die hier geboren sind und schon lange keine Ausländerinnen und Ausländer mehr sind, von den Jugendlichen mit ausländischem Pass, gegeben werden. Die bittersten Kommentare kommen von den Migrantinnen und Migranten, die schon 20 oder 30 Jahre in Deutschland leben, hier Steuern, Gebühren und Rentenbeiträge zahlen, Kinder großziehen oder großgezogen haben, die aber zeit ihres Lebens von den elementarsten Grundrechten, zum Beispiel vom Grundrecht auf Wahlen, ausgeschlossen blieben.

Meine Damen und Herren, wir müssen diese Fremden zu Bürgerinnen und Bürgern unserer Gesellschaft machen. Das ist die Antwort.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir Integration wollen, müssen wir den hier aufwachsenden Kindern und Jugendlichen signalisieren, dass sie zu unserer Gesellschaft gehören. Sie müssen aufgrund der vergangenen Versäumnisse und unter Hinnahme der Mehrstaatlichkeit für die erste und zweite Generation die Unsicherheit korrigieren und die Einbürgerung erleichtern.

Deswegen fordern wir vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in unserem Antrag einen Perspektivenwechsel. Wir fordern eine Absage an die alte Ausländerpolitik und den Aufbruch zu einer neuen integrativen Migrationspolitik. Ein effizienter Einstieg erfordert neue Instrumente. Die alten Instrumente greifen nicht mehr. Sie erfordern neue Rahmenbedingungen.

Darum regen wir an, auf Landesebene eine Leitstelle zu schaffen, die den Aufgabenbereich der bisherigen Ausländerbeauftragten ersetzt. Mit erweiterten Zuständigkeiten und einem veränderten Selbstverständnis soll diese Leitstelle dazu beitragen, dass sowohl die Integration von Migrantinnen und Migranten besser durchgesetzt als auch die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung gefördert wird.

Meine Damen und Herren, Kernpunkt der Integration ist immer noch eine Modernisierung und eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Es ist überfällig, auch den Menschen, die seit langem ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, gleiche Rechte und vor allem auch gleiche Rechtssicherheit zu verschaffen. Dabei kann natürlich der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft nur ein erster Schritt zu einer tatsächlichen Gleichstellung von Zugewanderten sein. Das ist klar; denn auch mit einem deutschen Pass wird ein Mensch türkischer Abstammung bei den meisten weiterhin als Ausländer gelten.

Meine Damen und Herren von der CDU, ohne deutschen Pass stehen alle Integrationsbemühungen auf tönernen Füßen, weil sie genauso schnell, wie sie jetzt von der CDU vorgeschlagen werden, auch wieder rückgängig gemacht werden können. Die Förderungen der Aussiedlerinnen und Aussiedler, die von Bonn immer wieder weiter zurückgeschraubt wurden, sprechen ein deutliches Beispiel. Daran kann man das exemplarisch sehen.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben heute dieses Bild vor sich liegen, das für Sie sozusagen das Nonplusultra ihrer Integrationsbemühungen darstellt. Diese Plakate, die Sie in der ganzen Stadt kleben, zeigen doch deutlich Ihr Verständnis, was Sie von Integration verstehen. So wünscht sich die CDU eine Türkin: blond, im Fußballdress, völlig assimiliert. - Eine gute Türkin ist eine Türkin, die man von einer Deutschen überhaupt nicht mehr unterscheiden kann.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren der CDU, dass Sie mit diesem Bild auch Türkinnen und Türken beschämen können, merken Sie gar nicht. Integration bedeutet aber, dass man mit Werten der anderen Kultur sensibel umgeht. Man kann bei diesem Bild deutlich sagen: voll daneben.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie sagen, entweder ganz oder gar nicht, die doppelte Staatsangehörigkeit sei nur eine halbe Sache, dann schauen Sie sich doch einmal das gegenwärtige Klima in unserer Gesellschaft an: fremdenfeindliche Brandanschläge und Attacken auf Migrantinnen und Migranten. Guben ist nur ein Beispiel unter vielen.

Dass sich die Zugewanderten, die sich seit Jahren zu integrieren versuchen und gleichzeitig immer noch unerträglichen Diskriminierungen ausgesetzt sind, die Option der Rückkehr in ihr Herkunftsland offen halten wollen, ist vor diesem Hintergrund mehr als verständlich. Mit Ihrer Unterschriftenaktion, meine Damen und Herren von der CDU, betreiben Sie weiterhin ausländerfeindliche Ressentiments. Sie machen Machtpolitik auf dem Rücken der Ausländerinnen und Ausländer. Das kann nicht die Grundlage für eine erfolgreiche Integrationspolitik sein.

Meine Damen und Herren, ohne eine grundlegende Reform der Ausländerpolitik auf der einen Seite und des Einbürgerungsrechts auf der anderen Seite wird es uns nicht gelingen, die enormen Defizite, die sich in diesem Bereich in unserer Gesellschaft in den letzten 10, 20 Jahren angesammelt haben, wieder aufzufangen.

Wir fordern Sie auf, alle daran mitzuarbeiten, dass wir dazu kommen, die Menschen, die schon seit langer Zeit bei uns leben, auch als wertvollen Bestandteil unserer Gesellschaft anzusehen. Sie sollten nicht immer wieder als Ausländerinnen und Ausländer und als Leute, die nicht dazugehören, bezeichnet werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Pahler das Wort.

Abg. Frau Pahler, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich zitiere: „Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Ihre Integration ist nicht nur Notwendigkeit, sondern eine politische Chance, die wir nachdrücklich ergreifen wollen." So steht es in der Einleitung des CDU-Antrags.

Soll ich sagen: Besser spät erkannt als nie. - Soll es das heißen, was Sie hier schreiben? Dies ist doch keine Erkenntnis der Jahre 1998/1999. Das ist eine Aufgabe, vor der wir schon seit vielen Jahren stehen. Schließlich ist mehr als ein Drittel der Migranten schon seit 25 Jahren bei uns.

Wir haben als Gesellschaft also schon sehr lange Zeit die Gelegenheit gehabt, die Normalität von Migration ins Bewusstsein zu heben. Friedliches Zusammenleben, voneinander lernen, Fremdes beiderseitig annehmen, Bewahrenwollen kultureller Identität akzeptieren, das dürfen doch keine Worthülsen sein, die man zu gegebenen Anlässen nur in die Welt hinausbläst, sondern das sind Aufforderungen für ein alltägliches Miteinander, für jeden Einzelnen von uns an seiner Stelle, an der er lebt, lernt, arbeitet, Freizeit gestaltet. Damit kommt insbesondere der kommunalen Ebene eine Aufgabe zu.

Meine Damen und Herren, die Landespolitik muss dazu Rahmenbedingungen entwickeln und sie tut es. Das ist aber keine Aufgabe, bei der man vorschnell und ausschließlich in Richtung Ausländerbeauftragte und deren Team schaut. Das ist eine Querschnittsaufgabe der verschiedensten Politikbereiche. Dies muss wahrgenommen werden in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, ebenso wie in den Bereichen Jugend, Bildung, Familie, Gesundheit und Kultur. Nur gemeinsam und mit gleicher Zielsetzung lassen sich Programme und Modellmaßnahmen finanzieren, effizient durchführen und für die betroffenen Menschen sinnvoll einsetzen. Dies ständig zu hinterfragen, tut wahrlich Not.

Nun zu den einzelnen Punkten des CDU-Antrags:

1. Sie wollen Integrationsprogramme, die Sprachkurse, ausländerspezifische Maßnahmen der Berufsvorbereitung und die Förderung benachteiligter Jugendlicher vorsehen, einführen und, soweit als vorhanden, ausweiten. - Sehr schön. Die F.D.P.-Fraktion hat bereits 1997 beschlossen, dass mit dem Landesarbeitsamt Gespräche dahin gehend geführt werden, dass die Berufsberatung auf ausländische Jugendliche und ihre Eltern sukzessive durch weiteres schriftliches Informationsmaterial in den entsprechenden Landessprachen bedarfsorientiert ergänzt wird und die Berufsinformationsveranstaltungen für Ausländer auf lokaler Ebene verstärkt durchgeführt werden. Wir wollten in Informationsveranstaltungen den hohen Stellenwert der dualen Berufsausbildung im bundesdeutschen Bildungs- und Berufssystem insbesondere den Eltern ausländischer Jugendlicher mehr verdeutlichen. Wir wollten damals bereits insbesondere auf die Ausbildungs- und Berufschancen auch in erzieherischen Berufen und in der Altenpflege hinweisen.

2. Sie von der CDU fordern in den Spiegelstrichen vier bis sieben besondere Maßnahmen im Bereich des Kindergartens. Wir beantragten 1997, dass die kommunalen, kirchlichen und sonstigen Träger von Kindertagesstätten und Einrichtungen der Altenpflege dazu angeregt werden, bei Neueinstellungen und Wiederbesetzungen des erzieherischen bzw. pflegerischen Personals dem jeweiligen regionalen Ausländeranteil langfristig Rechnung tragen. Wir dachten damals nicht nur an die jungen, sondern auch an die älter werdende Migrantenbevölkerung.

3. Wir freuen uns, dass Sie in Ihrem Antrag aufgreifen, Existenzgründungen von Ausländern in Rheinland-Pfalz zu unterstützen und eine gezielte Mobilisierung ausländischer Unternehmer für die Lehrlingsausbildung einzusetzen. Dies steht schon 1997 in unserem Antrag unter Punkt 5. Ich freue mich natürlich insbesondere deshalb, weil wir im Januar in der F.D.P.-Fraktion eine interne Anhörung mit entsprechenden Teilnehmern zum Thema „Ausländische Selbständige bilden aus" durchgeführt haben und die dort gesammelten Erkenntnisse zusammengefasst in einer Großen Anfrage vorlegen werden. Ich kann also heute schon davon ausgehen, dass wir mit unserem Anliegen ein breites Publikum der Zustimmung hier finden werden. Vielen Dank schon im Voraus dafür. Ich werde Sie jedenfalls beim Wort nehmen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ich könnte nun zwölf weitere Punkte in gleicher Weise stereotyp aufführen, wo Sie die von der F.D.P. erhobenen Forderungen wieder aufgreifen. Wussten Sie übrigens, dass Sie am 12. Februar 1998 dem allem schon zugestimmt haben? Es stünde also allenfalls zur Debatte, dass Sie nachfragen, was denn nun aus diesen Anträgen gemacht worden ist. Danke für diese Möglichkeit, dass wir sie jetzt bekommen, Ihnen zu sagen, was wir getan haben. Das freut mich an Ihrem Antrag dann schon.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

In Trier und anderen Kommunen in Rheinland-Pfalz finden berufsvorbereitende und berufsspezifische Maßnahmen für junge Ausländerinnen und Ausländer statt. Die Ausländerbeauftragte informiert die an der Ausländerarbeit Beteiligten über den Stellenwert der dualen Ausbildung und die Möglichkeiten der Eingliederung ins Arbeitsleben.

Im November 1998 erfolgte die Veranstaltung „Türkische Betriebe schaffen Arbeitsplätze" durch das Ministerium für Ar-

beit, Soziales und Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem Türkischen Generalkonsulat und der Ausländerbeauftragten. Die Landesbeauftragte setzte sich gegenüber den Trägern von Kindertagesstätten für den verstärkten Einsatz muttersprachlicher Erziehungskräfte ein. Ein Projekt zur Qualifizierung von muttersprachlichen Zusatzkräften in rheinland-pfälzischen Kindergärten wurde gestartet, das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds mit einer Laufzeit von drei Jahren gefördert wird.

Die Erhöhung des Ausländeranteils im öffentlichen Dienst, Gespräche mit der Leitung der Landespolizeischule, das alles sind Realitäten. Angebote zur Fortbildung für kommunale Behörden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aktive Einbeziehung der Ausländerbeiräte, institutionelle Förderung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte, Verknüpfung schulischer und außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit, Senioren- und Kulturarbeit, Strukturverbesserungen durch Weiterentwicklung der vielfältigen Integrationsarbeit von Vereinen und Organisationen vor Ort, Kindertheater international, Förderung des Arbeitskreises Asyl Rheinland-Pfalz, Förderung und Unterstützung der Leseförderung zusammen mit der Stiftung Lesen, das Projekt „Lesen verbindet", Nachfrage in Bibliotheken, wie weit Bücher in Migrantensprachen vorhanden sind, das alles sind keine Forderungen, das sind Realitäten, Umsetzungen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wir brauchen keine Integrationsinitiative, wir sind initiativ.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wir schicken uns nicht an, Integrationsschritte zu tun, wir gehen sie. Sie konnten die ganze Zeit dabei mitgehen. Wie Sie das getan haben, das in der nächsten Runde.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung und alle politischen Kräfte, die Gesellschaft insgesamt, haben - so denke ich - gemeinsam Verantwortung dafür, dass die Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen aus anderen Ländern hierher in unser Land gekommen sind oder die als Kinder von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hier geboren werden, in dieser Gesellschaft nicht nur leben können, sondern auch eine Perspektive für ihre Zukunft entwickeln können müssen und damit eine Chance haben, ihr Leben unter den Bedingungen, wie es unsere Verfassung und unser Grundgesetz für alle Menschen vorsieht, leben und gestalten zu können.

Zugleich haben wir aber auch Verantwortung dafür, dass die Menschen, die hier in Deutschland geboren sind und die Deutsche im Sinne unseres geltenden Staatsbürgerrechts sind, das, was an Integrationsherausforderung und an Auseinandersetzungsherausforderungen mit fremden Kulturen und fremden Erfahrungen auf sie zu kommt, verkraften können. Wir müssen lernen, diesen Spannungsbogen auszuhalten und damit umzugehen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Wir müssen es schaffen, dass wir das Bereichernde, das Positive, was in dieser Auseinandersetzung mit drin steckt, auch erfahren und dass wir dies aufnehmen können und für uns gemeinsam für die Bürger, die Deutsche sind, und die Bürger, die nicht Deutsche sind und unter uns leben, aufnehmen und in unsere Gesellschaft einfügen können. So verstehen wir, wie ich hoffe, alle gemeinsam eine vernünftige und eine am Ende als gelungen zu bezeichnende Integrationspolitik.

Im Übrigen sollten wir nicht so tun, als würden wir das erste Mal in der deutschen Geschichte vor einer solchen Integrationsherausforderung stehen.

(Staatsminister Zuber: So ist es!)

Wir wissen alle, dass in der Geschichte Deutschlands solche, teilweise noch viel größere Herausforderungslagen zu bewältigen waren. Das galt für eine Zeit, die wir heute industrielle Revolution nennen und in der sehr viele Menschen in die industriell neu entstandenen Ballungszentren hineingekommen sind, und zwar in einer Situation von Not und Elend für die arbeitenden Menschen. Dennoch musste am Ende ein Integrationsprozess ablaufen. Er ist, wenn auch dauernd, dann in hervorragender Weise gelungen. Heute kommt kein Mensch mehr auf die Idee, dass jemand, der Kapitulski, Schipanski oder wie auch immer heißt, nicht genauso deutsche Bürgerin oder deutscher Bürger wie jemand ist, der Meier, Müller oder Schulz heißt. Das ist doch eine positive Erfahrung, die in Deutschland gemacht worden ist. Wir sollten sie nicht in Vergessenheit geraten lassen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten auch miteinander die Erfahrung aufarbeiten, dass wir durchaus alle zu schätzen wissen, welche bereichernde Vielfalt die Kultur anderer Völker, die in unserer Mitte ausgebreitet wird - im Übrigen auch die gastronomische Kultur; diese will ich überhaupt nicht klein schreiben -, für unser Alltagsleben bedeutet. All das auch zu sehen und ein bisschen Entkrampfung in diese Diskussion hineinzubringen, das wollte ich doch in unsere Erinnerung rufen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

In Rheinland-Pfalz - wie Sie wissen, haben wir etwas über 4 Millionen Einwohner insgesamt - leben derzeit 300 352 Ausländerinnen und Ausländer. Das ist die Statistik vom 31. Dezember 1997. Eine neuere abschließende Statistik gibt es nicht. Ich denke, die Zahlen werden alles in allem etwa gleich geblieben sein. Darunter sind über 78 000 Menschen aus anderen EU-Staaten, die ohnehin Freizügigkeit haben und auf der Grundlage der europäischen Verträge jederzeit und ohne irgendeine besondere Vorgabe und Voraussetzung bei uns oder anderswo innerhalb der Europäischen Union leben können, wie dies auch für Menschen aus Deutschland gilt.

Es leben bei uns über 80 000 Menschen, die aus der Türkei kommen und die nach den geltenden Regelungen türkische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen sind. Dass diese Tatsache an unsere Gesellschaft und an diese Menschen besondere Anforderungen stellt, liegt natürlich darin begründet - das dürfen wir nicht übersehen -, dass wir eine christlich geprägte Tradition sowohl in unserem Recht als auch in unserem kulturellen und gesellschaftlichen Leben insgesamt haben. Zu uns kommen oder sind in beachtlicher Größenordnung Menschen gekommen aus einem anderen Kulturkreis und einer anderen religiösen Verankerung mit all ihren Ausprägungen, ihr Leben zu gestalten.

Das fordert auch uns mehr Toleranz ab. Wenn ich „uns" sage, dann möchte ich das an alle gerichtet verstanden wissen. „Uns" heißt diejenigen, die immer hier gelebt haben, und auch diejenigen, die mit uns leben. Man muss die Bereitschaft und die Fähigkeit haben, aufeinander Rücksicht zu nehmen und niemandem abzuverlangen, dass er seine Kultur oder seine Religion aufgibt, aber auch niemandem hinsichtlich der Demonstration dessen zu überfordern, was an Unterschiedlichkeiten in diesen Traditionen und Kulturen verankert ist. Das ist - wie ich denke - ein vernünftiger Maßstab, um miteinander umzugehen, ein Maßstab im Übrigen auch, der dazu geeignet ist, diejenigen, die versuchen, sich fundamentalistisch mit diesen Dingen auseinander zu setzen, in die Schranken zu verweisen. Das gilt gegenüber fundamentalistischen Strömungen hinsichtlich derjenigen, die zu uns kommen, oder derjenigen, die von außerhalb auf diejenigen einwirken wollen. Es gilt aber auch für politische Extremisten bei uns, denen man genauso klar die Schranken aufzeigen muss.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, wenn wir mit solchen Maßstäben an die Diskussionen vielleicht ein bisschen früher herangegangen wären, als wir es getan haben, dann könnten wir mit den Integrationsbemühungen in ihren Ergebnissen ein großes Stück weiter sein, als wir es heute sind.

Ich möchte einen zweiten Aspekt beleuchten. Dieses Land Rheinland-Pfalz ist wie kein anderes Bundesland davon abhängig, dass uns die Weltmärkte offen stehen, weil wir annähernd 42 Pfennige von jeder Mark, die hier erarbeitet und verdient wird, dadurch verdienen, dass die Produkte und Dienstleistungen auf den internationalen Märkten vermarktet werden können. Wenn man indirekte Effekte noch einrechnen würde, wie stark Firmen und wie stark Konzerne in unserem Land ihre Muttergesellschaft haben, ihre internationale Bedeutung aus dieser Verflechtung heraus beziehen, dann wäre noch deutlicher, wie sehr wir auf einen offenen Weltmarkt angewiesen sind. Aber ein offener Weltmarkt ist nicht zu erhalten und auf Dauer nicht zu erreichen, wenn man meint, sich in anderen Bereichen gegenüber der gesellschaftlichen und der kulturellen Entwicklung abschotten zu müssen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wer denkt, dies gehe zusammen, der irrt sehr grundsätzlich. Deswegen möchte ich all denjenigen etwas sagen: Wer dafür plädiert, die Tür nicht offen zu halten, damit niemand zu uns hereinkommt, der muss wissen, dass man durch geschlossene Türen auch nicht hinauskommen kann. Es ist immer das Gleiche, wer die Tür öffnet, um sich selbst ausbreiten und ausweiten zu können, der weiß, dass auch eine Gegenbewegung stattfindet. Das haben wir manchmal nur mit großen Mühen bewältigt.

Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien hat es mit sich gebracht, dass ein offenes Land wie die Bundesrepublik Deutschland in besonderer Weise als Zufluchtstätte angenommen worden ist. Das galt für andere Konflikte auch. Es galt auch für all die schwierigen und sehr differenziert zu betrachtenden, wenn auch jetzt nicht im Mittelpunkt der Betrachtung stehenden Fragen, die sich um die Asyldebatte herumrankten. Das muss man nur wissen und auch ehrlich den Menschen sagen: Wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen, wenn wir unseren sozialen Standard halten wollen, dann sind wir auf eine offene Welt angewiesen. - Eine offene Welt gibt es nicht allein zu unserem Vorteil. Wir haben, wenn man fair darüber diskutiert, im Sinne der einen Welt eh schon mehr auf dem Buckel anderer armer Nationen und Völker gelebt, als dies unsere christliche Grundanschauung eigentlich rechtfertigen würde. Das ist auch die Wahrheit.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Lassen Sie uns also gemeinsam die Kraft bewahren, denjenigen, die versuchen, den Menschen ein X für ein U vorzumachen, es gebe das eine ohne das andere, eine gemeinsame klare Position entgegenzusetzen. Das sind wir - so denke ich - unserer Demokratie, nicht zuletzt unserer jüngeren Geschichte in Deutschland - ich denke an die Nazizeit - schuldig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist hier zu Recht von den Vorrednerinnen und Vorrednern - sehr detailliert von der Kollegin Frau Pahler - aufgeführt worden, was an konkreten Integrationsbemühungen seitens des Landes Rheinland-Pfalz schon seit geraumer Zeit auf den Weg gebracht worden ist. Ich will dies deshalb nicht wiederholen, sondern mich ausdrücklich auch aus Zeitgründen darauf beziehen.

Ich möchte aber noch einmal eine Zahl in Erinnerung rufen, die der Kollege Redmer vorhin dargestellt hat, um zu zeigen, dass solche Integrationsbemühungen, wenn man sich nicht abschrecken lässt, ihre Erfolge zeitigen. So können wir feststellen, dass wir von 1991 bis 1998 gerechnet eine Steigerung der Zahl derjenigen ausländischen jungen Menschen, die den Sekundarabschluss I erreicht haben, von 15 % verzeichnen können und gar derjenigen, die die Hochschulreife erlangt haben, von 50 %. Man kann sagen, das ist immer noch nicht genug. Es besteht immer noch ein Abstand zwischen den Kindern, die traditionell zu den Deutschen gerechnet werden, und den ausländischen Kindern. Das ist keine Frage. Das ist richtig.

Es besteht immer noch die Notwendigkeit, sich weiterhin zu bemühen und sich anzustrengen. Es ist sicherlich auch nicht falsch, immer wieder zu schauen, ob man das eine oder andere nicht noch besser, noch randschärfer oder noch zielgenauer machen kann und ob man noch in der Lage ist, die Gesamtanstrengungen weiter zu steigern. Es gibt keine Diskussion darüber, dass diese Auseinandersetzung notwendig ist. Deshalb finde ich es gut, dass wir diese Debatte heute miteinander führen.

Aber so zu tun, als müssten wir mit Integrationsbemühungen endlich einmal anfangen und als wäre die Diskussion, die um die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft losgetreten wurde, nun der Auslöser, um endlich miteinander über Integration zu reden, ist eine Verfälschung der Realität, die man so nicht stehen lassen kann; denn dann täte man so, als wäre das, was bisher gelaufen ist, sinnlos oder verfehlt und als müsste man ganz andere Wege gehen. Wenn dies so wäre, wären die Erfolgszahlen, von denen ich jetzt nur zwei genannt habe, überhaupt nicht aussagekräftig, und sie wären überhaupt nicht eingetreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, solche Bemühungen müssen jedoch bei aller Notwendigkeit wiederum unter dem Gesichtspunkt der Realitäten und der Möglichkeiten diskutiert werden. Ich stelle dies in Zusammenhang mit meiner Eingangsthese, dass wir als politisch Verantwortliche uns so zu verhalten haben, dass Integration eine Sache ist, die nicht nur die zu Integrierenden angeht, sondern die genauso auch diejenigen betrifft, die in Deutschland leben und die dies mittragen und aufnehmen müssen. Wenn wir diese Aufgabe mit begrenzten Ressourcen lösen müssen - das ist die Realität, und dies wird niemand, der es ernst meint, wegdiskutieren wollen -, so müssen wir dafür sorgen, dass bei der deutschen Bevölkerung oder aber bei Menschen, die sozial eher auf der benachteiligteren Seite stehen, nicht der Eindruck entsteht, dass sie zugunsten der anderen zurückgesetzt werden. Dies wäre eine Entsolidarisierung der Schwachen untereinander. So etwas darf Integrationspolitik am Ende nicht herbeiführen.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Bill, wenn ich eine Gelddruckmaschine hätte, würde ich allen sagen, jawohl, es gibt Bedarf in all diesen Bereichen und wir erfüllen diesen Bedarf optimal. Aber wer in Abrede stellt, dass man bei begrenzten Ressourcen darauf achten muss, dass diese Mittel den Schwächeren insgesamt auf allen Seiten in der Gesellschaft in erster Linie zugeführt werden müssen, um ihnen eine Chance zu geben, dass aber auch Begabten geholfen werden muss, die ansonsten aufgrund der finanziellen Möglichkeiten ihres Elternhauses ihre Begabung nicht entfalten könnten, der sieht einen Teil der Realität nicht. Er wird möglicherweise am Ende wohl meinen - das will ich gar nicht in Frage stellen -, aber exakt das Gegenteil von wirklicher Integrationspolitik erreichen. Das muss man ganz klar festhalten.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in diesem Bereich gilt, dass gut gemeint das Gegenteil von gut sein kann. Das können wir uns aber gerade in dieser Frage nicht leisten.

Ich will dies noch einmal anhand des Beispiels des islamischen Religionsunterrichts unterstreichen und noch etwas genauer herausarbeiten. Ich möchte mich dabei an dem messen, was ich eingangs postuliert habe. Wenn man sagt, man muss Menschen die Chance geben, in ihrer kulturellen und religiösen Verankerung auch weiterhin leben und sich weiterentwickeln zu können, wenn sie dies wollen, dann muss man auch eine Grundlage dafür schaffen. Aber es ist zu Recht gesagt worden, dass wir dann den Religionsunterricht in fünf bis sechs unterschiedlich ausgeprägten Religionsformen gestalten müssten, um den islamischen Religionsunterricht in der geforderten Breite abzudecken.

Dies kann jedoch nicht so eingeteilt werden, dass man in Rheinhessen die einen, in der Pfalz die anderen und im Westerwald die Dritten unterrichtet. So ist es nicht. Vielmehr müssten wir dies in aller Vielfalt parallel zueinander - zumindest in den Städten und in den Ballungsräumen, in denen aufgrund industrieller Schwerpunkte sehr viele Menschen leben - am gleichen Ort vorhalten.

Ich bitte Sie im Übrigen darum, sich einmal die Verteilung der Wohnorte der bei uns lebenden türkischen Bevölkerung zu betrachten. Sie werden feststellen, dass sich diese Wohnorte bei weitem nicht nur auf die Ballungsgebiete konzentrieren, sondern dass auch sehr viele klein- und manchmal kleinsträumige Gewerbeansiedlungsorte in unserem Land Rheinland-Pfalz existieren.

Dies dort einfach zuzusagen, mag zwar von der Absicht her ehrenwert sein. Aber es ist schlicht und einfach unter halbwegs vernünftig finanzierbaren, organisierbaren und gestaltbaren Bedingungen so nicht möglich. Das muss man ganz nüchtern und ehrlich sagen, weil man ansonsten denjenigen, die man zu integrieren verspricht, ein X für ein U vormacht, so dass die anschließende Enttäuschung, wenn es nicht mach-

bar ist, umso größer sein wird. Meine Damen und Herren, ich bin nicht bereit, solche Schimären vorzuführen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich möchte Herrn Kollegen Professor Dr. Zöllner ausdrücklich in seinem differenzierten Weg, mit diesen Fragen umzugehen, unterstützen. Es gibt für meine Begriffe keine Alternative dazu. Aber wenn Vorschläge gemacht werden, sind wir offen. Das ist keine Frage, bei der der eine Recht und der andere Unrecht hat, wenn - wie ich es in der bisherigen Debatte verstanden habe - die Linie dem Grunde nach einheitlich gesehen wird. Wir müssen jedoch nach gangbaren Wegen suchen.

Ich kann und werde jedoch nicht akzeptieren, dass man dann, wenn man über Ausländerfragen redet, nur das sagt, was gern in diesem Zusammenhang gehört wird. Wenn wir jedoch bei Haushaltsberatungen zusammensitzen, wird deutlich gemacht, wir dürften auf der einen Seite keine zusätzlichen Schulden machen, müssten jedoch auf der anderen Seite alle vorhandenen Wünsche auch erfüllen und müssten darüber hinaus dafür sorgen, dass noch innovative, kreative und neue Ideen finanziert werden können. Das kann nicht gehen. Das ist in Hinterzimmerversammlungen möglich, aber nicht in der realen politischen Verantwortung.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wäre sicher leichter - ich möchte dies ohne Schärfe formulieren -, die Initiative der Union für hilfreich und glaubwürdig zu erachten, wenn in den vergangenen 16 Jahren, in denen sie in Bonn und teilweise auch in diesem Land Verantwortung getragen hat, wenigstens ansatzweise ähnliche Bemühungen erkennbar gewesen wären. Vielleicht sehe ich es nur nicht. Vielleicht hat mir es nur niemand gesagt. Vielleicht habe ich nur die falschen Papiere gelesen. Aber ich kann nichts davon erkennen. Ich kann leider nichts davon erkennen.

Ich kann nur im Rückblick erkennen, dass Versuche, in diese Richtung zu gehen, in einem sehr tiefen Grundsatzstreit innerhalb der Union, im Wesentlichen zwischen CDU und CSU, aber auch zwischen Teilen der CDU und der CSU auf der anderen Seite und anderen Teilen der CDU steckengeblieben sind. Wenn ich die Dinge nicht völlig falsch gesehen habe, ist dies eine Realität.

Der Kollege Keller findet das furchtbar zum Lachen.

(Dr. Weiland, CDU: Es ist
auch lächerlich!)

Aber vielleicht ist das eines Ihrer Probleme, verehrter Herr Kollege Keller.

(Keller, CDU: Eine Worthülse an die andere!
Man kann es nicht mehr hören! -
Zurufe von der SPD: Oh!)

- Herr Kollege Keller, wer in diesem Hause die Fähigkeit verlernt hat, zuzuhören, dem bleiben drei Türen, um dies von draußen mitzuerleben. Das ist eine ganz einfache Möglichkeit.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wenn Sie die Schärfe suchen, daran soll es im Zweifelsfall nicht mangeln. Aber ich bin nicht darauf angelegt, sondern ich suche Verbindendes in diesen Fragen und nicht die Schärfe.

Aber Sie müssen sich schon fragen lassen, ob man das plakatieren kann und ob man Integration sagen kann und gleichzeitig dort, wo Kommunalwahlkampf ist, nur unter dem Stichwort „Wir informieren gegen doppelte Staatsangehörigkeit" einladen kann. Das müssen Sie mir allerdings an dieser Stelle erklären.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Mertes, SPD: So ist das! Richtig! -
Zuruf des Abg. Schnabel, CDU -
Dr. Weiland, CDU: Reine Polemik!)

- Wenn es Polemik ist, dass man Ihre Überschriften zitiert und Ihre Verlautbarungen hochhält, ist dies natürlich ein neuer Begriff von Polemik.

(Zurufe von der CDU)

Nein, es mag sein, dass es an dieser Stelle bei Ihnen ein bisschen wehtut, weil man selbst immer spürt, wenn man in der Zwickmühle einer solchen Doppelstrategie ist und andere legen dies bloß, wie sehr dies ans Eingemachte geht, weil ich vielen von Ihnen abnehme, dass sie unglücklich mit dem sind, was sie hier veranstaltet haben und weiter veranstalten werden.

Ich sage Ihnen noch etwas dazu: Auch wenn Sie in Hessen, wesentlich mit beeinflusst durch diese Frage, eine Wahl gewonnen haben, die Frage, wer am Ende in dieser Diskussion wirklich am längeren Hebel sitzt, ist in der Bundesrepublik Deutschland noch lange nicht entschieden. Das wird der Union noch lange nachgehen; das sage ich Ihnen. Es wird ihr auf Dauer schaden. In zehn Jahren werden vielleicht andere einmal beurteilen, ob ich mit dieser Beurteilung falsch gelegen habe.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nicht nur Deutschland, sondern Sie haben am Ende auch sich als christlich-demokratischer Partei einen Bärendienst erwiesen. Das schreibe ich Ihnen heute ins Stammbuch.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Widerspruch von der CDU)

Wer Politik allerdings damit verwechselt, ob man eine nächste Wahl gewinnt oder ob man - - -

(Zuruf des Abg. Anheuser, CDU)

Wer Politik damit verwechselt, ob man mit taktischen Spielen die nächste Wahl gewinnt oder ob man die Zukunft dieser Gesellschaft verantwortlich mitgestaltet, der muss sich fragen, ob er die richtigen Maßstäbe hat. Ich werde meine Maßstäbe nicht über Bord werfen. Davon können Sie ausgehen.

(Anhaltend Beifall der SPD
und der F.D.P. -
Zurufe von der CDU)

- Es tut mir Leid, es ist nicht immer angenehm, wenn man sich auch andere Meinungen anhören muss. Ich habe Ihre auch gehört; das gehört sich auch so.

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Nicht alles, was Sie nicht verstehen, sind keine Inhalte, verehrter Herr Kollege.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zurufe von der CDU)

- Ich habe wirklich gedacht, dass man sich mit einem solchen Thema so ernsthaft auseinander setzen kann, dass man das Gefühl hat, man sei hier in einem Parlament.

(Widerspruch und Zurufe
von der CDU)

Als wir hier das letzte Mal debattiert haben, habe ich Ihnen von diesem Rednerpult aus gesagt, dass wir uns als Landesregierung in der Pflicht sehen, einen Weg in der Debatte um die Staatsbürgerschaftsfrage zu suchen, der aufeinander zuführt und der am Ende eine gesellschaftliche und, was die politischen Kräfte angeht, politisch verträgliche Lösung hervorbringt. Am heutigen Nachmittag darf ich gemeinsam mit dem Kollegen Caesar und mit den Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen und mit denen, mit denen wir heute Morgen gesprochen haben, nämlich mit Herrn Bundesminister Schily und Herrn Kollegen Brüderle, die Hoffnung formulieren,

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was für ein Kollege? -
Schweitzer, SPD: Mein Gott noch
einmal, ist das peinlich!)

dass eingedenk der Tatsache, dass im Laufe des heutigen Tages in Bonn noch wichtige Gespräche zu dieser Frage geführt werden, es dennoch erscheint, eine Grundlage erreicht zu haben, auf der ein solcher Konsens in der Bundesrepublik Deutschland möglich ist.

(Anhaltend Beifall der SPD
und der F.D.P.)

Ich finde, wir sollten gemeinsam diese Chance nutzen. Wir sollten dies machen, auch wenn wir in der Ausprägung der Reformschritte, die wir für notwendig halten, unterschiedliche Größen und unterschiedliche Schrittweiten ansetzen. Ich hoffe, dass dies möglich ist. Ich bin gemäßigt zuversichtlich, dass dies auch gelingen kann.

(Licht, CDU: Dann sollte man die ganze
Rede auch darauf ausrichten! -
Rösch, SPD: Er hat gar nichts
begriffen, der Herr Licht!)

Wir haben auf jeden Fall als Landesregierung deutlich gemacht, dass wir dazu in der Sache und in den Verhandlungen Zeichen setzen wollten. Die Verhandlungen waren weiß Gott nicht leicht. Sie haben allen, die die Gespräche in jüngster Zeit geführt haben, viel Kraft, viel Zeit und viel Toleranz abgefordert. Wir wollten in diesen Gesprächen eine Basis bieten, um sich auch wirklich einigen zu können. Das, was im rheinland-pfälzischen Gesetzentwurf bereits vor mehr als zwei Jahren angelegt war, hat jetzt eine Chance auf Einvernehmlichkeit.

Verehrter Herr Kollege Böhr, wenn ich noch einmal richtig nachgelesen habe, was in Ihrem Grundsatzprogramm steht, dann ist dies ein Weg, der Ihnen so fern nicht sein könnte.

(Böhr, CDU: Richtig!)

Insoweit möchte ich an das Wort von vor fünf Wochen anknüpfen und Sie bitten, zu überlegen, ob Sie nicht hier ein diesbezügliches Signal setzen können. Die Eckpunkte, die wir für einigungsfähig halten, lauten: Einführung des ius soli in das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht, das heißt, der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für hier geborene Kinder ab der zweiten Ausländergeneration in dem Vorschlag unserer Ausprägung. - Dies bedeutet eine Frist bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres zur freien Entscheidung für eine der beiden Staatsangehörigkeiten. Das ist das Optionsmodell, wie es in unserem Gesetzentwurf von Anfang an angelegt war.

Ich möchte allerdings noch einmal sagen, wir haben damals mit großem Bewusstsein das 23. Lebensjahr gewählt, nicht das 18. Dies hatte im Wesentlichen zwei Gründe. Ein Grund ist, dass Artikel 16 unseres Grundgesetzes zwingend die freie Entscheidung des Einzelnen voraussetzt, um sich dann für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden. Ein Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft ist nach Artikel 16 nicht möglich. Das ist eine der Erfahrungen, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes aus der schlimmen Zeit der Nazidiktatur gemacht und in die Verfassung aufgenommen haben, weil damals ganzen Gruppen von Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden ist. Es galt, dies zu berücksichtigen.

In den entsprechenden Gutachten nicht nur des Kollegen Caesar, sondern auch in den Gutachten, die beispielsweise der Bundesjustizminister zu einem sehr viel früheren Zeit-

punkt, und zwar zum Zeitpunkt der früheren Bundesregierung, erstellt hat, sowie in den Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages wird dieses Datum ausdrücklich als eine Grundlage dafür angenommen, dass man von einer solchen freien Entscheidung ausgehen kann.

Uns hat aber noch ein zweiter Punkt sozusagen der praktischen Lebenserfahrung bewogen. Er liegt darin, dass es auch um Menschen geht, die in sehr patriarchalisch geprägten Gesellschaften und Familien heranwachsen. Wenn man jemanden zu einer solchen Entscheidung zu einem Zeitpunkt auffordert, an dem er die Volljährigkeit noch nicht erreicht hat - man müsste sich bis zum vollendeten 18. Lebensjahr entschieden haben, wenn man das 18. Lebensjahr aufschreibt -, könnte dies zu schweren Verwerfungen in Gesellschaften und in Familien, die so patriarchalisch geprägt sind, führen und nicht wirklich auch in der Realität, also nicht nur de jure, zu einer freien Entscheidung der einzelnen Menschen führen. Das ist die Begründung. Ich sage dies nur, weil ich von einigen höhnische Hinweise bekommen habe, wieso man denn das 23. Lebensjahr gewählt hat. Natürlich hätte man auch das 24. oder 22. Lebensjahr nehmen können. Aber fünf Jahre nach Erreichen der Volljährigkeit, um Erfahrung zu sammeln, sind kein ganz willkürlicher Akt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schließlich haben wir sehr wohl gesehen, dass es in unterschiedlicher Ausprägung Härten für Menschen geben kann. Sosehr wir der Auffassung waren, dass generelle Regelungen vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die wir in der öffentlichen Debatte gemacht haben, nicht tragfähig sind, sosehr wir also nicht generelle Regelungen der doppelten Staatsangehörigkeit für Erwachsene regeln wollten, sosehr muss auch der differenzierten Situation von vielen Menschen durch Härteregelungen Rechnung getragen werden. Auch hierzu werden entsprechend differenzierte Vorschläge gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist bei weitem nicht das ganze Ergebnis. Es kommt ein entscheidender Schritt hinzu, der das Stichwort Integration noch stärker im Mittelpunkt trägt als das, was ich bisher ausgeführt habe, nämlich eine deutliche Vergünstigung bei den Einbürgerungsregelungen, wo man bisher 15 Jahre zu warten hatte und die jetzt nach 8 Jahren möglich ist.

Aber auch dort muss der Gedanke tragen, dass wir sicherstellen müssen, dass diejenigen, die sich um eine solche Integration bemühen, dann auch zu den Grundsätzen unserer Verfassung, unserer Rechtsordnung und unserer Gesellschaftsordnung stehen. Dies hat uns heute und in den vergangenen Wochen bei den Verhandlungen geprägt, übrigens sehr stark im Einvernehmen mit dem Bundesinnenminister. Da gab es von Anfang an keinerlei Differenzen.

Wir setzen Sprachkenntnisse voraus, damit eine wirkliche Integration möglich ist; denn wir wissen, dass die Sprachzugangsfrage entscheidend ist, damit man sich hier zurechtfindet und wirklich hier leben und arbeiten kann.

Es ist bereits geltendes Recht, dass man nicht von Sozialhilfe abhängig sein darf, sondern für sich selbst eintreten können muss. Dies will ich noch einmal unterstreichen, damit es nicht in Vergessenheit gerät.

Wir erwarten, dass in jeder Hinsicht Straffreiheit vorliegen muss, damit wir nicht diejenigen - entschuldigen Sie bitte diesen Ausdruck -, die woanders nicht zurechtgekommen sind, und zwar auf straffällige Weise, am Ende bei uns als Belastung haben, die auf keinen Fall zur Integration führen würde. Dies ist hier ausdifferenziert, und Herr Kollege Caesar hat dies auch besonders betrachtet und abgeklopft.

Das ist der Rahmen. Das ist die Grundlage. Ich denke, auf einen solchen Weg sollten wir uns gemeinsam begeben können.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wenn heute bei dieser Debatte auch der eine oder andere Impuls deutlich würde, dann wäre der Verantwortung, die dieses Land Rheinland-Pfalz für seine eigenen Bürger - damit meine ich wieder alle, die hier leben - und für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland trägt, Rechnung getragen.

Ich bitte Sie, Ihren Beitrag dazu zu leisten, und bedanke mich herzlich, dass ich das ausführen durfte.

(Anhaltend starker Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, ich darf zunächst Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder des Männergesangvereins Siebeldingen und Mitglieder der Kameradschaft des Deutschen Bundeswehr-Verbandes Diez/Limburg. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böhr das Wort.

Ich darf der Ordnung halber darauf hinweisen, dass aufgrund der in Anspruch genommenen Redezeit des Herrn Ministerpräsidenten die Redezeit je Fraktion um 15 Minuten verlängert wird.

Herr Abgeordneter, bitte schön, Sie haben das Wort.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist heute möglicherweise ein Tag, um an das anzuknüpfen,

was der Ministerpräsident am Ende seiner Rede vorgetragen hat, der uns in der Diskussion einer wichtigen, aber auch schwierigen Frage ein gutes Stück voranbringt,

(Beifall bei der CDU)

möglicherweise sogar noch mehr als das: der uns vielleicht sogar in einer von einem breiten Konsens getragenen Lösung einer am Anfang strittigen und in der Sache höchst komplizierten und schwierigen Frage weiterbringt.

(Beifall der CDU und bei der F.D.P.)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb will ich, soweit mir dieses Ergebnis bisher bekannt ist - Herr Ministerpräsident, ich kenne es nur aus Ihrem mündlichen Vortrag eben und aus der Punktation, die über die Staatskanzlei verteilt wurde -, ausdrücklich sagen, dass dies ein Ergebnis ist, soweit ich es kenne, in dem sich die Christlich-Demokratische Union wiederfindet und mit dem sie sich identifizieren kann.

(Beifall der CDU sowie
bei SPD und F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte, weil man kein Insider sein muss, sondern nur Tag für Tag die Zeitung hat lesen müssen, bei der Gelegenheit auch denjenigen danken, die in ganz unterschiedlicher Weise auf dieses Ergebnis hingewirkt haben. Sie werden verstehen, wenn ich einen nenne. Ohne den Justizminister dieses Landes hätte es dieses Ergebnis nicht gegeben, und zwar auch nicht ohne seine Härte in dieser Frage.

(Beifall der CDU sowie
bei SPD und F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das nicht, um aus dem Kreise vieler Beteiligter einen hervorzuheben, sondern ich sage es, weil es eine Botschaft ist, dass dieses Gespräch in Mainz stattgefunden hat.

Wenn dieses Gespräch mit dem Ergebnis verbunden ist, von dem ich vermute, dass es mit ihm verbunden ist, dann ist das ein guter Tag für diese Diskussion. Dann ist dies auch ein gutes Zeichen für eine Debatte, in der es alle von sehr unterschiedlichen Ausgangspositionen im Grunde geschafft haben, zu einem gemeinsam getragenen Ergebnis zu finden.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, dies ist ein bemerkenswerter und schöner Erfolg.

(Beifall der CDU sowie vereinzelt
Beifall bei SPD und F.D.P.)

Herr Ministerpräsident, ich hätte diese Bemerkung nicht gemacht, wenn es nicht vor dem letzten Teil Ihrer Rede einen vorletzten Teil gegeben hätte.

(Beifall bei der CDU)

Wenn dieses Ergebnis so ist, wie Sie es dargestellt haben und wie ich versuche, es in wenigen Worten für uns zu werten und zu würdigen - sehr vorläufig, wie das in Unkenntnis der genauen und detaillierten Regelungen und Ergebnisse nur möglich ist -, dann ist umso bemerkenswerter, dass jemand als Regierungschef dieses Landes hier hintritt - wie bei vielen Gelegenheiten auch -, zunächst Gemeinsamkeiten beschwört und dann Freudenfeste der Verunglimpfung abfeiert.

(Beifall der CDU)

Entschuldigung, aber ich kann es kaum noch hören.

Sie müssen in Deutschland lange suchen, bis Sie so etwas finden wie diese einmalige Mischung von salbungsvoller Rhetorik und Verunglimpfung des politischen Gegners.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin nicht der Meinung, dass man Gleiches mit Gleichem vergelten sollte, sondern - Entschuldigung - ich möchte das Ergebnis von heute Morgen erst einmal aus meiner Sicht würdigen. Sie und viele andere, die den doppelten Pass gespielt haben, haben ihn ins Aus gespielt und nicht ins Tor, und im Aus wird er liegen bleiben. Das ist auch das Ergebnis von heute Vormittag.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mich bei diesem Thema nicht länger aufhalten, weil ich richtig finde, dass der Ministerpräsident hier hintritt und diese aktuelle Information gibt. Aber genauso richtig ist es, wenn wir zu dem Thema reden, das eigentlich Gegenstand der heutigen Debatte war, und da geht es um Integration.

(Zuruf aus dem Hause: Richtig!)

Frau Pahler, hier ist niemand aufgetreten - ich habe allen, die hier gesprochen haben, sehr aufmerksam zugehört -, der gesagt hat, in Rheinland-Pfalz passiert nichts.

(Kramer, CDU: So ist es!)

Hier ist niemand aufgetreten, der gesagt hat, jetzt müssen wir einmal anfangen. Entschuldigung, hier sitzen 101 Kommunalpolitiker, die auch ein bisschen von dem Thema wissen,

gar nicht so sehr aus den Debatten hier, sondern aus dem, was wir vor Ort so machen.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Da gibt es eindrucksvolle Beispiele.

Frau Pahler, Ihre Kritik wäre berechtigt, wenn Sie mir zustimmen würden - dies ist nicht meine Meinung -, dass das, was getan ist, ausreicht, aber dieser Meinung bin ich nicht. Deswegen macht es heute einen Sinn, diese Debatte zu führen, wie es damals vor einem Jahr einen Sinn gemacht hat, auf der Grundlage des F.D.P.-Antrags diese Debatte zu führen. Solange wir nicht die richtigen Ergebnisse haben, die uns zufrieden stellen, müssen wir solche Debatten führen. Dafür gibt es Parlamente.

(Beifall der CDU)

Solche Debatten kann man auf sehr unterschiedliche Weise führen. Ich habe heute zwei Varianten erlebt. Ich habe einmal erlebt, dass diese Debatte auf eine verständliche - ich sage das ohne Vorwurf, da wir das auch schon getan haben -, sehr rechthaberische, auf eine fast beleidigende, ja kleinkarierte Weise geführt wurde. Da fällt mir Herr Kollege Redmer ein. Rechthaberischer, kleinkarierter und beleidigender ging es wirklich nicht mehr.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann kann man Debatten so führen, wie es im Antrag der SPD schon intoniert wird. Wir können auch aufrechnen. Zuerst wird der Antrag der SPD und dann werden Haushaltsbeträge genannt. Das sind wirklich beeindruckende Zahlen - 25 000 DM, 35 000 DM, einmal 686 000 DM.

(Mertes, SPD: Der Geist zählt!)

- Der Geist kommt noch hinzu.

(Mertes, SPD: Herr Kollege, der Geist zählt bei dieser Frage, nicht das Geld!)

- Der Geist kommt und schwebt sozusagen über allem. Auch über den Zahlen der SPD schwebt der Geist. Natürlich haben wir diese Anträge abgelehnt, weil wir den Haushalt von SPD und F.D.P. abgelehnt haben, - -

(Schweitzer, SPD: Schrei doch nicht so!)

- Herr Kollege, was regen Sie sich denn auf?

- - so wie SPD und F.D.P. unseren Antrag abgelehnt haben, zweimal 5 Millionen DM für Hauptschulen in sozialen Brennpunkten mit einem großen Anteil ausländischer Kinder zur Verfügung zu stellen.

(Beifall der CDU)

Entschuldigung, so kann man die Debatte doch nicht führen. So kommen wir auf jeden Fall nicht weiter.

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, oder ich nehme die Richtlinien für den Unterricht. Herr Redmer, hören Sie mir einmal zu, da ein paar Sachen kommen, die Sie nicht wissen, da Sie sonst diese Fragen in Ihrer Rede berücksichtigt hätten, wenn sie Ihnen bekannt gewesen wären. Ich nenne ein ganz anderes Beispiel, nämlich die Richtlinien für den Unterricht ausländischer Kinder. Wenn ich mich recht erinnere, regiert die SPD in Rheinland-Pfalz seit 1991.

(Kramer, CDU: Viel zu lange!)

Das sind acht Jahre. Manche sagen, das ist viel zu lange. Da gibt es geteilte Meinungen. Seit 1991 regieren Sie. Von wann stammen denn die Richtlinien für den Unterricht von Kindern an rheinland-pfälzischen Schulen?

(Frisch, CDU: Von 1986!)

Wie oft wurden diese Richtlinien denn überarbeitet? Bei all dem Tatendrang der SPD, bei diesem Thema nach vorne zu galoppieren und andere zu überholen, stammen die Richtlinien aus dem Jahr 1986. Georg Gölter war der Verfasser dieser Richtlinien.

(Beifall der CDU)

Seitdem gelten sie unverändert. Also können sie doch so schlecht nicht sein, weil sie sogar unter den kritischen Augen sozialdemokratischer Bildungspolitiker haben bestehen können. Frau Kollegin Pahler, deshalb bin ich der Letzte, der in diesem Hause auftritt und sagt: Wir müssen jetzt anfangen. - Wir haben schon lange vor 1991 angefangen. Auch in Rheinland-Pfalz wurde die Welt nicht erst im Jahre des Herrn 1991 erschaffen. Wir müssen aber weitermachen und vielleicht können wir gemeinsam ein Stück schneller und besser weitermachen als bisher.

Frau Kollegin Grützmacher, ich habe Sie meines Wissens von dieser Stelle aus noch nie gelobt, aber mir hat vieles an dem gefallen, was Sie an Bemerkungen gemacht haben. Da war manches Nachdenkliche dabei. Es gab viele Bemerkungen, die ich natürlich nicht besonders gut finde. Sie hätten aber auch eine polemische Rede halten können. Sie hat beispielsweise gesagt, weshalb dieses Thema in den letzten Wochen und Monaten erstmals eine Chance hat. Ich habe mir extra mitgeschrieben, wie sie es formuliert hat. Sie haben gesagt, dass es sozusagen in der Mitte der Gesellschaft gelandet ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen und aller Parteien, das ist doch eine gemeinsame Chance für uns.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nein, Entschuldigung, dann war das schon Ihr Kollege Chem Özdemir, der das dorthin gebracht hat. Das, was Herr Stoiber gesagt hat, war nur ein etwas blasserer Aufguss dessen, was Chem Özdemir dem „FOCUS" erzählt hat.

Wenn es - vielleicht auch bei einem Teil der GRÜNEN - die Einsicht gibt, dass dieses Thema sozusagen in der Mitte der Gesellschaft gelandet ist, dann lasst es uns doch gemeinsam voranbringen. Diese Chance sollten wir meiner Meinung nach aufgreifen. Deshalb will ich das sehr ernst nehmen, egal, wo und wann er sonst von uns kritisiert wurde und ob ich ihn selbst kritisiert habe. Ich nehme das jedem ab, der sich an dieses Rednerpult stellt und sagt: Wir meinen es ernst mit diesem Thema.

Unser Anliegen ist es, mit dieser Debatte das nicht nur erneut zu beteuern und zu beschwören - da haben all diejenigen Recht, die das kritisieren; denn das haben wir schon oft genug getan -, sondern unser Anliegen ist es, jetzt einmal den ersten, zweiten und dritten kleinen Schritt zu tun, und zwar im Land Rheinland-Pfalz, nicht in großen weltgeschichtlichen Betrachtungen,

(Beifall der CDU)

sondern konkret hier in unserem Aufgabenbereich. Ich weiß auch, dass beispielsweise die Einführung des Islamunterrichts für muslimische Kinder keine Sache ist, die von heute auf morgen eingeführt werden kann. So ganz dumm sind wir auch nicht geblieben, um das zu glauben. Da gibt es Probleme. Seit 1990 gibt es ihn aber als Regelunterricht in Bayern mit 300 anerkannten Lehrern.

Herr Ministerpräsident, es liegt natürlich in der Natur der Sache eines Religionsunterrichts, dass es sich dabei um einen Bekenntnisunterricht handelt. Es ist klar, dass das nur mit Einverständnis derjenigen geht, die diese Religion für sich bekennen; denn sonst wäre das kein Religionsunterricht, sondern ein religionskundlicher Unterricht.

(Beifall der CDU)

Wir reden über den Religionsunterricht. Entschuldigung, es muss doch nicht alles aus der Sicht der Sozialdemokraten schlecht sein, was in Bayern geschieht. Wenn man der Meinung ist, dass es richtig ist, das anzubieten oder - ich sage es einmal zurückhaltend auch mit Blick auf das Verfassungsgerichtsurteil zu Berlin -, wenn man der Meinung ist, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen sollten, ein solches Angebot zu unterbreiten, dann lasst uns doch die ersten Schritte tun. Wenn mich meine manchmal nicht ganz feine, aber gelegentlich doch ganz feine Nase nicht täuscht, liegt in den Schubladen des Kultusministeriums doch schon ein Vorschlag. Ihr müsst euch nur erkundigen, was im Kultusministerium alles vorgedacht worden ist. Es ist doch keine Unmöglichkeit, das einzuführen.

(Beifall der CDU)

Also lasst uns darangehen. Ich bin der Meinung, dass wir diese Debatte so führen sollten - zum Schluss will ich einen Beitrag dazu leisten -, dass wir uns überlegen, wo wir in der Sache in der Landespolitik Möglichkeiten haben und wo wir diese Möglichkeiten und Chancen nutzen können. Ich bin der Meinung, dass es, völlig unabhängig von der Frage, wie weit wir in diesem oder jenen Punkt schon gekommen sind, eine Fülle von Möglichkeiten gibt. In allen Punkten können und müssen wir aber noch ein Stück vorankommen. Das ist das Entscheidende.

Ich bekenne freimütig, dass ich vor zwei Jahren zum Thema Integration weniger beschlagen war als heute. Ich habe überhaupt kein Problem damit, das zu bekennen, dass mich das Thema vor zwei Jahren auch persönlich weniger interessiert hat als heute. Auch ich habe mich gerade in den letzten Monaten mit dieser Frage intensiver beschäftigt als je zuvor. Darüber bin ich froh, weil das ein wichtiges Thema für unsere Gesellschaft ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil dieses Thema Fragen an unsere Gesellschaft richtet, von denen ich der Meinung bin - da stimme ich auch dem Ministerpräsidenten zu -, dass wir sie nicht von heute auf morgen einvernehmlich werden beantworten können, weil das mit dem Zusammenleben, wenn Integration nicht Assimilation heißt, so ganz einfach und problemlos nicht möglich ist. Das ist nicht eine solche Multikulti-Ideologie nach dem Motto: Möglichst viele in einen Topf und dann wird sich das schon regeln.

Wenn wir der Meinung sind - ich habe das auch der Rede des Ministerpräsidenten entnommen -, dass wir eine Integration wollen, aber natürlich jeder der Beteiligten seine kulturellen Wurzeln und seine Identität nicht preisgeben darf - sonst ist es schließlich keine Integration, sondern am Ende eine farblose Vermischung verschiedener Kulturen -, und wenn kulturelle Identitäten erhalten bleiben sollen, dann lohnt es sich sehr, auch politisch über diese Frage zu diskutieren; denn dann stehen wir wirklich erst am Anfang und nicht am Ende des Prozesses, Frau Kollegin Pahler.

Unsere Bitte ist, dass von dieser Debatte ausgehend auch in unsere Gesellschaft hinein eine solche Diskussion beginnt und dass das, was wir offensichtlich im Konsens vortragen, dass beispielsweise das A und O von Integration die Sprachförderung, die Sprachkompetenz, die Fähigkeit, sich in der deutschen Sprache zu artikulieren, ist, in unsere Gesellschaft getragen wird.

Vor zehn Tagen haben wir mit verschiedenen Kollegen das Haus des jungen Handwerks in Alzey besucht. Dort werden seit vielen Jahren solche Sprachförderkurse kostenlos oder für einen Anerkennungsbetrag in Höhe von 5 DM im Monat angeboten. Es waren ungefähr zehn Handwerksmeister anwesend, die alle übereinstimmend gesagt haben: Die Auszubildenden, die sie in ihrem Handwerksbetrieb haben und ausländischer Herkunft sind, scheitern nicht ein einziges Mal an einem Mangel an fachlichem Wissen oder an Fachkompetenz. Sie scheitern an den Sprachfähigkeiten, wenn sie in die Prüfung gehen und nicht ausreichend über die deutsche Sprachkompetenz verfügen und deshalb die Prüfung nicht bestehen. An diesen Stellen müssen wir ansetzen. Es ist richtig, das zu tun. Ich sage noch einmal: Es wird schon etwas getan, aber es wird nicht ausreichend etwas getan und es wird nicht flächendeckend etwas getan.

(Beifall der CDU)

Ich nenne ein zweites Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen. All das, was im vorschulischen und im schulbegleitenden Bereich möglich ist - jetzt nenne ich einmal ein Problem, bei dem wir nach meiner Kenntnis noch ganz am Anfang stehen -, die Tatsache nämlich, dass ausländische Kinder natürlich kaum eine Chance haben, wirklich fließend die deutsche Sprachkompetenz zu erlernen, wenn zu Hause weiter nur die Muttersprache gesprochen wird.

(Staatsministerin Frau Dr. Götte:
Trotzdem!)

- Was trotzdem?

(Staatsministerin Frau Dr. Götte: Sie können
trotzdem im Kindergarten Deutsch lernen! -
Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist fachlich falsch!)

- Frau Dr. Götte, vielleicht gilt das für die Kinder, die Sie kennen. Ich kenne eine ganze Reihe von Kindern, und zwar von EU-Bürgern - ich rede jetzt gar nicht von anderen Ausländern -, bei denen zu Hause nur die Muttersprache gesprochen wird und die zumindest am Beginn ihrer schulischen Laufbahn erhebliche Probleme haben, obwohl sie einen deutschen Kindergarten besucht haben.

(Beifall der CDU)

Verehrte Frau Götte, lassen Sie uns in diesem Punkt nicht streiten. Ich bin gern bereit, an dem Punkt Konzessionen zu machen. Ich kann das Argument auch ganz weglassen. Dadurch wird meine Argumentation nicht schwächer.

Ich will nur Folgendes sagen. Selbst wenn Frau Götte Recht hat und es zu keinen Problemen führt,

(Kramer, CDU: Sie kann nicht
Recht haben!)

ist es zumindest integrationshemmend, wenn zu Hause nur die Muttersprache gesprochen und im übrigen gesellschaftlichen Leben, im Kindergarten und in der Schule oder später, nur deutsch gesprochen wird. Welches Angebot geben wir denjenigen Eltern ausländischer Kinder, die schulpflichtige Kinder haben, die häufig nicht Deutsch können und deswegen zu Hause nur ihre Muttersprache sprechen?

(Beifall der CDU)

Ich möchte es nur für eine Gruppe sagen. Welche Angebote geben wir den Müttern dieser schulpflichtigen Kinder?

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass unabhängig von dem Streit, den wir noch endlos führen können, ob wir am Anfang, am Ende oder in der Mitte eines langwierigen und langfristigen Prozesses stehen, das gemeinsame Anliegen das Entscheidende ist. Wenn wir es als unsere gemeinsame Aufgabe betrachten, Integration zu fördern, bedeutet das auch, Integrationsbereitschaft zu wecken.

Wer das missachtet, der verkennt die Realität. Wer sich den Aufgaben widmet und will, dass wir die Normalität der Integration fördern, von dem glaube ich, dass er auf dem richtigen Weg ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer mit uns und anderen diesen Weg gehen will, ob rot, gelb oder grün, ist herzlich eingeladen, diesen Weg zu gehen. Wir werden ihn gehen.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bruch das Wort.

Abg. Bruch, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Böhr, für die Sozialdemokratische Fraktion danke ich Ihnen dafür, dass Sie erklärt haben, dass Sie diesen Weg mitgehen können, den unser Ministerpräsident und unser Justizminister gemeinsam geöffnet haben. Ich danke Ihnen ausdrücklich dafür.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Trotz allem möchte ich Ihnen, weil Sie einen polemischen Teil in Ihre Rede eingebracht haben - das will ich Ihnen nicht vorwerfen; das machen wir alle -, sagen, dass Sie die Integration erst entdeckt haben, als der Doppelpass schon gespielt war. Ich möchte das sehr salopp ausdrücken. Dass Sie jetzt mit Verve die Integration vortragen, ist schön, gut und notwendig. Tatsache ist jedoch, dass es bei Ihnen der zweite Schritt gewe-

sen ist. Der erste Schritt war, gegen eine mögliche Integration durch eine Frage des Staatsangehörigkeitsrechts vorzugehen.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

- Herr Abgeordneter Kramer, es muss bei der Wahrheit bleiben. Ich glaube, dass wir eine Situation in unserem Volk unterschätzt haben, nämlich die Frage: Sind wir schon so weit, dass wir keine Angst mehr vor Fremden haben, keine Konkurrenz empfinden und keine Neidgefühle haben?

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass kein Staat auf Dauer hinnehmen wird, dass sich neben der tragenden Gesellschaftsschicht, neben dem Staatsbürger, eine andere Säule etablieren kann, die nicht die gleichen Pflichten und Rechte hat wie diese erste Säule. Ich meine schon, damit sei die jetzt geöffnete Lösungsmöglichkeit mit einer doppelten Staatsangehörigkeit zumindest bis zum 23. Lebensjahr ein Weg. Die Menschen wissen das. Sie wissen auch, wie wir die Diskussion geführt haben.

Herr Abgeordneter Böhr, ich möchte darauf hinweisen, dass die Selbstsuggestion - ich reihe mich ein -, dass wir die Deutschen aus der Sowjetunion schon integriert hätten, nicht weit trägt. Wir haben noch zu tun. Auch hier gilt das, was die Sozialdemokraten und die F.D.P. in ihrem Antrag formuliert haben, dass an wichtiger Stelle der deutsche Sprachunterricht stehen muss.

(Unruhe im Hause -
Glocke des Präsidenten)

Das gilt auch für die Ausländerkinder der zweiten und dritten Generation. Es fängt mit der Sprache an. Ich bin der Meinung, dass das, was jetzt von uns im Antrag vorgetragen worden ist, auch tragen wird.

Ich möchte eine Bemerkung zu der Diskussion und zu den unsäglichen Vorkommnissen machen, die immer wieder unser Bewusstsein stören, nämlich die Situation mit Übergriffen in Rostock und woanders. Ich meine schon, dass wir uns darauf besinnen sollen, dass wir eine Verfassung haben, auf die wir stolz sein können und die die Chance gibt - diese Chance müssen wir gemeinsam ergreifen -, dass diese Menschen Schutz, Arbeit und ein menschenwürdiges Leben in Deutschland finden.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Meine Damen und Herren, da der Geräuschpegel zu stark ist, darf ich noch einmal darum bitten, Gespräche in der Lobby zu führen.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wo ist denn der Ministerpräsident?)

Der Ministerpräsident hat mich wissen lassen, dass er eine Besuchergruppe im Hause hat, die er für wenige Minuten begrüßen will. Das sollten wir ihm zugestehen.

(Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zurufe aus dem Hause)

Bitte schön, Frau Kollegin Thomas.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich bedauere es. Aber Herr Böhr ist noch anwesend, auch wenn er am Ende des Plenarsaals steht.

Herr Böhr, als ich heute Morgen in der „Mainzer Rhein-Zeitung" gelesen habe, dass Sie gesagt haben, das Mainzer Modell, das heißt das Optionsmodell und die Vorschläge der F.D.P., seien für Sie tragbar, habe ich schon gewusst, dass Sie heute in Konkurrenz treten werden, um die Führungsfigur in der Frage der Integration von ausländischen Menschen im Land zu übernehmen, und dass Sie versuchen werden, aus dieser Außenseiterposition, in die Sie sich mit dieser Schmutzkampagne hineinbegeben haben, wieder herauszukommen und wieder in ein Boot zu springen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zurufe von der CDU)

Herr Böhr, das ist unredlich und unverständlich. Es ist unverständlich, weil Herr Schäuble gerade das Gegenteil sagt, wenn Sie im Pressespiegel oder in der „FAZ" heute nachlesen. Er sagt, das Optionsmodell ist gar nicht mitzutragen. Ich frage mich, wie wird sich die CDU entscheiden, oder ist es nur ein Rollenwechsel, den Sie vornehmen?

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

Unredlich ist es, weil Sie mit dieser schmutzigen Kampagne versucht haben, politisches Oberwasser zu bekommen, koste es, was es wolle, auch den inneren Frieden.

(Kramer, CDU: Stimmt gar nicht!)

Unredlich ist es, weil Sie permanent Ihre Positionen gewechselt haben.

(Kramer, CDU: Stimmt auch nicht!)

- Natürlich stimmt es. Wer hat in der Zeit, als Schäuble Innenminister war, für erweiterte Ausnahmeregelungen für die doppelte Staatsbürgerschaft gesorgt? Das war Ihr Innenminister Schäuble. Natürlich haben diese Regelungen - ich sage Gott sei Dank - dazu geführt, dass derzeit 2,5 Millionen Menschen mit zweifacher Staatsbürgerschaft bereits in diesem

Land leben. Als Sie merkten, dass es politisch opportun ist, haben Sie eine Kehrtwende gemacht und versucht, daraus politischen Profit zu ziehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD -
Schwarz, SPD: So ist es!)

Das ist das, was ich Ihnen vor der Hessenwahl vorgeworfen habe. Sie haben dort den Rahm, und zwar den rechten Rahm, abschöpfen wollen.

Meine Damen und Herren, was ist seit der Hessenwahl passiert? Über diese Entwicklung bin ich überhaupt nicht glücklich. Natürlich hat sich durch die zukünftige Veränderung im Bundesrat einiges an politischer Ausgangssituation und Wesentliches an Mehrheiten verändert. Aber wenn Herr Beck in seinem Beitrag appelliert, nicht auf die nächsten Wahlen und parteipolitischen Strategien zu schauen, ist das ein Appell, den er als Erstes an seinen Koalitionspartner richten sollte, nämlich an die F.D.P.

Wie anders soll ich das deuten? Die Pressemitteilung von Herrn Brüderle: Es wird nicht geampelt, es wird nicht gehampelt. - Es gab ein Zitat von Herrn Gerhardt, der sagte: Da werden die GRÜNEN springen müssen, wir werden keinen Kompromiss eingehen, wir bleiben bei unserem Modell und rühren uns nicht vom Fleck. - Ich frage Sie: Was ist das anderes außer parteipolitische Strategie, außer machtpolitischem Kalkül, was hier von der F.D.P. an Positionen eingenommen wird und was sie über ihre Rolle in dieser Landesregierung auf den Bund zu transportieren versucht?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das ist unredlich. Wer hat denn 1993 die Gesetzesinitiative zur Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft mit nach vorne gebracht, Herr Kuhn? Es war Frau Schmalz-Jacobsen, F.D.P.-Mitglied. Das kam von ihr. In dem Moment, in dem Sie merkten, es ist politisch opportun und Sie könnten vielleicht Oberwasser bekommen, machen Sie auch diese Kehrtwendung. Das finde ich unredlich, und das haben dieses gesamte Thema und die davon betroffenen Menschen nicht verdient.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sagen, dieses Mainzer Modell, dieses Optionsmodell, ist bereits ein Kompromiss, daran ist nichts zu verhandeln, dann müssen Sie doch realisieren, dass es mit der alten Bundesregierung ein Kompromiss in einer Situation war, in der Sie Minderheiten der CDU-Abgeordneten ins Boot bekommen wollten. Diese politische Ausgangslage hat sich verändert. Sie könnten ein ganzes Stück weitergehen, wenn Sie sich an Ihre früheren Initiativen erinnern. Aber darum geht es Ihnen nicht. Sie wollen auf ein Boot springen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann will ich noch einmal das deutlich machen, was von Herrn Beck vorgetragen wurde. Das ist meiner Meinung nach - ich will den Gesprächen in Bonn nicht vorgreifen - so nicht tragbar. Das entspricht nicht dem, was eine Reform in Richtung modernes Staatsangehörigkeitsrecht ist,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern Sie nutzen Ihre Möglichkeiten und blockieren diese Reform. Da ist die F.D.P., die sich immer so gern als modern gibt, im Moment vorneweg. Sie sagen: Kompromiss ist die Einführung des ius soli, aber so, wie Sie das vorschlagen, wird nicht das ius soli eingeführt, sondern es gibt lediglich ein ius soli auf Zeit, bis zum 23. Lebensjahr. Die Frage, ob diese Regelung überhaupt verfassungsfest ist, ist nach wie vor nicht geklärt.

Es gibt unterschiedliche Beurteilungen in Bonn. Dort gibt es verfassungsrechtliche Begutachtungen, die besagen, es ist verfassungsfest, es gibt andere, die besagen, es ist nicht verfassungsfest. Ich kann Ihnen sagen: Eines können wir uns in dieser Frage nicht erlauben, dass eine Regelung verabschiedet wird, die dann wenige Zeit später vom Bundesverfassungsgerichtshof zurückgenommen wird. Damit machen sich dieses gesamte Land und alle politisch Verantwortlichen unglaubwürdig. Das geht nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Beck, ich werde sicherlich nicht klagen, aber Sie können sich gut vorstellen, dass Leute in den Startlöchern stehen, denen auch das zu weit geht und die natürlich jede Möglichkeit nutzen. Das können wir uns nicht erlauben.

In Ihren Vorschlägen fehlen Beschreibungen und Angebote für die Menschen, die in der ersten und zweiten Generation hier leben. Was ist in der Presseerklärung der Staatskanzlei festgehalten? Grundsatz: Vermeidung von Mehrstaatlichkeit, Vermeidung von Härtefällen durch flexible Regelungen. - Ich dachte, wir seien uns darüber einig gewesen, dass wir auch zur Kompensation, zur Korrektur und zur Wiedergutmachung der verfehlten Politik, die in den letzten 16 Jahren gegenüber ausländischen Menschen in diesem Land praktiziert wurde, jetzt Rechte einräumen und sie nicht auf einen Tag vertrösten, wenn sie 60 werden, oder auf einen anderen Tag. Das geht nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Menschen haben ihre Arbeit eingebracht, ihre Steuern, ihre Gebühren bezahlt und ihre Kinder sind hier geboren. Sie sollen nach wie vor außen vor bleiben und lediglich in Härtefällen, in einzelnen Fällen Ausnahmen erfahren. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das, was an Integrationsbemühungen und an verstärkten Integrationsbemühungen festgehalten und vorgestellt wurde, muss noch genauer betrachtet werden. Allein die Verkürzung der Einbürgerungsfrist ist noch keine erleichterte Einbürgerung, wenn im Gegenzug in diesem Gesetzesvorhaben Bedingungen festgeschrieben sind, die einen großen Kreis der Betroffenen ausschließt, sei es durch Formulierungen, wie nachhaltige Sicherung, also diese sogenannte Sozialklausel, oder seien es andere Formulierungen. Auch das kann eine sozial-liberale Landesregierung, wenn sie sich so begreift, nicht mittragen. Wir können doch nicht Regelungen, Formulierungen - deswegen kommt es auf Detailregelungen an - tolerieren, die außer einer Fristverkürzung die Einbürgerung für viele Menschen erschwert. Das kann nicht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will meinen Debattenbeitrag zunächst mit einem Hinweis auf ein Interview, das Herr Keskin, früher SPD-Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft und Vertreter der Türkischen Gemeinde, heute in der „Frankfurter Rundschau" gegeben hat, abschließen. Er formuliert eigentlich, lieber keine neue Regelung als eine so abgeschwächte Regelung. Natürlich sind das doch Botschaften, die nicht nur all die nicht deutschen Menschen in diesem Land betreffen, sondern das sind auch Botschaften, die nach draußen gehen. Wie stellen wir uns denn dar, wenn wir die Einbürgerung zum Teil erschweren, wenn wir viele Menschen ausschließen? Wie stehen wir da, wenn wir im europäischen Raum als einzige nicht bereit sind, die doppelte Staatsangehörigkeit in großem Umfang zu akzeptieren?

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, ich darf weitere Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Sporkenheim, Mitglieder der Frauen-Union und Vorstandsmitglieder der Katholischen Frauengemeinschaften aus dem Kreis Ahrweiler. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gebe zu, dass ich mich, was meinen Redebeitrag anbelangt, etwas revidieren muss. Ich wollte zunächst einmal der CDU-Fraktion deutlich machen, dass es eine erhebliche Glaubwürdigkeitslücke zwischen Ihrem Antrag und zwischen dem, was Sie sagen und wie Sie gehandelt haben, gibt. Ich wollte eigentlich darauf hinweisen, dass bei den letzten Haushaltsberatungen dies an mehreren Beispielen deutlich gemacht werden kann.

Ich wollte darauf hinweisen, dass die Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden nicht so ernst genommen werden können mit dieser pauschalen Bemerkung: Sie haben global den Haushalt abgelehnt, also haben Sie auch alle Anträge abgelehnt.

Bei den GRÜNEN habe ich nachgeschaut: Sie haben sich einmal enthalten, einmal zugestimmt. - Es hätte Ihnen auch gut angestanden, dies zu tun.

(Zurufe von der CDU)

- Ich könnte es Ihnen auch der Öffentlichkeit gegenüber belegen. Sie haben sogar einen Antrag auf Streichung von Integrationsmitteln gestellt. Darüber will ich nicht mehr reden. Es wäre der Situation nicht angemessen.

Ich habe das Gefühl, dass wir in der Tat heute eine historisch relevante Entscheidung erleben durften. An dieser Stelle möchte ich zunächst einmal - es ist von anderer Seite schon geschehen - dem Justizminister dieses Landes dafür danken, dass er vor vielen Jahren dieses Modell, das inzwischen konsensfähig geworden ist, entwickelt hat. Das ist ein weitsichtiges Handeln gewesen. Er hat sich in der Tat, was die Integration von Ausländern in diesem Land anbelangt, große Verdienste erworben.

Ich möchte darüber hinaus auch im Namen der F.D.P.-Fraktion denjenigen danken, die die Gespräche mit dem Bundesinnenminister geführt haben. Es war mit Sicherheit nicht immer ganz einfach, aber wir waren immer der guten Hoffnung, dass wir zu diesem tragfähigen Kompromiss kommen werden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf den latenten Vorwurf der Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingehen, die F.D.P. hätte hier machtpolitisch gehandelt.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein furchtbarer Vorwurf. Wenn Machtpolitik immer so zum Wohle dieses Landes eingesetzt wird, dann wäre alles in bester Ordnung.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Das ist absolut legitim. Sie hätten das im Bundesrat genauso gemacht und alles ohne Gnade machtpolitisch durchgezogen. Hören Sie doch mit diesem Spielchen auf. Selbstver-

ständlich sind wir in der Lage, hier entscheidend Einfluss zu nehmen. In dieser Situation hat das selbstverständlich genutzt, auch im Interesse der Bürger dieses Landes.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

- Das ist so. Das werde ich Ihnen noch beweisen, Frau Grützmacher. Ich werde Ihnen auch noch eine Information zukommen lassen. Warten Sie ab.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin durchaus von der Reaktion des Fraktionsvorsitzenden der CDU beeindruckt.

(Kramer, CDU: Sehr gut!)

Er hat in der Tat die richtige Entscheidung getroffen, dieses Optionsmodell mitzutragen. Jetzt ist die Grundlage für eine sehr breite Mehrheit für dieses Modell in Bonn gelegt. Ich bin darauf gespannt, ob diese breite Mehrheit in Bonn auch trägt. Es wäre zu begrüßen, wenn Herr Böhr seinen Einfluss auf seine Kollegen im Bundestag deutlich erkennbar machen würde. Das wäre ein Vorteil. Je breiter dieser Konsens getragen wird, umso besser ist es für die Integration unserer ausländischen Mitbürger.

Jetzt zu dieser für mich auch beeindruckenden Information, Frau Grützmacher. Frau Grützmacher, Sie kennen Marieluise Beck. Ich glaube, sie gehört dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eine unserer Besten!)

- Wunderbar.

Jetzt habe ich gerade gelesen - das passt in dieses Bild, was den breiten Konsens anbelangt -, dass Frau Marieluise Beck, Ausländerbeauftragte der Bundesrepublik, ausdrücklich diesen Kompromiss begrüßt, also eine Ihrer Besten.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt überhaupt nicht!)

- Lesen Sie die Pressemitteilung. Das ist nicht falsch.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist nicht wahr!)

- Dann lesen Sie es doch. Schwarz auf weiß begrüßt sie diesen Kompromiss. Wenn die Presse falsch informiert haben sollte, was ich nicht glaube, dann würde ich das zurücknehmen. Ich beziehe mich auf eine Pressemeldung der Ausländerbeauftragten.

Meine Damen und Herren, wir sollten in der Tat die Schärfe, die hineingebracht wurde, herausnehmen. Sie ist an diesem Tag nicht angebracht. Ich denke, dass wir heute einen positiven Tag erleben, was die Integrationschancen von ausländischen Mitbürgern anbelangt. Wir sind dem sozialen Frieden, der in unserem Land oft gefährdet ist, ein Stück näher gekommen.

Ich bedanke mich.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Dr. Gölter.

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu einer Kurzintervention gemeldet, weil ich noch eine kurze Bemerkung zu Ihrem Beitrag, Frau Thomas, machen möchte, mit dem Sie der Union als Ganzes eine Schmutzkampagne vorgeworfen haben.

(Beifall der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Zuruf: Sehr richtig!)

- Frau Grützmacher, bei Ihnen gehen bei ganz bestimmten Themen ganz bestimmte Klappen auf. Sie haben sogar Probleme, zuzuhören.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bei Ihnen vielleicht! - Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist auch gut so!)

- Nein, Klappen, die wie Automatismen in der Politik aufgehen, sind nie gut so. Bei den GRÜNEN sind sie auch nicht gut so.

(Beifall bei der CDU)

Sie von den GRÜNEN meinen, bei Ihnen wäre alles gut so, weil die Welt so sein muss, wie Sie sie sich vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Damit fahren Sie den Karren an die Wand. Sie sind als Koalitionspartner in einer schwierigen Situation - ich wollte das gar nicht auskosten -, in Bonn wirklich zu merken, dass Sie morgen früh ausgetauscht werden können. Das bringt psychologische Probleme mit sich. Das weiß ich.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb halten Sie hier solche Reden, wie Sie sie heute Nachmittag gehalten haben. Ich finde, da werden Sie auch anderen und deren Motivation nicht gerecht. Sie müssen das lernen, oder Sie fahren den Karren völlig an die Wand. Machen Sie weiter so. Dann werden wir sehen, wo Sie in einem Jahr sind. Viele bei Ihnen sehen es selbst.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Thema Staatsbürgerschaft ist in Deutschland ein sehr schwieriges und kompliziertes Thema,

(Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar auch vor dem Hintergrund einer ganz speziellen - - -

(Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Bill, hören Sie doch einmal einen Moment zu.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich höre die ganze Zeit zu!)

- Nein, das glaube ich nicht, sonst hätten Sie nicht manchen Zwischenruf gemacht, den ich aus der unmittelbaren Nähe mitbekommen habe.

Das Thema Staatsbürgerschaft ist in Deutschland insofern ein sehr schwieriges Thema, weil wir uns stärker als andere Länder in Europa über mehr als 150 Jahre als Staatsvolk kulturell und religiös definiert haben. In der „FAZ" ist in den letzten Monaten dazu eine ganze Reihe sehr nachdenklicher Beiträge veröffentlicht worden, denen ich vieles entnommen habe und woraus ich viel gelernt habe. Es ist in der Tat eine lang anhaltende Definition des Selbstverständnisses als deutsches Staatsvolk vor dem Hintergrund einer kulturellen und religiösen Identität. Dieses Verständnis ist nun die letzten 20 bis 25 Jahre fundamental aufgebrochen worden. Ich scheue mich nicht, zu sagen, auch aus meiner Sicht und für meinen Geschmack hätten wir in meiner eigenen Partei früher über die tiefgreifende Problematik intensiver diskutieren müssen. Nur, es ist ein schwieriges Thema. Ich beschreibe nur und will nicht fürchterlich nachkarten.

Sie müssen noch einmal nachlesen - das empfehle ich allen in diesem Hause -, was in der Koalitionsvereinbarung Rot-Grün darüber steht. Da sind Sie schon in einer grenzenlosen Euphorie und ein bisschen unbedacht und unbedarft an das Thema herangegangen,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

dies so nach dem Motto: Jetzt sind wir es, die anderen sind endlich weg, vor allen Dingen der Herr aus Ludwigshafen, jetzt verändern wir innerhalb kürzester Zeit die Welt. - Sie müssen einmal nachlesen, was mit der Unterschrift der Quadriga, um sie einmal so zu nennen, vereinbart worden ist. Meine Damen und Herren, jetzt müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie etwas vereinbart haben, was in weiten Teilen des deutschen Volkes grundlegend nicht nachvollzogen werden kann.

(Beifall der CDU -
Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt hat die Union etwas gemacht, was auch in unseren Reihen unterschiedlich bewertet worden ist. Eine große Volkspartei hat eben viele Ausprägungen. Sie, die GRÜNEN, sind keine große Volkspartei und haben auch viele Ausprägungen. Das ist wohl so. Meine Damen und Herren, die Union hat etwas gemacht, was bei uns zum Teil unterschiedlich bewertet worden ist. Zum einen ist diese Unterschriftenaktion ruhiger, sachlicher und nüchterner abgelaufen, als dies von vielen befürchtet worden ist, auch in unseren eigenen Reihen,

(Beifall bei der CDU)

und zweitens hat diese Unterschriftenaktion, ob es Ihnen passt oder nicht - das sehen auch viele von Ihnen möglicherweise in diesem Hause -, dazu beigetragen, dass das Thema mitten in der deutschen Gesellschaft steht und zu einem Thema geworden ist,

(Beifall bei der CDU -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber wie, Herr Kollege Dr. Gölter!)

mit dem wir uns ganz intensiv beschäftigen müssen.

Frau Thomas, Ihre Rede ging vorhin an der aktuellen politischen Wirklichkeit vorbei. Diese Rede war vielleicht noch vor drei Monaten aktuell, aber nicht mehr heute.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber natürlich!)

Jetzt haben wir das Problem, uns auf eine gemeinsame Geschichte zu einigen, wenn das möglich ist. Ob die CDU/CSU als Ganzes zu dem Ja sagen wird, das unterschreibe ich heute Nachmittag nicht.

(Staatsminister Zuber:
Ich auch nicht!)

Ich will nur sagen, 1996 ist dieses 150er Papier erschienen, das das Optionsmodell beinhaltet. Es war aus Rheinland-Pfalz eine ganze Reihe von Unterschriften dabei, die des damaligen Landesvorsitzenden Johannes Gerster, des jetzigen Landesvorsitzenden Christoph Böhr und auch meine Unterschrift, um mich nicht ganz auf die Seite zu stellen, sowie einige andere aus der eigenen Fraktion, nämlich die von Frau Kohnle-Gros, Peter Schuler usw.

Jetzt schauen wir einmal, wie wir weiterkommen. Wir erwecken im übrigen auch nicht den Eindruck. Deshalb ist es mit den Richtlinien für den Unterricht ausländischer Kinder aus dem Jahr 1996 ganz gut gewesen, Frau Pahler. Die Welt hat nicht 1991 angefangen. Stellen Sie sich einmal vor, selbst vor 1991 war die F.D.P. schon dabei.

(Heiterkeit und Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Es spricht der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Abgeordneter Mertes.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich auch zu einer Kurzintervention gemeldet, obwohl die Redezeit anscheinend noch für die Fraktionen reicht, Herr Kollege.

Ich möchte Folgendes sagen: Wenn die Freude bei Ihnen sehr groß darüber ist, dass es zu zivilen Umständen bei der Unterschriftenaktion gekommen ist, dann ist das auch ein Zeichen dafür, dass Sie sich Gedanken darüber gemacht haben.

(Vizepräsident Schuler übernimmt den Vorsitz)

Was uns jedoch daran empört hat - ich sage das in aller Gelassenheit -, war, dass Sie praktisch den Weg verlassen haben, den alle demokratischen Parteien in dieser Frage gegangen sind, nämlich bestimmte rhetorische und verbale Tabuverletzungen nicht einzugehen, weil fremde und falsche Signale davon ausgehen könnten. Dass Sie dies zum ersten Mal für die Kampagnenfähigkeit einer Partei oder einer Wahl in Kauf genommen haben,

(Kramer, CDU: Was soll denn das?)

das hat uns eben so entsetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD - Kramer, CDU: Das machen Sie wieder alles kaputt! - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Herr Mertes, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Gölter?

Abg. Mertes, SPD:

Ja, sicher, bitte.

(Dr. Gölter, CDU: Ich habe noch eine Minute Redezeit!)

Das war also der Punkt, der uns eigentlich so tief getroffen hat.

Das heißt, wenn man sich die Kampagne angesehen hat, konnte man das Gefühl haben, es käme gar nicht mehr darauf an, was inhaltlich unter Demokraten verhandelbar ist. Nur noch das Ergebnis beim Wähler zählt, egal, welches Thema, koste es, was es wolle. Meine Damen und Herren, das ist der eigentliche Regelverstoß gewesen.

Sind wir froh, dass es so ausgegangen ist! Aber nun zu sagen, Sie hätten das Thema in die Mitte der Gesellschaft gebracht, das ist nun wirklich eine besondere Anmaßung.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seien wir zufrieden mit diesem Tag.

Aber, meine Damen und Herren - Herr Dr. Gölter, Sie haben es in Ihren letzten Sätzen gesagt -, wir werden natürlich schauen, ob wir nur in diesem Saal, in diesem rheinland-pfälzischen Landtag, von den Christdemokraten die Zustimmung zu diesem Thema bekommen. Es stellt sich die Frage, was beispielsweise die Bundestagsfraktion der CDU machen wird oder ob das jetzt nur sozusagen der Situation angemessen, weil man nicht anders kann, eine Zustimmung war, die nur für diesen Raum gilt. Sie werden auch dafür einstehen müssen, dass das mehr ist, dass das in der CDU Deutschlands eine Rolle spielen wird und auch stilfördernd sein wird.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und in der Schwesterpartei!)

- Nein, das verlange ich nicht von ihm. Ich könnte dem Kollegen Böhr viel abverlangen, aber dass er Edmund Stoiber tunken soll, das ist doch zu viel verlangt. Bei allem Respekt: Bayern ist Bayern! Dort gehen die Uhren anders.

Aber für die CDU in Deutschland wird das, was der Kollege Böhr gesagt hat, Bedeutung haben müssen, oder wir werden andere Bedeutungen an seine Zusagen binden.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Dr. Gölter das Wort.

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Mertes, ich stelle ausdrücklich fest, dass bei der Vorbereitung der Durchführung der Unterschriftenaktion von den Spitzen der gesamten Union außerordentlich darauf geachtet worden ist, dass es keine Tabuverletzungen gibt. Diesen Vorwurf möchte ich an dieser Stelle in aller Form zurückweisen.

(Beifall der CDU)

Im Übrigen könnten wir bei dieser Gelegenheit, wenn das Wort Tabuverletzung schon fällt, auch darüber diskutieren, ob es in den letzten Monaten nicht auch von anderen Parteien fundamentale, in ihren Reihen sehr umstrittene Tabuverletzungen gegeben hat. Insofern sollte man mit diesem Vorwurf sehr vorsichtig sein.

(Beifall der CDU -
Zuruf von der CDU: So ist es! -
Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was meinen Sie denn damit?)

Vizepräsident Schuler:

Das Wort hat Herr Kollege Mertin.

Abg. Mertin, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Thomas, ich kann verstehen, dass Sie mit dem Ergebnis einige Schwierigkeiten haben. Das kann ich nachvollziehen. Aber ich glaube, auch Sie müssen anerkennen, dass die Stimmungslage in der Bevölkerung für Ihr Vorhaben nicht vorhanden war. Die Kampagne, die es gegeben hat, hätte nicht getragen, wenn die Bevölkerung innerlich gegen das von Ihnen favorisierte Modell gewesen wäre.

(Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bin ich zufrieden, dass diese Koalition und auch die F.D.P. eine Lösung entwickelt haben, die einen Ausweg ermöglichte, der wiederum die Gesellschaft in dieser wichtigen Frage zusammenführt und der trotzdem die Chance zur Integration eröffnet.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass es äußerst schwierige Verhandlungen waren. Ich weiß auch, um welche Formulierungen es zu ringen galt. Es ist viel komplizierter zu formulieren, als wir es darstellen und als es auch in der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten und der Landesregierung zutage kommt.

Herr Ministerpräsident, ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen ganz herzlich für diese Verhandlungsführung zu danken. Ich weiß, dass es schwierig war, diesen Kompromiss zu finden. Ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen, jemandem zu danken, der eigentlich ebenfalls sehr stark daran mitgearbeitet hat und in dieser Debatte bisher keine Erwähnung gefunden hat. Herr Staatsminister Zuber hat auch eine ganz erhebliche Vorarbeit geleistet.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Sie waren gerade in den letzten Tagen äußerst bescheiden im Hintergrund. Aber ich denke, die Vorarbeiten, die Sie geleistet haben, haben es mit möglich gemacht, dass wir diesen Kompromiss gefunden haben. Herzlichen Dank. Ich denke, wir werden uns alle bemühen, dies in Bonn umzusetzen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit eine sehr engagierte Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ausschussüberweisung!)

- Es wird Ausschussüberweisung gewünscht. Herr Kollege Bruch, bitte.

(Redmer, SPD: Wir können es
direkt entscheiden!)

Abg. Bruch, SPD:

Nach der Geschäftsordnung ginge die Ausschussüberweisung in der ersten Beratung vor. Wir schlagen direkte Abstimmung vor.

(Dr. Gölter, CDU: Wollen Sie jetzt wirklich
nach der Debatte abstimmen? Das macht
dies alles unglaubwürdig!
Wissen Sie das?)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, das Problem ist leicht zu lösen. Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Das geht vor. Wir stimmen ab. Herr Kollege Bruch, bitte.

Abg. Bruch, SPD:

Wir werden der Ausschussüberweisung aller drei Anträge zustimmen.

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, es ist Ausschussüberweisung des Antrags der Fraktion der CDU „Für eine Kultur des Miteinanders" - Drucksache 13/4029 -, des Antrags der Fraktionen der SPD und F.D.P. „Zusammenleben mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Rheinland-Pfalz" - Drucksache 13/4057 - und des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gleichberechtigung, politische und gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten" - Drucksache 13/4068 - beantragt. Die Anträge werden an den Innenausschuss - federführend - und an den Rechtsausschuss - mitberatend - überwiesen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, auch an den Bildungsausschuss! - Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auch an den Ausschuss für Wissenschaft und Weiterbildung!)

Die Anträge werden mitberatend auch an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung überwiesen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe die Punkte 15 und 16 der Tagesordnung auf:

Bericht der Landesregierung über die regionale Situation der Landwirtschaft und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz 1998 (Beschluss des Landtags vom 12. Oktober 1989 zu Drucksache 11/3099, Plenarprotokoll 11/62, S. 4390)

dazu: Drucksache 13/3811

Agrarpolitik der Agenda 2000 Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/3992 -

Die Fraktionen haben für diese verbundene Debatte eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart.

Herr Staatsminister Bauckhage, Sie haben das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landwirtschaft steht an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend vor großen Herausforderungen.

(Unruhe im Hause)

Agrarreform, WTO-Verhandlungen, Osterweiterung und die neuen Steuergesetze heißen die Gewitterwolken am Horizont.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich habe Verständnis für die Unruhe am Ende dieser engagierten Debatte, aber nunmehr hat der Wirtschaftsminister das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Es ist daher gut, zu wissen, wo wir stehen.

Die Landesregierung hat Ende des letzten Jahres eine umfassende Bestandsaufnahme über die strukturelle Entwicklung und die Einkommenslage in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft und im Weinbau erstellt.

Ich möchte Sie hier nicht mit endlosen Zahlenkolonnen aus dem Bericht belasten, sondern unsere Ausgangsposition mit wenigen prägnanten Daten skizzieren:

1. Die Wachstumsschwelle unserer Betriebe liegt heute bei ca. 75 Hektar bzw. bei über 300 000 Kilogramm Milchreferenzmenge. Das heißt, nur noch in dieser Betriebsgruppe nimmt die Zahl der Unternehmen zu. Damit liegen wir über dem Bundesdurchschnitt.

2. Der Strukturwandel in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft und im Weinbau hält unvermindert an. In den letzten Jahren ist die Zahl der Betriebe um durchschnittlich 4 % pro Jahr und somit stärker als im Bundesdurchschnitt zurückgegangen. Dieser Trend wird sich gerade auch angesichts der Agrarreform in der Agenda 2000 fortsetzen.

(Unruhe im Hause - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie noch einmal eindringlich bitten, Ihre Privatgespräche in der Lobby weiterzuführen!

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Meine Damen und Herren, dies ist keine Schwarzmalerei, sondern eine nüchterne Analyse der Wirklichkeit. Der Bericht der Landesregierung weist aus, dass sich die Einkommenssituation unserer rheinland-pfälzischen Betriebe im Wirtschaftsjahr 1996/97 stabilisiert hat. Da die Bundesregierung kürzlich ihren Agrarbericht 1999 vorgelegt hat, möchte ich hier allerdings auf diese aktuelleren Zahlen eingehen.

Unsere Haupterwerbsbetriebe konnten im Wirtschaftsjahr 1997/98 ihre Gewinne um 8 % auf 66 271 DM je Unterneh-

men steigern. In den alten Bundesländern haben nur noch die Betriebe in Schleswig-Holstein ein besseres Ergebnis erzielt. Wir liegen also im Vergleich der Bundesländer hinter Schleswig-Holstein, übrigens vor Niedersachsen, an zweiter Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Nun sind 66 000 DM natürlich nicht der Weisheit letzter Schluss und kein großer Wurf, aber bei der schwierigen Situation und vor dem Hintergrund, dass die Landwirtschaft natürlicherweise mit Topographie und den klimatischen Bedingungen zu tun hat und wir in Rheinland-Pfalz bestimmte benachteiligte Gebiete haben, lässt sich diese Zahl gut sehen. Dies ist insbesondere auf die günstige Preisentwicklung bei Wein, Obst und Milch zurückzuführen. So haben zum Beispiel die Betriebe in der Pfalz mit durchschnittlich über 88 000 DM die höchsten Gewinne aller Weinbaubetriebe erzielt.

Meine Damen und Herren, wir dürfen aber nicht vergessen, dass innerhalb der Landwirtschaft zwischen den Betriebssystemen, den Betriebsgrößen sowie den Betriebsleiterfähigkeiten enorme Unterschiede bestehen und dass wir im laufenden Wirtschaftsjahr mit einem Rückgang der Gewinne um 2 % bis 6 % rechnen müssen. Vor allem die Veredelungsbetriebe stehen angesichts der Misere auf dem Schweinemarkt vor Gewinneinbrüchen.

Meine Damen und Herren, der Bericht der Landesregierung belegt einerseits unsere erheblichen strukturbedingten Nachteile im überregionalen Vergleich, zum Beispiel mit den neuen Bundesländern. Er zeigt allerdings auch die Erfolge der Landesagrarpolitik. Mit der konsequenten Politik der Landesregierung einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit konnten unsere Landwirte, Gemüse- und Obstbauern und Winzer ihre Chancen nutzen. Ich spreche bewusst hier von Wettbewerbsfähigkeit; denn am Schluss wird insbesondere vor dem Hintergrund der Agenda 2000 die Wettbewerbsfähigkeit eine entscheidende Rolle spielen.

Ich möchte hier nur zwei Beispiele nennen: Der Gemüsebau wurde in der Vorderpfalz kontinuierlich ausgebaut, übrigens auch durch die Beregnungsverfahren, die in erheblichem Umfang von der Landesregierung finanziell unterstützt wurden.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Unsere leistungsfähige Molkereiwirtschaft zahlte den Milcherzeugern die höchsten Milchauszahlungspreise in Deutschland. Insgesamt gesehen ist das Ergebnis der Bestandsaufnahme durchaus erfreulich.

Die von der Landesregierung gemeinsam mit der Land- und Ernährungswirtschaft ergriffenen Maßnahmen entfalten ihre Wirkung. Die Gefährdungspotenziale kommen vielmehr von außen. Ich möchte hier nur die derzeitige Situation bei der Steuerpolitik betrachten und sagen, dass durchaus bei den Nachverhandlungen noch bestimmte Verbesserungen erreicht wurden. Man muss aber auch sehen, dass die Schwelle von 1 000 DM für rheinland-pfälzische Landwirte nicht die entscheidende Rolle spielt.

Die größte Gefahr droht durch die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik. Streitpunkt der Verhandlungen im Agrarrat war in den letzten Tagen nicht die Notwendigkeit einer Reform, sondern die Finanzierungsfrage. Die bisherigen Kompromissvorschläge und Wünsche der Mitgliedstaaten lagen um rund 25 Milliarden Euro über den Vorgaben, die die Staats- und Regierungschefs auf dem Petersberg mehrheitlich gemacht haben. Die Vorgabe einer realen Ausgabenkonstanz von 40,5 Milliarden Euro für den EU-Agrarhaushalt machte neue Vorschläge unumgänglich. Nach 18-stündigen Verhandlungen hat der Agrarrat heute Nacht einen Kompromiss vereinbart, den nur noch Portugal ablehnt.

Ich komme nun zum Getreide. Die administrierten Preise für Getreide sollen in zwei Schritten um insgesamt 20 % gesenkt werden. In den nächsten beiden Jahren beträgt die Stilllegungsquote 10 %. Danach wird der Regelstilllegungssatz auf 0 % festgesetzt. Die Ölsaatenprämien werden in drei Stufen an die Getreideprämie angeglichen.

Ich komme zum Rindfleisch. Die Preise für Rindfleisch sollen in drei Schritten bis 2003 um insgesamt 20 % reduziert werden. Eine Intervention soll ab dem Jahre 2002 nur noch bei einem dramatischen Preisverfall - unter 3,05 DM pro Kilogramm - erfolgen. Die Bullenprämien werden auf 411 DM pro Tier angehoben. Zurzeit liegen diese bei 263 DM pro Tier.

Darüber hinaus wird eine einheitliche Schlachtprämie in Höhe von 156 DM für Bullen und Kühe sowie in Höhe von 98 DM für Kälber eingeführt.

Als nächster Punkt ist der Milchmarkt anzusprechen. Die umstrittene Milchreferenzmengenregelung wird bis zum Jahre 2006 verlängert und ab dem Jahre 2003 reformiert. Die Preise werden in drei Schritten um 15 % gesenkt. Gleichzeitig wird die Garantiemenge linear um 1,5 % und um 0,89 % zur Lösung spezifischer Probleme - zum Beispiel Spanien mit 550 000 Tonnen - erhöht. Die Ausgleichszahlungen sollen pro Tonne Referenzmenge 33,72 DM betragen.

Die Regelung wird im Jahre 2003 mit der Zielsetzung der Abschaffung überprüft. Mitgliedstaaten mit leistungsstarken Produzenten wie Großbritannien wollen den Ausstieg nach 2006.

Die Agrarminister sind mit ihrem Kompromiss knapp 7 Milliarden Euro über den von den Regierungschefs vorgegebenen Gesamtkosten von 307 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2000 bis 2006 geblieben.

Die Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz lassen sich noch nicht exakt beziffern. Positiv ist aber, dass die von Frankreich vor-

geschlagene Kürzung der Ausgleichszahlungen ab 5 000 Euro vom Tisch ist. Das hätte in Rheinland-Pfalz ca. 5 800 Betriebe betroffen.

Meine Damen und Herren, fest steht bereits, der Verwaltungsaufwand wird steigen. Zweitens werden der Wettbewerbsdruck auf unsere Landwirtschaft und die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen steigen. Vergessen wir nicht, dass diese Zahlungen bereits heute in einigen Produktionsbereichen über 50 % der Einkommen ausmachen. Man muss sich das einmal vorstellen, bei einem Durchschnittseinkommen von 66 000 DM sind es in einigen Bereichen über 50 %.

Einkommensverluste sind trotz des Teilausgleichs der Stützpreissenkungen vorgezeichnet.

Voraussichtlich werden bei Getreide nur etwa 50 % der Preissenkungen ausgeglichen. Im Getreidebereich können dann Verluste von 15 bis 18 Millionen DM pro Jahr entstehen. Das hängt aber auch entscheidend von der Entwicklung der Weltmarktpreise ab.

Für die Ernährungsindustrie und die Verbraucher ist die Reform insgesamt verständlicherweise als positiv zu bewerten:

- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Ernährungsindustrie wird durch die niedrigeren Einstandspreise verbessert werden.

- Die Verbraucher können mit niedrigeren Preisen rechnen.

Sie sind die Nutznießer der Agrarreform. Die Landwirte sind nicht die Nutznießer, sondern die Verlierer der Agrarreform.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass ich die Ziele der Agrarreform, wie die Verwaltungsvereinfachung, eine stärkere Marktorientierung oder die Sicherung der multifunktionalen Rolle der Landwirtschaft, begrüßt habe. Nur, die Agrarreform 1999 wird keines dieser Ziele erreichen können.

Ich bleibe bei meiner Forderung, die Vielzahl produktbezogener Prämien durch ein produktunabhängiges Bewirtschaftungsentgelt ablösen zu können.

Meine Damen und Herren, angesichts der Verhandlungslage in Brüssel kommt der Antrag der Fraktion der CDU zumindest für die Bereiche Getreide und Rindfleisch leider zu spät.

Angesichts der in Bezug auf die Kosten fast punktgenauen Landung werden die Regierungschefs auf dem Europäischen Rat in Berlin das Einigungspaket der Agrarminister wahrscheinlich nicht erneut behandeln. Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass das Gesamtpaket Agenda 2000 mit seinen Teilelementen Agrarteil, Strukturfondsreform oder EU-Finanzierung wegen 1 Milliarde DM pro Jahr nun noch scheitern wird.

Die Landesregierung hat frühzeitig ihre Haltung und ihre Vorschläge zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik eingebracht:

1. Rheinland-Pfalz hat den gemeinsamen Beschluss der Sonderagrarministerkonferenz vom 28. Mai 1998 in Berlin wesentlich mitgestaltet. Ich erinnere zum Beispiel an die Forderung, Preissenkungen nur insoweit vorzunehmen, als die Märkte dies zwingend erfordern und diese dann dauerhaft ausgleichen können.

2. Im Ausschuss der Regionen hat die Landesregierung insbesondere auch für eine Anpassung der Reformvorschläge für die Weinmarktordnung gekämpft und große Erfolge erzielen können.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

3. Der Bundesrat hat am 26. Februar 1999 auf rheinland-pfälzischen Antrag hin die Kofinanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik gefordert.

Meine Damen und Herren, wir müssen weiter im Interesse unserer Landwirte und Winzer die verbleibenden Gestaltungsmöglichkeiten nutzen. Hier stimme ich grundsätzlich mit der CDU-Fraktion in folgenden Punkten überein:

1. In Deutschland sollten wir die Milchquote von der Fläche lösen, ohne den Regionalschutz auszuhebeln. Ob dies nach dem Agrarkompromiss zurzeit möglich ist, ist noch unklar.

2. Die aktiven Milcherzeuger müssen gestärkt werden.

3. Die Ausgleichszahlungen der Agrarreform dürfen nur an die Einhaltung der guten fachlichen Praxis gebunden werden.

Zusätzliche Auflagen müssen gesondert, zum Beispiel im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen ausgeglichen werden können. Wir haben unterschiedliche Umweltstandards.

Meine Damen und Herren, bei der Umsetzung der EU-Agrarreform darf die nationale Ausgestaltung aber nicht noch zusätzliche Verwaltungshemmnisse schaffen. Bei der Ausgestaltung der Milchquotenregelung trete ich für ein marktwirtschafliches Modell ein.

Aus meiner Sicht ergibt sich eine Reihe weiterer Forderungen:

1. Die Bundesregierung sollte die durch die Begrenzung der EU-Agrarausgaben eingesparten Mittel zumindest teilweise zur Förderung der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" einsetzen. Ich habe dies bereits in einem Gespräch mit rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten am 2. März 1999 gefordert.

2. In den anstehenden WTO-Verhandlungen muss die Bundesregierung für faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Landwirte und Winzer eintreten. Ich bin sicher, sie wird es tun.

Wir brauchen soziale und ökologische Produktionsmindeststandards für den Welthandel. Wenn dies nicht möglich ist, muss angesichts der höheren sozialen, ökologischen und hygienischen Standards in der EU ein ausreichender Schutz der heimischen Erzeugung und ein Ausgleich der zusätzlichen Kosten sichergestellt werden können.

Die Landesregierung wird sich dafür in den anstehenden Verhandlungen sowohl in den Fachministerkonferenzen als auch im Bundesrat einsetzen.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber auch im Land Zeichen setzen. Für mich steht fest, dass die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft und des Weinbaus weiterhin absolute Priorität haben muss.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Wir werden dies durch ein Maßnahmenbündel von der einzelbetrieblichen Investitionsförderung, der Junglandwirteförderung - übrigens die höchste im gesamten Bundesgebiet -, der Verbesserung der Vermarktungsstrukturen sowie der ländlichen Bodenordnung gewährleisten.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch jetzt die zweite und dritte Generation der Bodenordnung; denn nur dann - da kann Herr Billen solange reden, wie er will - wird ein Betrieb wettbewerbsfähig sein, wenn er eine entsprechende Größe hat. Wir brauchen auch entsprechende Schläge, die mit modernen Maschinen bewirtschaftbar sind.

Meine Damen und Herren, wir brauchen die so genannte zweite Säule der Agrarpolitik, um eine flächendeckende, marktorientierte und wettbewerbsfähige Wein- und Landwirtschaft zu sichern, die nachhaltig und zugleich ressourcenschonend wirtschaftet.

Ich füge hinzu, ich war in den letzten Tagen in Bitburg beim Kreisbauernverband. Es ist schon merkwürdig, wenn man mir vorwirft, ich würde zu wenig für die Landwirtschaft tun, und mir einfach sagt, da müsste ich ausgleichen.

Meine Damen und Herren, selbst wenn wir die 80 Millionen bis 100 Millionen DM zur Verfügung hätten, könnten wir und dürften wir es nicht. Das ist der entscheidende Punkt.

(Lewentz, SPD: Ungesund wäre das!)

Das muss man in aller Nüchternheit einmal sagen dürfen. Ich halte es nicht für in Ordnung, wenn wider besseres Wissen aus einer bestimmten Stimmungslage heraus versucht wird, Politik zu machen, die nicht trägt. Man muss in aller Klarheit sagen, entweder man hätte sich aus der EU verabschieden müssen - wer dies will, hätte dies hier sagen müssen - oder aber man müsste einen Kompromiss finden, der sich in der Form auswirkt, wie er jetzt auf dem Tisch liegt. Man hätte sich auch andere Kompromisse vorstellen können. Meine Damen und Herren, Sie sehen daran - Portugal hat noch nicht zugestimmt -, wie schwierig das Unternehmen EU-weit ist.

Ich füge noch eines hinzu, was sehr oft vergessen wird: Allein Rheinland-Pfalz hat mit dem kleinen Land Ungarn einen ähnlich hohen Export wie mit Japan. Der große Industriestaat Japan hat Handelsbeziehungen zu uns, wobei der Export nach Japan nicht größer ist als der nach Ungarn. Daran sieht man, wie notwendig die EU-Erweiterung ist, und zwar im Interesse aller Deutschen. Deshalb müssen wir nun, und zwar kantenscharf, darauf achten, welche Möglichkeiten wir flankierend bieten können. Meine Damen und Herren, diese können nur darin liegen, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe erhöhen. Ich füge hinzu, sie können auch nur darin liegen, dass man eine flächenbezogene Förderung durchführt.

Ich halte nichts von dem, was derzeit erzählt wird. Es wird derzeit ständig von bestimmten Leuten erzählt, wir sollten eine Preisstützung, also eine Produktförderung, vornehmen. Das Ergebnis der Produktförderung liegt auf dem Tisch. Das bedeutet Übermengen und Preisverfall. Deshalb - meine ich - sollten wir in aller Ruhe und Sachlichkeit mit den Betroffenen reden, um wenigstens eine einheitliche Förderung flächenbezogen herzustellen; denn der Landwirt ist nicht nur an seiner Produktion interessiert, sondern auch stark daran interessiert, seine Fläche in Ordnung und seinen Boden fruchtbar zu halten. Darüber hinaus hat er wesentlich die Kulturlandschaft in diesem Land hergestellt.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Deshalb sollten wir sehr offen in diesen Dialog eintreten, um Landwirtschaft flächendeckend in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Landwirtschaftsminister hat beschrieben, wie letzte Nacht der Kompromiss aussah.

(Staatsminister Bauckhage: Ja!)

Der Kompromiss der letzten Nacht bedeutet für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft, wenn ich Ihren Schluss mit in die Bewertung hole, dass es mit den Steuerbeschlüssen in Bonn und dem Kompromiss zwischen 80 Millionen und 100 Millionen DM Einkommensverluste gibt. Es kann ein bisschen mehr sein, aber es kann auch ein bisschen weniger sein, - -

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

- Ja, natürlich.

- - weil dies nicht genau feststellbar ist.

Verlierer der Agenda-2000-Verhandlungen, die heute Nacht in Brüssel durchgezogen wurden, sind eindeutig die Landwirte, die Winzer und die Gärtner.

(Beifall der CDU)

Wir sind aber keine gottgegebenen Verlierer.

Herr Minister, Sie haben gesagt, wir hatten andere Wünsche, und da sind unsere Wünsche weitgehend gleich.

(Staatsminister Bauckhage: Das ist schon einmal gut!)

Dann hätten Sie vielleicht auch sagen können, dass Herr Minister Funke mit einer völlig falschen Strategie in die Verhandlungen gegangen ist und natürlich mit einem völlig falschen Ergebnis herauskommen musste.

(Beifall der CDU)

Das ist doch die Crux der Agrarpolitik für die rheinland-pfälzischen Bauern, Herr Ministerpräsident.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, dass die Zahl nicht stimmen würde. Ich sage Ihnen nur am Beispiel der Milch,

(Zurufe von der SPD)

dass einem Bauern durch die Beschlüsse, die zwar abgestuft sind, im Endergebnis mindestens 15 Pfennige auf den jetzigen Milchpreis fehlen werden, mindestens 15 Pfennige, eher 18 Pfennige, aber ich sage 15 Pfennige.

Der Bauer wird einen Ausgleich von 3,4 Pfennigen - einschließlich der Kuhprämie - erhalten. Es fehlen ihm dann immer noch 12 Pfennige. 12 Pfennige entsprechen bei 100 000 Kilogramm Milch einem Betrag von 12 000 DM, meine Damen und Herren. Das bedeutet 12 000 DM Mindereinnahmen bei einem 100 000-Kilogramm-Milchbetrieb.

Wenn wir von dem Betrieb reden, den Herr Bauckhage meint, nämlich 75 Hektar und 100 Kühe, dann reden wir von 800 000 Kilogramm. Sie können einmal ausrechnen, wie viel Geld das ist. Das sind 100 000 DM Einkommen, die einem Bauern fehlen. Sie können schnell ausrechnen, wie hoch der Gesamtbetrag ist. Das sind die Beschlüsse und die Ergebnisse der Agrarverhandlungen der letzten Nacht.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, unter diesem Gesichtspunkt bin ich dankbar für den Bericht der Landesregierung, der neben dem grünen Bericht der Landwirtschaftskammer vorliegt. Er beschreibt die Daten und Fakten. Im Bericht fehlen zwar noch ein paar Zahlen, was wir schon öfter beklagt haben. Wir wissen beispielsweise immer noch nicht - aber ich gehe davon aus, dass das jetzt irgendwann doch ermittelt wird -, wie viele Hofnachfolger wir haben, um eine, was Sie gesagt haben, Herr Minister, flächendeckende Landbewirtschaftung zu erhalten. Wir brauchen diese Zahlen, um frühzeitig reagieren zu können.

Herr Minister, Sie haben gesagt, Sie unterstützen die in dem Antrag formulierten Forderungen der CDU.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

- Das verstehe ich nicht ganz, weil Sie die letzten drei Punkte für erledigt erklärten. Da haben Sie Recht, weil es heute Nacht einen Kompromiss gab. Dann bleiben der erste und der letzte Punkt im Antrag stehen. Über den letzten Punkt sind wir uns einig, und dem ersten Punkt - Milchquote für die bewirtschafteten Betriebe - haben Sie auch zugestimmt.

Jetzt muss er sagen - das erwarte ich vom Agrarminister des Landes Rheinland-Pfalz -, was er mit der Milchproduktion will. Das soll er heute Abend und morgen gegenüber Herrn Minister Funke vertreten. Das wird für viele Höhengebiete entscheidend sein, ob sie überhaupt noch eine flächendeckende Landbewirtschaftung erhalten.

(Beifall der CDU)

Da müssen Sie schon eine Antwort und dürfen keine Zustandsbeschreibung abgeben, weil eine Zustandsbeschreibung relativ einfach ist. Wir müssen aber Politik für die Zukunft machen.

(Kramer, CDU: Jawohl! - Beifall der Abg. Kramer und Schmitt, CDU)

Wenn ich mich schon mit „Politik für die Zukunft" beschäftige: Ich bin nie gegen eine Bodenreform gewesen. Die CDU war nie gegen eine Bodenreform. Wir waren nie gegen eine einzelbetriebliche Förderung, also gegen eine Investitionsförderung. Im Gegenteil, wir haben es als Markstein immer eingepflanzt. Der frühere Minister Brüderle hat immer mitgemacht. Ich hoffe, dass Sie auch mitmachen werden.

Sie haben die Ausgleichszulage aber nicht mehr genannt. Ich nehme an, dass das ein Versehen war. Oder ist es wirklich so-

weit, dass man über die Ausgleichszulage auch noch diskutieren will? Ich nehme an, dass das ein Versehen war.

Ich wollte nur mit Ihrem Irrtum über den 75-Hektar-Betrieb aufräumen. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis - aber ich weiß jetzt, wo das herkommt; ich habe den Bericht gelesen, in dem steht, dass man schon 75 bis 100 Hektar haben müsse, um bestimmte Dinge machen zu können -, dass man in der Landwirtschaft aber nicht sagen kann, dass bei 75 Hektarn die Sprunggrenze liegt. Das ist relativ einfach. Mir würden 10 Hektar

(Zuruf des Abg. Lewentz, SPD)

Gemüsebau in der Pfalz vollkommen reichen gegenüber 50 Hektarn Weideland in der Eifel. Ich würde jederzeit problemlos tauschen, sowohl in Bezug auf das Einkommen als auch in Bezug auf den Umgang.

Man kann Landwirtschaft nicht an Hektarzahlen, sondern nur am Gesamteinkommen und an den Perspektiven festmachen. Herr Minister, wenn Sie den Milchbauern eine Perspektive geben wollen, müssen Sie die Perspektive in der Quote zum Ausdruck bringen. Wenn uns das nicht schleunigst gelingt, werden viele junge Bauern nicht mehr die Entscheidung treffen, zu investieren. Sie haben dann keine Schwierigkeiten mehr mit Investitionsmitteln. Aber so können wir unser Ziel einer flächendeckenden Landbewirtschaftung nie erreichen, weil die Landwirte nicht nur hochwertige Nahrungsmittel produzieren. Manchmal produzieren sie hochwertige Nahrungsmittel, aber nicht immer.

Insofern bitte ich Sie, den Vorschlag der CDU zu unterstützen. Nehmen Sie diesen Vorschlag mit und bringen Sie Herrn Funke von dem Irrweg ab, dass er innerhalb eines halben Jahres das Milchproblem lösen kann und die Bauern und den Milchpreis noch mehr belastet. Das wird rechtlich nicht möglich sein.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, wenn wir an die Zukunft denken - - -

(Zuruf des Abg. Bruch, SPD)

- Mit welchem Minister soll ich sonst reden? Mit der SPD brauche ich über Landwirtschaft nicht zu reden.

(Unruhe bei der SPD)

Entschuldigen Sie, was die SPD und was Herr Lafontaine von der Landwirtschaft halten, ist in den letzten Wochen sehr deutlich zum Ausdruck gekommen.

(Beifall der CDU)

Entschuldigen Sie, er stellt sich nicht vor die Bauern. Herr Schröder stellt sich vor die Bauern und sagt: Ihr habt zu 85 % die CDU/CSU gewählt. - Er vergisst in einem anderen Halbsatz hinzuzufügen: Deshalb könnt ihr machen, was ihr wollt, von mir bekommt ihr kein Geld. - So wird in Bonn Politik gemacht. Die haben uns nicht gewählt, die bekommen kein Geld, die machen wir kaputt. So einfach ist das. Das ist doch keine Politik.

(Beifall bei der CDU -
Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Mit der SPD brauchen wir über diese Frage doch nicht zu reden.

Ich bin froh, dass die F.D.P. noch vertreten ist. Darüber sind wir richtig glücklich. Stellen Sie sich vor, Frau Kiltz wäre Landwirtschaftsministerin. Das wäre eine Katastrophe.

(Heiterkeit im Hause -
Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gäbe längst keinen Bauern mehr in diesem Land. Sie wären längst alle ausgewandert, wenn sie es könnten.

(Zurufe aus dem Hause)

Ich bitte darum, dass wir in der Landwirtschaft folgende Punkte ganz ernsthaft betrachten: Ich fordere die Landesregierung auf - sie weiß in dem Moment, in dem sie abgestimmt hat, wie sie abgestimmt hat -, die Steuergesetzgebung zu verhindern oder zumindest gnadenlos dagegen zu stimmen. Ein ungerechtfertigter einfacher Abzug von einem Prozent Umsatzsteuer - obwohl dieselbe Partei vor einem Jahr der Erhöhung von 9,5 auf 10 % zugestimmt hat - kostet die Bauern bundesweit 400 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, der Kompromiss mit der Ökosteuer schlägt wirklich dem Fass den Boden aus. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich bitte vor, dass man den Bauern sagt: Sie bezahlen Ökosteuer, aber sie bekommen 1 000 DM Sprungschwelle, um eine 20-prozentige Ermäßigung zu bekommen. Dabei vergisst man zu sagen, dass man für 1 000 DM Ökosteuer Strom - das sind 500 000 Kilowatt - oder für 50 000 DM Heizöl und Gas bezogen haben muss. Beides zusammen darf man nicht rechnen.

Den Landwirt, der in Rheinland-Pfalz von dieser Regelung profitiert, besuche ich höchstpersönlich, weil ich keinen Bauern besuchen muss. Es gibt keinen Bauern, der diese Grenze überschreitet.

Es findet keine Entlastung statt. Das kostet die Landwirtschaft bundesweit 400 Millionen DM. Es gibt unterschiedliche Berechnungen, die die Entlastung mit 10 Millionen DM oder 15 Millionen DM beziffern. Wie immer gibt es unterschiedliche Berechnungen, aber das sind wir gewohnt.

Ich bitte darum, diese Steuerreform zu verhindern - sie muss verhindert werden, auch im Sinne der Landwirtschaft -, die Milchquotenregelung anzugehen und - - -

(Lewentz, SPD: Wir sind hier nicht auf einer Bauernversammlung!)

- Sie haben Recht, wir sind nicht auf einer Bauernversammlung. Da gibt es aber Staatssekretäre, die meinen, sie wären auf einer Bauernversammlung. Wir reden aber über die Zukunft vieler Existenzen von Familien und ihren Kindern, und dafür haben Sie kein Verständnis. Das ist enttäuschend für mich.

(Beifall der CDU - Zuruf des Abg. Lewentz, SPD)

Das ist mehr als enttäuschend.

Insofern bitte ich Sie, Herr Minister, sich heute und morgen bei den Verhandlungen der Agrarministerkonferenz dafür einzusetzen.

(Staatsminister Bauckhage: Ich bin bei der Duisberg-Gesellschaft!)

- Bitte?

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

- Okay.

Ich bitte Sie, sich im Interesse der Landwirtschaft, der flächendeckenden Landbewirtschaftung und der Existenzen dafür einzusetzen, an keiner Mark Investition zu sparen.

Ich wiederhole noch einmal: Wir müssen einen Teil ausgleichen, um die Existenzen zu sichern. Wir werden Wege finden, die zulässig sind. Da bin ich mir sicher.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Jahns das Wort.

Abg. Frau Jahns, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat diskutieren wir über den diesjährigen Agrarbericht in einer schwierigen Zeit. Auf den Höfen geht die Sorge um, wie sie mit den bisherigen Erwartungen und inzwischen getroffenen Vereinbarungen im Rahmen der Agenda 2000 künftig überleben werden. Sie haben die Sorge, ob sich die Investitionen, die sie getätigt haben, noch rentieren, und auch davor, ob sie das, was sie in Generationen erwirtschaftet haben, nämlich ihren landwirtschaftlichen Besitz, an ihre Kinder weitergeben können oder ob alles verloren geht. In der Tat ist das so. Trotzdem sage ich: Es ist gut, dass es endlich eine Einigung gibt und man wenigstens weiß, wohin die Richtung geht.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Die Preissenkungen werden kommen, auch die Ausgleichszahlungen, beides in Raten. Für den Bereich des Rindfleischs werden sie nur nicht so stark kommen, wie sie vorgesehen waren. Die Milchquotenregelung wird bis zum Jahr 2006 verlängert, was wir gemeinsam gefordert haben. Herr Billen, die drei Jahre, die in Ihrem Antrag enthalten sind, stammen von der SPD - vielleicht erinnern Sie sich daran -, weil wir gesagt haben: Die Landwirte brauchen Zeit, um die Quoten zu erwerben.

(Billen, CDU: Dann können Sie zustimmen!)

Wir können das derzeit noch nicht. Wir müssen abwarten, wie die Regelungen aussehen werden. Nach meinem Informationsstand wird es Regelungen geben, mit denen es möglich ist, die aktiven Milcherzeuger zu stärken. Wir müssen abwarten, wie das aussieht.

Nun will ich aber auf den Agrarbericht zu sprechen kommen, weil die Zeit nicht ausreicht, alle Themen zu besprechen.

Herr Billen, wer sich an das Rednerpult stellt und den Menschen vorgaukelt, es wäre alles anders gekommen, wenn jemand anders in Brüssel am Verhandlungstisch gesessen hätte, der handelt schäbig. Herr Billen, auch Sie müssen sich rasieren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich habe in den letzten Tagen mit einem Agrarpolitiker der CDU gesprochen - es waren Zeugen dabei -, der gesagt hat: Was für ein Glück, dass wir derzeit keine Verantwortung tragen.

(Unruhe bei der CDU)

Recht hat der Mann. Herr Billen, in Bezug auf die Steuerbeschlüsse sollten Sie einmal Ihre Petersberger Beschlüsse lesen. Mit Ausnahme der Ökosteuer würden Sie darin all das wieder finden, was diese Bundesregierung macht.

Meine Damen und Herren, niemand kann bestreiten, dass es eine Reform der Agrarpolitik geben musste; denn niemand kann die vorhandenen finanziellen Probleme aus der Welt schaffen. Herr Billen, niemand, wirklich niemand kann bereits unterschriebene - nicht von uns, sondern von Ihrem ehemaligen Bundeskanzler unterschriebene - Verpflichtungen gegenüber der WTO und noch zu erwartende Verpflichtungen,

die wir im Interesse des Wirtschaftsstandorts Deutschland eingehen müssen, aus der Welt schaffen. Niemand wird bestreiten, dass wir die Osterweiterung und damit auch eine Anpassung der EU-Agrarpolitik brauchen. Allein mit einem „Weiter so" wäre es nicht gegangen.

(Beifall des Abg. Franzmann, SPD - Billen, CDU: Da stimmen wir überein!)

So sieht die Situation aus.

- Ja, Sie sagen jetzt, dass wir da übereinstimmen. Eben haben Sie sich aber an das Rednerpult gestellt und so getan, als ob das alles umsonst wäre. So einfach ist das eben nicht.

(Beifall der SPD)

In Brüssel gibt es unterschiedliche Interessen, und niemand gibt leicht etwas auch im Interesse seiner Bauern ab, was er an Besitzstand hat. Die Kofinanzierung wäre vernünftig gewesen, aber wenn ein Einstimmigkeitsprinzip besteht, das auch von Herrn Kohl unterschrieben wurde, ist das leider nicht so einfach durchzusetzen.

(Billen, CDU: Es ist aber ein Unterschied, ob der Agrarminister den Bundeskanzler hinter sich hat oder nicht!)

Herr Minister, herzlichen Dank für die vielen Daten, die Sie zusammengetragen haben. Es reicht meiner Meinung nach nicht aus, das im Plenum zu besprechen. Damit müssen wir uns intensiver im Ausschuss befassen.

Auch ich möchte darauf hinweisen, dass es erfreulich ist, dass wir im Wirtschaftsjahr 1997/98 an zweiter Stelle bei den Gewinnen unter den alten Bundesländern liegen. Wir stehen nur 2 000 DM unter Schleswig-Holstein. Ich weiß natürlich, dass wir im Bereich der Veredlungswirtschaft nicht so betroffen sind wie diese Länder, aber trotzdem war bei uns mit 8 % das höchste Wachstum zu verzeichnen. Das ist alles positiv. Wir verdanken das der Tüchtigkeit und dem Fleiß unserer Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter, aber wir befinden uns meiner Meinung nach auch mit der Agrarpolitik auf dem richtigen Weg. Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe muss gestärkt werden. Wir haben in diesem Bereich auch Erfolge zu verzeichnen. Sie haben bereits darauf hingewiesen, dass die Wachstumsschwelle inzwischen bei 75 Hektarn liegt.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

- Ruhe, Herr Schmitt. Wir reden über einen Bericht, in dem das steht. Dazu darf ich etwas sagen und Sie dürfen zuhören.

Die Bestandsgrößen bei den Milchkühen haben sich positiv entwickelt. Da liegen wir ungefähr im EU-Durchschnitt und weit über dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer. In den anderen westdeutschen Bundesländern befinden sich nur 22 % der Bestände in Beständen von 50 Tieren, während wir in Rheinland-Pfalz schon einen Satz von 40 % erreicht haben. Das ist nicht das Ende, sondern wir müssen weitermachen. Wir müssen die Betriebe weiter unterstützen. Die Betriebe müssen wachsen. Das bedeutet natürlich auch, dass andere Betriebe mit den schmerzhaften Folgen, die damit verbunden sind, auslaufen müssen. Die Betriebe müssen weiter darauf achten, dass Kosten gespart werden. Beispielsweise beim kostengünstigen Bauen im Stallbereich, beim überbetrieblichen Maschineneinsatz und bei den Kooperationen auf allen Ebenen bis hin zu Betriebszusammenschlüssen, aber auch im Hinblick auf Kooperationen mit Verarbeitern und Vermarktern haben wir etwas getan. In dem Bereich müssen wir noch ein Stück weiterkommen.

Auch die regionale Vermarktung hat eine große Bedeutung, die noch wachsen dürfte. Wir haben bisher erst vier Organisationen. Da könnte noch ein wenig mehr von unten kommen. Im Bereich des ökologischen Landbaus gibt es ebenfalls noch Marktchancen, die man nutzen kann. Österreich hat schon einen Satz von 10 % der Produkte erreicht. Dort gibt es noch Chancen für unsere Landwirte. Allerdings müssen zu Beginn die Märkte erschlossen und nicht die Betriebe umgestellt werden; denn sonst gibt es einen Preisverfall.

Meine Damen und Herren, den internationalen Wettbewerb können wir über die Preise nicht gewinnen. In Bereichen wie Neuseeland, wo ganzjährig das Vieh auf der Weide gehalten werden kann, kann die Milch zu halben Preisen erzeugt werden. Ich habe bisher immer gedacht, über einen Anstieg der Transportkosten könnte man da einen kleinen Ausgleich vornehmen. Wenn man aber weiß, dass es pro Liter H-Milch nur gerade 5 Pfennig kostet, sie zu transportieren, ist auch das keine Chance. Wir haben nur dadurch Chancen, dass wir die hohe geprüfte Qualität auf den Markt bringen, dass wir im Bereich Umwelt und Landschaftsschutz viel tun und das auch als Marktvorteil nutzen. Wir müssen den Bereich der artgerechten Tierhaltung herausstellen und als Vorteil auf den Märkten nutzen.

Ich will nur kurz erwähnen, dass wir natürlich auf unsere Erfolge im Gemüse- und Obstbau stolz sind. Das sind Zweige, für die wir auch in der Zukunft gute Chancen sehen. Das sind Bereiche, in denen die EU nicht mitmischt. Deshalb sollte dort noch ein bisschen Hoffnung sein. Das gilt ebenfalls für den Schweinebereich, auch wenn wir dort im Moment Probleme haben. Trotz alledem sind diese Betriebszweige in der Regel aber erfolgreicher als andere.

Es ist nicht gottgegeben, dass die Marktpreise den Interventionspreisen tatsächlich folgen. Das gilt insbesondere dann, wenn die Intervention künftig nicht mehr den gleichen Stellenwert wie heute hat und lediglich nur noch Sicherheitsnetz ist. Auch bisher sind teilweise Marktpreise gezahlt worden, die über den Interventionspreisen lagen. Wir hoffen, dass das auch in Zukunft so bleiben wird. Erst dann, wenn wir wissen, wie sich das entwickelt, werden wir sehen, welche Auswirkungen das auf die Betriebe in Rheinland-Pfalz hat.

Die Ausgleichszulage wird selbstverständlich weiter notwendig sein. Wir haben auch in diesem Fall die höchsten Zahlungen innerhalb der westlichen Bundesländer, meines Wissens sogar der gesamten Bundesrepublik, zu verzeichnen. Wir haben keine Wartelisten bei den Investitionen. Mit der besten Förderung für Junglandwirte können wir uns sehen lassen. Wir machen so weiter. Herr Minister, viel Erfolg!

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich weitere Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler des Martin-Butzer-Gymnasiums aus Dierdorf und Schülerinnen und Schüler der Albert-Schweitzer-Realschule in Mayen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall des Hauses)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Billen, wenn man Sie hört, könnte man meinen, die Bauern hätten unter Ihrer Regierung in Bonn in der Bundesrepublik 16 Jahre lang das Paradies gehabt.

(Beifall des Abg. Lewentz, SPD)

Es ging ihnen blendend. Das Höfesterben wurde gebremst, was von der EU aus mit gefördert wurde. Es war alles wunderbar. In Nordrhein-Westfalen haben die Bauern jetzt schon seit drei Jahren unter einer grünen Landwirtschaftsministerin wirklich das wahre Höllenfeuer.

Herr Billen, erstens ist das Leben ein bisschen anders, als Sie es sich denken, und zweitens sage ich Ihnen eines: Immer dann, wenn Ihnen nichts mehr einfällt, werden Sie persönlich. Lassen Sie das doch einmal.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei SPD und F.D.P.)

Hier handelt es sich um eine intellektuelle Auseinandersetzung. Ich bin fast geneigt, zu sagen, ich kämpfe nicht mehr mit Ihnen, weil ich nicht mit Unbewaffneten kämpfe.

(Heiterkeit im Hause)

- Wenn Sie sich beruhigt haben, komme ich zum Agrarbericht der Landesregierung. Der Bericht der Landesregierung, über den wir heute diskutieren, hat die Kritik aufgenommen, die ich bei der Debatte zum letzten Bericht von 1997 vorgetragen habe.

Herr Billen, wir hatten nämlich schon einmal einen, auch wenn Sie das vergessen haben. Ich hatte kritisiert, dass lediglich Daten über den Verlust landwirtschaftlicher Betriebe und Arbeitsplätze, die Einkommenssituation und die Transferzahlungen an die Landwirtschaft zusammengetragen waren und der Bericht damit der Komplexität der Landwirtschaft in ihrer Bedeutung, insbesondere für den ländlichen Raum, keineswegs gerecht wurde.

Der jetzt vorliegende Bericht 1998 - jetzt ist der Minister, der ihn verantwortet, leider „aushäusig" - bietet ein umfassenderes Bild der Landwirtschaft, - -

- Ach, da sind Sie wieder, schön. Herr Minister, dafür danke ich Ihnen ausdrücklich.

- - und zwar in ihrer Bedeutung für die Wertschöpfung in den Regionen, für die Kulturlandschaft und die Umwelt sowie für die Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Es sind jetzt auch 159 Seiten im Vergleich zu den 38 Seiten im letzten Jahr.

Die Landesregierung hat unsere Kritik positiv aufgenommen. Ich begrüße dies noch einmal, ungeachtet dessen, dass wir selbstverständlich den Geist der unbegrenzten Wachstumslogik, der durch den Bericht weht, nach wie vor ablehnen.

Meine Damen und Herren, die Bruttowertschöpfung betrug in Rheinland-Pfalz 1997 150,7 Milliarden DM. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft betrug „nur" 1,6 % und der der Landwirtschaft 0,8 %.

Hören Sie gut zu. Schade, dass Herr Itzek nicht anwesend ist; mit ihm habe ich das eben besprochen. Es wird immer argumentiert, dass es nur 1,6 % oder 0,8 % sind und wieso wir eigentlich darüber so lange reden.

Zusammengenommen kommen wir mit den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen in der Landwirtschaft - Landhandel, Ernährungshandwerk, Lebensmittelhandel und Gastromie - immerhin auf 6,9 % des Anteils der Bruttowertschöpfung und 12,2 % der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz. Dann sieht das Bild etwas anders aus.

Darüber hinaus haben wir in der Landwirtschaft Leistungen zu verzeichnen, die nur sehr schwer oder gar nicht zu quantifizieren sind, insbesondere was den Erhalt der Kulturlandschaft betrifft, den wir nicht unterschätzen sollten, wenn wir an touristische und andere Bereiche denken.

Meine Damen und Herren, nur in der Verflechtung, in der Gesamtschau, wird die Bedeutung der Landwirtschaft in ihrer vollen Größe deutlich. Damit können wir der Marginalisierung dieses Wirtschaftsbereichs, den Sie alle zu Recht beklagen, sehr viel wirksamer entgegentreten als mit allen Resolutionen gegen die Agenda 2000.

Ein paar Zahlen aus dem Bericht. Die Zahl der Betriebe ist auf 40 250 zurückgegangen. Wir haben ca. 15 000 Haupterwerbsbetriebe und ca. 23 000 Nebenerwerbsbetriebe. Der höchste Anteil bei den Nebenerwerbsbetrieben sind die Marktfruchtbetriebe. Die Haupterwerbsbetriebe bewirtschaften - das ist logisch - zwei Drittel der landwirtschaftlichen Fläche.

Ich habe noch eine positive Nachricht. Der Rückgang der Betriebe war mit 3,5 % niedriger als der Zehn-Jahres-Durchschnitt mit einem Rückgang von jährlich 4 %. Die Intensität des Höfesterbens ist je nach Betriebsgröße unterschiedlich. Wir werden im Ausschuss ausführlich darüber debattieren können, wie das regional und im Hinblick auf die Erzeugung zusammenhängt.

Inzwischen gehen die Betriebe zwischen 50 und 75 Hektarn wieder zurück, die bis 1995 kontinuierlich Zunahmen zu verzeichnen hatten. Die Wachstumsschwelle, die im letzten Bericht noch bei 50 Hektarn lag, liegt jetzt bei 75 Hektarn. Das ist in Ihren Augen sicherlich ein Erfolg. In unseren Augen ist das nicht das alleinige Kriterium.

Die Arbeitsplätze sind natürlich auch zurückgegangen.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

- Herr Minister, ich habe Ihnen zugehört, jetzt sind Sie am Zuhören.

Im Berichtszeitraum sind die Arbeitsplätze von 54 900 auf 54 400 zurückgegangen. Es gäbe noch einiges zum Standardeinkommen zu sagen. Auch das sollten wir im Ausschuss vertiefen, weil das gar nicht rosig aussieht. Das, was im Bericht als landwirtschaftlicher Betrieb mit Entwicklungsperspektive gesehen wird, erreichen in Rheinland-Pfalz nur ein Drittel der Haupterwerbsbetriebe. Diesem müssen wir nachgehen.

Herr Minister, mir fehlt - deswegen noch einmal die Bitte um prompte Erledigung im nächsten Bericht, so wie es jetzt auch geschehen ist - noch immer die Vergleichstabelle zum ökologischen Land- und Weinbau. Wenn wir die zukunftsfähigen Betriebe ausmachen wollen - wir gehen nicht nur nach dem Wachstum und nach der Größe der Betriebe -, dann müssen wir auch hierüber Zahlen haben, damit wir sie wirksam stärken können.

Genauso brauchen wir Zahlen zur Veränderung des Betriebsergebnisses, wenn ein Betrieb in größerem Stil in die Regionalvermarktung einsteigt. Diese fehlen uns auch. Ich weiß aus Unterlagen und Erfahrungen aus anderen Bundesländern, dass sowohl die Umstellung auf den ökologischen Landbau als auch der Einstieg in die Regionalvermarktung nach anfänglicher Durststrecke zur Einkommenssteigerung führen. Wir brauchen diese Zahlen auch für Rheinland-Pfalz.

In der Wetterau gibt es Betriebe, die inzwischen in der Fläche zurückfahren können, weil sie in größerem Maßstab selbst vermarkten.

Meine Damen und Herren, das sind Ansätze, die gestärkt werden müssen.

Herr Billen, die neue Bundesregierung sieht das ausdrücklich auch so. Sie wird das auch tun. Wir begrüßen das. Das sind auch die Alternativen zur weiteren Wegrationalisierung von Arbeitskräften und zum Einsatz der umstrittenen Gentechnik in der Landwirtschaft.

Ich habe noch eine positive Nachricht aus dem Bericht. Das Interesse an den sogenannten grünen Berufen ist zum Glück wieder angestiegen. Das ist an den Ausbildungsverhältnissen abzulesen. Das ist gut so. Wir brauchen junge, gut ausgebildete Winzerinnen und Winzer und Bäuerinnen und Bauern mit Weitblick und vernetztem Denken, die unsere Landwirtschaft nach vorne bringen.

Ich komme erst einmal zu dem Antrag der CDU.

(Dr. Altherr, CDU: Na endlich kommen Sie einmal dazu!)

Herr Billen, der Antrag hat die eine oder andere richtige Forderung. Ihr Antrag hat aber zwei gewaltige Schönheitsfehler. Die Forderungen sind nicht in einen Übergangszeitraum eingebaut, was uns wiederum ganz deutlich macht, dass Sie - im Gegensatz zu uns - überhaupt nicht aus dem Interventionssystem herauswollen.

Der zweite Schönheitsfehler ist, dass Sie sich wieder einmal vehement gegen Umweltauflagen wehren. Das ist wirklich rückwärts gewandt. Viele Ihrer Kollegen in der Praxis denken schon ganz anders. Es wird Zeit, dass Sie diesen folgen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wollen Sie eine Akzeptanz für die gemeinsame europäische Agrarpolitik erreichen? Zurzeit können Sie immer noch überall, obwohl es sich etwas gebessert hat, hören: Die Bauern sind die Subventionsempfänger und Brunnenvergifter. - Sie arbeiten an diesem Stigma fleißig mit.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Sie wären gefordert, nach vorne zu sehen, die Herausforderung anzunehmen und die positiven Punkte in der Agenda 2000 herauszupicken.

Natürlich müssen wir das, was an Zahlungen geleistet wird, an Arbeitskräfte, an Umweltleistungen binden. Wir brauchen ein Bündnis für Arbeit für den ländlichen Raum. Aus den Mitteln, die in der Agenda umgewidmet werden, können wir genau ein solches Bündnis schmieden. Wir können nicht so weitermachen, dass wir ständig weiter wegrationalisieren - der Minister hat es auf den Punkt gebracht -: Viele Flächen, moderne Maschinen. - Das ist nicht die Zukunftsmelodie, die al-

leine für die Landwirtschaft zählt und schon gar nicht für diejenigen in dem Gebiet, in dem sie Landwirtschaft in der Eifel betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich mache jetzt erst einmal einen Punkt und komme dann noch zur Weinmarktordnung.

Vizepräsident Schuler:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Landwirtschaft und Weinbau haben in Rheinland-Pfalz traditionell einen hohen Stellenwert. Ich möchte deshalb noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass unsere Landwirte und Winzer in unserer Gesellschaft eine wichtige Stellung einnehmen, nicht nur als Produzenten von Lebens- und Genussmitteln, sondern auch als Schützer und Bewahrer unserer Kulturlandschaft. Gerade das wird leider Gottes in der öffentlichen Diskussion häufig vergessen. Wir werden keine Erfolge gerade in Rheinland-Pfalz im Bereich des Tourismus haben, wenn nicht der landwirtschaftliche Berufsstand so nachhaltig erhalten wird.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Das vorangestellt, will ich mich zunächst zum Bericht der Landesregierung zur Situation der Landwirtschaft und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz äußern. Im Anschluss daran werde ich auch noch einige Aussagen zur Agenda 2000 machen. Ich denke, bei aller Aufgeregtheit, die zu Beginn dieser Debatte dominiert hat, sollten wir in aller Ruhe darüber reden. Eines ist ganz klar: Wir haben uns alle dafür eingesetzt, dass die EU in Richtung Osten erweitert wird. Es war uns allen klar, dass auch Änderungen auf uns zukommen werden, und zwar für alle, auch für die Landwirtschaft, so hart das leider Gottes klingt. Ich würde es natürlich auch alles gern so belassen, wie es ist, mit der einen oder anderen positiven Änderung.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Kiltz, wir unterscheiden uns doch in dem einen oder anderen Punkt. Das ist auch gut so, aber es wird sich leider Gottes in der Landwirtschaft etwas ändern.

Meine Damen und Herren, zur Situation in Rheinland-Pfalz. Sie hat sich in der Vergangenheit gar nicht so schlecht dargestellt, wie Herr Billen uns das hier glauben machen will. Wir sind hier auch nicht auf einer Bauernversammlung, bei der so etwas vielleicht in dem einen oder anderen Punkt ganz gut ankommt, sondern in einer sachlichen Diskussion. Dann wird man feststellen müssen, dass sich der Gewinn bei den rheinland-pfälzischen Haupterwerbsbetrieben im letzten Wirtschaftsjahr - über die Betriebe hinweg gesehen - positiv entwickelt hat, dass wir eine 8-prozentige Gewinnsteigerung haben und wir uns an zweiter Stelle in den alten Bundesländern bewegen. Das ist eine hervorragende Situation.

(Beifall bei der F.D.P.)

Natürlich muss das noch besser werden, aber das ist eine gute Ausgangsposition, die wir hier in Rheinland-Pfalz erreicht haben. Damit konnten natürlich auch die rheinland-pfälzischen Haupterwerbsbetriebe erstmals einen höheren Gewinn erzielen als zum Beispiel die Betriebe in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Es setzte sich auch die positive Gewinnentwicklung aus den Vorjahren fort, in denen bereits die Gewinne der Bäuerinnen und Bauern und der Winzerinnen und Winzer in Rheinland-Pfalz gewachsen sind. Wenn man den Bericht der Landesregierung zugrunde legt, dann wird man feststellen, dass wir uns bei einer Gewinnsteigerung von 16,4 % im Wirtschaftsjahr 1996/97 innerhalb der Bundesrepublik sogar weit an der Spitze befinden.

Man muss auch feststellen, dass die Dauerkulturbetriebe, die immerhin 44 % unserer Betriebe in Rheinland-Pfalz ausmachen, zu dieser Gewinnsteigerung beigetragen haben. Sie sind es, die das Rückgrat unserer Landwirtschaft ausmachen. Das heißt nicht, dass wir die anderen vernachlässigen. Gerade deshalb müssen wir uns auch für die anderen bedeutend einsetzen. Diese Dauerkulturbetriebe sind die eine Seite und die Milchbetriebe sind die andere Seite; denn wir haben in Rheinland-Pfalz die besten Milchauszahlungspreise weit und breit. Das muss auch einmal bedacht werden.

Ich verkenne nicht, dass wir im Bereich der Schweineproduktion durchaus ein Problem haben, und zwar ein bedeutendes Problem. Der Schweinezyklus hat massiv zugeschlagen. Das ist sehr bedauerlich. Es gibt eine Reihe von Faktoren, die dazu beigetragen haben. Wir versuchen aber, zumindest durch Steuerstundungen den Betrieben in irgendeiner Form so weit wie möglich zu helfen. Das bedeutet natürlich auch, dass wir gerade dort, wo es Probleme gibt, bei der Wettbewerbsfähigkeit weiter Unterstützung leisten müssen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich hier an dieser Stelle, wenn man die Ergebnisse sieht, die die landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz im letzten Jahr erreicht haben, auch bei den beiden Ministern bedanken, die dafür durchaus auch Unterstützung geleistet haben, bei Rainer Brüderle und Hans-Artur Bauckhage. Ich bin mir sicher, dass diese positive Arbeit weitergeführt wird.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ich möchte deshalb stellvertretend für viele Maßnahmen, die das Land Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht hat, die eine

oder andere Sache nennen. Die positive Gewinnentwicklung ist durchaus auch auf Maßnahmen zurückzuführen, die das Land Rheinland-Pfalz unterstützt hat.

An oberster Stelle ist die Investitionsförderung zu nennen, die allein im Jahr 1998 15,5 Millionen DM ausgemacht hat. Es gibt Förderverfahren im Bereich der Milchkühe, wo ein Neu- und Ausbau von Boxenlaufstellen erfolgt ist. Die Futterbaubetriebe wurden unterstützt, im Bereich des Weinbaus sind kellerwirtschaftliche Investitionen zur Verbesserung der Fassweinsituation auf den Weg gebracht worden, auch im Gartenbau haben wir entsprechende Unterstützung geleistet, nicht zu vergessen auch die Direktvermarktung.

Ich bin der Meinung, dass wir hier auf einem guten Weg sind. Auch die Ausgleichszulage für die Landwirtschaft in den benachteiligten Gebieten, die es auch in Zukunft geben wird, meine Damen und Herren, ist ein wichtiger Faktor dafür, dass unsere Unternehmen für die Zukunft, für die Zeit der Agenda 2000 und gerade auch für einen erweiterten Agrarmarkt fit gemacht werden.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Bereich des Förderprogramms umweltschonender Landbewirtschaftung, bei dem auch dieser ökologische Akzent stärker in den Vordergrund gerückt worden ist. Die Erfolge, die wir dort haben, sprechen für sich. Das kann aber nicht bedeuten, dass in Zukunft nur Unterstützung geleistet werden kann, wenn gleichzeitig weitere ökologische Maßnahmen ergriffen werden. Die Landwirte gehen sehr verantwortungsvoll mit der Umwelt, mit dem Boden, mit unserer Natur um. Es kann nicht sein, dass wir diese Kriterien noch weiter erhöhen; denn auf diese Art und Weise würden wir letztlich in der EU auch langsam an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Ökologie ist nicht alles, Ökologie muss gepaart sein mit Ökonomie - nur beides gemeinsam wird uns in der Zukunft weiterhin wettbewerbsfähig halten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ein Thema dieser gelebten Ökologie und Ökonomie ist beispielsweise das Steillagen- und Steilstlagenprogramm, das wir in den Flusstälern von Rheinland-Pfalz haben, wo versucht wird, ein ökologisch wertvolles Gebiet zu erhalten und gleichzeitig eine Bewirtschaftung zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, so viel zum Thema Rheinland-Pfalz.

Nun zum Thema EU. Ich hatte es bereits gesagt, die EU-Erweiterung wird kommen. Wir müssen uns auf Änderungen einstellen. Natürlich ist es schwierig, zu sagen, wir werfen die Druckmaschine an, wie dies gestern auch schon einmal gefordert worden ist, und erfüllen alle Wünsche, die vorhanden sind. Wir müssen schauen, dass wir verantwortungsvoll mit dem Geld, das uns zur Verfügung steht, und mit dem Geld, das wir daraufiegen können, umgehen.

Dann kann ich Ihre Meinung, Herr Billen, nicht verstehen, wenn Sie sagen, es werden 80 Millionen DM bis 100 Millionen DM fehlen. Ich bin der Meinung, dieser Betrag ist deutlich zu hoch gegriffen. Es gibt ein abgestuftes Maßnahmenprogramm, das der Minister deutlich vorgetragen hat, was als Kompromiss auf dem Petersberg seitens der EU-Minister erfolgt ist. Ich bin der Meinung, egal, wer dort gesessen hat und welcher Partei er angehört, es wurde gerungen. Ob der Minister jetzt von der SPD ist oder vorher von der CDU war, es hätte kein anderes Ergebnis gegeben. Es sind auch die finanziellen Probleme, die uns auf der EU-Ebene zu diesen Maßnahmen zwingen.

Ich muss diese Beschlüsse zur Kenntnis nehmen, wenn sie mir auch nicht in allen Regelungen gefallen. Aber wir müssen damit leben. Es ist ein EU-weiter Kompromiss. Wir müssen auch dem Berufsstand vermitteln, dass es nicht darum geht, einen Bereich zu zerstören, sondern dass wir mit den vorhandenen Mitteln, die wir haben, wirtschaftlich agieren. Dann müssen wir auch schauen, was wir in Rheinland-Pfalz, was wir in der Bundesrepublik möglicherweise noch draufsatteln können. Ich unterstütze es, dass wir die GA-Mittel, die an anderer Stelle eingespart werden, zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes erhöhen und entsprechend sinnvoll einsetzen.

Ich unterstütze es auch, dass wir Wettbewerbsverbesserungen auf dem Weltmarkt anstreben, dass wir die Betriebe wettbewerbsfähiger machen. Dazu gehört auch, dass es in gewissen Bereichen einen Schwellenbereich von 75 Hektarn gibt, der dann rentabel wird. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Das gilt sicherlich nicht für die Dauerkulturbetriebe, das gilt aber für andere Betriebe.

Bei allem Strukturwandel ist es leider so, dass der Trend zu den größeren Betrieben geht, weil diese wirtschaftlicher in einem größer werdenden Markt agieren können. Ich stamme selbst aus einem kleinen Betrieb, und zwar fassweinvermarktend, der im Rahmen dieses Strukturwandels in den nächsten zwei Jahren verschwinden wird. Wir müssen schauen, dass wir das entsprechend sozial abfedern und dass wir denjenigen, die keinen Hofnachfolger haben oder keinen finden, weil der Betrieb zu klein wird, einen entsprechend sozial abgefederten Lebensabend ermöglichen. Das wird bereits getan. Hier wird man in der Zukunft weiter investieren müssen.

Denjenigen, die erweitern wollen, müssen wir die Chance geben, wettbewerbsfähig zu agieren. Deswegen sollten und müssen wir die bisherigen Fördermaßnahmen weiterhin betreiben. Ich denke, wir sind in Rheinland-Pfalz, gerade was diese Fördermaßnahmen angeht, auf einem guten Weg. Wir werden über diese ganze Angelegenheit im Ausschuss intensiver diskutieren.

Was den Antrag der Fraktion der CDU angeht, wird man sich überlegen müssen, ob dieser nach den Beschlüssen, die in den letzten Stunden und Tagen getroffen worden sind, noch so aktuell ist oder ob dieser Antrag nicht von der einen oder an-

deren Maßnahme, die getroffen worden ist, überholt ist und ob man nicht versucht, das in irgendeiner Form anders zu regeln.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herr Abgeordneten Schmitt das Wort.

Herr Kollege, Sie haben noch eine Redezeit von drei Minuten.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Statistik ist das eine, die politische Konsequenz daraus zu ziehen, das andere. Das erwarten wir eigentlich heute. Die Statistik ist in Ordnung. Es geht um die politischen Konsequenzen für Rheinland-Pfalz. Hierzu mahne ich drei Punkte an.

Es hat schon einen gewissen Vorteil, wenn man aus der Praxis kommt. Das hat auch vielleicht etwas mit Waffengleichheit zu tun, Frau Kollegin, wenn wir in dem Fall darüber diskutieren und sagen: Nehmen Sie endlich diese Schwellengrenze von 75 Hektarn weg. - Sie ist nicht die Grenze, auch wenn das rechnerisch bei dem einen oder anderen Betrieb der Fall ist. Sie führt in die Irre und zu Irritationen, auch in der Landwirtschaft. Sie ist wenig hilfreich.

Ich komme zum zweiten Punkt. Wir sind wirklich am Scheideweg. Es gab noch nie eine solche Diskussion. Deshalb bedauere ich, dass wir das in den paar Minuten machen, in der die Landwirtschaft an einer solchen Wegscheideschwelle stand wie jetzt. Dieser Weg, den wir heute gehen und der heute Nacht eingeläutet wurde, hat Folgewirkungen, wie wir sie in der Landwirtschaft bisher noch nie hatten. Dagegen ist der Mansholt-Plan und alles andere ein Klacks. Man muss seriös durchrechnen und prüfen, was auf die Bauern und Winzer zukommt. Es kommt ein riesiger Verlust auf sie zu, und zwar minus 20 % bei Getreide, 15 % bei der Milch.

Herr Minister, wenn Italien 600 000 - sprich: 8 % - mehr bekommt und wir erst in ein paar Jahren 1,5 %, dann kann man sehen, welche Waffengleichheit bei den Verhandlungen bei Landwirtschaftsminister Funke und anderen bestanden hat. Sie wären die Ersten gewesen, die gesagt hätten, das ist ein schlechtes Verhandlungsergebnis. Jetzt müssen wir schauen, was wir daraus machen. Die Bürokratie wird nicht abgebaut, sie wird in einem Maße erhöht und vergrößert, wie wir das bisher nicht gekannt haben.

Ich habe sehr oft von diesem Pult aus gesagt, Respekt für vieles, was Minister Brüderle gemacht hat. Herr Minister Bauckhage, ich nenne jetzt die Prüfsteine, an denen wir Sie messen werden. Nur daran und an nichts anderem werden wir Sie messen. Das Erste ist - das haben Sie deutlich gemacht - die einzelbetriebliche Förderung. Sie werden sie beibehalten, und das, wie ich hoffe, ohne Konditionsänderungen. Warteliste ist das eine, die Konditionen zu verändern, das andere. Ich nehme an, Sie wissen, was ich meine.

Das Zweite ist das Junglandwirteprogramm, das ich lobe. Die Ausgleichszulage muss erhalten bleiben. Leider ist die Kofinanzierung von Brüssel gestoppt worden. Auch das wäre ein Ergebnis gewesen, das wir als Deutsche wollten, damit die Nationalstaaten zumindest mehr Möglichkeiten haben, ihre Landwirtschaft zu unterstützen. Das ist die Sache, wie sich Bundeslandwirtschaftsminister Funke - sprich: Frankreich/Paris - durchsetzt. Ein anderer hätte gesagt, man kommt nach Hause und hat dieses Ziel nicht erreicht.

Herr Minister, ich komme zur Frage der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung. Die Statistik zeigt, dass in diesem Bereich absoluter Nachholbedarf besteht. Lesen Sie die Statistik, dann werden Sie das erkennen.

Wir werden Sie an der Frage des Bundesnaturschutzgesetzes messen, was für die Landwirtschaft - sprich: auch an Ausgleichszahlungen für Entschädigungen - ansteht.

Wir werden Sie an der FFH-Richtlinie messen. Wir werden Sie auch daran messen, was in dem Bereich Bodenpool endlich gemacht wird. Ich nenne die Infobörse.

Wir werden Sie vor allem auch daran messen, was in dem Bereich Steuerpolitik für die Landwirtschaft letztendlich auf uns zukommt. Trifft es zu, was der Weinbauverband Mosel-Saar-Ruwer erklärt hat, dass die Betriebe in einer erheblichen Zahl gerade in den Steilhängen stranguliert werden? Ich erwarte von Ihnen, dass Sie anschließend diese Zahlen hier vortragen.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, vielleicht darf ich diese drei Punkte noch vortragen.

Es hilft nur, wenn wir in der Sache sagen, was auf die Bauern und Winzer in Rheinland-Pfalz zukommt und wie wir gegensteuern können. Alles andere sind Luftballons. Dafür ist mir die Zeit heute zu schade. Ich frage bewusst: Was kommt auf die Bauern und Winzer in Rheinland-Pfalz steuerpolitisch zu?

Herr Minister, Sie haben eine tolle Ökobilanz auf den Weg gegeben. Ziehen wir gemeinsam die Konsequenzen. Diese werden den einen oder anderen sehr überraschen. Wir sollten das offensiv betreiben.

Das sind einige der Prüfsteine, an denen wir Minister Bauckhage messen werden, ob rheinland-pfälzische Agrarpo-

litik in Zukunft dasselbe Gewicht hat wie in der Vergangenheit. Das werden wir an den Fakten und nicht mehr an den Worten messen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Franzmann das Wort.

Abg. Franzmann, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rheinland-Pfalz - das belegt der Bericht - ist bundesweit das Weinbauland. Deshalb erlauben Sie mir, einige Minuten dazu zu sprechen. Ich möchte vorweg auf einen Zeitungsbericht hinweisen, der vor ein paar Tagen zu lesen war. Darin heißt es: Wein: 7 Millionen Hektoliter aus Rheinland-Pfalz. - Demnach wurden diese 7,1 Millionen Hektoliter - so viel sind es genau - 1998 in unserem Land erzeugt. Das ist ein Viertel mehr als im Vorjahr. 37 % davon kamen aus Rheinhessen, 33 % aus der Pfalz und 23 % von Mosel-Saar-Ruwer. Die verbleibenden 7 % müssen sich auf die anderen Anbaugebiete verteilen.

Wenn wir die Zahlenangaben über die Qualitätsstufen addieren, bedeutet dies, dass über 90 % als Qualitätswein eingestuft werden. So weit, so gut, könnte man meinen. Dies ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Der andere Teil der Wahrheit ist der, dass die Winzerbetriebe, insbesondere die Ablieferer, immer zwischen einem Hoch und einem Tief wie auf einer Achterbahn kurven. Haben sie ein schlechtes Erntejahr, so bekommen diejenigen, denen die Ernte verhagelt oder denen sie im Frühjahr erfroren ist, nichts. Haben sie große Mengen, wie eingangs für 1998 beschrieben, so bekommen sie alle nichts und hängen am Strick der Kellereien.

Aus Rheinland-Pfalz gehen drei Viertel des bundesweiten Exports. Zwei Drittel der bestockten Rebflächen sind bei uns zu finden. Fast die Hälfte der Betriebe mit Rebflächen sind hier beheimatet.

In den letzten 25 Jahren hat sich die Zahl der Weinbaubetriebe mehr als halbiert, aber die durchschnittlich bewirtschaftete Fläche je Betrieb fast verdoppelt. Erstaunlich ist, dass der Anteil der Kleinstbetriebe mit einer Betriebsfläche von kleiner als einem Hektar landesweit noch bei über 50 % liegt. Wenn ich die Rebfläche bis 3 Hektar nehme, sind es rund 75 %. In der wirtschaftlich sinnvolleren Größenordnung von größer als 5 Hektar haben wir gerade 16 % der Weinbaubetriebe in Rheinland-Pfalz. Da stellt sich die Frage, ob ein Teil der Probleme, die im Weinbau liegen, nicht gerade in dieser Größenordnung liegt.

Zu kleine Flächen bedeuten zu geringe Mengen je Betrieb, keine oder nur geringe Investitionen, Probleme mit dem Management und mit der Vermarktung, aber auch insbesondere mit der Lagerhaltung, vergleichsweise hohe Kosten, Nervosität im Herbst. Das Ganze verdirbt die Preise für die Betriebe, und zwar für alle, die anliefern oder die anliefern müssen. Von den rund 26 600 Betrieben sind 8 400 vollablieferne und 2 000 teilablieferne Betriebe.

Die Rebfläche ist in den sechs Anbaugebieten auf nunmehr 66 000 Hektar zurückgegangen.

Eine Vielzahl von Punkten kann in dem Bericht nachgelesen werden. Wir werden auch noch im Ausschuss darüber beraten, sodass ich es mir erspare, zur wirtschaftlichen Situation und zur Weinqualität weitere Ausführungen zu machen. Das werden wir nachholen.

Ich möchte jedoch noch zwei Schwerpunkte ansprechen, von denen ich glaube, dass sie beraten und angegangen werden müssen. Es gibt Aufgaben, die wir in der Politik und in der Gesellschaft zu lösen haben, und es gibt Aufgaben, die die Weinwirtschaft und deren Verbände zu lösen haben. Lassen Sie mich zu dem ersten Bereich etwas sagen. Dazu gehört beispielsweise die Regelung, dass die Bestimmungen der Weinmarktordnung so erhalten werden, dass sie das Leben der Winzerbetriebe nicht noch zusätzlich erschweren. Die Entscheidungen des Agrarrates - davon haben wir soeben gehört - deuten bezüglich des Weinbaus in eine positive Richtung.

Weiterhin sollten wir nicht noch Tatbestände schaffen, die die ohnehin geringen Gewinne noch zusätzlich abschöpfen. Ich nenne in diesem Zusammenhang das Stichwort Steuerdiskussion. Aber ich denke, auch in diesem Bereich sind wir auf einem guten Weg, nachdem klar ist, dass die Pauschalsteuer von 5 % für kurzfristig Beschäftigte im Weinbau beibehalten wird.

Weiterhin gehört dazu, dass wir die Ausgleichszulagen für von Natur aus benachteiligte Gebiete aufrechterhalten und darüber hinaus die Gewähr für eine flächendeckende Bewirtschaftung haben.

Weiterhin müssen wir für unsere Betriebe die Möglichkeit erhalten, im notwendigen Umfang auf Saisonarbeitskräfte zurückgreifen zu können. Auch müssen wir Marketingstrategien entwickeln und ausbauen. Das ist eine Aufgabe Ihres Ministeriums, um den Anteil und die Marktchancen des deutschen Weines im Export zu erhöhen. Dabei ist es wichtig, bei den deutschen Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Sensibilität für die Vorzüge des deutschen Weins zu wecken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Aufgaben, die sehr bald, bevor der nächste Herbst kommt, von der Weinwirtschaft und deren Verbänden zu lösen sind; denn es könnte sein, dass es zumindest mengenmäßig wieder ein guter Herbst wird. Dazu gehören ein über-

schaubares Weinbezeichnungsrecht, eine handhabbare Mengenregulierung, ausreichende Lagerflächen je Hektar Rebfläche, eine Einigung bei den Abgabepreisen und zuletzt - ich denke, das ist das Wichtigste - der bedingungslose Wille zur Qualität.

Im Geleitzug von Eisbrechern können auch Schwächere einen Weg finden.

(Glocke des Präsidenten)

Aber allein eine ganze Flotte von verschiedenen Booten kann den Weg nicht freimachen, mögen es noch so schillernde Schiffe sein mit noch so schönen Namen, wie man sie überall, was den Wein betrifft, in Europa und in Amerika findet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass der Dialog zwischen Politik und Weinbaubetrieben gut ist und dass wir sehr gut zusammenarbeiten. Wir sollten das umsetzen, was bei der Anhörung zum Thema Weinmarktordnung von Weinbaupräsident Schrank gefordert wurde. Schaffen wir ein Bündnis für Wein!

Ich bedanke mich.

(Beifall der SPD, der F.D.P. und bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Frau Kollegin Kiltz, Sie haben noch vier Minuten Redezeit.

(Zuruf von der CDU: Die müssen Sie aber nicht ganz ausschöpfen!)

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

- Wenn es Sie langweilt, können Sie rausgehen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einige kleine Anmerkungen zum Wort Wettbewerbsfähigkeit machen. Es ist immer die Rede von Wettbewerbsfähigkeit, Weltmarkt etc. Liebe Leute, 90 % der in Europa erzeugten Agrarprodukte werden auch in Europa vermarktet. Noch einmal ein großer Prozentsatz davon wird gar nicht EU-weit vermarktet, sondern im jeweiligen Erzeugerland, und hat nicht einen solch weiten Weg. Leute, das sollten wir nicht vergessen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr richtig!)

Uns liegt daran, den Anteil, der in der Region vermarktet wird, sukzessive zu steigern. Wir werden alles daransetzen, und wir bekommen nun auch Rückenwind aus Bonn. Das ist wunderbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezüglich der EU-Weinmarktordnung herrscht weitgehendes Einverständnis unter allen Fraktionen. Sie haben einige Punkte aufgezählt, die die Weinmarktordnung enthält.

Es herrscht Einigkeit, was den Schutz der traditionellen önologischen Verfahren angeht und was die Delegation von Verantwortung auf die Regionen angeht. Es gibt jedoch eine deutliche Differenz, in der wir meines Erachtens allein auf dem richtigen Weg sind. Dies betrifft die Frage der Mengenregulierung.

Meine Damen und Herren, wir sind ganz entschieden - nicht bedingungslos, aber ganz entschieden -, für eine Mengenbegrenzung „Klasse statt Masse" und „Weniger ist mehr".

(Zuruf des Abg. Franzmann, SPD)

Das gilt im Übrigen für alle Agrarprodukte. Meine Damen und Herren, das verkauft sich nicht nur besser, das schmeckt auch gut.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr richtig!)

Gestern Abend hatten wir Gelegenheit, im Landtagsrestaurant ein Beispiel einer wunderbaren Agrar- und Esskultur zu genießen, und das im wahrsten Sinne des Wortes. Die agrarpolitischen Sprecher aller Fraktionen waren anwesend, aber Herr Billen und Herr Schmitt wurden leider nicht gesehen, zumindest nicht von mir.

(Zuruf von der CDU: Es ist Fastenzeit!)

Das wäre ein schönes Lehrbeispiel gewesen; denn zwischen dem guten Essen und dem Wein haben uns die Spitzenwinzer einiges mit auf den Weg gegeben.

So wäre es beispielsweise fatal - die Winzer waren sehr humorvoll -, wenn „zu wenig Blätter an den Weinstöcken hingen und zu viel Trauben". Sie haben alle darauf gedrungen, wir müssten mehr auf Begrenzung und auf Qualität und weniger auf Masse setzen. Dies gilt gerade auch für die Auslandswerbung. Herr Kollege Franzmann, ich verstehe nicht ganz, warum wir auf diesem Weg nicht gemeinsam gehen können.

(Zuruf des Abg. Franzmann, SPD)

Zumindest eines kann man jedoch festhalten: Dinge, wie den Dialog zwischen Politik, Weinbau und Agrarwirtschaft auf die Weise zu befördern, wie dies gestern Abend in diesen Räumen geschah, sollte man fortsetzen, da dies für alle Beteiligten lehrreich ist. Es macht Spaß und lässt eine Vision davon aufkommen, was Agrar- und Esskultur wieder sein könnten, wenn wir dies denn alle gemeinsam wollten.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Frey das Wort.

Abg. Dr. Frey, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend noch einige Bemerkungen zu der Situation insbesondere der Winzerinnen und Winzer in Rheinland-Pfalz machen. Wir stellen leider Gottes immer wieder und immer noch fest, dass das Image des deutschen Weins nicht so ist, wie es sein sollte. Die Winzerinnen und Winzer in Rheinland-Pfalz bemühen sich in den letzten Jahren verstärkt, Qualitätsweine zu produzieren, die nicht nur internationalen Standards genügen, sondern auch deutlich über diesen Standards liegen. Doch wir müssen dafür kämpfen, dass das auch allgemein bekannt wird und dass wir im Bereich des Marketings noch mehr unternehmen.

Ich begrüße, dass in den letzten Jahren darauf hingearbeitet wurde, dem deutschen Wein ein anderes Bild eines jüngeren und modischen Weins zu geben, wie dies auch im Ausland getan wird. Die Zeiten der Weinköniginnen mit dem Dirndl sind glücklicherweise in diesem Land vorbei. Dies ist auch ein Aspekt, wie man mit Wein umgeht. Damit haben wir auch die Stimmung in diesem Land etwas verbessert.

Wir müssen jedoch feststellen, es werden Qualitäten produziert, und gerade im fassweinproduzierenden Bereich werden diese Qualitäten bisher nicht ausreichend honoriert.

Wir stellen immer noch fest, dass zwar bessere Weine angeboten werden, dass die Weinpreise aber gerade für diese Weine nicht steigen. Ich bin deshalb der Meinung, dass wir erwägen sollten, ob es nicht möglich ist, über längerfristige Vertragsbindungen, möglicherweise auch über die Abgabe von Trauben und nicht nur von Wein und Most, gerade für den Fassweinsektor stabile Preise zu bekommen, damit wir nicht das Dilemma erleben, wie wir es im letzten Herbst in manchen Bereichen unseres Landes erlebt haben. Damals sind die Fassweinpreise deutlich eingebrochen.

Daran sind nicht nur die Kellereien schuld, sondern natürlich auch Winzer, die ihren Wein vielleicht zu früh verkaufen. Aber dafür gibt es sicherlich auch Gründe, weil so mancher Winzer eben das Fasskontingent nicht vorhält oder vielleicht auch finanzielle Probleme hat. Darüber müssen wir reden, und dafür müssen wir auch entsprechende Unterstützungsmaßnahmen finden, wenn dies möglich ist.

Frau Kiltz - ich sehe sie im Moment nicht, sie ist offensichtlich draußen -, ich habe mit Interesse vernommen, dass Sie sich für die Spitzenweingüter einsetzen. Das ist hervorragend. Wir haben hervorragende Weingüter in Rheinland-Pfalz. Wir müssen aber auch an alle anderen denken und schauen, dass diese auch diese Spitzenqualität auf Dauer erzeugen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Da bin ich der Meinung, dass wir mit dieser Mengenregulierung, wie wir sie haben, auf einem guten Weg sind. Wer noch weniger produzieren möchte, dem ist das unbenommen. Aber für die breite Masse ist es bisher eine sinnvolle Lösung.

Ich komme nun zum Thema Bezeichnungsrecht. Da werden wir uns noch Neues überlegen müssen. Das ist nicht mehr auf dem neuesten Stand im internationalen Vergleich. Da gibt es Ansätze, die mich froh stimmen.

Anzusprechen ist noch das Thema der EU-Weinmarktordnung. Das Thema der önologischen Verfahren ist ein Thema, das uns hier sicherlich noch häufig beschäftigen wird. Es gibt Verfahren in anderen Staaten, die dort als traditionell angesehen werden, die ich aber absolut ablehne, wenn wir zum Beispiel hier in diesem Lande Eiswein aus der Kühltruhe machen. Das kann es nicht geben. Ein Barriquewein mit Chips kann einfach auch nicht als solcher verkauft werden. Da müssen wir uns eben auch beim Bezeichnungsrecht überlegen, ob wir da nicht Änderungen schaffen und auch auf die Qualität hinweisen, die wir hier in und mit der Natur produzieren und nicht nur mit Technik. Darauf sollten wir hinweisen; denn das macht unseren Wein so liebenswert und trinkenswert.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich darf ich Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt Speyer sowie Mitglieder der Feuerwehr aus Ahrweiler. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Staatsminister Bauckhage.

Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst ein paar Worte zu Ihnen, Herr Schmitt, sagen. Es ist keine Frage, dass die Ausgleichszulage, die in andere Zulagen eingebunden ist, natürlich von dieser Landesregierung nicht abgeschafft wird, sondern bleibt. Wenn Sie Prüfsteine aufstellen, so bin ich immer der Meinung, dass man genau wissen muss, was man sagt. Auch Sie müssen genau wissen, wenn Sie sich hier so bedeutend hinstellen und sagen, dass Sie mich nach folgenden Kriterien prüfen, was Sie damit meinen.

(Schmitt, CDU: Was ist denn dann?)

- Das ist auch legitim. Nur ich sage Ihnen Folgendes: Ihre Prüfsteine, die Sie hier aufstellen, sind bisher alle erfüllt worden.

(Schmitt, CDU: Bis auf zwei!)

Jetzt kann man lange über die Hofnachfolge und das Kataster streiten. Ich werde Ihnen natürlich heute und hier im Hause nicht mitteilen, was ich demnächst noch im Rahmen der agrarstrukturellen Untersuchungen machen werde. Das werden wir auf einen Weg bringen.

Ich möchte zunächst einmal die Gelegenheit nutzen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an diesem Werk in meinem Hause tätig waren, öffentlich herzlich zu danken.

(Beifall im Hause)

Das war kein leichtes Unternehmen. Ich halte es für richtig, auch vor dem Hintergrund der Agenda 2000, dass man einmal eine Bestandsaufnahme macht.

Ich möchte ein paar Sätze sagen, die mich doch umtreiben. Deutschlandweit ist die bewirtschaftete Fläche trotz eines enormen Höfesterbens kaum zurückgegangen. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen. Wenn man hier von Wettbewerbsfähigkeit redet und den Landwirt ein Stück aus der Ecke des Subventionsempfängers herausnehmen will, Herr Anheuser, was ich will, dann muss man diesen Gesichtspunkt sehen. Ich möchte auch diese Stigmatisierung nicht haben, weil ich weiß, dass die Subventionen und die Fördermittel, die die Landwirtschaft bekommt, gut angelegtes Geld in anderem Sinne sind. Man muss dazusagen, dass dann natürlicherweise Wettbewerbsfähigkeit, so gut es geht, hergestellt werden muss. Da ist nun einmal die Wachstumsschwelle bei jenseits der 75 Hektar. Das ist nun einmal so.

(Schmitt, CDU: Rechnerisch!)

- Es ist natürlich mit dem Durchschnitt immer so ein Problem, wie beim Kühlschrank und bei der Herdplatte, wenn es einem nicht zu warm oder nicht zu kalt ist, wenn man in der Mitte sitzt. Mich stört es auch nicht, wenn jemand 10 Hektar hat und damit gut leben kann. Das ist nicht mein Problem. Mein Problem ist, ich habe gefälligst dafür zu sorgen, dass wir bodenordnungsmäßig so weit kommen, dass die Betriebe wettbewerbsfähig sind. Das ist doch mein Problem.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Es wäre doch fatal, wenn ich dafür nicht die Voraussetzungen schaffe. Mich stört es doch nicht, wenn sie mit weniger Hektarn zurechtkommen. Das stört mich doch gar nicht. Man muss jedoch nur einmal sagen dürfen, was auf uns zukommt. Ich sage noch einmal, die bewirtschaftete Fläche ist trotz eines enormen Höfesterbens kaum zurückgegangen. Das muss man doch einmal zur Kenntnis nehmen.

Ich muss auch zur Kenntnis nehmen, dass wir einen freien Welthandel haben. Ich kann und will ihn auch nicht verhindern - ich will mich auch nicht abschotten, auch die Bundesrepublik Deutschland nicht - und muss zur Kenntnis nehmen, dass andere Staaten mit ihren Produkten zu ihren Preisen auf unseren Markt kommen. Das ist doch nun einmal so. Das werden wir auch nicht ändern wollen; denn es gibt dort andere Aspekte zu beleuchten. Diesen Außenschutz gibt es nicht. Deshalb müssen wir schauen, wie wir die Betriebe wettbewerbsfähig bekommen.

Ich gebe Ihnen natürlich in einem Punkt Recht - diese Messlatte können Sie gerne anlegen -, wir müssen überlegen, wie wir mit der FFH-Richtlinie umgehen. Das ist doch völlig klar. Wie gehen wir mit dem Bundesnaturschutzgesetz um? Das ist doch auch völlig klar. Herr Kollege Schmitt, eines ist aber auch völlig klar: Beim Bundesnaturschutzgesetz, das am Anfang von der seinerzeitigen Bundesregierung beschlossen wurde, was ich Ihrem Präsidenten Sonnenleitner neulich noch gesagt habe, ist für mich die spannende Frage, zu entscheiden, inwieweit der Eigentumsschutz vor die Sozialpflichtigkeit geht. Das ist nicht meine Sache gewesen. Verstehen Sie, das ist nicht meine Sache gewesen. Eigentumsschutz ist ein Grundrecht, Sozialpflichtigkeit eine Zielbestimmung.

Man muss auch wissen, wenn man redet, dass wir darüber sprechen, dass 95 % dieser Flächen in der Bundesrepublik nicht versiegelt sind. Ich sage dies nur einmal vor dem Hintergrund vieler Debatten, die man führt.

Man muss sich diesen Punkt einmal betrachten. Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, das nur in der ersten Tranche bezüglich der FFH-Gebiete gemeldet hat, nämlich die jetzt bestehenden Naturschutzgebiete, mehr nicht. Dass wir natürlich Druck bekommen, ist auch klar. Sie können sich aber darauf verlassen, dass wir genau wissen, was wir machen. Wir werden auch die Kammer früh genug einschalten. Da gibt es übrigens Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten. Das ist gar keine Frage. Es gibt eine breite Übereinstimmung. Wir werden die Kammer früh genug einschalten.

Jetzt kommt die spannende Frage der Situation, die Frau Kiltz hier geschildert hat. Ich habe doch nichts dagegen, wenn regional vermarktet wird. Ich habe auch nichts dagegen, wenn wir dann mit kleinen Betriebsstrukturen auskommen. Sie werden aber erleben, dass sich die Verbraucher frei anders entscheiden werden. Natürlich entscheidet sich ein Teil der Verbraucher dafür.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Zunehmend!)

- Natürlich. Aber Sie werden damit nicht eine flächendeckende Landbewirtschaftung gewährleisten können. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD -
Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Diese will ich gewährleisten. Ich möchte sie gewährleisten und möchte auch sicherstellen, dass ein Landwirt seine Existenzgrundlage behält.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wollen wir auch!)

Das ist doch äußerst interessant. Man muss sich einmal diese Ökostudie anschauen, wohlgemerkt nur im Weinbau. An dieser Studie hat übrigens das Ifo-Institut mitgewirkt, das wirklich nicht als regierungsnah zu bezeichnen ist, sondern eher in der Nähe anderer steht. Ich habe großen Wert darauf gelegt, dass dies nun auch auf den Tisch des Herrn gelegt wird. Diese Studie belegt, dass die integrierte Landbewirtschaftung umweltschonender als die ökologische Landbewirtschaftung im speziellen Bereich des Weinbaus ist; das ist völlig klar.

Meine Damen und Herren, ich komme nun auf den zweiten Punkt zu sprechen. Man muss jetzt überlegen, wie man dies alles auf die Reihe bekommt. Wir können jetzt in der Marktwirtschaft lange streiten. Es gibt zumindest an der Theke Marktwirtschaft; ich meine damit also beim Fleischer und beim Bäcker. Da gibt es Marktwirtschaft. Frau Kiltz, dann können wir lange streiten, rauf und runter, hin und her. Ich sage Ihnen, in diesem Staat gibt es keine Schweinefleischknappheit. Es gibt überall in jedem Metzgerladen Schweinefleisch. Der Metzger fragt mich und Sie auch nicht, wo er das kauft. Ich sage einmal, er kauft es dort, wo es günstig ist. Wenn man das alles will, was ich möchte, dann muss man Vermarktung und Tierschutz in Einklang bringen, dies mit dem Schweineprogramm.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nur so kann es gehen. Ich bin doch auch dabei, es so zu machen. Ich garantiere Ihnen damit immer noch keine flächendeckende Landbewirtschaftung mit all den Nischen, die breiter zu machen sind.

Ich möchte noch ein letztes Wort zur Steuerreform sagen. Wenn man darüber redet, muss man zunächst einmal unterscheiden. Ich sagte vorhin eingangs in meiner Rede bei der Ökosteuer, dass die 1 000-Mark-Grenze für wenige rheinland-pfälzische Unternehmen zutrifft. Sie ist aber eine Verbesserung des Status. Das muss man objektiv sagen.

Wie sich diese Landesregierung letztendlich entscheiden wird, entscheidet sie früh genug. Nur, ich sage Ihnen eines, wir werden uns - wie Herr Kuhn gestern sagte - entlang der Koalitionsvereinbarung entscheiden. In diesem Falle werden Sie uns auch nicht auseinander dividieren. Ich sage dies deshalb, weil man wissen muss, wo die Grenzen der steuerlichen Belastung der Landwirtschaft sind. Das ist eine hoch spannende Frage, wenn man dies auf die Landwirtschaft kapriziert. Aber dies lassen wir jetzt alles außen vor. Das wollen wir nicht machen.

Ich will abschließend sagen, ich glaube, dass der Bericht zum jetzigen Zeitpunkt eine gute Ergänzung zu den Berichten war, die wir schon vorliegen haben. Ich glaube, dass wir in der Politik die Verpflichtung haben, basierend auf dem Bericht, die Landwirtschaft auszurichten, und zwar immer unter dem Blickpunkt flächendeckender Landbewirtschaftung, Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebs. Das ist der Blickpunkt.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Wir können lange darüber streiten, in welcher Größenordnung dies sein muss. Aber über eines können wir nicht streiten, nämlich darüber, dass wir auch unter dem Gesichtspunkt ansetzen müssen, dass der Betrieb so wirtschaftlich wie möglich arbeitet. Das muss unser Thema sein.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne werden wir dies tun. Ich werde mich gern diesen Prüfungen stellen; denn eines muss man sagen: Bis hin zum Steillagenweinbau und zur Weinvermarktung ist in diesem Land eine Landwirtschaftspolitik gemacht worden, die sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß auch, dass man ordnungspolitisch darüber streiten kann. Nur eines weiß ich ganz genau, dass wir nämlich andere Größenordnungen der Betriebe haben.

Herr Kollege Schmitt, unsere Betriebe stehen bei der Vermarktung auch in Konkurrenz zu Chilenen, Australiern, Kalifornern und Südafrikanern. Das sind Größenordnungen von 500 bis 1 000 Hektar.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schmitt?

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Bitte sehr.

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Schmitt, bitte.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Minister, weil ich Ihre Bewertung über die Steillagen, den ländlichen Raum und insgesamt über die Erhaltung der

Kulturlandschaft voll teile, frage ich - dies war meine konkrete Frage von vorhin -, hat der Weinbaupräsident oder der Weinbauverband Mosel-Saar-Ruwer Recht mit seiner Befürchtung, dass durch die Steuer, die hinzukommt, und durch die 630-DM-Jobs eine Belastung - wie geschildert - erfolgt, oder ist die Berechnung der Bundesregierung, die auch darauf reagiert hat, zutreffend?

Ich nehme an, in Ihrem Ministerium hat man sich Kopfzerbrechen darüber gemacht, wer Recht hat.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Kollege Schmitt, derzeit wird so viel politisch Eingefärbtes geäußert.

Zu den 630-DM-Jobs hat heute Morgen Herr Kollege Gerster ausführlich dargestellt, wie er diese beurteilt.

Herr Kollege Anheuser, ich füge noch eines hinzu: Ich habe mich schon ein wenig geärgert, dass bei der Frage der Erntehelfer in Bonn jetzt mehr Bewegung gegeben ist als bei der alten Bundesregierung. Über Herrn Blüm - Farbenlehre, Klammer zu, Klammer auf, dies machen wir jetzt nicht - war da nichts zu machen. Da habe ich mir noch als Abgeordneter die Finger wund geschrieben, um dies ein Stück zu lockern. Auf einmal wird es ein Stück gelockert. Das muss man auch einmal sehen.

Zur Frage der Steuer kann ich Ihnen sagen, dass es unterschiedliche Berechnungen gibt, und zwar für die gesamte Landwirtschaft.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

- Herr Schmitt, das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Das reiche ich Ihnen nach.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass sich derzeit viele Präsidenten äußern, sich auch politisch eingefärbt äußern. Es ist gar keine Frage, diese müssen sich aufgrund ihrer Interessenlage äußern. Dafür sind es Interessenvertreter.

Man redet derzeit von 80 Millionen bis 100 Millionen DM, und zwar Agenda 2000 plus Steuern. Das ist ein Datum. Nach den gestrigen Beschlüssen muss man sagen, dies gibt es nicht sofort, sondern dies erfolgt stufenweise. Ich kann dies nicht zurückrechnen. Vermutlich ist die Belastung nicht sofort in dieser Wucht vorhanden.

Aber Sie können sich darauf verlassen, dass die Landesregierung schlussendlich ihre Entscheidung trifft, wenn es Zeit ist und alles vorliegt. Die Entscheidung wird im Interesse der Bürger im Land und im Interesse der Landwirtschaft getroffen.

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

- Die Berechnung bekommen Sie. Ich kann nicht sagen, beim Steillagenweinbau macht dies so viel und global macht dies so viel aus. Man muss genau hinschauen. Bei der 1 000-DM-Grenze und bei der Ökosteuer fallen 90 % der Betriebe in Rheinland-Pfalz nicht darunter. Aber ich weiß es nicht genau. Ich schätze dies jetzt einmal. Wir werden Ihnen nachliefern, wie hoch die Belastung ist.

Ich muss auch ehrlich sagen - das stört mich bei Ihnen und bei Herrn Kollegen Billen -, dass ich derzeit nicht verhandle. Ich kann nur meine Interessen beim Kollegen Funke anmelden. Das ist geschehen. Er hat sich viel Mühe gegeben, diese zu vertreten . Nur, er musste 16 Länder zusammenfügen. Ich will ihm auch keinen strategischen Ratschlag geben, weil ich nicht verhandle.

Das sind verdammt schwierige Verhandlungen. Das haben wir schon in der Vergangenheit erlebt. Es gibt unterschiedliche Interessen. Wir haben erlebt, wie „beinhart" die Franzosen in den Verhandlungen waren. Die eigentliche Klammer war die Agrarpolitik der EU. Das ist die Klammer der EU gewesen. Fast hätten wir entscheiden müssen, ob wir eine Renationalisierung oder im Hinblick auf die friedensstiftende Wirkung Europas den freien Handel in Europa bekommen.

Frau Kollegin Kiltz, eines ist klar: Sicherlich wird der meiste Handel mit Agrarprodukten innerhalb der EU betrieben. Klar ist aber auch, dass die Bedingungen und die Preisfindung unterschiedlich sind. Das muss hier einmal gesagt werden. Wir stehen auch da in hartem Wettbewerb.

Es bleibt dabei: Fußend auf den Berichten sind die Weichen richtig zu stellen, und die Weichen können nur heißen, bäuerlicher Familienbetrieb und flächendeckende Landbewirtschaftung unter dem Vorzeichen, dass auch der Landwirt - für mich jedenfalls; ich sagte dies eingangs - ein hohes Interesse an der Ertragskraft seines Bodens hat und wir darüber hinaus alle dankbar sein müssen, dass er uns diese Kulturlandschaft so gegeben hat, wie sie ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich beende die Aussprache zu den Punkten 15 und 16 der Tagesordnung.

Es wird gewünscht, den Bericht der Landesregierung über die regionale Situation der Landwirtschaft und des Weinbaus in Rheinland-Pfalz 1998 im Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau zu besprechen. Dies ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag der Fraktion der CDU „Agrarpolitik der Agenda 2000" - Drucksache 13/3992 -. Wird hier ebenfalls Überweisung an den Ausschuss gewünscht?

(Zuruf aus dem Hause: Abstimmung!)

- Meine Damen und Herren, unmittelbare Abstimmung wird gewünscht.

Wer diesem Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 13/3992 - seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! -

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

- Meine Damen und Herren, Herr Dr. Gölter möchte feststellen lassen, ob eine Mehrheit gegeben war.

Ich bitte die Schriftführer, die Stimmen auszuzählen.

Wer ist für diesen Antrag? - 20 Stimmen. - Die Gegenprobe! - Das ist eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

"Friedensakademie Rheinland-Pfalz" - Beitrag des Landes zum Aufbau einer Infrastruktur zur zivilen Konfliktbearbeitung
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/4062 -

Zur Begründung des Antrags erteile ich der Abgeordneten Frau Grützmacher das Wort.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Bevor ich den Antrag begründe, möchte ich doch noch eine, wie ich glaube, wichtige Vorbemerkung machen.

Ich möchte deutlich machen, dass wir, wenn wir heute über den Antrag „Friedensakademie Rheinland-Pfalz" reden, nicht mehr die Debatten der achtziger Jahre führen, nicht mehr sozusagen Bellizisten gegen Pazifisten, Interventionisten gegen Leute, die nicht intervenieren wollen. Ich denke, das ist jetzt nicht mehr die Frage. Es ist nicht die Frage, ob man Militär weiterhin braucht, um solche gewaltsamen Konflikte wie zum Beispiel in Bosnien und im Kosovo einzudämmen, oder ob man, wie wir dies in unserem Antrag vorstellen, Friedensfachkräfte braucht, um dort die Gesellschaften wieder aufzubauen oder um Konflikte präventiv zu verhindern.

Meine Damen und Herren, nein, das ist keine Frage des Entweder-oder. Wir werden in Zukunft - das zeigt sich in vielen Bereichen immer deutlicher und immer stärker - oft auf gut ausgebildete Friedensfachkräfte zurückgreifen müssen, zum Beispiel als Wahlbeobachter, zum Beispiel als Mitglieder von OSZE-Missionen, zum Beispiel auch dann, wenn rheinland-pfälzische Polizistinnen und Polizisten nach Bosnien, in das Kosovo oder nach Ruanda gehen.

Es ist ganz egal, wie wir dabei zum Einsatz von militärischer Gewalt in solchen Konflikten stehen. Diese Friedensfachkräfte werden in Zukunft verstärkt gebraucht. Das werde ich gleich auch an einigen Beispielen deutlich machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, so weit zur Vorbemerkung.

Ich habe gerade von den 80er Jahren gesprochen. Inzwischen befinden wir uns Ende der 90er Jahre. Die Zeiten haben sich geändert und die neue rot-grüne Bundesregierung hat sehr deutlich gemacht, dass für sie Krisenprävention und zivile Konfliktbewältigung sehr wichtige Punkte sind. Die neue Bundesregierung setzt sich für den Aufbau einer Infrastruktur zur Krisenprävention und zur zivilen Konfliktbearbeitung ein. So steht es im Koalitionsvertrag. Hierzu gehört neben der finanziellen Förderung der Friedens- und Konfliktforschung sowie der Vernetzung bestehender Initiativen die Verbesserung der juristischen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Ausbildung und den Einsatz von Friedensfachkräften und Friedensdiensten.

Meine Damen und Herren, in diesem Fall bietet sich meiner Meinung nach eine Chance für Rheinland-Pfalz, und zwar eine Chance, nun wirklich auch einmal von der Friedensdividende zu profitieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rheinland-Pfalz ist in großem Maße vom Abzug des Militärs, von den amerikanischen und französischen Truppen, betroffen gewesen, und in vielen Fällen ist das als etwas Bedrückendes empfunden worden, weil damit oft ein Verlust von Arbeitsplätzen einherging. Wenn wir jetzt mit einer Friedensakademie in Rheinland-Pfalz sozusagen den Neuanfang nach dem Kalten Krieg fördern wollen, ist das natürlich nur eine symbolische Geste. Das ist aber meiner Meinung nach eine wichtige Geste, um zu zeigen, was sich in Rheinland-Pfalz verändert hat.

Meine Damen und Herren, was soll jetzt eine Friedensakademie leisten? Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hatten manche von uns vielleicht ein bisschen blauäugig gedacht, dass jetzt die großen Konfrontationen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zu Ende gehen. Leider ist das überhaupt nicht der Fall. Das Ausbrechen von neuen regionalen und Nationalitätenkonflikten zeigt immer stärker die Notwendigkeit von ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensstiftung in Bosnien, im Kosovo und in Ruanda.

Natürlich haben wir mit Menschen, die an einer Friedensakademie ausgebildet werden, auch keine Patentlösung für diese Konflikte. Das will ich noch einmal deutlich sagen. Das Ganze kann nur ein kleiner Mosaikstein sein, indem man versucht, Konflikte entweder präventiv zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken oder aber auch, nachdem diese Konflikte beendet sind, zu versuchen, in diese noch unbefriedete Gesellschaft Frieden hineinzubringen. Das ist aber - wie gesagt - nur ein kleiner Mosaikstein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, natürlich ist das neues Terrain, auf das wir uns begeben. Friedensfachkräfte ist ein Wort, das noch längst nicht in aller Munde ist. Wenn ein neues Terrain betreten wird, gibt es natürlich auch immer viele Denkblockaden. Man bewegt sich nur ungern auf neue Bereiche zu. Bei der Diskussion, die wir heute führen, ist meiner Meinung nach wichtig, dass wir versuchen, solche Denkblockaden ein bisschen weiter herauszuschieben bzw. aufzugeben.

Das war jetzt eine Vormerkung zur Friedensakademie.

Jetzt will ich zu den Aufgaben kommen: Wir sehen bei einer solchen Friedensakademie auch eine wichtige Aufgabe in der Friedensforschung, und zwar vor allem in der Prävention, indem man Informationen und Analysen über Konfliktherde mit dem Ziel erstellt, dass man dann vielleicht vorher schon zu einer Prävention kommen kann.

Auch in diesem Fall ist das Kosovo ein bedrückendes Beispiel. Acht Jahre vorher war klar, dass in diesem Bereich ein ganz großer Konflikt entstehen wird. Erst in dem Moment, als das Ganze durch die UÇK gewalttätig wurde, haben wir im Grunde genommen angefangen, uns damit intensiv zu beschäftigen. Wir haben bisher noch viel zu wenige Möglichkeiten, um uns in Konflikte, die wir heraufkommen sehen, intensiv einzumischen, damit man vielleicht - natürlich wird das nicht immer gelingen - vorher schon etwas tun kann, um einen solchen Konflikt zu deeskalieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein wichtiger Bereich der Forschung. Ein anderer Bereich ist uns von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber noch wichtiger. Das ist die Ausbildung von Friedensfachkräften. Das sind Männer und vor allen Dingen Frauen, die in solche Gebiete gehen wie zum Beispiel nach Sanski Most in Bosnien, um dort den Familien, die aus Rheinland-Pfalz zurückkehren, eine Anlaufstelle zu geben, damit sie nicht nur bei der Wohnungs- und Arbeitssuche betreut werden, sondern damit man ihnen auch hilft, die Konflikte zwischen denen, die dageblieben sind, und denen, die zurückgekommen sind, irgendwie zu bewältigen. Dafür wurden schon Friedensfachkräfte in Nordrhein-Westfalen ausgebildet. Das wird in Zukunft sehr viel häufiger notwendig sein.

Ein ganz wichtiger Bereich ist auch der der Polizei. Wir haben in einem Bericht vom Ministerium des Innern und für Sport sehr deutlich die Aufgabe der Polizei in solchen Friedensmissionen zu hören bekommen. Allgemein ist festzustellen, dass die Bedeutung der Polizeikomponente bei friedenserhaltenden Maßnahmen wächst. Um selbsttragende Sicherheitsstrukturen in der Polizei und in der Justiz zu schaffen, kann die Staatengemeinschaft zunehmend die Konfliktgebiete auch nach der Beendigung von Kampfhandlungen nicht sich selbst überlassen. Sie muss bei der Herausbildung neuer Strukturen kontrollierend und sogar regelnd auftreten.

Meine Damen und Herren, ja, es sind auch rheinland-pfälzische Polizisten dabei, um solche Dinge weiterzuführen und das Ganze in friedliche Bahnen zu lenken. Wo werden diese Polizisten vorbereitet? Wie werden sie vorbereitet? In welcher Form gibt es zum Beispiel hinterher Erfahrungsberichte? Was haben die Polizisten an der Aufgabe, die sie dort bewältigen mussten, auszusetzen und was ist nicht richtig gelaufen? In diesem Bereich gibt es viel Bedarf, aber es gibt bisher nur sehr wenig, was diesem Bedarf irgendwie Genüge tut.

Zum Schluss möchte ich noch einen Punkt ansprechen. Für uns in Rheinland-Pfalz scheint es sehr wichtig zu sein, den Bereich Medien und Krieg zu betrachten. Wir alle wissen aus Ruanda aufgrund einer unheilvollen Erfahrung, dass der Rundfunksender „Tausend Hügel" in Ruanda eine besondere Bedeutung bei der Eskalation des Völkermords im rheinland-pfälzischen Partnerland gespielt hat. In diesem bundesweit neuen Bereich Medien und Konflikte sollte eine rheinland-pfälzische Friedensakademie eine besondere Rolle spielen und auch die besondere Rolle von Fernsehen, Radio und Internet in diesen Krisengebieten untersuchen sowie Gegenstrategien entwickeln. Auch die OSZE denkt darüber nach. Sie hat schon über unabhängige Sender usw. nachgedacht und darüber, wie man Journalisten, aber auch Techniker dafür schult. Auch das wäre eine wichtige Aufgabe einer solchen Friedensakademie.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit einer solchen Friedensakademie auf einer ehemaligen Militärliegenschaft in Rheinland-Pfalz könnte das Land - ich habe das am Anfang schon erwähnt - eine kleine Friedensdividende erhalten. Eine solche Friedensakademie würde auch gleichzeitig an die lange Tradition der Friedensbewegung in Rheinland-Pfalz anknüpfen. Wir hoffen, dass sich die Landesregierung in Bonn für so etwas stark macht.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich begrüße weitere Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar die Kameradschaft des Deutschen Bundeswehrverbandes aus Diez/Limburg. Seien Sie herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt das Wort.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Frau Kollegin Grützmacher, Friedensakademie ist zunächst einmal eine Begrifflichkeit, der man sehr viel Sympathien entgegenbringen kann und auch muss. Mit den Inhalten, mit denen Sie die von Ihnen beantragte Friedensakademie Rheinland-Pfalz befrachten, kommen wir aber in erhebliche Schwierigkeiten. Ich bitte Sie wirklich, einmal zu überlegen, ob Sie sich nicht erheblich übernehmen.

Was verlangen Sie vom Land Rheinland-Pfalz, wenn Sie sich von dieser Friedensakademie - so in Ihrem Antrag - einen innovativen Beitrag zur Krisenprävention und zur zivilen Konfliktberatung erhoffen, um Infrastrukturen zur Friedenserhaltung und Friedenssicherung aufzubauen?

(Zuruf des Abg. Rieth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Frau Kollegin Grützmacher und verehrter Herr Kollege Rieth, Sie wissen das ganz genau. Das sind Zuständigkeiten, die sogar über die Dimension einer Bundeszuständigkeit hinausgehen. Wenn Sie sich die Koalitionsvereinbarungen, auf die Sie sich berufen, noch einmal ansehen - ich werde daraus zitieren -, dann werden Sie merken, dass natürlich die Bundesrepublik Deutschland selbst in ihrer Zuständigkeit auf europäische Dimensionen zurückgreift.

Ich verweise auf den Punkt 4 der Koalitionsvereinbarungen. Darin heißt es unter dem Stichwort NATO: „Die neue Bundesregierung betrachtet das Atlantische Bündnis als unverzichtbares Instrument für die Stabilität und Sicherheit Europas sowie für den Aufbau einer dauerhaften europäischen Friedensordnung." Das ist der erste Punkt. Dann folgt der Punkt 5, auf den Sie sich speziell beziehen. Die OSZE ist die einzige gesamteuropäische Sicherheitsorganisation. Das macht sie unersetzlich.

(Präsident Grimm übernimmt den Vorsitz)

Die neue Bundesregierung wird deshalb Initiativen ergreifen, um die OSZE zu stärken und die obligatorische friedliche Streitschlichtung im OSZE-Raum durchzusetzen. Das ist das Vorhaben der Bundesregierung. Das ist auch vernünftig.

Wenn Sie eine Friedensakademie mit diesen Aufgaben betrauen wollen, ist das, verehrte Frau Kollegin, fast naiv. Sie haben selbst den Konflikt im Kosovo als ein Beispiel angeführt, bei dem man möglicherweise durch eine Friedensakademie mehr hätte machen können. Das ist naiv. Deshalb haben Sie Verständnis, dass wir eine Friedensakademie Ihrer Couleur nachhaltig ablehnen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Machen Sie Ihre eigene!)

Verehrte Frau Kollegin, ich will zugleich deutlich machen, dass natürlich das Anwachsen von weltweiten Konflikten, aber auch das Gewaltpotenzial in unserem eigenen Land mit dafür verantwortlich ist, dass wir uns Gedanken machen müssen, wie wir in unseren eigenen Einrichtungen vorbeugend tätig werden. Darauf sollten wir unser Augenmerk richten. Ich bin durchaus - vermutlich auch mit Ihnen - der Auffassung, dass hier das eine oder andere noch nachhaltig verstärkt werden muss.

Unstrittig ist, dass inzwischen Themenschwerpunkte, wie Konflikterkennung, Konsensfindung, kontrollierter Dialog, Methoden der gewaltfreien Aktionen, der Gewalteskalation, Arbeiten im Team, Verhandlungstechniken, Konfliktmanagement bis hin zu Fragen der Menschenrechte, in unseren Hochschulen, Schulen und Ausbildungsgängen an berufsbildenden Schulen einen Platz finden. Das ist weiter auszubauen. Das ist im Interesse unserer eigenen und der multikulturellen Gesellschaft dringend notwendig, um mehr Toleranz zu erzeugen.

Ich will es kurz machen. Unser Fazit ist: Diese Friedensakademie mit der von Ihnen zugeschriebenen Aufgabenverteilung lehnen wir ab. Von der Verfassungslage her ist eindeutig der Bund zuständig. Wir wollen die Landesregierung in ihren Bemühungen unterstützen und ermutigen, im Bildungs- und Ausbildungsbereich die zivile Konfliktbearbeitung nachhaltig zu verstärken. Natürlich werden wir Initiativen der Bundesregierung zum Aufbau einer Infrastruktur zur zivilen Konfliktbearbeitung im Rahmen unserer Landeszuständigkeit unterstützen. Wir sind auch bereit, sofern neue Einrichtungen geplant sind, für die sich Rheinland-Pfalz anbietet, diese auch in unserem Bundesland anzusiedeln.

Sie stellen dar - das will ich zum Schluss erwähnen -, dass wir nun endlich unsere Friedensdividende erhalten können. Verehrte Frau Kollegin Grützmacher, diese Möglichkeit hätten Sie in diesem Land Rheinland-Pfalz schon häufiger gehabt.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und der F.D.P.)

Ich erinnere an die gestrige Diskussion. In dieser ging es um den Flugplatz Hahn und Zweibrücken, wo Sie über Jahre sehr nachhaltig für die Friedensdividende eingetreten sind. Fragen Sie einmal die Arbeitnehmer, die in diesen Regionen wohnen, was sie von den Aktionen der GRÜNEN dort gehal-

ten haben. Sie haben eine Menge versäumt. Sie könnten viel machen. Glauben Sie doch nicht, dass Sie mit einer Friedensakademie Ihrer Couleur, die wir aus verfassungsrechtlichen Gründen überhaupt nicht befürworten können, Entsprechendes kompensieren können.

Meine Damen und Herren, bei allem Verständnis ist dies mit dieser Aufgabenzuweisung für uns Sozialdemokraten nicht akzeptabel.

Danke schön.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Herr Dr. Braun, ich bitte um Nachsicht. Das war ein Missverständnis. Eine Zwischenintervention ist möglich.

Herr Dr. Schmidt, sind Sie noch bereit, eine Frage zu beantworten.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Ja.

Präsident Grimm:

Bitte schön, dann machen wir das auch.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Wir haben noch vier Minuten Zeit.

Präsident Grimm:

Bitte schön, Herr Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kollege, ich wollte Sie fragen, welche verfassungsrechtlichen Gründe dem entgegenstehen und ob Sie andere Vorschläge machen, die in die Richtung gehen.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Ich habe gesagt, dass wir natürlich im Rahmen unserer Landeszuständigkeit durchaus im Bildungs- und auch im Ausbildungsbereich Verstärkungsmöglichkeiten sehen. Wir halten nichts davon, spezielle Berufsbilder zu etablieren. Ein gut qualifizierter Facharbeiter - wir haben das bei den Polizisten gesehen - ist durchaus in der Lage, auch ohne eine Friedensakademie nach einer entsprechenden Fortbildung nach Bosnien entsandt zu werden und dort eine sehr friedensfördernde Arbeit zu verrichten.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Creutzmann, F.D.P.: So ist es!)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Rosenbauer das Wort.

Abg. Dr. Rosenbauer, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Beim ersten Überfliegen des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind mir folgende Gedanken gekommen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten ihre Erfahrungs- und Selbsterfahrungswerte in Bezug auf Konfliktaustragung zwischen Fundis und Realos auf höhere Ebene übertragen und umsetzen. Der Antrag hatte den Anschein.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr witzig!)

- Frau Grützmacher, seit die GRÜNEN in Bonn in der Regierungsverantwortung stehen, lernen sie auf einmal die Wirklichkeit kennen, insbesondere in der Person Fischer als Außenminister. Dazu kann ich nur sagen: Kosovo, Vorbereitung einer militärischen Maßnahme im Ausland, Abschied der GRÜNEN von den theoretischen und fundamentalistischen Positionen hin zum Weg der Realität, Abschied von der Wunschwelt.

Frau Grützmacher, Ihr Eingangsstatement war bemerkenswert. Es war eine völlige Bestätigung dessen, was ich gerade gesagt habe. Sie folgen schön Herrn Fischer. Man muss nur etwas herumklappen und schon geht das anders.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Grützmacher, insofern hat Ihr Antrag innerhalb von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine echte Konfliktbewältigungsaufgabe und ist sicherlich berechtigt. Man würde aber zu kurz greifen, wenn man den Antrag nur unter diesem Gesichtspunkt sehen würde.

In Bezug auf die Äußerungen in den letzten Jahren, zum Beispiel zu den Demonstrationen bei den Castor-Transporten, wo Sie mittlerweile auch eine Wende gemacht haben, erscheint Ihr Antrag allerdings in einem völlig anderen Licht. Ich möchte nicht näher darauf eingehen.

Dennoch ist es ein sehr ernstes Thema. Das Anliegen ist berechtigt. Das hat uns gerade die jüngste Vergangenheit lei-

der tagtäglich wieder vor Augen geführt, zum Beispiel in Bosnien, im Kosovo, in Ruanda, Somalia und vielen anderen Gebieten auf dieser Erde.

Ganz gleich, ob nah oder fern, die Problematik Konfliktberatung und Friedenssicherung kann an jedem Punkt dieser Erde und in kürzester Zeit zur existenziellen Frage der Menschen werden. Friedensarbeit ist notwendig und erforderlich. In diesem Punkt sind wir uns einig; denn Krieg, Bürgerkrieg und Gewalt müssen vorgebeugt und verhindert werden.

Seelische Wunden, die durch Einwirkung von Gewalt entstanden sind, müssen heilen. So könnte man sicherlich eine ganze Reihe von Argumenten aufführen. Wenn man die historische Entwicklung betrachtet, ist der Antrag eigentlich auch berechtigt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tilman Evers hat diese Entwicklung in vier Phasen eingeteilt. Die erste Phase war unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Diese Phase war durch die pazifistische Bewegung und den Impuls gekennzeichnet, die die Absage an den Nationalismus und den Krieg beinhalteten. In der zweiten Phase kurz nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden die Friedensorganisationen, die zum Beispiel in der Aktion „Sühnezeichen" noch heute fortgeführt werden.

Die dritte Phase war in den sechziger und siebziger Jahren, in denen die Peace of Corps entwickelt und die Entwicklungsdienste umgebaut wurden. All dies ist richtig. Es folgt die vierte Phase. Die Generation entstand 1989 infolge der politischen Ereignisse, indem sich Europa und der Ostblock völlig verändert haben. Man erkannte die neue Notwendigkeit einer besonderen Friedensarbeit im Hinblick auf die Vielfalt des europäischen Kontinents und den damit verbundenen Konflikten. Allerdings haben Sie damals noch eine andere Position vertreten. Insofern ist dieser Punkt schon bemerkenswert.

In dieser Zeit entstand auch das Forum ziviler Friedensdienste, auf das ich gleich noch einmal zu sprechen komme.

Aus diesem Anlass wurde das in Ihrem Antrag erwähnte Projektvorhaben in Nordrhein-Westfalen 1997 gegründet. Dort wurden 15 Fachkräfte für Projekte ausgebildet, die zum größten Teil in das ehemalige Jugoslawien gesandt wurden. Im November 1997 gab es eine Anhörung im Bundestag, im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dort hat man die Notwendigkeit einer solchen Arbeit bestätigt gefunden. Es waren sich in diesem Ausschuss damals alle einig. Auch das muss man sagen.

Also von der CDU ein grundlegendes Ja zur Friedensarbeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber, Frau Grützmacher, hat Ihr Antrag den richtigen Adressaten? Da sage ich Ihnen von Seiten der CDU: Nein. - Senden Sie Ihren Antrag nach Bonn; denn dort gehört er hin. SPD und GRÜNE haben dies in ihrer Koalitionsvereinbarung formuliert. Allerdings muss man doch einmal sagen, was bis jetzt in dieser Umsetzung passiert ist. Es gibt weder auf Bundesebene irgendein klares Konzept noch irgendwelche Umsetzungsmöglichkeiten, noch Ansätze für das, was Sie in der Koalitionsvereinbarung formuliert haben.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Irgendwo muss man anfangen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, es wäre unsinnig, in vorauseilendem Gehorsam im Land etwas zu installieren, wenn man das Konzept des Bundes noch nicht kennt. Es gibt aber auch drei Gründe, warum man es ablehnen muss. Der erste Punkt - der Vorredner hat es schon getan -, im förderalen System ist die Länderpolitik nicht für die Außenpolitik zuständig.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Antrag, obwohl man nicht genau weiß, mit wie viel Personal Sie diese Aufgaben bewältigen wollen, würde auf jeden Fall den finanziellen Rahmen und die Möglichkeiten unseres Landes sprengen. Ich weiß nicht, woher Herr Mittler das Geld nehmen soll, um diese Dinge zu finanzieren. Allein die 15 Fachkräfte in Nordrhein-Westfalen haben über 1 Million DM gekostet. Frau Grützmacher, wir haben heute Morgen über die Chancen von Jugendlichen gesprochen. Ich sage Ihnen, mir wäre es lieber, wir würden diese Millionen Herrn Zöllner geben, damit er mehr Lehrer einstellen könnte, damit die Schüler beim Verlassen der Schule auch ausbildungsfähig sind.

Als dritten Punkt kann ich nur sagen: Gerade die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass nicht kleine Institutionen und kleine Länder irgendetwas bewegen können. Ich bin sogar, wie mein Vorredner, Herr Kollege Schmitt, der Meinung, noch nicht einmal die Bundesebene wird ausreichen, um diese Ziele zu erreichen. Wir brauchen eine bessere und koordinierte Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik auf der europäischen Ebene. Hier gibt es Defizite, an deren Beseitigung wir arbeiten müssen. Wir brauchen eine abgestimmte, gemeinsame Außenpolitik und Friedensarbeit in der Europäischen Union. Das muss vordringlichstes Ziel sein. Nur so werden wir langfristig zu Erfolgen gelangen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag in dieser Form ab.

Denkbar ist aber die Einrichtung einer solchen Friedensakademie auf Bundesebene unter Beteiligung aller Bundesländer, damit die finanziellen Belastungen verteilt werden. Selbstverständlich wären wir in diesem Zusammenhang bereit, Herrn Ministerpräsidenten Beck zu unterstützen, dass eine solche Einrichtung dann nach Rheinland-Pfalz kommt. Allerdings setzt dies eine Entscheidung der rot-grünen Bundes-

regierung voraus, die bis jetzt noch nicht vorliegt. Bis jetzt liegen nur Absichtserklärungen vor. Das reicht nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Mertin das Wort.

Abg. Mertin, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegin Frau Grützmacher, ich darf auszugsweise zitieren. Sie schreiben zu Beginn Ihres Antrags von einem Vorhaben der neuen Bundesregierung, auf der Ebene von Krisenprävention und ziviler Konfliktbearbeitung verstärkt handlungsfähig zu werden. Das las ich mir am Wochenende durch. Vor zwei Tagen las ich dann eine Schlagzeile: „Milosevic lässt Fischer abblitzen."

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Fischer - ich sage es gleich dazu - ist - das sage ich ausdrücklich - nicht handlungsunfähig. Er ist es aber deshalb nicht, weil er natürlich ganz andere Potenziale in Verbindung mit den Partnern einsetzen kann. Wenn Sie sagen, Friedensarbeiter gäbe es nicht, Friedensarbeiter seien etwas Neues, so weiß ich nicht, was die UN-Mitarbeiter in Angola seit Jahren erfolglos versucht haben, nämlich dort Frieden zu schaffen, nicht nur Soldaten, auch zivile Angestellte der UNO. Das Gleiche gibt es in Ruanda und vielen anderen Gebieten. So etwas gibt es schon. Es ist nicht so, als ob das völlig fremd wäre. Aber die Ergebnisse sind nicht immer so, wie Sie es vielleicht gerne hätten. Ich muss sagen, in Angola sind die Ergebnisse geradezu frustrierend schlecht. In Jugoslawien hat es auch nicht funktioniert. Milosevic ist ein typischer Fall, bei dem es nicht funktioniert, wenn Sie notfalls nicht andere Mittel einsetzen.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb meine ich, es ist schon etwas idealistisch formuliert.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Schwachpunkt Ihres Antrags ist aus meiner Sicht - Sie weisen im Grunde genommen selbst darauf hin -, dass der rechtliche Rahmen international, in dem sich diese Menschen dann bewegen sollen, in dem Sinne auch nicht vorhanden ist. Selbst wenn wir welche ausbildeten, bildeten wir sie in einen luftleeren Rahmen hinein. Er muss erst noch geschaffen werden, sodass meines Erachtens aus diesem Grund ebenfalls derzeit Ihrem Antrag nicht zugestimmt werden kann.

Ein weiteres Problem stellt sich für mich. Sie sagen, es ist Länderkompetenz, weil wir ausbilden. Sicher, Ausbildung ist Länderkompetenz. Trotzdem bildet der Bund aus gutem Grund die Diplomaten selbst aus. Diese Friedensarbeiter müssen in ihrer Arbeit auch irgendwo mit der deutschen Diplomatie koordiniert werden. Es macht Sinn, diese Dinge, wenn Sie sie haben wollen, in Bonn zu bündeln unter Bonner Federführung, damit nicht plötzlich diese Dinge auseinander laufen und wir auf diesem sensiblen Gebiet der Diplomatie, der Außenpolitik plötzlich mit zwei Zungen sprechen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soweit wir vom Land durch Zurverfügungstellung von Polizeikräften und Ähnlichem mitwirken, haben wir Institutionen, bei denen wir entsprechende vorbereitende Maßnahmen treffen können. Es gibt die Polizeischule, bei dem man entsprechende Ausbildungslehrgänge machen könnte usw.

Es macht deshalb aus der Sicht des Landes meines Erachtens keinen Sinn, eine solche Friedensakademie zu finanzieren; denn solange wir - das muss man auch sehen - die Unterrichtsversorgung unserer Schüler nur unter äußerster Anspannung unserer finanziellen Kräfte überhaupt halbwegs sicherstellen können, meine ich, sollten wir uns nicht auf Feldern bewegen, die nicht unsere Zuständigkeit sind.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Es spricht nun Staatsminister Professor Dr. Jürgen Zöllner.

Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass in der eigentlich entscheidenden Frage in diesem Zusammenhang in diesem Hause ein so hohes Maß an Einigkeit herrscht. Ich bin der Meinung, dass es nicht ein Entweder-oder zwischen militärischen und zivilen Bemühungen gibt, Konflikte zu beseitigen und zu lösen. Ich freue mich, dass der Antragsteller, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auch diese Position jetzt gefunden hat, dass es nicht ein Entweder-oder gibt.

Es gibt überhaupt keinen Zweifel, dass bestimmte Berufsgruppen in dieser Republik, und damit auch in diesem Land Rheinland-Pfalz, für spezielle Einsätze ausgebildet werden müssen, wie zum Beispiel die Polizei. Dies erfolgt.

Es gibt überhaupt keinen Zweifel, dass es für bestimmte Einsatzfelder und Problemzonen die Notwendigkeit gibt, junge und ältere Menschen, Frauen und Männer darauf vorzubereiten, wohin sie gehen. Dies alles können wir aber, da spezielle Bemühungen notwendig sind, gerade die Einstellung auf spezifische Situationen, nicht auf Vorrat durch ein Berufsbild, sondern durch gezielte Vorbereitung von erfahrenen Frauen und Männern, die letzten Endes ihren Berufshintergrund in ganz anderen Feldern haben, sei es Psychologie, Medizin, Handwerk und Wirtschaft, auf die spezielle Situation ausgerichtet ad hoc machen. Das brauchen wir notwendigerweise.

Meine Damen und Herren, all das wird nicht durch die Institutionalisierung über eine Akademie erreicht, sondern nach meiner festen Überzeugung sogar behindert werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dieses Land Rheinland-Pfalz ist selbstverständlich nicht nur bereit, sondern sehr daran interessiert, ein wertvolles Mosaiksteinchen in einem solchen System zu sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, Ihr Antrag ist aber nicht der Antrag, sich als Mosaikstein in ein solches System hineinzufügen, sondern letzten Endes der Nukleus und Kern zu sein, um von dieser Stelle aus - etwas überspitzt und, wie ich hoffe, nicht polemisch formuliert - die Welt genesen zu lassen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden selbstverständlich in einem System von friedenssichernden Maßnahmen und Unterstützung in dieser Republik mitarbeiten. Wir wollen dies aber in vernünftiger Beschränktheit unserer Möglichkeiten und Kenntnisse tun.

Zumindest für diese Landesregierung von Rheinland-Pfalz ist Politik nicht die Formulierung von Wunschbildern, so schön das auch manchmal sein mag,

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern letztendlich das Abgewogene, was wir im Rahmen unserer Verantwortung und Möglichkeiten tun können.

Wenn das so ist, dann ist die entscheidende Frage, was wir tun können und was wir in diesem Zusammenhang tun. Das ist schon gesagt worden. Ich will nur einige Punkte aufzählen:

1. Die formale Zuständigkeit allgemeiner Art ist beim Bund.

2. Wir müssen sicher im Rahmen der Forschungstätigkeiten und der Ausbildung unseren Beitrag leisten.

Es gibt überhaupt keinen Zweifel, dass beides erfolgt. Ich kann Ihnen jetzt eine lange Latte von entsprechenden Bemühungen des Bundes aufzählen. Ich kann Ihnen aber auch noch überzeugender eine lange Latte von Aktivitäten dieses Landes Rheinland-Pfalz aufzählen. Ich will das hier nicht tun, um nicht aufzuhalten.

Wesentlich ist, dass in den wesentlichsten Basisbereichen sowohl der Forschung als auch in der Ausbildung gezielt gefördert wird. Dies erfolgt im Rahmen der Grundausbildung, die wir für junge Menschen liefern, die dann eingesetzt werden können. Wenn wir es jetzt wiederum institutionalisieren, besteht die große Gefahr, dass bei den vielen Studiengängen, bei denen dies berücksichtigt werden muss, das Interesse erlahmen und man sich nicht mehr darum kümmern wird, Psychologen, Sozialarbeiter und Mediziner zumindest in dem Rahmen der allgemeinen Vorbereitung, die möglich ist, in jedem Studiengang mit zu versorgen, weil man die Alibi-Situation hat. Die spezielle Ausbildung für den speziellen Bedarf, der im Voraus nicht abschätzbar ist, kann soundso nur ad hoc erfolgen.

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund dieser genannten Punkte muss man doch die entscheidende Frage beantworten, wenn man in diesem Zusammenhang wirklich ernsthaft Politik machen will: Wären die 10 Millionen DM, die dieses mindestens an laufenden Kosten pro Jahr kostet, wenn ich es ernsthaft machen will, nicht besser in Feldern angelegt, in denen wir eine eigene Zuständigkeit haben und wo wir möglicherweise mehr für Frieden und Konfliktbewältigung tun können als durch eine solche nach außen möglicherweise symbolträchtige, aber in der Umsetzung faktisch nicht weitreichende Institution?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bei aller Bescheidenheit, die mir zu Eigen ist, für 10 Millionen DM laufende Kosten wäre das Land in der Lage, ca. 150 Stellen im Schulbereich entweder zur verbesserten Ausländerbetreuung oder in sozialen Brennpunkten einzusetzen. Das wäre ein größerer Beitrag im Rahmen unserer Möglichkeiten für Frieden und Konfliktforschung als die symbolträchtige überregionale Institution einer solchen Akademie.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/4062 -.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Bitte überweisen! -
Frau Kohnle-Gros, CDU: Abstimmung
über den Antrag in der Sache!)

Der Ausschussüberweisung wird widersprochen. Wir stimmen über den Antrag auf Ausschussüberweisung ab. Wer diesem Antrag auf Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Ich rufe Punkt 19 der Tagesordnung auf:

Beschäftigung Schwerbehinderter - Behinderte dürfen nicht Verlierer auf dem Arbeitsmarkt sein
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksachen 13/3584/3698 -

dazu:
Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses
- Drucksache 13/3950 -

Die Fraktionen haben vereinbart, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln.

Wir stimmen unmittelbar über den Antrag ab. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Wer stimmt dagegen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der F.D.P. und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen nun zu Punkt 20 der Tagesordnung:

Weiterentwicklung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Behinderte
Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 13/3695 -

dazu:
Beschlussempfehlung des Sozialpolitischen Ausschusses
- Drucksache 13/3951 -

Auch hierzu haben wir vereinbart, keine Aussprache durchzuführen.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind wir vereinbarungsgemäß am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, dem 21. April 1999, 14.00 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17.56 Uhr.